Heinz Ludwig Arnold

Mythen, Mütter und Medea

Bemerkungen zu Hans Henny Jahnn

Soll man sich erinnern? Als Hans Henny Jahnns erstes dramatisches Stück, das er publizierte — zahlreiche Etüden, meist mißlungen bis zum Exzeß, gingen voraus —, als der *Pastor Ephraim Magnus* im S. Fischer-Verlag im Jahre 1919 erschienen war, als das Stück schließlich fast vier Jahre später, inszeniert von Brecht und Bronnen, auf der Berliner Bühne *Das Theater* (23. 8. 1923) auch gespielt wurde — nach einer Woche wurde es verboten, obwohl bis dato die Aufführung nur Subskribenten zugänglich gewesen war —, als nämlich Hans Henny Jahnn in die Literatur eintrat, begründete die damalige literarische Kritik Ressentiment und Kolportage gegenüber diesem und um diesen Autor, die sich bis auf den Tag nicht aus einer tabuisierten Ablehnung gelöst haben. Was sie unternahm, war schlichte Verleumdung. So schrieb Victor Klages, der den Jahnn für dieses Stück zugesprochenen Kleist-Preis sich erhofft hatte, zum *Pastor Ephraim Magnus*, er sei ein „Abgrund, angefüllt mit Komposthaufen, die Geruch des Kampfes um Gott ausströmen wollen, doch in Wahrheit nur den faden Gestank von Genitalien ausdünsten". Paul Fechter sprach vom „hilflosen Gestammel einer peinlich kranken Seele", Edgar Groß von dem „masochistisch-sadistischen Produkt eines sich genial gerierenden, in Wahrheit von schwächlicher Perversivität gebannten unschöpferischen Geistes". Man bescheinigt Jahnn eine „penetrante Neigung zur Koprolalie" — so Fechter. Es waren, wie Loerke schrieb, „pharisäische, fanatische und denunziatorisch überhebliche, medizinische oder sonstwie bagatellisierende Betrachtungsweisen". Sie begleiteten den Autor bis an sein Lebensende, ja darüber hinaus. Soll man sich also erinnern? Oder genügt ein Hinweis auf den Literaturkritiker Günter Blökker, der am 15. 11. 1958 in der FAZ über Hans Henny Jahnn und sein Werk schrieb: „So gewiß Jahnn eine große Sprachpotenz (!) ist, so gewiß ihm Wortketten (!) von leuchtender Schönheit und Sätze von exorbitanter (!) Schlagkraft (!) gelingen . . . so gewiß ist es auf die Dauer ein degoutantes Schauspiel (!), diesem verbalen Muskelspiel (!) zuzusehen. Sprache, die geistig nicht gebunden ist, ergeht sich in Catcher-Posen (!), in einem literarischen Athletentum für die Schaubude (!)." — genügt dieser Hinweis als Nachweis für eine Literaturkritik, die arrogant all das zu verleumden bereit ist, was sich nicht in ihre Kategorien einpaßt und außerhalb ihrer beschränkten Vorstellung besteht? Ich meine wohl. Und jede Erinnerung an Hans Henny Jahnn wird die Erinnerung an ähnliche Schmähungen mittragen: Geistfeindlichkeit und Pansexualität — es sind ihre mißverstandenen Attribute.

Daß Hans Henny Jahnn, der 1894 in Stellingen bei Hamburg geboren wurde, im Sommer 1915 mit dem Freunde Gottlieb Harms nach Norwegen emigrierte, um dem Wehrdienst zu entgehen, daß er auch vor 1933 emigrierte, daß er schließlich gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik sich engagierte — das alles sind Ereignisse, die ihn dem deutschen Publikum nicht näher bringen. Sie, wie sein literarisches Werk insgesamt, können es nur befremden, und die Kluft, die sich spannt, scheint unüberbrückbar. Wäre er nur Rationalist oder nur Irrationalist, so käme man hierzulande sicherlich besser mit ihm aus; daß sein Werk eine Symbiose aus beidem eingegangen ist, die mehr als jeder ihrer Faktoren allein, und vor allem anders ist, das verstört Rationalisten wie Metaphysiker. Auch sein Liebesbegriff, den die Kritiker immer wieder sexuell orgiastisch mißzuverstehen allzu bereit sind, ist mehr als Sexus oder Eros oder Agape, ist aber nicht nur Addition, sondern Potenzierung ihrer Inhalte. So auch sein Kompositionsprinzip, im spätexpressionistischen Roman *Perrudja* (1929) wie im späten Werk *Fluß ohne Ufer* (1949—1950): aus architektonischen und musikalischen Kompositionsprinzipien, die er in langen Studien erprobte, zog Jahnn die ihm eigene epische Architektonik. Die inneren Stimmen und Motive des epischen Personals werden überwölbt von den Strängen des Schicksals, vom welthaften Kuppelbau: „Es ist, wie es ist, und es ist fürchterlich." Und dieses Sein muß im Zugriff erworben werden, muß verwandelt werden im Tode. Die Toten bleiben allen Figuren Jahnns bewußt, ja sie erreichen erst durch ihren Tod ein Überleben, in der Erinnerung: die Figuren der Dramen sind durch Todessehnsucht ausgewiesen. Für Jahnn ist Tod die Bewältigung der morbiden Welt. Auflösung des befallenen Körpers in eine bleibende Erinnerung: Jakob und Ephraim Magnus, letzterer durch alle erdenklichen Leiden, gehen diesen Weg ebenso wie Hans Heinrich und Anne in *Hans Heinrich* (1922), wie Frau Menke, Karl und Ulrich in *Der Arzt, sein Weib, sein Sohn* (1922), wie Leander, Leonhard und Wendelin in *Der gestohlene Gott* (1924), wie schließlich auch die Söhne Medeas in Jahnns letztem und reifstem Jugenddrama *Medea* (1926).

Todessehnsucht und mythischer Hintergrund, Melancholie und Erinnerung prägen Figuren und Landschaft des Jahnnschen Werkes. Das „Es ist, wie es ist, und es ist fürchterlich" muß überwunden werden in seiner Bewältigung; nichts wird verdrängt — diese Ausflucht jeden zivilisatorischen Prozesses verbietet sich Jahnn. Hans Wolffheim hat nachgewiesen, wie sehr im Werk Jahnns zwei Mythen verwurzelt wurden: die Zwillingsbrüderschaft — im ganzen Werk anwesend — rührt her vom Gilgamesch-Mythos, auf das Jahnn selbst verschiedentlich hingewiesen hat; das Inzest-Motiv leitet auf den alten Isis-Osiris-Mythos und trägt naturmythische Züge. Jahnn bleibt in der Gestaltung der Mythen mit Absicht ohne jede kunstvolle Objektivierung: Objektivierung bedeutet ihm Verdinglichung der Figuren, also der Menschen, bedeutet in weiterer Konsequenz Versteinung und schließlich Konventionalisierung, bedeutet einen erlöschenlassenden zivilisatorischen Prozeß, der den ‚Mord an Gott' auslöst und dem Menschen nur noch die Schöpfung als das Abbild Gottes zurückläßt. In dieser Situation sieht er sich selbst. „Alle, Christen wie Humanisten, haben den Geist der Liebe verraten. Nihilismus ist die Konsequenz, das Fazit aus beiden, und zwar darum, weil Geist und Liebe, die beide zwar immer als höchste Werte intendierten, von beiden in fixierte Wertsysteme gespalten und aufgefächert, gleichsam dingfest auskonstruiert wurden." (Wilhelm Emrich)

Und dennoch war Hans Henny Jahnn kein vollblütiger Dramatiker; das Feld, auf dem sein Genius sich ausbreiten konnte, war und blieb die Prosa, das lang ausgezogene epische Werk,

Foto: Europäische Verlagsanstalt

das schließlich einmündete in einen *Fluß ohne Ufer*, jenes umfangreiche Romanwerk, das bei aller Größe ein Fragment geblieben ist. Doch auch der *Perrudja* blieb nicht abgeschlossen; der Nachlaß brachte neue Einsätze zu Tage. Dieser *Perrudja* war unzweifelhaft ein Werk des Expressionismus. Seine Sprache wirkt wie ein Rausch; seine Grammatik ist zerbrochen; er ist angehäuft mit assoziativen Effekten und utopischen Visionen. Auflösend-aufgelöst wird mit dem wir uns einigermaßen vertraut gemacht haben. Von ihr, der Zeit, haben wir keine Vorstellung. Wir wissen, daß große Entfernungen ihre Gegendimension, fast ihr Gegenteil sind, man könnte geradezu von *negativer Zeit* sprechen, *die etwas durchaus anderes als Vergangenheit ist* . . . Wir sind von allem Anfang an in den Raum hineingepreßt, der für uns freigelassen ist, und es ist die Frage, ob die Zeit nicht genauso eine Höhlung ist, die von Anfang bis Ende unveränderbar, daß also das Wort Schicksal den Begriff der totalen Lebenszeit enthalten könnte." Die Zeiten sind allgemein und gegenwärtig; deshalb ruhen die Toten nicht im Vergessen, und auch deshalb ist der Tod in Jahnns Werk kein Ende, sondern ein läuternder Beginn. Medea tötet ihre Söhne, und ihr Wort, das sie Jason entgegenschleudert, heißt: „So hat denn endlich Liebe triumphiert und nicht die Brunst". Der Sexus ist erdverhaftet und ist menschlich ausgebeutet worden. Brunst zeigt Jason, sie gilt als geistentleerte Geilheit, ist nicht jene Identität von Liebe und Geist, die Jahnn dem Komplex von Sexus, Agape und Eros zumißt. Und Jason ist schuldig geworden, weil er sich dem einen Teil des Gesamten ausgeliefert hat, das nur in seiner Gesamtheit wirksam werden und die Unordnung der menschlichen Wirrsale in einem Totalen auflösen kann. Jason ist schuldig geworden, weil, wie er demonstriert, ihn lediglich Geilheit besessen hat: Medea hatte ihm für Kreusa, Jasons Geliebte, ein Kleid mitgegeben, das sie verderben sollte. Die Scheußlichkeit des menschlichen Verfalls wird von Jahnn in deutlichen Bildern gemalt; Jason berichtet:

Auf seines Weibes
junge Schönheit stürzte Jason sich.
Bei ihren goldnen Fesseln, Meuchelwaffen,
packte er sie. Ein Schrei der Lust,
und gleich darauf Gejammer. Gejammer nicht,
pechklebrig Ächzen schlimmsten Leidens wurde,
Verwandlung wurde augenblicks.
Verdammnis übergoß uns. Grau erlosch
des Weibes Farbe. Nicht einer Negerin gleich —:
Wie Asche, verwünschter Boden, stinkend, runzlich,
voll dicker Maden, feucht dann, dörr dann,
und feucht und dörr gleichzeitig. Ausbrachen Knochen
widerlich aus ihrem Sitz,
einfiel der Leib. Und wo die Spangen saßen,
aufzüngelte ein spratzend Feuer.
All diese Pein aus einem Mund
goß sich zu Klagen, daß die benachbarten,
mit Krusten überzogen Augen
sich um sich selber wendeten
und dann ausfielen ihrem Sitz,
daß sie nicht länger sähen die
Verwandlung. Dann plötzlich, sterbend, blähten
Bauch und Brüste sich, die ganz verborkten,
blähten rissig sich und platzten
zu eklem Schleim und Blutgerinnsel.
So wandelte in Kot vor meinen Blicken
das junge Weib Medea, eh' ich genossen,
und schlürfte ein mit innrer Wollust,
wie ich entsetzt aufriß die Augen erst,
mein Mund sich dann zum Heulen wölbte,
mein Leib zu zittern in den Sehnen
entkräftet anhub.

Eine Darstellung, wohl kaum schlimmer als Bilder aus einer kriegsvollen Gegenwart, aber Anlaß, Jahnn der Neigung zur Koprolalie zu bezichtigen. Immerhin, hier hat Medea die symbolische Antwort auf Jasons Bericht, wenn sie sagt:

Abgewandt' der Feige sich.
Sein Weib nicht länger küßte er.
Dem Anspruchsvollen war Medea
schon widerlich; um wieviel mehr
ein stinkend Aas ihm. Hättst du vermocht,
zu küssen die Verwandelte,
gesundet wieder wäre sie
in deinen jungen Armen.

Und Jason entgegnet:

Du zwingst
so tief mich, wie die Welten reichen.

An den Wurzeln der Welt kommt es eben darauf an, das Leid zu übernehmen, es zu ertragen. Nur so sind wir der Wandlung fähig. Die Liebe muß durchdringend sein, sie muß die Scheußlichkeiten beherrschen können, muß bis in den Tod eindringen, um sich zu bewähren und den Tod samt seinen Vorboten zu überwinden. Das gibt dem Jahnnschen Werk jenen Anschein von Gewalttätigkeit, wie ihn die Kritiker bis heute bei Jahnn sehen; aber sie übersehen, daß die Welt nicht in künstlerischer Objektivierung symbolisiert vertreten sein soll, um nicht abzulenken von ihrem Wesen. Wesen und Erscheinungsbild fallen in der Dichtung durch den Deformierungsprozeß der Gestaltung auseinander. Jahnn will nicht auf den Traditionen der Literatur aufbauen, um seine Weltsicht zu vertreten, sondern er sucht sich allenfalls die alten, genannten, Mythen aus, die in dieser Gegenwart die Wirklichkeit am Grunde erfassen und benennen. Da ist Gewalttat, Inhumanität, archaische Scheußlichkeit. Ernst Kreuder hat einmal mit Recht betont: „Wer sich, vom Werk abgesehen, mit seinen (Jahnns) Schriften beschäftigt, etwa über Klopstock oder Lessing, wird sehen, daß hier nicht gescheit gedacht wird, auch nicht brillant, sondern daß hier ein Alleingänger — wenn wir einmal die Worte ‚tief' oder ‚wesentlich' beiseite lassen — zum Kern der Dinge vordringt, unbeeindruckt, unbeeinflußt von dem bis dahin herkömmlich erarbeiteten und zur Verfügung stehenden sogenannten Wissen über Leben und Werk solcher bedeutenden Autoren. Jahnn fängt noch einmal von vorn an, sein Blick wird nicht durch Vorurteile abgelenkt, durch das übliche ‚was sich schickt' oder ‚was sich gehört', er ist nicht davon abzubringen, die Wahrheit zu finden und sie ohne Furcht und meist zu seinem persönlichen Schaden auszusprechen, was auch in Anbetracht unserer geschäftstüchtigen Konventionen als rücksichtslos gilt, und oft genug als schamlos." Kreuder begreift Jahnns künstlerische Position, er begreift auch die des Werkes, obgleich er es aus seinen Überlegungen heraushalten will. Die Unbedingtheit, auf den Grund vorzustoßen, läßt Jahnn die gesellschaftlichen Formeln übersehen, weil er meint, sie behinderten den uneingeschränkten Blick, den er sich wünscht. Man sieht, daß dem so ist. Daß die literarische Kritik, zahm und gebändigt von den legalisierten Begriffen bürgerlicher Moral, eingelullt in eine Begrifflichkeit, die ihren Hintergrund schon einmal verloren hat, weil Wirklichkeit und Erfahrung des Schreckens ganze Nomenklaturen zerstörten, — daß diese literarische Kritik angesichts solch unbeirrt durchdrungener, ihre Begrifflichkeit wie ein

MYTHISCH MENSCHLICH MÖRDERISCH

alles, was zerbrochen wurde, in einem Phantasieplan neu gesammelt und ertragreich mit Ideen aufgeladen. Der Plan mißlingt zwar, aber die Auflösung des Petrifizierten hat dennoch ihren Sinn. In der Erkenntnis verhärteter Konventionen und verkrusteter Ideologien liegt für Jahnn bereits ihre Zertrümmerung, und aus den Trümmern steigt eine reine, geläuterte Humanität, die nicht dozierbar, nicht in Wertsystemen zu fixieren ist: sie kann nicht dingfest gemacht und nicht konstruiert werden, in ihrer Ursprünglichkeit reicht sie hinab zu den genannten Mythen. Diese Humanität ist verpflichtend für das gesamte Werk: sie erinnert in ihrer Unbedingtheit an die Unbedingtheit der heidnischen, aber tief frommen Medea, der Tod nicht Untergang, sondern Auflösung in ständige Erinnerung und somit Erneuerung bedeutet.

Fluß ohne Ufer ist mythisch fundiert in der liebenden Freundschaft zwischen Gilgamesch und Engidu. Gustav Anias Horn und Tutein, im präludierenden Roman *Das Holzschiff* (1949) durch den Mord Tuteins an Horns Verlobter Ellena auf alle Zeiten hin aneinander gebunden, figurieren wie Gilgamesch und sein Freund. Sie sind durch das Schicksal aneinander gekettet, doch ihr Einstehen füreinander trägt sie über die schicksalshafte Tötung hinaus: der Tod wird eben nicht als ein Ende begriffen, und die Tötung nicht als Mord. Auch hierin, das ist die Konsequenz des Entzugs jeglicher Systematik, steht Jahnn eher im Mythos als in der geteilten Zeit. Ellena lebt weiterhin in Horns Gedankenwelt, sie bleibt, wie die Toten, präsent. Hans Henny Jahnn hat dazu am 22. 12. 1942 an seinen Freund Ludwig Voß geschrieben: „Das Menschliche ist nicht das Wichtigste. Ich glaube oft, daß ich kurz vor der Vollendung erlahme, weil ich zu dem ungeheuerlichen Mittel greifen muß, um das Unsinnige und Unausweichliche zu erklären: die *Zeit umzukehren*, rückläufig zu machen, sie ganz als Dimension einzufügen in den Raum,

Centaur am 1. April 1967

der centaur knessos
trottet am mittag
durch frankfurt.
er will zur hauptwache.
er will u-bahn fahren.

Anmerkung: Am 1. April 1967 war die Hauptwache bereits abgelagert, auch fuhr noch keine U-Bahn. **Heinz-Rudi Brunner**

Nichts zur Seite fegender Literatur sich mokiert und zur Diffamierung gerät, ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß ein Staat die seine Verfassung bedrohenden Kräfte verfolgt. Es ist eine leidige Tatsache, die lediglich das eine verrät: daß diese gängige Literatur sich aus dem Zirkel ihres Systems nicht zu befreien imstande ist. Daß die Literaturkritik mehr Macht hat als die Literatur. Bedacht wird nicht: daß ebenso, wie literarische Formen in steter Provokation und Replik von Tradition, Sozialität, gesellschaftlicher Wirklichkeit und sprachlicher Erneuerung sich wandeln, verändern, erweitern, also in progressiver Bewegung sind, sich die Maßstäbe der Literaturkritik selbst mit jedem bedeutenden Stück Literatur, das entsteht, differenzieren. In der Rezeption des Werkes von Hans Henny Jahnn hat sich diese progressive Entwicklung nicht gezeigt. Er bleibt einfach draußen.

„Der Anfang des Geistes war auch der Anfang des Betruges", heißt es im zweiten Teil der *Niederschrift des Gustav Anias Horn* in *Fluß ohne Ufer*; es ist sicherlich einer jener Sätze, die ihm das Urteil der Geistfeindlichkeit einbrachten. In dem Vortrag *Aufgabe des Dichters in unserer Zeit* steht, was damit gemeint ist, und Zustimmung ist dem nicht zu versagen: „Täuschen wir uns nicht, eine neue Symbolkraft muß unserer Sprache beigegeben werden, wenn nicht unsere Kultur und die Wirkung unseres Tuns zerfallen sollen. Die Worte, die wir in dieser Zeit gebrauchen, sind zu allermeist ausgekleidet und zerfetzt. Mit ihrer Hilfe kann alles bewiesen, alles zerwiesen werden. Unrecht können sie in Weisheit und Staatskunst verwandeln, Unmenschlichkeit mit Heldentum bekleiden. Die Weisheit der Lächerlichkeit preisgeben. Fluch den Maschinen können sie brüllen und Segnungen technischer Ordnungen und Disziplinen verkünden."

Die Lüge als eine Tochter des Geistes — ist das so falsch gesehen? Einseitigkeit wirft man Jahnn vor, wo er differenziert denkt und das Beklagenswerte beim Namen nennt. Geist? In der Symbiose von Rationalismus und Irrationalismus sieht Jahnn den Garanten der Geistigkeit, von den Mythen bis in die erfahrene Gegenwart. „In dieser Zeit hat die Kunst, und die das Wort gebrauchende Dichtkunst vor allem, nur die eine Aufgabe, an der Zusammenfassung, am Blick auf das Ganze und in die Tiefe zu arbeiten, überall dort einzugreifen, wo die bisher von der Masse Mensch und ihren Bürokratien Hinausgestellten versagt haben. Und sie haben versagt, um es zu wiederholen, vor der Natur, vor dem Tier, vor der fremden Rasse, vor dem Makrokosmos, vor dem Mikrokosmos, vor sich selbst . . . Es ist ihnen kein Leitfaden aus der Vergangenheit für die Zukunft geblieben."

Verstehen sie Jahnn nicht? Oder hätten sie ihn zu fürchten? Sein Weg ist nicht leicht gewesen, der, den er weist, ist es ebenfalls nicht. Zurück zur *Medea*: Bei Jahnn wird sie signifikant für das Schicksal, das alle betrifft — damit steht er von allen Gestaltern dieses Stoffes am nächsten bei Euripides. Im Schicksal ist auch sie eingesponnen in den fatalistischen Ablauf: „Das Schicksal *erfüllt* sich, das schwärzeste"; und Jason sagt: „Ach, ganz verwoben ineinander / ist aller Untergang." Die Bestimmung liegt nicht in Medea allein, sie ist mehr als nur eine mythische Figur; sie ist absolut repräsentativ für die Unerträglichkeit der Ungerechtigkeit. Darin ist sie bei Jahnn von schauerlicher heidnischer Größe. Den Boten, der die Unglücksnachricht bringt, läßt sie blenden:

Reißt sie ihm aus (die Augen)! Und wären sie
der Wahrheit Künder. Erblinden muß,
wer Jasons Ehebruch erschaut.

Das ist eine unfaßliche, eine maßlose Gerechtigkeit. Aber die absolute Gerechtigkeit hat kein Maß.

Das Unheil zeugte uns Medea:
Am Übersteigerten
und Unnatürlichen klebt Fluch.

Es ist ein gewaltiges Modell: die Söhne, von Medea getötet, überleben jenseits des Todes; Jason lebt den Tod. Eine solche Gestalt, ein solcher Stoff haben Jahnns Bewunderung gefunden: für ihn wie für Medea ist der Tod keine Grenze, vor der die Möglichkeiten enden *zu sein*. Die Demonstration der Unerträglichkeit im Diesseits, wie sie in der *Medea* auffällig Platz hat, endet, wo der Mord an den Kindern Sühne und Lösung aus der Unerträglichkeit sein kann. Es ist eine Sühne, es ist eine Lösung, deren Abglanz noch in Lessings *Emilia Galotti* zu verspüren ist; der alte Mythos von einer Gerechtigkeit schaffenden und Gerechtigkeit selbst vollziehenden Gestalt wird Hans Henny Jahnn zum Symbol seiner konsequenten Humanität, die einmalig und beispiellos, aber Modell einer Haltung ist.

Erste Vorstellung einiger Haupt- und Nebenpersonen des unvollendeten Romans „Die Insel - Erzählungen auf dem Bärenauge“ von PETER O. CHOTJEWITZ anhand dessen, was das ist, was gewesen ist, letzten Samstag auf dem Bärenauge, wie es zu lesen stand in den Zeitungen, die in Berlin überall ausliegen.

Rottenkopf ist eine geradezu lächerlich kleine Minderheit roter, pseudoakademischer Radikalinskis.
Thunfisch und Nagel sind eine mehr oder minder rötlich angehauchte Minderheit.
Beryll organisiert Krawalle und beschließt selbstherrlich Demonstrationen.
Bettina, Rath und Franziska terrorisieren politisch Andersgläubige.
Der Autor dieses Buches macht Schlagzeilen in der Presse und beschwört eine Krisis nach der anderen herauf.
Jene Gastwirtschaft außerhalb jedweden Ortes aus einem der ersten Abschnitte dieses Buches ist ein Tummelplatz linksradikaler Ostkontaktsucher, DDR-Anerkenner und anderer trojanischer Pferde Pankows und Moskaus.
Der Autor dieses Buches ist ein ganz und gar roter Provo. Mike, John, Paul und Edward sind linksradikale Abarten politischer Gammler.
Die Wirtin des vorerwähnten Lokals terrorisiert nicht nur die Stätten der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, sondern auch die vorweihnachtlichen Spaziergänger auf dem Ku-Damm.
Bettina ist ein cleverer Treppenterrier mit starkem Linksdrall.
Frau Hübscher, Frau Geringer und Franz Bausch reagieren mit jämmerlicher Feigheit auf die unverschämten Provokationen prokommunistischer Einpeitscher.
Philipp Gerlacher, Uwe Schmidt und Herr Goethe sind Flegel, Randalierer und rote Rowdies.
Die Bewohner auf dem Bärenauge lassen sich von roten Provos und Anarchisten terrorisieren.
Rottenkopf ist ein nützlicher Idiot Moskaus.
Auf dem Bärenauge wütet der rote Bolschewistenterror.
Nagel ist ein vaterlandsloser Morgenthau-Boy.
Schlagfertige Marktfrauen, sprichwörtlich unerschütterliche Taxifahrer und der bekannte ortsansässige Dichter vermögen zu diesem Thema mit wichtigen Äußerungen aufzuwarten.
Thunfisch ist eine Schande für das Bärenauge.
Ein solches Schreckensbild wäre unseren Gründern nicht einmal in ihren schwersten Alpträumen eingefallen.

Hilde Domin

Ecce Homo

Weniger als die Hoffnung auf ihn

Das ist der Mensch
einarmig
immer

Nur der gekreuzigte
beide Arme
weit offen
der Hier-Bin-Ich.

Kurt Sigel

Kinnergebet zur gude Nacht

Lieber Gott mei Herz iss rein
Marlenche hat mei Ei gegesse
Marlenche soll de beese Wolf
heut nacht im Bettche fresse

Liewer Godd sei du de Hänsel
ich will die Gretel sei
un schmeiß die aale Knusperhex
dief in de Ofe rei

Ich bin klaa mei Herz is rei
ach liewer Godd laß dich net lumpe
duh glei mei Oma un mei Dande
ins Feuer mit reistumpe

Neues Söldnerlied

Besensilie Zwiebelkraut
gibts nicht alle Tage
feste in die Schnauze haut
den Kerls in die Visage

Eigner Herd ist Prügel wert
üb immer redlich Morden
aus Teufelshuf und Wasserpferd
ist nie ein Vöglein worden

Ehrlich Gut gedeiht nicht gut
am meisten glaub den Lügen
Leisetret und Duck-mich-Hut
die sind nicht satt zu kriegen

Treue Frauen soll man schlagen
Lug mit Trug vergelten
so nur ist sie zu ertragen
die beste aller Welten

Fitzgerald Kusz

Draculas Heimkehr

die blutverschmierte brust hat
bereits genügend federn gelassen
gelassen stapfen ihre krähenfüße durch den dicksten kot
aus ihrem haupthaar schlängeln
räkeln sich gierig schäkernde
schlangen. eine einzige narbe
ist ihr verkrustetes antlitz
und ihre beiden augenringe
senden unaufhörlich todesstrahlen
in jedwedes sterblichen herz
doch keine angst: medea
hält die zügel in der hand

Symbiose

mein schutzengel
ißt die würmer, die
man mir fast stündlich
aus der nase zieht.

mein schutzengel
(ein faß ohne boden ist er,
aber mit nahkampfflügeln)
verlangt nach mehr, mehr.

auch die bären, die man
mir mitunter aufbindet,
läßt er sich niemals
durch die lappen gehn.

Werner Reinert

wer fürchtet sich vorm schwarzen mann?

ich nicht
ich nicht
ich
warum
fürchtest du dich
vor dem schwarzen mann?
weil er schwarze hände hat
weil er schwarze zähne hat
weil er schwarze kinder hat
warum
fürchtest du dich
vor dem schwarzen mann?
weil alles schwarz wird
was er angreift
alle bäume werden schwarz
alle häuser werden schwarz
die weißen sterne werden schwarz
ich werde schwarz
du wirst schwarz
mein kleiner papa wird schwarz
meine tote mama wird schwarz
die kinder aus meiner klasse
werden kohlrabenschwarz
darum
fürchte ich mich
vor dem schwarzen mann

Chris Bezzel

steinwurf be
sudelt und
hetzten wie
zunder schlug
schwarz durch die
nacht schlug und
glasstücke
axt
meine zähne
fiel
galläpfel
stunde stand
nass
doch mit
knüppeln
und schiefer
und blut

●

keil ein
windhimmel
abschlug ge
drittelt biest
fortreibt her
vorspringt es
trinken als
narbe in den
hals biß
buschwerk vier
kehlen ge
brüll quetscht
quer spritzt
hoch doch zer
säbelt die
beulen im
wind

Fitzgerald Kusz

Waidmannsheil

ich schreie
in den wald hinein –

vielleicht
hört's ein schwein.

Martin Jürgens

Besitz

was du erwartest –
was kommt –
teil gestern durch heute
der rest gehört dir

Günther Guben

Totem

Er hat es gewußt. Er ist tot. Seine Augen sind nur halb geschlossen. Es scheint als könne er noch sehen. Wie sie ihn umstehen und sich verstohlen anblicken, wie sie die Fäuste ballen hinter den Rücken, wie sie das Tuch der Schürzen und Hosen, der Jacken und Kleider knüllen. Raunen. Bemerkungen austauschen durch Blicke. Böse Blicke. Betroffene Blicke. Solche mit der Spur von Triumph. Wie sie wechselnd zur Seite treten und nach hinten, nach vorn kommen, schieben, stoßen und den Ring aus Leibern in eine kreisförmige Bewegung bringen.
Alles dreht sich. Er vermag die Einzelheiten nicht mehr zu erkennen. Er bleibt mit dieser Beobachtung allein. Sie sind fortgegangen. Es ist unangenehm. Das Pflaster läuft schräg nach hinten. Sein Kopf schmerzt. Blut trocknet zwischen den Haaren. Ein Hund kommt herüber.
Sie haben sich am Flußufer versammelt. Es ist schon dämmrig. Daher sieht man zunächst nicht was geschieht.
Sie kämmen ihr die Haare. Sie muß es geschehen lassen. Man hält sie fest. Er kann ihr nicht helfen. Sie halten ihn fest und haben seinen Kopf derart gedreht, daß ers sehen muß. Würde er die Augen schließen, risse man sie ihm auf. Sie steht und ist ruhig. Sie weiß alles. Sie hat es einmal miterlebt. Er weiß es. Sie steht, und sie nehmen ihre Füße, von denen man Schuhe und Strümpfe gestreift hat, und ziehen die Beine auseinander. Beine und Boden bilden ein gleichseitiges Dreieck. Seine Augen sind nur halb geschlossen. Es scheint als könne er noch sehen.
Zwei Pfähle reichen, haben sie gesagt. Das Holz ist fast weiß. Man hat gute Stämme ausgesucht. Sie weiß es.
Sein Kopf schmerzt. Der Hund entfernt sich.

Zur Soziologie des Belen

Das Belen ist ein seltsames Tier. — Es besitzt drei Beine, ein Auge, davon eines blind, einen Nabel, an den sich die Welt klammert, vier volle, runde, spitzmauskopfförmige, feste Brüste in rosé, mit denen es wechselweise den Golfstrom, die Milchstraße und den nächtlichen Mond nährt, Lenden, an denen Atlas anliegt, wenn wechselvolle Geschäfte ihn für die Dauer der Iden des März entlassen, ein schuppiges Fell, zwei sechste Sinne, eineinhalb Herzen, die rotes und blaues Blut je nach Können und Laune durchpulst, einen Schoß, den zu beschreiben ob seiner Schönheit schwer fällt, eine Stimme, heller als tausend Sonnen und tiefer als der afrikanische Busch, ist verbreitet über alle Märchenländer der Welt, hat seine Wohnstatt im undurchdringlichen Dunkel der Tiefsee und unterhalb der Leiste einen Rüssel wachsen, trägt Bart und Brille, beide aus Horn, von diesen zwei und Schlitzohren in der Größe derer afrikanische Elephanten, spricht Esperanto, denkt global, fühlt sich wohl in allen Lebenslagen, pflegt für gewöhnlich um die Mittagszeit zu schlafen unter dem Band des Äquators, raucht kaum und wenn am Vesuv, ernährt sich von dem, was so Jahr für Jahr an Schiffen untergeht und lacht wohl von Zeit zu Zeit, nämlich dann, wenn Seebeben die Weltmeere unruhig machen.
Das Belen ist sozusagen also ein ganz normales Tier, aber es nimmt dennoch eine Sonderstellung ein: es entspricht nicht dieser Beschreibung.

Norbert Krause

Schlachtengemälde

Seestück

Man nenne das zusammengeflossene Wasser Meer. Uns kommt ein Schiff gefahren. Der Sturm bricht los. Hilf uns, ewiger Vater, die Trojaner bedrohen unsere Schiffe. Sie haben den Graben überschritten, um an die Mauern des Lagers zu pochen. Wo Hektor kämpft, dringen wir bis auf die Schiffe vor. Laßt uns zum anderen Ufer hinüberfahren. Der Mensch wütet voll Grimm, Schaum vor dem Mund und düsteres Funkeln in den Augen. Wer ist dieser, dem Wasser und Sturm gehorchen? Er ersticht alle Trojaner, die sich mit dem Schiffe nähern. Sie werfen das Los über seinen Mantel.

Vaterbild

Der Krieg ist der Vater aller Dinge. Ich töte Löwen und Bären, wenn sie Schafe aus der Herde meines Vaters rauben. Der Vater ist immer der erste unter den Kämpfern, und dazu ermahnt er den Sohn. Vater, Vater, warum hast du mich verlassen? Vater, Vater, gib mir meine Legionen zurück.

Flieg, Vater, flieg,
jetzt spielen wir mal Krieg.

Nachtstück

In den Reihen bricht die Nacht herein. O Vater laß Abend werden oder die Weiber kommen. Der Morgen bricht an. Die Wachfeuer lodern von Wällen und Gräben, der Vater bereitet das Abendmahl. Es sollen Lichter werden am Himmel und schlaflos sei die Nacht. Grauen befällt den Vater: die Nacht kommt und macht dem Kämpfen ein Ende.

Menschenbild

Wir machen einen Menschen nach unserm Ebenbild. Unser großes Unglück führt uns zu ihm. Der Mensch flieht vor dem Schrecklichen. Das hebt die Niedergeschlagenheit des Mutlosen. Der Mensch tritt vor ihn hin im Namen des Vaters. Er ergreift seinen Stab und fünf Kiesel vom Bach. So entsteht ein furchtbares Gemetzel. Ich will sein Fleisch den Vögeln des Himmels und den Tieren der Erde zu fressen geben. Der Mensch entspringt dem Kopf seines Vaters in voller Kriegsrüstung. Er steht im Kampfwagen und hat ein frohes Lied auf den Lippen. Er ist zehn Ellen hoch und trägt eiserne Schienen an den Beinen. (Wo die Not am größten ist, wachsen die Riesen auch.) Der Vater ist mit ihm, so sehr sitzt ihm der Haß gegen Agamemnon im Herzen.
So wahr der Vater lebt, er soll getötet werden; ich will den Kampf aufnehmen. Weil du mit einem Stecken zu mir kommst, bin ich ein Hund. Menschen zu Fuß und Menschen im Kampfwagen rücken vor. Sie spielen den totalen Krieg. Wenn sie den Vater getötet haben, verteilen sie seine Kleider. Ein entsetzliches Morden entsteht. Wer ist der Feind, der die Heerscharen des Vaters verhöhnt? Wir wollen die Beleidigung rächen. Inzwischen sind alle Menschen bis an die Mauern vorgedrungen. Die ganze Welt erkennt, daß sie einen Vater haben.

Den Ger
wirft er
ins Gegnerheer –
was wollt ihr mehr?

Einig im Geiste, gleiche Waffen in die Hand. Erhebt ein Kriegsgeschrei und rückt im Kampfwagen vor. Räder rollen für den Sieg: Und will der Feind es wagen, uns zwingen zum Gefecht . . .

Weiblicher Akt

Nach dem Siege gebe ich ihm meine Tochter zum Weibe. Der Vater verschenkt sieben lesbische Weiber und fünf Streitrösser. Die Weiber werden zu Hyänen. In ihrer Not fliehen sie auf die Schiffe. Es erzählt die Geschichte, daß die Weiber häufig wankende Reihen der Kämpfer zum Stehen bringen. Wenn du zum Weibe gehst, vergiß die Peitsche nicht.

EXTRA
aus der
Frankfurter Rundschau
Juni 1967
DRUCK

DISKUS

„Benno Ohnesorg ist das Opfer eines Mordanschlags"

Berliner Polizei demonstrierte Härte eines autoritären Apparates / Rede für den Toten • Von Oskar Negt

In West-Berlin wurde im Verlauf einer politischen Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien ein Student durch einen Polizeibeamten erschossen. Um der Trauer um das Opfer und gleichzeitig dem Protest gegen obrigkeitliche Willkür Ausdruck zu verleihen, riefen der Frankfurter Allgemeine Studentenausschuß, die politischen Studentenverbände und demokratische Jugendorganisationen zu einem Schweigemarsch durch die Frankfurter Innenstadt auf. Zu den anschließend auf dem historischen Römerberg sich versammelnden etwa 8000 Bürgern und Studenten sprachen Dr. O. Negt, Professor Dr. Ludwig von Friedeburg, der Schriftsteller Horst Bingel, der Vorsitzende des AStA der Frankfurter Universität, der Zweite Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften sowie der Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.

Wir gedenken heute eines Toten. Wir können dieses Toten nur angemessen gedenken, wenn wir erkennen, daß der Student Benno Ohnesorg sein Leben ließ in einer fatalen Auseinandersetzung über die Grenzen der Exekutive, insbesondere der Polizeibehörden, und über die Rechte einer außerparlamentarischen Opposition. Die demokratische Opposition unseres Landes verteidigt heute die Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit. Sie kämpft um das Demonstrationsrecht und darum, ob es für die Polizeibehörden zulässig sein soll, Demonstranten, die jubeln wollen, und Demonstranten, die ihr Mißfallen zum Ausdruck bringen wollen, unterschiedlich zu behandeln und damit das Grundrecht aus Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes außer Kraft zu setzen, das lautet: Niemand darf wegen seiner politischen Anschauung bevorzugt oder benachteiligt werden.

Als Störenfriede denunziert

Regierungsbehörden, Polizei und ein Teil der Presse bekämpfen heute eine Minderheit, die versucht, den Widerspruch gegen die manipulierte Meinung zu artikulieren, die durch Polizeikommuniqués legitimiert wird. Man denunziert diese Minderheit als extremistische Störenfriede: als linksradikal, als prokommunistisch, als anarchistisch. Diese Vorwürfe sind Bestandteil aller autoritären Gesellschaftsordnungen. Ihre Repräsentanten projizieren die Vernunftlosigkeit und Fragwürdigkeit des Herrschaftsapparates, über den sie mit allen technischen Raffinessen verfügen, auf die gesellschaftlichen Gruppen, die das Getriebe mit Fragen und mit Protesten stören.

Es muß hier aber klarwerden, was den Anarchismus der Vergangenheit von allen Protestformen, die man heute als anarchistisch denunziert, grundlegend unterscheidet: Die Anarchisten des 19. Jahrhunderts richteten individuellen Terror gegen den staatlich sanktionierten Terror, der sich weit sichtbar in Potentaten verschiedener Herkunft verkörperte; sie personalisierten die Herrschaftsverhältnisse, weil sie in absolutistischen Systemen eine Veränderung der Verhältnisse von Personen erwarteten. Was immer man über die Unangemessenheit und die intellektuellen Qualifikationen provozierender Gruppen von heute aber sagen und denken mag: ihnen fehlt im allgemeinen die verbreitete Naivität, daß durch den Wechsel von Personen, durch Bomben und Attentatsdrohungen gesellschaftliche Systeme sich ändern. Sie ahnen, daß Herrschaftsfunktionen austauschbar sind, daß Humphrey nicht der Initiator, sondern bloßer Repräsentant einer Kriegsmaschinerie ist, die in Vietnam einen sinnlosen und verbrecherischen Krieg führt.

Verschweigen fordert heraus

Es ist heute zur Gewohnheit geworden, sich von „Wurfgeschossen aller Art", von Rauchbomben, Eiern und Tomaten zu distanzieren. Durchsichtig ist das bürokratische Interesse, durch eine Zwangsmotivation zur permanenten Distanzierung die politische Widerstandskraft der Studenten zu erschöpfen. Aber niemand fragt, warum Demonstranten, die sonst, wo immer man sie stellt, zum Argumentieren bereit sind und einer sachlichen Diskussion nicht ausweichen, zu solchen Mitteln greifen. Es sind zum großen Teil Presseorgane, die dieses Verhalten provozieren. Die von der „Frankfurter Allgemeinen" und von den Zeitungen des Springer-Konzerns geradezu meisterhaft betriebene Verschweigungstechnik gegenüber jeder unbequemen Opposition kann — nach Meinung dieser Demonstranten — nur durchbrochen werden, wenn es zu spektakulären Zwischenfällen kommt. In England berichten große Zeitungen, wie die „Times" und der „Guardian", sorgfältig auch über die Argumente der außerparlamentarischen Opposition, nicht zuletzt, um die Bildung von Outsider-Gruppen zu verhindern. In unserem Lande schweigt man oder man geht an sachlicher Berichterstattung vorbei, um dann um so entschlossener als Krawallmacher diejenigen anzuprangern, die nur mehr durch außerordentliche Aktionen auf ihre Argumente und politischen Forderungen aufmerksam machen können.

So versuchen die Aktionen der sogenannten Anarchisten die Überdimensionalität des Polizeiaufgebots bei nichtigsten Anlässen der Lächerlichkeit preiszugeben. Und diese Lächerlichkeit soll die Vernunftlosigkeit des Systems treffen; folgerichtig reagiert die Staatsapparatur mit kompakter Gewalt. Sie sieht sich aber gezwungen, die harmlosen, ohnmächtigen, isolierten Proteste in bewaffnete Aktionen zu übersetzen, sie muß klassische Anarchisten produzieren, um ein gutes Gewissen zu haben, die Gewalt des Staates gegen sie einzusetzen: aus Pudding wird hochexplosiver Sprengstoff, aus ohnmächtiger Gegenwehr werden Messer. Die ursprünglichen Presseerklärungen der Polizei erfolgen stets nach dem gleichen Muster. Die Studenten werden der Öffentlichkeit als ordnungsfeindlich und gewalttätig vorgestellt; eine gleichgeschaltet funktionierende Presse sorgt dafür, daß spätere Erklärungen, es habe sich tatsächlich nur um harmlosen Pudding gehandelt und es sei tatsächlich kein Messer benutzt worden, ins Bewußtsein breiter Bevölkerungskreise nicht eindringen. Diese Praktiken verweisen auf eine neue Strategie des Kampfes gegen Oppositionelle.

Nachrichtensperre für Krankenhäuser

Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg markiert eine Entwicklungsstufe in der Stabilisierung der im parlamentarischen Sinne faktisch oppositionslosen, autoritären Leistungsgesellschaft. Im traditionellen Sinne war es kein politischer Mord: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Rathenau und Erzberger, sie alle wurden als Repräsentanten politischer Bewegungen, parteipolitischer Strömungen und Konzeptionen ermordet. Der Student Ohnesorg dagegen ist das Opfer eines Mordanschlags: es handelt sich um Mord selbst dann, wenn man dem schießenden Kriminalbeamten Mord im Sinne des Strafgesetzbuches nicht nachweisen könnte. Denn Benno Ohnesorg ist das zufällige Opfer einer planmäßigen Polizeiaktion, einer Aktion, die schwere Verletzungen — und solche Verletzungen können immer den Tod zur Folge haben — bewußt in Kauf genommen hat. Aus den heute vorliegenden Berichten muß man folgern, daß die Polizeiaktion am Freitagabend mit einem Dolus eventualis durchgeführt wurde. Ohnesorg ist das Opfer einer Symbolhandlung, durch die Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit des Polizeiapparates demonstriert werden sollten.

Auch aus Benno Ohnesorg wurde in den ersten Presseerklärungen der Polizei ein gemeingefährlicher Rädelsführer. Der Täter aber, der offenbar im Bewußtsein der vollen Absicherung durch seine vorgesetzten Instanzen handelte, ist frei, kann Zeugenaussagen beeinflussen, verschleiern, Strafanträge stellen. Als anonymer Teilnehmer einer Demonstration erschossen, wurde der Student Ohnesorg selbst von denjenigen zum individuellen Opfer gemacht, die Verantwortung für die als tragisch glorifizierte Situation auf die Demonstranten abzuwälzen versuchen. Der Todesschütze aber, der als anonymer Agent des Apparates handelte, bindet nach wie vor seine individuelle Verantwortung an die anonyme Apparatur. Er kann sich geborgen fühlen in einer Welt, in der die politischen Instanzen Nachrichtensperren über Krankenhäuser verhängen, um Bilder und Informationen über die geschundenen Opfer nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, und in der die Justiz keinen Grund sieht, der Verdunkelungsgefahr durch Festnahme des Täters vorzubeugen. Wer könnte da noch Vertrauen haben in die Gewaltenteilung, wenn man feststellen muß, daß die Gewalten im Ernstfall so vorzüglich aufeinander abgestimmt sind?

Großeinsatz als Sternstunde

Die Ermordung eines Studenten bei Demonstrationen ist nicht so sehr ein moralisches Problem, als vielmehr ein politischer Tatbestand. In Deutschland besteht eine gefährliche Neigung, sich durch Moralisierung von politischer Verantwortung zu entlasten. Ein politischer Tatbestand ist diese demonstrative Brutalität, dieser Mord deshalb, weil dadurch die Gefährdung der „Ordnung" durch Demonstrationen und gleichzeitig die Selbstgefährdung der Demonstranten drohend vor Augen geführt werden.

Die von wirksamer politischer Kontrolle befreiten, auf Großeinsätze spezialisierten Exekutivorgane sind unfähig, situationsgerecht und flexibel zu reagieren. Sie sind nicht bereit, auch nur ein Mindestmaß an Einsicht in die Verhaltensgewohnheiten von oppositionellen Bevölkerungsgruppen aufzubringen; ihre Sternstunde ist der Großeinsatz, ihr einziges Instrument ist die gewalttätige, mechanische Reaktion. Der Schutz eines orientalischen Potentaten gab ihnen eine willkommene Gelegenheit, zu erproben, wie Notstandsmaßnahmen aus geringstem Anlaß auf die Bevölkerung wirken. Hat irgendeine Organisation in dieser Gesellschaft die politische Gefahr erkannt oder gar mit entsprechenden Protesten auf sie reagiert, als bekannt wurde, daß man ganze Stadtteile und Straßen absperrte, daß sich sämtliche Untertanen des Herrn Pahlevi täglich mehrmals bei der Polizei melden mußten, ohne über Rechtsmittel belehrt worden zu sein? Hat man verstanden, daß sie als potentielle Attentäter dem allgemeinen Mißtrauen ausgeliefert wurden? Erst als die Studenten auf die staatlich sanktionierte Provokation reagierten, fanden sich einzelne Journalisten und Politiker bereit, auf die Unangemessenheit derartiger Sicherheitsmaßnahmen hinzuweisen. Die größte Gefahr für unsere Gesellschaftsordnung besteht eben darin, daß die schleichende Entwertung der Grundrechte, die unmerkliche Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens in ihren täglichen Ausdrucksformen gar nicht mehr wahrgenommen werden. Der Großeinsatz ist ohne spektakuläre Ankündigung in unsere Gesellschaft zurückgekehrt.

Abbau des Liberalismus

Der westdeutsche Nachkriegsliberalismus hatte sein Gegenprinzip an der totalitären Staatsplanung des Ostens; die weltweiten Entspannungsbestrebungen haben die klaren Fronten des Kalten Krieges jedoch beseitigt: was wir heute im Anfangsstadium erleben, ist der geplante Abbau des Liberalismus, die innenpolitisch gewendete Aggression auf allen Ebenen. Die Exekutive schafft sich legale Instrumente, um eine auf autoritäre Verwaltung beschränkte Staatsplanung größten Ausmaßes ohne wirkliche Kontrolle der demokratischen Institutionen in Gang setzen zu können. Die planenden Eingriffe in das gesellschaftliche Leben haben in Deutschland bisher stets die Funktion gehabt, die Opposition als Sand im Getriebe zu diffamieren.

Die Studentenschaft ist das schwächste Glied in der Kette der Oppositionsbewegung; sie hat weder die Hilfsmittel mitgliedsstarker Organisationen noch politische Mitbestimmungsrechte, um in den gegebenen Institutionen der Universität ihre Vorstellungen zu realisieren. Es ist offensichtlich, daß der Kampf gegen die außerparlamentarische Opposition hier ohne die Gefahr massiver, von Massenorganisationen gestützter Gegenreaktionen einsetzen kann. Indem ihre Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Zuständen mit Zersetzung und Auflösung gleichgesetzt wird, werden Studenten in die Position einer gefährlichen Randgruppe gedrängt, der die beanspruchte Identität ihrer Interessen mit den objektiven Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen abgesprochen wird. Wie die Berliner Ereignisse zeigen, werden die Studenten zu Wirrköpfen, Schwachsinnigen und potentiell Kriminellen gestempelt, vor denen die Bevölkerung durch verschärfte Disziplinarmaßnahmen und konsequente polizeiliche Einsätze geschützt werden muß. Wir wissen in Deutschland, wie wenig Sicherheit besteht, daß die Umwertung des oppositionellen in ein kriminelles Verhalten auf jene Gruppe beschränkt bleibt, die zur Zeit ihr bevorzugtes Objekt ist. Auch diejenigen, die heute noch nicht bereit sind, die politische Tragweite der Erschießung eines Demonstranten zu begreifen, sollten bedenken, daß bei jedem Streik ähnliches geschehen kann. Organisierter Werkschutz und das, was in einer wie immer auch modifizierten Notstandsgesetzgebung geplant ist, sollten alle Demokraten darüber belehren, daß es bei den Berliner Ereignissen nicht um lokale Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei geht, sondern um das Existenzrecht einer außerparlamentarischen Opposition.

Wache Minderheit

Aber der schleichenden Faschisierung der Staatsapparatur, die das gesellschaftliche Leben zu ersticken droht, steht eine entschlossene und wache Minderheit bewußter Demokraten gegenüber: sie finden sich verstreut in Organisationen und Parteien; es sind Journalisten, Schriftsteller, Professoren, Arbeiter und Studenten. Sie verbindet in ihrem Kampf ein objektives Interesse: die Demokratisierung der Hochschulen, die Demokratisierung der Gesellschaft! Erst durch sie könnten auch jene ritualisierten Demonstrationen, jene ohnmächtigen und notwendig verzerrten Protestreaktionen einiger Studenten aufgehoben werden. Wir können eines Toten nicht besser gedenken als durch den Kampf für Zustände, die einen solchen Mord ausschließen.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung (Sonderdruck, erstveröffentlicht in der FRANKFURTER RUNDSCHAU, D-Ausgabe vom 12. Juni 1967). Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans-Joachim Steffen, David H. Wittenberg. Redaktion: Rudolph Bauer (i. V.). Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26—28, Telefon 7 70 64 21 88. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966. Abonnementsbestellungen zum Preis von 6,— DM jährlich nimmt jedes Postamt entgegen. Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen. Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18.

2

1967 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. FEBRUAR

D 2442 F Preis 50 Pf, Studenten 20 Pf

bericht aus hanoi: beton & stahl ■ reinhard m. strecker: die (berliner) gedanken sind frei ■ michael bärmann: china china ■ alles über den national-demokratischen hochschulbund ■ agno stowitsch: szenen aus einem ereignisreichen leben ■ helmut hartwig über wolfram wenzel ■ gert winkler: uecker in new york ■

DISKUS

Horst Krüger: Die sogenannte deutsche Frage

„ALLEINVERTRETUNG" / Hans Michel

Schneller als erwartet hat die Regierung der Großen Koalition in Bonn die festgefahrene Wirtschafts- und Osteuropapolitik der letzten Jahre wieder in Gang gebracht. In der für uns alle entscheidenden Frage der Deutschlandpolitik tritt das Kabinett Kiesinger-Brandt noch immer auf der Stelle.

Im Grunde hat sich hier wenig geändert. Noch immer stangiert diese Frage in den falschen Vorstellungen, die sie seit 18 Jahren blockierten und schließlich zu einer Farce leerer Deklamationen machten. Noch immer operiert man in Bonn mit der These, daß die Existenz zweier deutscher Staaten eine „unerträgliche Spannung" in Mitteleuropa schaffe, daß die Teilung Deutschlands den europäischen Frieden gefährde, und daß die Deutschen einen vor der Welt einklagbaren Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit besäßen. Noch immer wird „Wiedervereinigung" als Fernziel unserer Deutschlandpolitik in Aussicht gestellt. Die Frage, welche Rolle dabei die DDR spielen soll, wird in schöpferischem Dunkel gehalten. Auf jeden Fall hofft man, sie kräftig in die Zange nehmen zu können. Die gegenwärtig sich so gut entwickelnde Osteuropapolitik Bonns läuft ja zu einem nicht geringen Teil darauf hinaus, diesen „anderen Teil Deutschlands" innerhalb der Warschauer Pakt-Mächte zu isolieren.

Ist eine solche Deutschlandpolitik vernünftig? Läuft sie nicht im Grunde denselben Illusionen nach, die schon die Adenauersche Deutschlandpolitik zu Schanden werden ließen? Damals wurde uns versprochen, die Sowjetunion werde bei entsprechender Überlegenheit der westlichen Macht die DDR fallen lassen und erkennen, daß auf die Dauer eine Wiedervereinigung nach westlichem Muster in ihrem eigenen Interesse liege. Heute scheint man zu hoffen, daß die Warschauer Pakt-Mächte, bei entsprechender Präsenz und Dominanz der Bundesrepublik in Osteuropa, die DDR im Sinne einer Wiedervereinigung unter Druck setzen könnten. Diese These verkennt erneut die realen Konstellationen. Aus der Tatsache, daß Bonn künftig in mehreren Hauptstädten Osteuropas Botschaften unterhalten wird, können nur Träumer erhoffen, daß sich die Rolle der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes verändern werde. Die Zeit hat für die DDR und gegen die Politik Bonns gearbeitet. Dieser Staat DDR, wie wenig staatsbürgerliche Demokratie er bis heute auch entwickelt haben mag, ist ein wirtschaftlich stabilisierter und intakt funktionierender Staat, der auch weiterhin innerhalb der pax sowietica seine Rolle als Außenposten spielen wird.

Eine Deutschlandpolitik, die wirklich entspannen wollte, müßte deshalb von der Grunderkenntnis ausgehen, daß eine Machtverschiebung zwischen den beiden Ordnungssystemen, die sich nach 1945 gebildet haben, nicht möglich ist. Wenn es so etwas wie Frieden in Europa gibt, so beruht er auch künftig nur auf der gegenseitigen Respektierung des status quo. Nur innerhalb dieser Systeme ist Entspannung und Kooperation möglich, da allerdings in außerordentlichem Umfang. De Gaulle hat hier angefangen. Amerika ist gefolgt. Dieser Prozeß liegt in der Logik der Stunde.

Bonn sträubt sich noch immer gegen diesen Prozeß, soweit er die DDR betrifft. Es träumt noch immer davon, daß es von den Folgen des zweiten Weltkrieges, die ganz Europa neuordneten, nicht betroffen sei. Bonn vertritt die These, daß ausgerechnet Deutschland, das diesen Weltkrieg auf das Grausamste entfesselte, und ihn auch noch verlor, dafür nichts bezahlen brauche. Es besteht darauf, daß Deutschland nur in einem Staat existieren könne; es beruft sich dabei auf das Potsdamer Abkommen, das in der Tat Deutschland als politische Einheit vorsah. Es übersieht dabei, daß dieses Deutschland des Potsdamer Abkommens von allen Siegermächten als ein auf lange Zeit entmündigtes und entmachtetes Gebilde bedacht war, das nicht mehr völkerrechtliches Subjekt der Weltpolitik sein würde. In dem Maße, wie Deutschland sich wieder an den Händeln der Macht zu beteiligen begann, in demselben Maße wurde die deutsche Teilung automatisch mitvollzogen.

Der Prozeß der deutschen Teilung, der heute als weltgeschichtliches Unrecht und deutsche Tragödie beklagt wird, begann in dem Augenblick, als Deutschland 1941 die Sowjetunion überfiel. Wenn es heute Kommunisten hinter der Elbe gibt, so ist diese Tatsache auf eine aggressive und blutige Politik Deutschlands gegenüber Rußland zurückzuführen, nicht umgekehrt, wie es uns Rainer Barzel und der Baron von Guttenberg am liebsten glauben machen wollen. Man kann schließlich von einer siegreichen Sowjetunion, die die größten Opfer dieser Aggression zu tragen hatte, kaum verlangen, daß sie ihren Teil Deutschlands, wenn Deutschland schon wieder erstarken mußte, nicht am Spiel der Macht beteiligen würde. Beide Teile Deutschlands haben sich inzwischen 1948 und 1952 für die Macht und gegen die Einheit entschieden. Vielleicht lagen hier machtpolitische Zwänge vor.

Die deutsche Frage stellt sich deshalb heute nur noch als Frage der Kooperation beider deutscher Staaten. Beide deutsche Staaten müssen endlich lernen, miteinander zu leben und umzugehen. Sie müssen aus dem gefährlichen Zustand bürgerkriegsähnlicher Dauerverfeindung heraus, der in der Tat eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellt. Ist gegenwärtig auch an eine Konföderation nicht zu denken, so würde kooperative Politik, wie sie Herbert Wehner etwa im Plan der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft entwarf, doch einen wichtigen Schritt zu dieser innerdeutschen Entspannung bedeuten.

Der Einwand, die DDR sei kein hinreichend demokratisch legetimierter Staat, nimmt sich aus deutschem Munde immer etwas wunderlich aus. Statt Freiheit vorweg zu fordern, sollte eine Politik betrieben werden, die Freiheit ermöglicht. Das geringe Maß an staatsbürgerlicher Freiheit, das gegenwärtig in der DDR existiert, ist schließlich zu großen Teilen nicht eine Erfindung kommunistischer Privatbosheit, sondern eine Folge der wirtschaftlichen Unterlegenheit dieses Staates.

Die wirtschaftliche Stärkung und Stabilisierung der DDR liegt deshalb im Interesse aller Deutschen. Je mehr dieser andere Staat ähnliche ökonomische Bedingungen bieten kann, umso weniger „Mauer" wird er benötigen. Es gibt hier eine Interdependenz zwischen politischer Unfreiheit und wirtschaftlicher Unterlegenheit, auf die wir einwirken könnten. Je mehr sich beide deutsche Staaten im Konsumniveau annähern, umso entspannter kann ihr Verhältnis werden. Das heißt nicht, die DDR durch Verfettung gewissermaßen zu betäuben, wie manche das in unserem Lande hoffen. Es hieße, endlich eine vernünftige Deutschlandpolitik in Gang bringen. Es hieße, allen Deutschen akzeptable Lebensbedingungen und der Welt ein Deutschland zu bieten, das nicht mehr gefährlich wäre.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: Hartmut Holzapfel, Manfred Müller, Gerhard-Wolfgang Schellenberg, Hans Joachim Steffen, David H. Wittenberg.
Redaktion: Hanns-Helge Schneider (i. A. Politik), Rudolph Bauer (i. A. Kulturpolitik), Franz-Joachim Gaber (i. A. Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, Hilde Vogel, David H. Wittenberg.
Die Zusammenstellung der Seite 1 besorgte Helmut Fritz.
Redaktionsgeschäftsführer: Hans Joachim Steffen.
Verlagsleiter und Anzeigenredakteur: Werner Fritzsche.
Vertrieb: Gerhard-Wolfgang Schellenberg.
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt 1, Mertonstraße 26–28, Telefon 7 70 64 31 88.
Konten der Zeitung: Deutsche Bank Nr. 240/9647, Dresdner Bank, 121 210, Postscheckkonto Ffm. 1875 88.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Mai 1966.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 6,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße 12, Telefon 81 15 18.
Hinweis: Durch ein Versehen der Druckerei blieb das Impressum des letzten DISKUS unvollständig. Die Redaktion für Nr. 1/1967 bestand aus: Helmut Fritz (Politik), Manfred Forschner (i. A. Kulturpolitik), Hanns-Helge Schneider (Lokales), Karl Riha (Feuilleton), Franz-Joachim Gaber, Ulrich Luetjohann, Gerhard Schulz, David H. Wittenberg.

Veredelung der Persönlichkeit

Nach den Worten Dr. Hans Speidels, General a. D., vor der Führungsakademie der Bundeswehr sollen Menschen auch als Soldaten keine „grausamen Tiere" (Scharnhorsts Wort) sein, vielmehr sich mit Bildung versehen. Selten wurde wohl der Bildung schlechthin in letzter Zeit ein größeres Lob zuteil als die Führungsakademiker es hören durften. Leider verriet der seit Jahrzehnten militärisch verdiente Mann nicht, was er mit „Bildungsideal" meint. Oder sagt seine geforderte Verbindung von „Offiziersideal" und „Bildungsideal" genug? Hier „Lebensgefahr und Ehre, dort Wohlstand und Bildung", da steckt Idealisches drin, in der Vorstellung nämlich, daß der Krieg ein Handwerk sei. Speidel zitiert Scharnhorst, dessen Schwärmen von der Integration einer „echten Idee von Wissenschaft in das Handwerk des Krieges".
Nun weiß Speidel, was er sagt und ihm ist nicht abzustreiten, wie richtig er die Bildungsanstalten beschreibt, wenn er Soldaten und Bildung organisiert sieht: die Universitäten sind längst militärisch ausgerichtet; sie liefern reibungslos „im geistigen Wettbewerb gründlich ausgebildete und profund gebildete Soldaten, Beamte, Naturwissenschaftler, Ingenieure, Ärzte". Der erfahrene Taktiker weiß, daß er offene Türen einrennt mit seinen Forderungen. Die „Verbindung mit den Besten aller Schichten und Stände, nicht zuletzt mit den Universitäten geschaffen, wie sie heute fehlt", das haben Scharnhorst und Gneisenau getan! Ihnen nach! Was geht uns die Geschichte an. Das Idealische zieht uns an. „Die Mittel, die den Hochschulen in den USA, in England, der Sowjetunion, Frankreich auf diesem Gebiet (der Landesverteidigung) zufließen, sind gewaltig: also eine Zweck- und Auftragsforschung erster Ordnung, der eine ausgedehnte Grundlagenforschung entspricht. „Was wir brauchen, ist unbedingtes Vertrauen in Soldaten und die friedliche Vervollkommnung des Militärs. Skandale, wie mit professoralem Geheimdienst in Vietnam, regierungstreue Universitäten, das brauchen wir nicht. Es funktioniert auch so, ohne das US-Vorbild. Hier heißt das „synthetische Erkenntnismethode", Ganzheit" . . .
Bevor solche Aufforderungen zur Untat in die Bildungsanstalten gelangen, noch eine Drohung des Militärs: „Lehrende und Lernende wandten sich oft in Überspitzung der Freiheit von Forschung und Lehre von allen Forderungen der nationalen Verteidigung ab . . ." das ist pauschal diffamiert und probat. Es ist eine Verhöhnung der mittlerweile historischen Figuren der Scharnhorst und Gneisenau, mit ihrer Aura, das Geschäft des Kalten Krieges zu machen. Nicht politische Bildung, sondern „politisches Verantwortungsgefühl" will das Militär; „militärische Wissenschaften . . . als unentbehrlicher Bestandteil der politischen Bildung", so zitiert er Scharnhorst, sichert sich so seine Verteidigung des „Soldatischen". Es gibt hier nichts zu verteidigen außer dem, was den Soldaten aufgetragen wurde zu verteidigen. Die „Soldatischen", die Militarisierer nicht nur der Universität tragen den Angriff, nicht die Rechtsradikalen, die braunen Biedermänner. Das „Gesamtkunstwerk" Wagners soll es sein, sagt der General. „Die Kriegsführung ist eine Kunst, eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende, freie schöpferische Tätigkeit" wird der große Beck zitiert. Aber die Ästhetisierung der Politik gehört den Faschisten. Wer ist das schon? Muß man Faschist sein, um Faschist zu sein? Ist die Schauerrede von der „Tat . . . (die) allein zählt" und vom „Charisma des begnadeten Führers" politische Bildung?

Noch warnt das Militär nur. Ziert das Militär sich mit antikem Wort, klingt Drohung durch: „Wir lieben Schönheit und Geist, aber wir kennen das Maß und bleiben bereit zur Tat".

Kultur ist schön, aber wir halten die Pistole bereit.
(Zitate nach FAZ, 17. 1. 1967) **D. H. Wittenberg**

Gewerkschaftliche Manöver?

Eine Gewerkschaft, die landläufig als linksverschrieen, von Kennern als progressiv gepriesen wird, eine Gewerkschaft wie die I. G. Metall gibt einen Pressedienst heraus, in dem Freund und Feind am 26. 12. 1966 vernehmen konnten: „Gegen die Massenverhaftungen von spanischen Metallarbeitern hat der 1. Vorsitzende der I. G. Metall in Deutschland, Otto Brenner, in einem Telegramm an den spanischen Justizminister protestiert. Darin heißt es, die Polizeiaktionen gegen legitime Arbeiterforderungen seien eine Verletzung elementarer Menschenrechte und eines zivilisierten Landes unwürdig".
Was zunächst vermutet wurde, nämlich ein Protest gegen die faschistische Diktatur in Spanien, hatte offensichtlich einen realen Grund. Von einigen Eingeweihten jedoch wurde diese Meldung als Angriff in den eigenen Reihen, ja sogar als Verrat strenggehüteter Geheimnisse erkannt.
Übt sich doch selbige Gewerkschaft seit einiger Zeit in der Praxis, die kulturelle Tätigkeit spanischer Gastarbeiter beim Frankfurter Bund für Volksbildung zu hintertreiben oder etwa spanische Gastarbeiter der Frankfurter Polizeischen Polizei zur weiteren Bearbeitung zu überlassen. Die I. G. Metall hatte auch die Idee, spanische Tanzveranstaltungen zu verhindern, indem sie den Gastwirt des universitätsbenachbarten Restaurants „Zum Heidelberger" unter polizeilichen Druck setzen ließ. Besonders originell erwies sich aber der Einfall vom 16. Juli letzten Jahres, über den die Frankfurter Rundschau unter „Von Kommunisten nichts zu sehen" berichtete.

Unter gewisser Anleitung sollte dargeboten werden:

1. ein „spanischer Bürgerkrieg" in Frankfurt – „spanische ‚Kommunisten' wollen am Samstag dem 16. 7. eine illegale Demonstration vom Römerberg zum Gewerkschaftshaus veranstalten",
2. eine Demonstration, die – ein besonderer Jux – nicht gegen Franco, sondern „gegen die republikanischen (internationalen) Brigadisten auftreten soll", die an jenem Wochenende in Frankfurt ein antifrankistisches Treffen organisiert hatten,
3. antirepublikanische Transparente zur Verbreitung,
4. „kommunistische Arbeiter", die „Einladungen zum Wiedersehenstreffen der Republikaner gefälscht und in Umlauf gebracht" haben sollen,
5. ein „vorsorglich" bestelltes „mitteldeutsches" Fernseh-Kamerateam, „das im Bild festhalten sollte, wie hierzulande spanische Demonstranten ‚niedergeknüppelt' werden",

Die Frankfurter Rundschau wußte zu berichten, wie dies kommunistisch-anti-kommunistische Durcheinander von der lokalen Polizei geglaubt wurde. „Die Polizei – so hörten wir aus dem Präsidium – wollte sich auf keinen Fall provozieren lassen. Dennoch postierte sich ein Sonderkommando des politischen Kommissariats am Römerberg. Doch die Vorsorge war unnötig, . . . von spanischen Kommunisten, Ostfernsehen und antirepublikanischen Transparenten war weit und breit nichts zu sehen."
Daraufhin eilten die politischen Polizisten „Zum Heidelberger", wo die „Kommunisten" sich doch noch auffinden lassen sollten. Hier veranstaltete der „Spanische Kulturkreis" einen seit Wochen angesagten Tanzabend mit Pasodobles, Beat und einem Vortrag über die spanische Agrarwirtschaft. Der Wirt, anscheinend von der Polizei aufgeklärt, „kommunistische Tätigkeit" zu unterstützen, wurde aufgefordert, zu bezeugen, daß vor der Tanzveranstaltung ein Vortrag gehalten wurde. Diese Zeugenaussage sollte den Beweis erbringen, daß eine „antirepublikanische Veranstaltung" doch noch stattgefunden habe.

Da diesem Coup der große Erfolg versagt blieb, nutzte die I. G. Metall ihre Beziehungen zur Leitung des Frankfurter Volksbildungsheimes. Unter Berufung auf Schädigung der Interessen einer gewissen Gewerkschaft in Frankfurt wurde der „Spanische Kulturkreis" aus den Räumen gewiesen. Form und Ausmaß dieser Schädigung blieben unbekannt.

Im Vorstand der Frankfurter Industriegewerkschaft scheint man sich über die Zusammenarbeit mit dem spanischen Konsulat noch einig zu sein, das nach einem Gerücht die gewerkschaftliche Tätigkeit als „freundlichen Akt" bezeichnet haben soll. Die Stadt Frankfurt scheint jedoch im Augenblick den bemerkenswerten Ambitionen einer Abteilung des Vorstandes der I. G. Metall, die sich ausdrücklich auf den Vorstand beruft, zu widerstehen. Gleichzeitig wurden dünne Proteste gegen die Behandlung spanischer Gastarbeiter in Deutschland nicht nur allzudünn, sondern unglaubwürdig. **H.-H. S.**

Leserbriefe

Zu 8/66, S. 15, „Schmäh von rechts"

Sehr geehrte Herren!
Sie stapeln tief, wenn Sie dem „ständigen Mitarbeiter" der DEUTSCHEN WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND WIRTSCHAFT, Wilhelm Pleyer, als Attribut zuschreiben: „Träger des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1941". Herr Pleyer ist darüber hinaus nämlich noch in guter Erinnerung als Verfasser eines „Gruß an den Führer", abgedruckt in „Gedichte für Adolf Hitler", erschienen im Georg Truckenmüller-Verlag Stuttgart-Berlin, datiert mit dem 7. Oktober 1938. Das Vorwort zu dem Bändchen schrieb der damalige „Reichsleiter" und „Leiter der Kanzlei des Führers" Philipp Bouhler. Herr Pleyer, von mir auf dieses sein Gedicht hin angesprochen, bekennt sich noch heute emphatisch zu dessen Ton und Inhalt.
Ravensburg **Günter Grafen**

Zu 8/66, S. 5, „Schleppenträger der CDU?"

Sehr geehrte Herren!
Herr Witt meint, daß die „CDU-Politiker zu Recht skeptisch sind, wenn ihnen (vom RCDS) Universalprogramme angeboten werden". Diese Skepsis ist gerade in der CDU unangebracht, da sie es von sich aus selten genug fertig bringt, ein eigenes Universalprogramm zu erstellen.
Gerade weil der RCDS nicht in der politischen Verantwortung steht, ist er zur Ausarbeitung von Gesamtkonzepten angehalten, denn er allein hat die Zeit, Bereitschaft und oft genug auch das Wissen und nötige Rüstzeug dazu. Die generelle Skepsis der CDU gegenüber dem RCDS ist weniger eine Frage seiner Leistung als eine Frage der überholten Klischeevorstellungen über Studenten, wie sie immer wieder bei Parteimitgliedern anzutreffen ist.
Ich halte es für einen frommen Wunsch, daß die CDU nicht zuletzt über den RCDS „etwas gegen ihr lädiertes Verhältnis zur Intelligenz und den intellektuellen tun will". Der RCDS ist meiner Meinung nach noch gar nicht genug in das Bewußtsein der CDU gedrungen, um als irgendwie geartetes Mittel benutzt zu werden. Der RCDS sollte allerdings seine politische Selbständigkeit gegenüber der Partei klarer demonstrieren und dabei nicht seine politische Affinität zur CDU verschweigen.
Bonn **Stellv. RCDS-Bundesvorsitzender gez.: Wulf Schönbohm f. d. R. J. Girnstein (Sekretärin)**

Sehr geehrte Herren!
Witt behandelt hauptsächlich das Verhältnis des RCDS zur CDU und JU. Dies ist zweifellos ein wichtiger Aspekt der Arbeit des RCDS, aber nur einer unter anderen. Zu kurz kommt in dem Artikel die Tätigkeit des RCDS an den Hochschulen als eine von mehreren konkurrierenden politischen Gruppen.
Der RCDS ist zwar, wie Witt richtig schreibt, kein Verband, der zur „Selbstbestätigung von Miniaturpolitikern an der Hochschule" geeignet ist. Das darf aber nicht verstanden werden, als lehne der RCDS politische Arbeit an der Hochschule ab. Er sieht im Gegenteil in der Tätigkeit an der Hochschule (in Parlament, AStA und den Organen zur Verwaltung der gesamten Hochschule) eine seiner Hauptaufgaben. Entsprechend liegt hier ein Schwerpunkt der Arbeit der RCDS-Gruppen und auch der Tätigkeit auf Landes- und Bundesebene; dazu hat Witt ja einige Beispiele gebracht.
Der RCDS sieht also die Hochschulpolitik keinesfalls als verächtliche Miniaturpolitik an. Wir halten es vielmehr oft für erheblich sinnvoller, auf Gebieten tätig zu werden, bei denen wir die Möglichkeit zu einer unmittelbaren Einwirkung auf die Verhältnisse haben, als sich zu engagieren in Bereichen, die einer Einflußnahme so gut wie völlig entzogen sind und in denen ein Engagement daher ohne Auswirkungen bleiben muß – allerdings deswegen auch verhältnismäßig risikolos ist. Das heißt nicht, daß der RCDS nicht eine Meinungs- und Willensbildung in den Gruppen zu allgemein-politischen Fragen hat – auch dazu brachte Witt ja Beispiele –, nur meinen wir, daß das andere, die unmittelbare politische Tätigkeit, dazugehört, soll ein Verband nicht zum reinen Debattierklub werden.
RCDS-Landesverband-Vorsitzende
Marburg **Christiane Müller-Lobeck**

Zu 1/67, S. 1, Collage
Ich protestiere!
Das Titelbiatt des neuen DISKUS halte ich für eine evidente Schweinerei. Kommen Sie mir nicht mit „Freiheit der Kunst", „L'Art pour L'art" oder Vokabeln wie „Gehalt, Sinn, Interpretation, Absicht, aufrütteln".
Wollten Sie vorteilhafter Ausdrücke wie „Takt, Achtung, Toleranz" repetieren, dann arbeiten Sie für eine bessere Zukunft der Menschen, was Studenten doch allzu gerne für sich in Anspruch nehmen, und nur dann!
Nehmen Sie dies zur Kenntnis.
Ohne Hochachtung
Hainstadt **stud. phil. Rücker**

Sehr geehrte??? Redaktion!
Es läßt sich kaum verhindern, daß ein gewisses Individuum Holtfreter, seine Freude daran findet, sich in Geschmacklosigkeiten zu üben, was ihm ohne Zweifel gelungen ist.
Verbieten kann man sich allerdings, daß Ihre Redaktion diese verletzende Geschmacklosigkeit auf dem Titelblatt publiziert.
Die Tatsache, daß dieses Collage völlig unmotiviert auf der Titelseite erscheint, kann wohl auch von der Kirche fern stehenden Kreisen nur als provozierende Beleidigung angesehen werden.
Hiermit liefert die Redaktion nicht nur den Beweis mangelnden Taktgefühls, sondern auch den der eigenen Geschmacksverirrung und der fehlenden Reife.
Wer könnte da noch verkennen, wessen Geistes „Kinder" am Werk waren?!
Was die Angelegenheit aber erst recht peinlich macht ist die Tatsache, daß Sie das Blatt der Gesamtstudentenschaft „sein wollen".
Zum Zeitungmachen gehört nicht nur die Freude am Artikelschreiben und Bildchenbasteln, sondern, vor allem, wenn man repräsentativ sein will, Verantwortungsbewußtseln.
Solange Sie dieses nicht beweisen können, dürfen Sie in keiner Weise Anspruch darauf erheben, ernst genommen zu werden.
Mühlheim am Main **Hans Heil**

An die Herausgeber!
Es gibt ein Rezept für den literarischen Erfolg, das – Herr Grass hats probiert – immer zum Ziel führt: Ein wenig Pornographie (nicht zuviel, daß es nicht der Zensur anheimfällt) gemischt mit Frivolität religiöser Art.
Was Sie auf Ihrer Titelseite gebracht haben, verschlägt einem die Sprache. Nicht nur mir, weil ich katholisch bin, auch dem ev. Christen, dem Mohamedaner, dem Menschen! Doch warum schreibe ich Ihnen? Sie wollten doch meine Beleidigung! Sie wollten doch den Skandal, um noch einmal ins Gespräch zu kommen! Bloßer Sex zieht nicht mehr. Er muß mit einer Gotteslästerung garniert werden.
Der einzige Grund meines Schreibens ist der Protest. Sie sollen wissen, daß Sie nicht die öffentliche Meinung der Uni Ffm repräsentieren. Ich lehne mich gegen die Diktatur Ihres Blattes auf.
Nicht mehr hochachtungsvoll
Neuenhain **stud. phil. J. F. Kiegel**
P. S. Offensichtlich reichen die Toiletten der Uni nicht mehr aus, um die Produkte der triebgesteuerten Pantasie auf „künstlerischem und literarischem" Gebiet aufzunehmen. Im DISKUS lassen sie sich noch in bare Münze umsetzen! – Gehen Sie doch einmal zum Psychiater!
P. S. Ihr Titelbild erinnert an den „Stürmer". Es muß ein herrliches Gefühl sein, überlegen-lächelnd auf den religiösen Gefühlen anderer Menschen herumtreten zu können!

An die Redaktion!
„DISKUS", die Frankfurter „Studentenzeitung", wie sie sich nennt, an mehreren Orten der Universität mehr oder weniger ins Auge fallend postiert, – nur dort sucht man sie vergebens, wo zumindest die Januarnummer den ihr gebührenden Platz hätte – präsentiert sich in der letzten Ausgabe in einem besonders mißratenen Gewande. (Böswillige Betrachter könnten allerdings argumentieren, daß in dieser Nummer ein Glücksfall eingetreten wäre, in dem sich Text und Graphik zu höchster Kongruenz vereinigt hätten, das Niveau also schwerlich noch zu unterbieten sei.) Aber, genug der Polemik, ich möchte mich vielmehr an dieser Stelle kurz und kritisch zu der Gestaltung der Titelseite des Januarblattes äußern. Und zwar will ich die erratischen Bildmarginalien über Vollbusigkeit und Körperenthaarung außer acht lassen und „nur" auf das Hauptbild eingehen.
Es stellt, wenn ich Ihnen das Bild in Erinnerung zurückrufen darf, einen Meßkelch, also einen christlichen Kultgegenstand, zwei Hände, die, der Fingerstellung nach zu schließen, Priesterhände sein dürften, und dazwischen, wo man eigentlich die geweihte Hostie erwartet, zwei bemalte Kunststoffveteln, „Anfang Dreißig" dar. Für das geistige Mittelmaß: eine zuckersüße Popidylle oder die unbewußte Demonstration eines Schönheitsideals gewisser Kreise, die das zwar, offen ausgesprochen, nicht goutieren würden, aber in der gehaltlich anonymen und interpretatorisch schlecht faßbaren Collage als witzigen, ja als geistvollen Einfall gelten lassen. Wie ja überhaupt die Collage, nicht nur in ihrem Blatt, der Geistlosigkeit und des Geistverlustes und somit des Verlustes an Geschmack, Zusammenhang und künstlerischer Aussagekraft Ausdruck verleiht und ein Zeichen von Feigheit, geistiger Beschränktheit und künstlerischem Unvermögen den Dingen gegenüber darstellt, die es entweder wissenschaftlich oder im weitesten Sinne künstlerisch zu bewältigen, zu formen gilt, die man also nicht blödsinnig verschleiern sollte und deren Ergebnis in einer wahllosen Zusammenstellung (ich habe es vorhin „anonym" genannt; ich meine geistig anonym, daran ändert demnach der Name unter dem Bild nichts) man nicht vor jeder Interpretation zurückziehen sollte, indem man, allerdings verständlicherweise, alle Maßstäbe als unzureichend erklärt, um nicht in „des Kaisers neuen Kleidern" dazustehen.
Ich spreche damit selbstverständlich nicht jede mögliche Art der Collage an, sind ja doch einige große und gute Werke nicht nur der neueren Kunst, sondern etwa auch der mittelalterlichen Simultanmalerei in einem weiteren Sinne in der Konzeption als Vorläufer der Collage zu betrachten, wenn sie Geschehnisse oder Gegenstände, die in der Wirklichkeit meist nicht zusammengehören, in ein gewisses überwirkliches Verhältnis setzen, welche Technik auch immer angewandt worden sein mag. Doch wo dort geistvolle Verdichtung der Geschehnisse und sinnvolle Komposition herrschen, macht sich bei der leider viel häufigeren Art der Collage, nicht zuletzt eben bei ihrem Titelbild, die Perversität und, was noch schlimmer ist, die pure Dummheit breit, die dann entweder Peinlichkeit oder Langeweile zur Folge hat. Sie stehen damit, beabsichtigt oder nicht, in einer Linie mit den in letzter Zeit häufig diskutierten Theaterauswürfen (etwa Handkes „Publikumsbeschimpfung", den „Mysteries" des „Living Theatre" oder dem „don carlos" der „neuen bühne", um nur einige zu nennen), in denen Provokation, ein übrigens legitimes und gutes Mittel nicht nur der Kunst, zum Zweck erhoben wird und so, ihrer eigentlichen Bestimmung entkleidet, sinnlos und wirkungslos im Raume verhallen muß und nur dem Blöden oder Primitiven zu einer Genugtuung gereichen kann. Und ihr Titelbild, um darauf zurückzukommen, erfüllt genau die Bedürfnisse dieser Schicht. Ein wenig Surrealismus, ein bißchen Absurdität, ein Schuß Sex und eine sich so intellektuell, ehrlich und offen gebende und dabei doch so verlogene Verketzerung der Kirche oder des christlichen Lebens überhaupt, das ist die Mahlzeit, die heute gar nicht kalt werden kann, weil der Heißhunger nach dem Unbestimmten, nicht so genau Definierbaren, nach all dem, was keine hohen Ansprüche stellt, schon immer und gerade heute beinahe unstillbar war und ist. Daß eine Studentenzeitung bei diesem Konsum munter mitmischt, ist eigentlich sehr bedauerlich.
Zwar möchte ich mich hier ausdrücklich gegen eine Einziehung der Januarnummer Ihrer Zeitung oder gegen eine noch härtere Maßnahme aussprechen (man trat an mich in diesem Zusammenhange mit einer Unterschriftensammlung, die ersteres bewirken sollte, heran), da ich dies mit meiner Auffassung von der Freizügigkeit der Presse und überhaupt der Meinungsäußerung nicht vereinbaren kann und da ich zudem glaube, daß man Ihnen damit indirekt einen Dienst erwiese. Auch möchte ich keineswegs eine Apologie der angeblich verletzten Werte schreiben – für mich kann ich sogar sagen, daß ich mich wegen des Bildes nicht verletzt fühle, was es eben, wie schon ausgeführt, zu blöde und zu plump ist – doch möchte ich Ihnen mit diesem Brief, in vielen Parallelen zwar, aber damit eben aufs deutlichste klarmachen, daß Sie einmal das Niveau sehr weit unterschritten haben und daß Sie zum anderen gezeigt haben, wie wenig Achtung Sie vor solchen Dingen haben, die Sie entweder nicht verstehen oder zu deren Behandlung ihnen einfach die nötige Reife abgeht (was nicht allzu gemeint ist, sondern sehr ernst).
Ich weiß nicht, wie Sie, um in der Gegenwart zu bleiben, auf eine Darstellung reagieren würden, in der etwa ein KZ-Häftling mit Hilfe der Collagentechnik in eine ausgelassene Party hineinprojiziert wird. Wahrscheinlich, oder sagen wir besser: hoffentlich ähnlich wie viele unserer Kommilitoninnen und Kommilitonen in ihrem Protestschreiben oder so wie ich in diesem Brief auf Ihre Titelseite hin. Denn das heilige Geschehen im Meßopfer ist nichts anderes, wenn man ihnen so viel Abstraktionsvermögen zumuten darf, als die unblutige Repräsentation des Kreuzestodes Christi, vor dem man, ob Gläubiger oder Nichtgläubiger, Achtung haben sollte, schon wegen des grausamen Schicksals, das hier erlitten wurde. Daß damals am Kreuze Gottes Sohn sein Leben für die zu erlösende Menschheit hingegeben hat, ist christlicher Glaubensgrundsatz. Daß aber ein Mensch damals unsägliche Qualen erlitten haben muß, das sollte jedem Achtung vor dem kreatürlichen Leid und Opfer abverlangen!
Auch der „künstlerischen" Leitung des „DISKUS".
Oberstedten/Taunus **stud. phil. Otto Leibl**

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 21494

DRACHENSAAT

Ein Traktat über die Seele / Von Michael Bärmann

Wer kritisch die Zeitung liest, muß lernen, sich einigermaßen im Gestrüpp widersprüchliche Nachrichten über die chinesische Kulturrevolution zurechtzufinden. Nachrichten aus Belgrad oder Moskau wird er selten noch ernstnehmen, solche von westlichen Presseagenturen streng mit jenen vergleichen, die aus dem maoistischen Lager (1) kommen, und er wird prüfen, wo Übereinstimmungen bloß faktischer Art zu finden sind. Aber dieses nur „empirische" Verfahren kann zu keiner stringenten Interpretation führen, solange der kritische Zeitungsleser nicht versucht, das theoretische Vorverständnis der Initiatoren dieser „Revolution neuen Typs" kennenzulernen.

I

„Gerade das unersättliche Identitätsprinzip verewigt den Antagonismus vermöge der Unterdrückung des Widersprechenden."
(Adorno, Negative Dialektik)

Wenn der kritische Denker im Spätbürgertum das Identitätsprinzip — im Unternehmerjargon: das Boot, in dem wir alle sitzen — als ideologisches Herrschaftsinstrument entlarvt, dann schlägt er eine Brücke nicht nur von Hegel zu Marxens Ideologiekritik, sondern auch von Johnson's „Great Society" zur Kulturrevolution, die den Weg bahnen soll zur kommunistischen Gesellschaft. Spricht im Wiedersprechenden der „Negativen Dialektik" das spätbürgerliche Individuum, das sich in letzter Vereinzelung ohnmächtig einem übermächtigen Geschichtsprozeß entgegenstellt, so greift Mao Tse-tungs Dialektik des Widerspruchs in diesen Prozeß ein und mobilisiert die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft für den Aufbau des Sozialismus. Schon 1937 schrieb Mao lakonisch:

„Das Gesetz des Widerspruchs, der den Dingen innewohnt, oder das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das allerfundamentalste Gesetz der materialistischen Dialektik." (2)

Mithin muß jeder Aktion, jeder Strategie der Kommunisten die Beantwortung der Frage vorangehen, welche in der jeweiligen Gesellschaft die entscheidenden Widersprüche sind. Der „Hauptwiderspruch" des historischen Moments ist die verbindliche Grundlage kommunistischer Politik. In der maoistischen Revolutionstheorie wird scharf unterschieden zwischen zwei Arten von Gegensätzen: einmal dem Gegensatz zweier sich gegenseitig ausschließender Interessen, etwa dem Klassengegensatz, der sich nur als Kampf zwischen Feinden lösen läßt und darum ein „antagonistischer Widerspruch" genannt wird, sowie zweitens Gegensätzen von sich nicht widersprechenden Interessen, die sich mit friedlichen Mitteln austragen lassen und „nicht-antagonistisch" genannt werden. Mao zählt einige solcher Widersprüche auf und ordnet ihnen Lösungsmethoden zu, die je nach dem Ergebnis der wissenschaftlichen Analyse kämpferisch oder friedlich sind:

„So wird zum Beispiel der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie mit der Methode der sozialistischen Revolution gelöst. Der Widerspruch zwischen den Volksmassen und der Feudalherrschaft wird mit der Methode der demokratischen Revolution gelöst. Der Widerspruch zwischen den Kolonien und dem Imperialismus wird mit der Methode des nationalrevolutionären Krieges gelöst. Der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in der sozialistischen Gesellschaft wird mit der Methode der Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft gelöst. Die Widersprüche innerhalb der kommunistischen Partei werden mit der Methode der Kritik und Selbstkritik gelöst. Die Widersprüche zwischen Gesellschaft und Natur werden mit der Methode der Entwicklung der Produktivkräfte gelöst." (3)

Der gebildete Europäer erklärt solche Sätze als primitiv und dilettantisch. So schützt er sich davor, die Primitivität des eigenen bürgerlichen Lebens dem historischen Anspruch des Sozialismus konfrontieren zu müssen. Im Verlauf der chinesischen Revolution hat sich nämlich die praktische Stimmigkeit dieser Sätze erwiesen. „Praktische Stimmigkeit" will sagen, daß diese Sätze trotz ihrer großen Einfachheit der Wirklichkeit nicht widersprechen. Sie haben die Form praktischer Anweisungen, denen eine gründliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse Chinas im jeweiligen Stadium der historischen Entwicklung vorausgeht. Wie kein anderer beherrschte Mao immer wieder die Kunst, die grundlegenden Widersprüche innerhalb der Gesellschaft zu erkennen. Zugleich ist bemerkenswert, wie er seine Theorie Schritt für Schritt im Zusammenhang mit den konkreten Problemen der politischen Praxis entwickelte: „Erkenntnis beginnt mit der Praxis und muß . . . auch wieder zur Praxis zurückkehren". (3a)

Dies war die allgemeine Lehre, die Mao aus den Erfahrungen der 20er Jahre gezogen hatte.

Die kommunistische Partei war 1921 unter Führung eines Literaturprofessors von Intellektuellen gegründet worden, die sich in Arbeitskreisen mit dem Marxismus beschäftigt hatten. Ohne praktische Erfahrung gingen diese Intellektuellen daran, eine gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen in China noch abstrakte Theorie anzuwenden, um Revolution zu machen. Sie folgten blind den Anweisungen Stalins und der Komintern und hatten zunächst auch große Erfolge, was für die Stimmigkeit jener Anweisungen spricht. In Zahlen: 1927 waren die KPCh auf etwa 50 000, die Gewerkschafts- und Bauernverbände auf je über 2 Millionen Mitglieder angewachsen. Sie bildeten das revolutionäre Potential. Zu genau dem Zeitpunkt erfolgte der Rückschlag: in einem Massaker, das der jüngsten Kommunisten-Schlächterei in Indonesien ähnelt, dezimierte Chiang Kai-scheck die Partei um 80 Prozent ihrer Mitglieder. Das Blutbad unter den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern, besonders in Schanghei, hatte ein ähnliches Ausmaß. Diese Ereignisse veranlaßten Mao zur Bestandsaufnahme und neuen Analyse der revolutionären Kräfte. Auf dieser Grundlage entwickelte er die Strategie des Volkskrieges, der sich vor allem auf die verelendeten Bauernmassen stützt. Damit durchbrach Mao ein Tabu des dogmatischen Marxismus, für den das industrielle Proletariat allein Träger der sozialistischen Revolution sein muß.

„Wenn Menschen einen Fehlschlag erlitten haben, dann werden sie auch daraus eine Lehre ziehen und ihr Denken so korrigieren, daß sie es mit der Gesetzmäßigkeit der Außenwelt in Einklang bringen, und so können sie eine Niederlage in einen Sieg verwandeln; die Sprüche ‚Die Niederlage ist die Mutter des Erfolges' und: ‚Fall in einen Graben und werd' um eins klüger', enthalten diese Lehre." (3b)

II

„Keinen richtigen politischen Standpunkt haben, bedeutet, keine Seele haben."
(Mao Tse-tung)

Mao's Theorie widersprüche sich selbst, stellte sie den Anspruch, unfehlbar zu sein. Denn ihr zentrales Argument ist, daß die Wahrheit einer Theorie sich in der Praxis erweisen muß und nicht bloß abstrakte Geltung haben kann.

1958 mußte Mao zwingend folgern, daß er Fehler gemacht hatte, denn er hat seine Theorie über den Aufbau des Sozialismus nicht voll durchsetzen können. Dem Verlust seiner Ämter als Generalsektretär der KPCh und als Regierungschef waren Ereignisse vorausgegangen, die man aus der heutigen Perspektive als erste Versuche bezeichnen könnte, so etwas wie eine Kulturrevolution durchzuführen. Deshalb läßt sich aus der Phase von 1956 bis 1958 Aufschluß darüber gewinnen, was sich heute in China abspielt.

Einen Ausgangspunkt stellt Mao's Rede „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke" dar, die er am 27. Februar 1957 auf der II. erweiterten Tagung der Obersten Staatskonferenz hielt, sowie eine Reihe von Artikeln verschiedener Autoren, die in allen wichtigen Zeitungen und Zeitschriften die neue Theorie der „ununterbrochenen (permanenten) Revolution" entwickelten und verbreiteten (4). Diese theoretischen Diskussionen standen in engem Zusammenhang mit dem Ende der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Kampagne „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander diskutieren".

Ende 1956 waren die Sozialisierung von Industrie, Handel und Verkehr und die Kollektivierung der Landwirtschaft so weit fortgeschritten, daß ein qualitativer Sprung im Aufbau des Sozialismus bevorstand. Bereits 1955 schrieb Mao Tse-tung, daß die meisten Probleme der ersten Phase der sozialistischen Revolution, also vor allem die Probleme, die sich unmittelbar mit der Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft und der Abschaffung kapitalistischer Produktionsverhältnisse stellten, gelöst seien:

„Das Problem von heute ist keines von dieser Art. . . . Das Denken der Menschen muß sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Das Problem ist heute, daß der Rechtskonservatismus auf vielen Gebieten immer noch Schwierigkeiten macht und verhindert, daß die Arbeit auf diesen Gebieten mit der Entwicklung der objektiven Lage Schritt hält. Das gegenwärtige Problem besteht darin, daß viele Leute Dinge für unmöglich halten, die getan werden könnten, wenn sie sich Mühe geben. Darum ist es absolut notwendig, immer wieder diese rechtskonservativen Vorstellungen zu kritisieren, die es wirklich immer noch gibt." (5)

Damals wurde zum ersten Mal von der technischen und kulturellen Revolution gesprochen. Die „technische Revolution" bedeutete zunächst einmal die Gewöhnung der Bevölkerung an technisch-wissenschaftliches Denken, wie es durch die Mechanisierung und Industrialisierung notwendig wurde; 1956 wurde der erste LKW in China hergestellt. Mit „kultureller Revolution" war zunächst eine allgemeine Erziehungskampagne gemeint, für ein sozialistisches Land alles andere als ungewohnt (in diesem Sinne wurde auch in der DDR eine „Kulturrevolution" propagiert, bis hin zur Kampagne „Kumpel, greif zur Feder"). Aber solche Bewegungen hatten in anderen Ländern bislang wenig revolutionären Charakter gezeigt, wenn man von Einzelerscheinungen wie der „Proletkult"-Bewegung in der Sowjetunion Anfang der zwanziger Jahre absehen will.

Obwohl die Kampagnen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sich formal ganz an das bereits vorexerzierte Muster hielten, traten in ihrem Verlauf Phänomene auf, die in jenes Muster nicht mehr paßten. In einer großen Bewegung für „Sozialistische Erziehung" wurden erste Elemente nicht nur dessen, was sonst unter dem Titel „Polytechnische Erziehung" bekannt ist, eingeführt, sondern man begann mit einer Umwandlung des Erziehungssystems, die auf die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit abzielt. Beispielsweise entwickelte sich daraus in den folgenden Jahren ein Schultypus, in dem wie in der Industrie der Acht-Stunden-Tag eingeführt wurde, und zwar nach dem Verhältnis von vier Stunden geistiger Arbeit (Schule) zu vier Stunden körperlicher Arbeit (Produktion). In solchen Versuchen war die Absicht zu erkennen, nicht nur auf ökonomischem Gebiet, in der objektiven Basis der gesellschaftlichen Entwicklung, Voraussetzungen für eine künftige kommunistische Gesellschaft zu schaffen, sondern durch entsprechende Änderungen des Erziehungssystems die Aufhebung der Arbeitsteilung im Bewußtsein der Menschen subjektiv vorwegzunehmen. Dadurch sollte eine zusätzliche Beschleunigung für die wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden.

Größere Publizität außerhalb Chinas erreichte die Kampagne der „Volkshochöfen". Im ganzen Bereich der Volksrepublik, besonders aber auf dem Land, errichtete man nach äußerst einfachen und auf ein technologisch kaum geschultes Denken zugeschnittenen Bauplänen kleine Schmelzöfen, um aus Schrott und Erz Eisen herzustellen. Was die Hoffnung betraf, damit mehr als einen geringen Teil des lokalen Eisenbedarfs zu decken, war diese Kampagne offensichtlich ein Mißerfolg. Mao hatte die Möglichkeit falsch eingeschätzt, den „subjektiven Faktor" durch die Entfachung eines allgemeinen revolutionären Enthusiasmus forciert für die Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung einsetzen zu können. Umso wichtiger ist es, den wesentlichen Aspekt dieser Kampagne festzuhalten: sie war nämlich Bestandteil einer offensichtlich noch nicht ganz durchdachten Strategie zur Lösung der Widersprüche innerhalb des Sozialismus, eine Aktion der „technischen" oder „technologischen" Revolution. Der Bau der Öfen nach einfachen Plänen und die praktische Erfahrung mit dem technischen Vorgang des Schmelzens sollten dazu dienen, „für Chinas wachsende Industrie ein riesiges Heer halb ausgebildeter Arbeiter heranzuziehen, die eines Tages nur noch Spezialschulung brauchen werden, um zu verstehen, welche Funktionen ihnen in einer Großschmiede oder Maschinenfabrik zugedacht wird" (6).

Die maoistischen Formen politischer Praxis unterscheiden sich in ihrem Inhalt merklich vom sowjetischen Modell, das Stalin in den dreißiger Jahren geprägt hat. Dadurch wird das tiefgehend rassistische Bewußtsein der Europäer leicht verführt, faschistisch umzuinterpretieren, was Mao einmal als „Sinifikation" des Marxismus-Leninismus für China gefordert hat. Am weitesten gehen darin die westdeutschen Neonationalisten und die Ideologen der Sowjetunion. Während letztere die Chinesen als Faschisten beschimpfen, feiern die deutschen „Rechtsradikalen" den „Chinesischen Nationalkommunismus". Schrieb die „National- und Soldatenzeitung" am 27. 1. 1967:

„Täglich füttert die Weltpresse ihre Leser in den ‚freien' wie moskauhörigen Staaten mit neuen Gruselgeschichten aus China. Anhänger Mao Tse-tungs, der den chinesischen Nationalkommunismus anführt, sollen mit Arbeiter- und Bauernmassen im Kampfe liegen. Die Wahrheit zu ergründen, ist für außerchinesische Presseorgane so gut wie unmöglich. Richtig daran aber ist, daß Mao Tse-tung kein konsequenter Schüler des von ihm offiziell verehrten Stalin ist, und deshalb die vorsorgliche Ermordung aller potentiellen Feinde verabscheut, wie sie Stalin immer wieder vorexerzierte."

In welche Situation hat uns die Verlogenheit des europäischen Sozialdemokratismus gebracht, daß die simple Wahrheit für die Zwecke der bundesdeutschen Reaktion in die Waagschale geworfen werden kann! — Sinifikation bedeutet weiter nichts als die Befreiung des Marxismus von dogmatischen, den gesellschaftlichen Verhältnissen in China nicht angemessenen Komponenten. Das schließt die Forderung nach Unabhängigkeit von Moskau ein. Von Sinifikation des Marxismus-Leninismus hat Mao bereits im Oktober 1938 vor dem 6. Plenum des ZK der KPCh gesprochen, also schon zur Zeit der letzten großen Moskauer Schauprozesse, die soweit führten, daß schließlich Revolutionäre dem Kampf gegen die Konterrevolution zum Opfer fielen.

Mao's Methode bei der Bekämpfung der Konterrevolution — das wird jetzt während der Kulturrevolution besonders deutlich — unterscheidet sich prinzipiell von der Praxis Stalins. Das hat selbst „der Kenner der kommunistischen Welt", Klaus Mehnert, erkannt: „Stalin liquidierte die Revolutionäre zugunsten der Bürokraten und Apparattschiki; Mao und Lin liquidierten die letzteren zugunsten der ersteren" (7). In beiden Fällen freilich von „Liquidation" zu sprechen, ist irreführend; es gibt einen Unterschied zwischen der physischen Vernichtung eines Menschen und seiner politischen Entmachtung — gerade dann, wenn beide Methoden dem gleichen Ziel, die Konterrevolution einzudämmen, dienen sollen. Benutzte Stalin Schauprozesse, so setzt Mao immer wieder den Mechanismus von Kritik und Selbstkritik in Bewegung, vor allem den der Kritik von unten und der Selbstkritik von oben. Stalins Fehler lag darin, daß er die Konterrevolution nicht mit revolutionären Mitteln bekämpfte, Maos Stärke liegt eben in der Korrektur dieses Fehlers durch die „Massenlinie".

Wie revolutionär die Strategie Mao's ist, geht übrigens deutlich aus der „Berichterstattung" des größten Teils der bürgerlichen Presse hervor. Gerade die Revolutionierung des subjektiven Faktors, des „Bewußtseins", welche die Kulturrevolution beabsichtigt, trifft den bürgerlichen Individualismus in seinem Kern. Was rational und vernünftig sich abspielt, wenn ein 700-Millionen-Volk auf die Straße geht und diskutiert, wird übersetzt in die Metaphern des physischen Terrors, wie etwa in einer Wochenzeitung: „Leichen wurden durch die Straßen gerollt". In der Tat ist es ja völlig richtig, daß die Rotgardisten wie der inkarnierte Bürgerschreck erscheinen — sie sind der Bürgerschreck: sie machen Revolution.

Es wäre unverständlich, wenn die Maoisten ihre Aktionen zwar als Revolution betrachten, aber nicht ein Herrschafts- und Unterdrückungssystem beseitigen wollten. Auch hier geht es wieder um eine an der Führung der KPdSU betriebene Kritik. Bereits nach dem 20. Parteitag der KPdSU auf dem der „Stalinist" Chruschtschow die „Entstalinisierung" eingeleitet hatte, schrieb 1956 die chinesische „Renmin Ribao" (Volkszeitung) in einem Grundsatzartikel „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats":

„Es gibt eine naive Denkweise, die annimmt, daß es in der sozialistischen Gesellschaft keine Widersprüche mehr gäbe; Widersprüche verleugnen hieße aber die Dialektik verleugnen. Zwar ist das Wesen der Widersprüche in verschiedenen Gesellschaftssystemen unterschiedlich, ebenso die Art, sie zu lösen; aber die Entwicklung der Gesellschaft schreitet durch ständige Widersprüche fort."

Die Widersprüche in einem sozialistischen Staat wie China sind nach Mao „Widersprüche im Volk":

„Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse, Widersprüche innerhalb der Bauernschaft, Widersprüche innerhalb der Intelligenz, Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, Widersprüche zwischen Arbeitern und Bauern einerseits und der Intelligenz andererseits, Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen einerseits und der nationalen Bourgeoisie andererseits, Widersprüche innerhalb der nationalen Bourgeoisie usw. Unsere Volksregierung ist eine Regierung, die wirklich die Interessen des Volkes vertritt und dem Volke dient, und doch bestehen gewisse Widersprüche zwischen der Regierung und den Volksmassen. Dazu gehören Widersprüche zwischen den Interessen des Staats, der Kollektive und der Einzelpersonen, zwischen Demokratie und Zentralismus, zwischen Führung und Geführten sowie Widersprüche zwischen dem bürokratischen Arbeitsstil einiger Staatsfunktionäre und den Massen." (8)

Die Feststellung, es gebe auch im Sozialismus Widersprüche, erklärt zwar die Politik der Jahre 1956—1958, nicht aber die Notwendigkeit der Kulturrevolution. Dazu muß nachgewiesen werden, daß es sich nicht mehr länger um „Widersprüche im Volk" handelt (die nicht-

Fortsetzung auf Seite 4

Literaturhinweise

(1) Peking Rundschau; Radio Peking: deutschsprachiges Programm täglich 19—20 Uhr (auf 43,9, 42,8, 42,4 und 31,7 Meterband) und 21—22 Uhr (auf 43,9 und 42,8 Meterband)
(2) Mao Tse-tung: Über den Widerspruch, Peking 1964
(3) AaO., S. 26 f
(3a) Mao Tse-tung, Über die Praxis; in: Ausgewählte Schriften, Frankfurt 1963, S. 41
(3b) AaO., S. 30
(4) Vgl. Stuart R. Schram: Die permanente Revolution in China, Frankfurt 1966
(5) Mao Tse-tung: Socialist Upsurge in China's Countryside, Peking 1957, S. 9 f
(6) H. Henle: China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, S. 195
(7) Klaus Mehnert: Maos zweite Revolution, Stuttgart 1966, S. 20
(8) Mao Tse-tung: Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke, 3. Aufl., Peking 1966, S. 3 f

Modern
an der Staatskrippe

Von Wolf-Dieter Narr

Die Blockregierung Kiesinger/Brandt steht als Faktum gegen thomasgleiche Zweifler: das „Ende der Nachkriegszeit" — noch von Erhard verkündet — ist da, die Episode des Postfaschismus vorüber. Einen Beleg liefert die Begründung der Großen Koalition; in alte Wunden legt zum Zeugnis sich „Versöhnung" — oh wundersame verbale Patina!

Daß dem sonst so stilbedachten Kiesinger ein nicht geringer persönlicher Fauxpas unterlaufen ist, den er auch mit peinlichen Interviews in israelischen Zeitungen nicht auszubügeln vermochte, kann hier tunlich beiseite bleiben. Wichtig ist allein, daß das religiös bestimmte Kernwort „Versöhnung" (oder auch „Aussöhnung") nicht nur die führende Beteiligung eines NSDAP-Mitglieds und eines Emigranten, als Vergangenheit-Bewältigungspille versüßt, zu einem weihevollen Volksakt emporstilisierte, sondern daß darüber hinaus die Versöhnung „mit allen Kräften unseres Volkes", „mit dem Staat" und nicht zuletzt mit der CDU/CSU auch das lang angepeilte Ziel der SPD dargestellt hat. Spätestens seit 1960 hatten führende Kräfte in dieser Partei die Versöhnungsrichtung eingeschlagen, die nun ihren ersten krönenden Erfolg geerntet zu haben scheint. Einige der Elemente, die vorweg die SPD auf dem Altar „Deutschland" zwecks Versöhnung geopfert hat, seien hier kurz und undifferenziert resümiert, um das „mit unserem Staat" ausgesöhnte Gesicht dieser Partei recht zu erkennen und seine Züge lesend zu verstehen.

Vormals eine Partei des Volkes, betrieb die SPD den Wandel zur Volkspartei. „Volkspartei" dieses neuen Typs, das meint eine Partei, die möglichst alle Gruppen der Gesellschaft einzubeziehen imstande ist, oder, richtiger gesagt, eine Partei, die programmiert und zusammengehalten wird durch das proportionalisierte Interesse der Großgruppen an ihr. Vorgebahnt war diese Richtung hin auf eine Art rechtsstaatlichen (demokratisch durchaus dubiosen!) Herrschaftspluralismus mit großverbandlichem Absprachekartell von der CDU/CSU. Da aufgrund mangelnden Erfolges das Verbandsinteresse ebenso schwand wie die Kohärenz der Christen-Partei, ist diese nun gerettet worden durch ihren volksparteilichen Imitator SPD, die in ihrer überkommenen Organisation freilich ein besseres institutionelles Korsett besitzt. Der Gestus der Volkspartei hat das ängstliche politische Verhalten der SPD in den letzten Jahren mehr bestimmt, als man es vordergründig anzunehmen geneigt ist. Die Furcht, die katholische Kirche oder Industrieverbände, der Bauernverband oder Mittelstandskreise der Hausbesitzer könnten mit einer ihrer Verlautbarungen nicht einig gehen, drang durch alle Poren der Sozialdemokratischen Partei.

Hand in Hand mit der volksparteilichen Verwischung des Programmatischen ging die Bevorzugung der „Staatspolitik" vor der „Parteipolitik" und die Insistenz auf „Sachlichkeit", welche zugleich ein altes Erbe dieser treuherzigen Partei darstellt. Radbruchs treffliches Wort von der Sachlichkeit als der Camouflage des Obrigkeitsstaats scheint vergessen. Der Drang, mittels „sachlicher", das heißt hierzulande vor allem unkritischer Politik „staatstragend" zu werden, durchbrach offenbar alle parteilichen Schranken und leistete auch von dieser Seite aus der Umarmungsstrategie Vorschub. „Sachliche", möglichst von professoralen „Sachverständigen" gedeckte Politik sollte den Weg aus der Opposition in die Regierungsrolle erleichtern.

Unterstützt wurde diese „Sachlichkeitserwägung" von Wissenschaftlern und Publizisten, die im herrschaftlich halbierten Wohlfahrtsstaat heutigen Musters keine Alternativmöglichkeit mehr sehen und den Proporz in Sachlichkeit als der Weisheit letzten Schluß des Parteienstaats propagieren. (Wobei sie freilich indezent nicht nur die Leistungsfähigkeit moderner Sozialwissenschaft überschätzen, sondern handfest ideologisch bestimmte Gesellschaftsvorstellungen in die wissenschaftliche Gewißheitsmetaphysik einschmuggeln.) Jedenfalls begriff die SPD die Opposition als Strafe und das Schicksal schien ihr allein dadurch gewendet werden zu können, indem sie *„den* Staat", so wie er ist, sachlich anerkannte und sich dafür vom obrigkeitseingeübten Wähler positiv sanktionieren ließ. Daß man durch die mitgeleistete Entpolitisierung unter Umständen und auf die Dauer das eigene Grab schaufelte und unzufriedenen Stimmungen in der Bevölkerung keine Resonanz mehr bot, gar jüngst latent der NPD Vorschub leistet, kümmerte bei solcher staatspolitischen Versessenheit wenig.

Die Volkspartei neuen Typs, die dem Staate zu dienen ausgezogen ist, mußte selbstverständlich Ordnung und Sicherheit als die ersten Ziele an die Fahne heften. Ordnung des Status quo, notfalls auch als schwergeprüfter, aber gerne bereiter „Konkursverwalter" (Wehner), war das Gebot der Stunde. Rekonstruktion der Demokratie, gar ihre Konstruktion galt dagegen als verblendeter Intellektualismus, der in irrealen Träumen den Herrschaftstag versäumt. Demokratisch übliche Spielregeln konnten angesichts solch formierenden Ziels nicht den ersten Rang einnehmen. Selbst so oft durch Spielregelverstoß böse gefoult begriff man gar nicht, daß Stabilität und Sicherheit in einer Demokratie gewährleistet werden durch teils rechtlich verankerte, teils gewohnheitsmäßig sozialisierte Spielregeln, die freilich, um leistungsfähig zu sein, die demokratische Gleichheitsbasis und die Beteiligungs- und Kontrollchance zur Voraussetzung haben.

Endlich normal sein! In diesen Ausruf einer lang unterdrückten, zulange frustierten Partei läßt sich die Quintessenz ihres Verlangens zusammenfassen. Was freilich unter „normal" zu verstehen ist, das konnte — und kann — selbst einer der eloquentesten Mundschenke des Wehner-Kurses, Günter Gaus, nicht deutlich machen, wenn anders er nicht einen durch Notstandsgesetze gesicherten und durch Stabilitätsgesetz formierten Status quo meint, — womit allenfalls der sich unkontrolliert kartellisierenden Großindustrie, sicher aber nicht der Einübung in Demokratie genützt ist. Individual- und gruppenpsychologisch lassen sich eine ganze Reihe sonst kaum miteinander vereinbarer Symptome dieser Partei erklären, die, um endlich der Diskriminierung zu entgehen, allein um das Augurenschmunzeln der Herrschenden mitvollziehen zu können, sich selbst nahezu gänzlich aufgegeben hat.

Die schlüssige Konsequenz all dieser Versöhnungselemente und -fermente war der taktisch kaum noch abgesicherte Drang zur Großen Koalition. Keiner der SPD-Führer schien im Herbst 1966 bereit, die lange angestrebte Führung selber zu übernehmen. Das ging zu schnell, damit hatte man nicht gerechnet; man wollte (und bewog in gezielt langer Sitzung die Fraktion ‚staatspolitisch' dazu, indem man zugleich das parteiliche und sentimentgeladene Einheitsregister zog) zwar ins Regierungslager, aber nicht als bestimmender Patriarch, sondern als endlich akzeptierte Gefährtin. Außerdem brachte die Große Koalition noch das Geschenk einer zwar nicht demütigen, aber doch bedürftigen CDU/CSU, eben jener Partei, die einen zu lange als „Untergang Deutschlands" verketzert hatte.

Nachdem die SPD endgültig (wenigstens auf absehbare Zeit) als Reformpartei ausgeschieden ist, stellt sich Reform in der Bundesrepublik fast auf jede Weise in einer aporetischen Situation dar. Gerade weil es sein kann, daß die gegenwärtige SPD-Linie auf ihre Weise Erfolg zeitigt, sind Spekulationen auf ihr Scheitern in keinem Falle reformverdächtig. Gerade die SPD mit der Pose des getreuen Ekkehart könnte mit der technokratischen Tendenz gegenwärtiger Verhältnisse (die gewiß nicht so sein müssen!) zur Deckung gelangen.

Ist auf die SPD keinerlei Innovationsverlaß mehr, so bleibt die Frage nach den Möglichkeiten jener, die in und außerhalb dieser Partei „von links her" zu ihrer Führung in partialer oder totaler Opposition stehen. Die Schwäche dieser Opposition ist, abgesehen vom organisatorischen Mangel und dem Entzug der Oppositionsmöglichkeit, den dauernd eine nicht hinreichend reformierte DDR darstellt, darin zu sehen, daß sie häufig mehr sentimental als rational argumentiert, daß sie mit Jargon analysiert und sich daran berauscht, ohne auch nur etwa einmal eine von Marx her kommende Analyse speziell und spezifisch zu leisten. Vorschnell wird von Revolution geredet, werden „rote Garden" demokratisch beglückwünscht oder aber man ist in ästhetischer Selbstbespiegelung mit „negativer Dialektik" orakelnd zufrieden.

Was nötig ist, sind „konzertierte Aktionen" auch der Vernünftigen, keine programmatischen Faseleien. Sonst wird weder die regierungstreue SPD noch die bundesrepublikanische Demokratie rechtzeitig wenigstens reformerisch modifiziert. Das ist augenblicklich die einzige Chance und zugleich die täglich in jedem kleinen Kreis auszuführende Aufgabe. Man wird sich damit nicht zufriedengeben können.

Beton und Stahl
Erlebnisbericht eines Nordvietnamesen

Als ich in dem malerisch am Ufer des Meeres gelegenen Zentrum für Leprakranke Quynhlap (Nghean) ankam, war es gerade zum dritten Mal von den Amerikanern bombardiert worden. Von 160 Pavillons, die dort gestanden hatten, mit ihren roten Dächern und den weißen Mauern sind nur Ruinen übriggeblieben. Die Rote-Kreuz-Fahne liegt im Schlamm zwischen den Bombentrichtern und den Stümpfen der Elektrizitätsmaste, um die sich noch die ineinander verwickelten Drähte winden. Lediglich ein Rosenstock ist unversehrt dieser Sintflut aus Eisen und Feuer entkommen. Seine einzige Blüte, die sich sanft im Wind bewegt, versucht er der Sonne entgegenzudrehen.

Man zeigt mir den Operationssaal: ein Haufen von Backsteinen und Dachziegeln. Unter dem Schutt liegen die Emaillebecken — verbeult und aufgeschlitzt. Auf einer Mauer, eine zur Hälfte ausgewischte Inschrift: „Liebe . . . wie dich selbst". (Liebe Deine Patienten wie dich selbst). In der Krankenabteilung: Weitere Schutthaufen anstelle der großen Gebäude, die vorher, jedes acht Zimmer für vier Personen, enthielten. Am Kopfende eines halbverbrannten Bettes zwei Fotos. Das eine stellt die berühmte Vogelinsel dar, das andere zwei schöne Tänzerinnen. Auf einem Nachttisch liegen Bücher und Zeitungen: zwei Algebrabücher der 7. und 10. Klasse, eine Lenin-Auswahl und eine Broschüre über „Neue Aufgaben der vietnamesischen Literatur".

Mein Führer, ein Krankenpfleger sagt mir: „Bei uns liest und studiert man viel. Das Analphabetentum ist fast beseitigt. Sogar den alten Leuten ist es schon nach wenigen Monaten Aufenthalt gelungen, Lesen und Schreiben zu lernen. Die Tagesneuigkeiten interessieren unsere Kranken sehr. Sie verfolgen die Ereignisse genau und kennen sie oft besser als wir selbst. Bei den gemeinsamen Lesestunden nach den Mahlzeiten wird jede neue Siegesnachricht über die amerikanischen Eindringlinge von unseren Patrioten aus dem Norden und Süden mit Begeisterung empfangen."

Eine vorbeigehende Krankenschwester mischt sich in unser Gespräch und ruft noch einmal die letzten Tage in Erinnerung:

„Das Leben im Sanatorium war keineswegs so passiv, wie manche es glauben könnten. Man verbrachte seinen Tag damit, Bäume zu pflanzen, Blumen und Gemüse zu kultivieren, Kühe, Schweine und Fische zu züchten, Ping-pong und Volley-Ball zu spielen. Am Abend las, studierte oder spielte man Theater. Aber die Yankee-Piraten sind gekommen, mit ihren Überschallflugzeugen, ihren Bomben, ihren „faulen Hunden".

Wo sind jetzt diese Männer und Frauen, die die schlimmste Krankheit der Welt ertrugen, und die die amerikanischen Streitkräfte während jener Junitage des Jahres 1965 als Zielscheibe wählten?

Man führte mich in ein Zelt, das in den Felsen des Gebirges errichtet worden ist. Beim Eintritt fällt mein Blick auf eine weiße Gestalt, die ausgestreckt, inmitten einer Gruppe von Medizinern, auf einer Bahre liegt. Das Opfer hat an seiner Hüfte eine große, klaffende Wunde. Sein Gesicht ist aschfahl. Während man das Mädchen verbindet, fixieren seine Augen unentwegt den blauen Himmel über dem Meer. Die Geschichte, die man mir über diese junge, achtzehnjährige Leprakranke erzählte, ist bestürzend. Sie hat eine Schwester, die — wie sie — Waisenkind seit zartestem Alter, ebenfalls an Lepra erkrankte. Beide kamen am gleichen Tag ins Sanatorium. Die Schwester verließ einige Wochen zuvor völlig geheilt mit ihrem Adoptiv-Vater das Sanatorium. Die ältere, die sich noch im Zustand der Heilung befindet, wartete darauf, zu ihrer Schwester nach Quangbinh gehen zu können. Und dann stürzten sich die amerikanischen Flugzeuge auf Quynhlap, vernichteten das Sanatorium und die Zukunftspläne eines jungen Mädchens.

Im Verwaltungsbüro, das man nur noch durch ein Hinweisschild erkennt, habe ich unter Trümmern die Liste der Kranken gefunden, die am 10. Juni entlassen werden sollten. Es sind 31 Namen. Wievielen mag es gelungen sein, Quynhlap zur rechten Zeit zu verlassen: zwei Tage später erfolgte der erste Luftangriff auf das Sanatorium. — Niemand konnte meine Frage beantworten. Noch konnte keine Bestandsaufnahme gemacht werden.

Ich habe die Krankheitsberichte gefunden, die von dem Kampf der Ärzte gegen den schrecklichen Hansen-Bazillus zeugten. Zeichen markierten den Verlauf. Ein Kreuz, wenn der „Feind", ein Strich, wenn der Arzt den Sieg errungen hat. Alles das, was die vietnamesische Medizin während langer Jahre erreicht hat, haben die Amerikaner im Verlauf weniger Minuten zerstört. Diese Männer aus dem Weißen Haus und dem Pentagon müssen noch schlimmere Übeltäter als die Hansen-Bazillen sein.

Man hat mich die Abteilung der Bettlägerigen besichtigen lassen, wo der amerikanische Bombenhagel am meisten Unheil anrichtete: Von 241 Kranken 31 Tote. Hier sah man Ärzte und Krankenschwestern durch die brennenden Häuser laufen, um die Überlebenden zu retten, sie auf ihrem Rücken bis ins Gebirge zu tragen, sie wochenlang zu pflegen und zu füttern.

Ich habe auch die Kinderabteilung besichtigt, wo früher die hübschesten und bequemsten Pavillons des ganzen Sanatoriums standen. Hier wie überall, nichts als Ruinen. Unter den Trümmern Kinderbücher, ein Ehrendiplom, ein Drache, ein Einhorn aus Papier, eine Kinderzeitschrift und eine kleine rosa Ente. — Keine Spiele, kein Lachen. Nur Ruinen und die Stille des Todes

Lyndon B. Johnson versichert, daß seine Bomben lediglich auf Gebäude aus „Beton und Stahl" fallen . . .

(Aus „Artilleur sans matricule", Bui Hien, Editions en langues étrangères, Hanoi)

DRACHENSAAT - Fortsetzung von Seite 3

antagonistisch sind), sondern daß ein regelrecht antagonischer Widerspruch aufgetreten ist, der das „Volk" zum solidarischen Kampf gegen einen „Feind" zwingt. Unter den heutigen Bedingungen können selbst in einem bereits sozialistischen Land mit sozialistischer Planwirtschaft wieder antagonistische Widersprüche entstehen, das heißt: „Widersprüche im Volk", die mit friedlichen Mitteln zu lösen sind, können sich zu antagonistischen Widersprüchen entwickeln.

Der äußere Feind, das durch die USA angeführte kapitalistische Lager, versucht permanent, die Entwicklung in den sozialistischen Ländern rückgängig zu machen. Diejenigen Kommunisten, die bereit sind, auf irgend eine Weise mit dem äußeren Feind Kompromisse zu schließen, sind dessen natürliche Partner innerhalb des „Volkes". Die daraus entstehenden Konflikte können friedlich ausgetragen werden. Kommen aber andere Faktoren hinzu, wie etwa der, daß die sozialistische Planwirtschaft eine Verwaltungsbürokratie hervorbringt, die in der Lage ist, sich Privilegien zu verschaffen und sie zu verteidigen, kann sich jener nicht-antagonistische, innerparteiliche Konflikt in eine Erneuerung des Klassenkampfes, der vor der Revolution herrschte, verwandeln. Die natürlichen Partner des Imperialismus werden zu historischen Feinden des Volkes. Bürokratismus, Reformismus, Sozialdemokratismus usw., zusammengefaßt unter dem „Schlag"-Wort „Revisionismus", haben dieser Theorie zufolge die Kulturrevolution notwendig gemacht. Die Gesellschaft, die nach der Kulturrevolution aufgebaut werden soll, muß die Möglichkeit, revisionistische Tendenzen wieder aufkommen zu lassen, strikt ausschalten. Darum ist das Ziel die „Große Demokratie", in welcher nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 alle Funktionäre einer ständigen, direkten und nicht bloß formal in der Verfassung garantierten Kontrolle von unten unterworfen sind. Die Rote Garde hat dabei die Aufgabe, experimentell die besten Kontrollverfahren herauszufinden und zu institutionalisieren. In Gestalt der „Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen" ist eine solche Institution, eine neue Form von Öffentlichkeit, schon entstanden.

III

„Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände." (Das kommunistische Manifest)

Der sowjetische Philosophieprofessor Gleserman schrieb am 31. Oktober 1966 in der „Prawda" über die „ultrarevolutionären" Maoisten:

„Ihr vulgarisiertes Ideal ist nichts anderes als die Verneinung der Persönlichkeit, deren Aufsaugung durch die Massen, die Ablehnung der von der Menschheit geschaffenen Kulturwerte, die Rückkehr zum Niveau der urgesellschaftlichen Armut und der unentwickelten Bedürfnisse, und das alles geben sie als Kommunismus aus." Haben die Kommunisten nicht schon immer nach solchen Maximen gehandelt? Waren sie nicht schon zur Zeit der Oktoberrevolution „der menschgewordene Terror"? Steht doch schon im Görlitzer SPD-Programm von 1921: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal."

Auch damals wurde mit der dogmatischen These argumentiert, Rußland (wie heute China) sei ein rückständiges Land, dessen Produktivkräfte noch nicht das Niveau erreicht hätten, um den Sozialismus zu errichten. In einem seiner letzten Aufsätze („Über unsere Revolution") griff Lenin diese These auf: „Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte ‚Kulturniveau' aussieht), warum sollen wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und erst *dann*, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen." Daß später einmal mit gleichem Recht diese Frage von den Maoisten, den chinesischen Bolschwiki, erneuert würde, sah Lenin voraus: „Unseren europäischen Spießbürgern fällt es nicht im Traume ein, daß die weiteren Revolutionen in den Ländern des Ostens, die unermeßlich reicher an Bevölkerung sind und sich durch die Mannigfaltigkeit der sozialen Verhältnisse weit mehr unterscheiden, ihnen zweifellos noch mehr Eigentümlichkeiten präsentieren werden, als die russische Revolution es getan hat".

Lenin fährt fort — und es erweckt den Eindruck, als kritisiere er mit dem Kautskyanertum der damaligen Sozialdemokraten auch den Dogmatismus nach Art eines Prof. Gleserman: „Gewiß, ein nach Kautsky geschriebenes Lehrbuch war seinerzeit ein sehr nützliches Ding, aber es ist dennoch schon an der Zeit, den Gedanken von sich zu weisen, als hätte dieses Lehrbuch alle Formen der weiteren Entwicklung der Weltgeschichte vorausgesehen. Es wäre an der Zeit, Leute, die so denken, einfach für Dummköpfe zu erklären."

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

Die Gedanken sind frei!

Aber nur, wenn man sie erraten kann!

Am 26. November findet eine vom AStA veranstaltete Diskussion zur Studienreform mit dem Rektor der FU statt. Gegen Ende der Veranstaltung eilten einige Teilnehmer auf das Podium, einer nahm das Tischmikrophon in die Hand und verlas ein Flugblatt: Von diesem Gespräch haben wir nichts zu erwarten! Während andere das Flugblatt verteilten.

Unterschrieben mit: Provisorisches Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation, wurden „schlechte Arbeitsbedingungen, miserable Vorlesungen, stumpfsinnige Seminare und absurde Prüfungsbestimmungen" angegriffen. „Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir das mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen". Um dieses Flugblatt und seine Verlesung gab es einigen Tumult. Rektor Lieber verließ den Raum, der AStA-Vorsitzende erklärte die Versammlung für beendet.

Zwei Tage später forderte der Rektor den SDS auf: „Mir liegen Informationen vor, wonach die Provokateure Mitglieder des SDS sind. Ich bitte daher um Äußerung, binnen einer Woche, welche Ihrer Mitglieder an dem Vorfall beteiligt waren . . . Ferner bitte ich um eine Stellungnahme des Vorstandes des SDS . . ."

Der SDS antwortete am 3. Dezember: „Der Aufforderung . . . werden wir nicht nachkommen. . . . Zur Begründung nehmen wir, wie von Ihnen gewünscht. . . . Stellung. In den letzten Wochen fand im SDS eine intensive Diskussion über die Hochschulpolitik statt. Das beigefügte Flugblatt, das sich an die studentische Öffentlichkeit richtet, legt das gegenwärtige Ergebnis dieser Diskussion vor. Der SDS hält es für eine Voraussetzung der Inangriffnahme der Hochschul- und Studienreform an der FU, daß die Studenten, und also auch die Studentenverbände, Fragen der Hochschulpolitik intensiv diskutieren. Würde der SDS in dieser Situation auf abweichende Vorstellungen zur Hochschulpolitik . . . administrativ reagieren, so leistete er nicht allein seiner eigenen Fähigkeit zur rationalen Auseinandersetzung, eine Voraussetzung seiner demokratischen Struktur, einen schlechten Dienst, sondern darüber hinaus den Diskussionsmöglichkeiten an der FU überhaupt".

„Wie wir erfahren haben, beabsichtigt das Rektorat, die am Vorfall vom Samstag beteiligten Studenten zu relegieren. Mit dieser Maßnahme würde das Rektorat die Feststellungen des Flugblattes ‚mit strafbarem Inhalt' bestätigen: ‚Administration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des **einzelnen** Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie los zu sein'. Denn in der Tat wich die von Professor Lieber geführte Diskussion den von den Studenten konkret gestellten Fragen konsequent aus. Damit hat Professor Lieber in entscheidendem Maße dazu beigetragen, wenn heute an der FU der Erfolg rationeller Auseinandersetzung gefährdet ist. Die Studenten, deren Protest in dieser Situation die ihnen fragwürdig gewordenen akademischen Formen verletzte, aus der Universität entfernen zu wollen, wird diese Gefährdung nur noch vergrößern. Der SDS ist nicht gewillt, dazu beizutragen".

Das diesem Brief beigelegte Flugblatt „Was will der SDS" war bei Beginn des Wintersemesters zur Vorbereitung der FU-Konvents-Wahlen verteilt worden. Es handelte sich also nicht, wie das Landgericht und Professoren irrtümlich annahmen, um das inkriminierte Flugblatt vom 26. November, mit dem tatsächlich nur abweichende Vorstellungen zur SDS-Hochschuldiskussion veröffentlicht wurden.

Am 28. November fand eine Protestdemonstration gegen die große Koalition, angemeldet und genehmigt, auf dem Wittenberg-Platz statt. Über die dann folgenden Demonstrationen vom 10. und 17. Dezember haben wir in der letzten Nummer berichtet. Über die Übergriffe der Polizei hat der FU-AStA inzwischen eine Dokumentation herausgegeben. Am 4. Januar teilte der Senat auf eine Frage von Lemmer im Abgeordnetenhaus mit, die Berliner City werde in Zukunft für Demonstrationen größtenteils gesperrt. Der sofortige VDS-Protest blieb natürlich erfolglos.

Und dann brachte der Senat sogar die PH-Studenten in Aufruhrstimmung. Es wurde eine Studiengeld-Pauschale von DM 160,— pro Semester festgesetzt, und die bisher von Gebühren befreiten PH-Studenten wurden mit eingezogen. Auf den Protest des PH-AStA hin sagte Senator Stein seine Teilnahme an der Feier zum 20jährigen Bestehen der PH ab, beleidigt, weil ihm Konzeptionslosigkeit vorgeworfen worden sei. Das Gegenteil sei der Fall. Wie Pastor Albertz in einer SPD-Abteilungsversammlung erläuterte: „Wenn das PH-Studium jetzt wissenschaftlichen Rang haben soll, müssen die PH-Studenten eben zahlen".

Aber auch die anderen Studenten waren betroffen. Der FU-AStA hatte einen Durchschnitt an DM 136,— Studiengebühren pro Semester errechnet. Der VDS meldete am 6. Januar eine Protestdemonstration vom Steinplatz zum Wittenbergplatz an. Am 13. von der Polizei abgelehnt. Man sollte doch lieber am Funkturm demonstrieren. (Viel Platz und keine Leute.) Ein Alternativ-Antrag für eine Protestveranstaltung am Wittenbergplatz „Für eine zeitgemäße Bildungspolitik" wurde ebenfalls abgelehnt. Das störe den Verkehr. Der dreimal wöchentliche Markt dagegen nicht? Am 14. Januar protestierte der AStA gegen diese Verbote aus politischen, nicht verkehrstechnischen Gründen und setzte schließlich die Demonstration für den 24. Januar in einem Saal in der Technischen Universität fest. Dabei drohte Senatsrat Prill eventuellen wilden Demonstranten: „Die sollen nur kommen, dann kriegen sie eins mit dem Knüppel auf den Kopf, das ist dann ein gutes Übungsfeld für unsere Polizeibeamten".

Am 18. Januar tagte das FU-Kuratorium, zum ersten Mal unter dem Vorsitz von Pastor Albertz. Es wurde beschlossen dem FU-AStA die DM 160 000,— Haushaltszuschuß zu streichen, bis der Rechnungshof die Verwendung des Geldes 1966 geprüft hätte. Leider vergaß der Senat der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß der AStA-Haushalt alljährlich geprüft werde, ohne daß es dabei bisher zu größeren Beanstandungen gekommen sei. So, in der Form wie Albertz, Pastor, das mitteilte, mußte die Öffentlichkeit mit Unterschleifen größten Ausmaßes rechnen. Dabei ging es um etwas ganz anderes. Albertz war beleidigt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der die letzten Demonstrationen behandelt wurden, erhielt Pastor Albertz plötzlich den neuen FU-Spiegel „Ärgert Dich aber Dein linkes Auge, so reiß es aus . . ." Über den Artikel „mal bummeln gehn" geriet er so in Rage, daß er ganze Abschnitte davon im Abgeordnetenhaus vorlas. „Rotzige Studenten können rotzige Artikel soviel schreiben, wie sie wollen, aber nicht von Staatsgeldern!" Als die Chefredakteurin des FU-Spiegel schriftlich daraufhin wies, der Haushalt des FU-Spiegel werde mit DM 14 000,— aus Zuschüssen der studentischen Beiträge, ansonsten mit Annoncenvertrieb gedeckt, antwortete der Senat: „Ja, wenn aber die DM 160 000,— nicht wären, dann hätte man auch nicht die DM 14 000,—". Trotzdem behauptete der Senat weiterhin: die Streichung der Gelder sei kein politisches Druckmittel.

Dann wurde bekannt, Kiesinger käme am 24. nach Berlin und wolle noch am gleichen Tag am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus einen Kranz niederlegen. In einem kleinen Kreis wurde die Möglichkeit einer Demonstration erörtert. Als Günter Graß unterrichtet wurde, schlug er vor, jedenfalls einen offenen Brief an Kiesinger zu schreiben. Dieser Brief wurde noch am gleichen Abend verfaßt:

„. . . Ihr Vorhaben wäre nur dann erträglich, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, vor oder nach Ihrer Amtsübernahme Ihre Tätigkeit während des Krieges bedauert hätten statt ihre Bedeutung abzuschwächen."

und bis zum nächsten Abend von zahlreichen Professoren, Schriftstellern und Künstlern unterzeichnet, darunter die Direktoren der Hochschule für Musik, Professor Boris Blacher, und der Hochschule für Bildende Künste, Professor Karl Otto. Am Nachmittag darauf, nachdem er in Bonn eingegangen sein mußte, wurde er an die Presse gegeben. Am Abend wurde bekannt, die Kranzniederlegung am Steinplatz sei nie beabsichtigt gewesen, sei längst zurückgezogen worden, es sollte überhaupt nur an der Mauer ein Kranz niedergelegt werden, der Bundeskanzler könne überhaupt Kränze niederlegen, wo er wolle.

Der nächste Tag, Dienstag der 24., war regnerisch, kalt. Die Wettervorhersage wurde noch bei weitem übertroffen. Der Kurfürstendamm war fast leer, trotz der zahlreichen Polizeibeamten in Zivil, Kripo und andere, die sich dort bereithielten. Die Zahl ließ sich nicht mit Sicherheit feststellen, Polizisten sprachen von mehreren hundert. In dem zum Abbruch vorbereiteten Panam-Gebäude, Ecke Joachimsthaler/Ku'damm hatten sich wenigstens fünfzig Beamte versteckt, die mit Funksprechgeräten oder Fernrohren hantierten. Der sogenannte Befehlsstand. Ein paar Schritt weiter, hinter dem Amerika-Haus, befand sich der Einsatzstab: Der Einsatzleiter mit zahlreichen Beamten sowie einigen Herren von der Justiz: Oberstaatsanwalt Kuntze mit mehreren Staatsanwälten und Gerichtsassessoren. Großkampftag. Den ersten Besuch des neuen Bundeskanzlers schützen. Die Studenten überwältigen.

Punkt drei begann die VDS-Veranstaltung im Saal, in der TU. Um viertel nach vier fingen fünf frierende Gestalten an, auf dem Ku'damm mit ihren Plakaten auf und ab zu wandern.

„Einst Propaganda für Mörder — Heute Kränze für Opfer", „PG-werden war nicht schwer — Nicht-PG bleiben dagegen sehr", „1933—1945 PG, 1967 Kanzler — Welche Wendung durch Gottes Fügung", Warum eigentlich kein Nazi als Bundeskanzler?"

Sofort fingen einige Polizisten an, sich mit ihren Sprechfunkgeräten zu beschäftigen. Eine halbe Stunde lang geschah nichts. Solange wurde nämlich im Polizeifunk über einen Anlaß für die Festnahme geratselt. Und nachdem man sich völlig darüber klar geworden war, es gäbe keinen, ging die Polizei vor. Mitkommen! Weshalb? Kripo, werden Sie noch früh genug hören. Weshalb? Auf die wiederholte Frage endlich die erste verlegene Auskunft: Diffamierung einer öffentlichen Person. (Zwischenfrage: Wissen Sie was ein öffentliches Haus ist? Und eine öffentliche Person? Na eben, diese Qualifizierung unseres opportunistischen Bundeskanzlers stammt von der Berliner Kripo.) Schließlich: Ruhestörung! Störung der Straßenverkehrsordnung! Störung der öffentlichen Sicherheit! Alles zusammen: für jeden Bete ligten fünf Stunden Polizeigefängnis. Am 1. Februar wurde das vom Kommandeur der Westberliner Schutzpolizei begründet: Die Plakatträger waren Störer, da sie nicht nur ihre Meinung kundtun, sondern Unruhe stiften wollten. (Woher weiß er das?)

Einer hatte ein Plakat an seinem Auto befestigt: Der Polizei-Sprechfunk hört sich wie eine Groteske an. **Viktor 36:** . . . Wagen mit Plakat gesichtet . . . was soll geschehen? **Berta 56:** . . . Bitte warten Sie . . . Sie erhalten Bescheid . . . Einschreiten nur möglich: entweder bei strafrechtlichem Inhalt oder bei Verkehrs- oder Ordnungsstörung. Über strafrechtlichen Inhalt entscheidet Abt. 136. Pause. **Abt. 136:** . . . konkret strafrechtlicher Inhalt nicht gegeben, kann nicht festgenommen werden. . . . nur im Rahmen von Verkehrs- und Ordnungsstörung. **Viktor 36:** Fahrzeug jetzt stehengeblieben am Rande. Fußgänger sammeln sich, um Plakate zu lesen. Verkehrsstörung. . . . **andere Stimme:** Einschreiten! **Viktor 36:** Fahrzeug setzt sich wieder in Bewegung. Verkehrsstörung nicht mehr gegeben. **Berta 56:** Wie sind die Plakate am Wagen befestigt? **Viktor 36:** sind mit Bindfaden befestigt. **andere Stimme:** . . . diese Plakate sind zu entfernen . . . und zwar aus verkehrstechnischen Gründen . . . **Viktor 36:** ich wiederhole: Plakate werden entfernt. Begründung: Verkehrsstörung! Auch in diesem Falle fünf Stunden Polizeigefängnis.

Auf die Frage wegen der Dauer wurde nur geantwortet: Die Störung dauert noch an. Welche Störung, fragte einer besorgt. Kiesingers Amtszeit oder sein Besuch in Berlin. Übrigens standen die Staatsanwälte erst neben dem Einsatzleiter, dann in Hörweite, als ein telefonisch benachrichtigter Rechtsanwalt diesem die Rechtswidrigkeiten der Festnahmen vorhielt. Aber sie griffen nicht ein. Wieviel von dem Polizei-Funksprechverkehr sie mitgehört haben, ohne ihrer Amtspflicht nachzukommen, kann man ahnen.

Nach Abschluß der VDS-Versammlung zogen noch etwa zehn Teilnehmer zum Schloß Charlottenburg, in dem der Bundeskanzler einen Empfang gab. Kaum waren sie dort, erschienen Mannschaftswagen der Polizei, einer nach dem anderen; schließlich waren es siebzehn Stück (in Worten: siebzehn). Soviel Polizei zog natürlich wieder Publikum hinter sich her, so daß dank der Polizei bald 50, schließlich etwa 200 Zuschauer vor dem Schloß standen. Einige hatten sich noch etwas Pappe gekauft, waren aber nicht mehr zum Beschreiben gekommen. Deshalb hielt einer sein weißes Schild in die Höhe, neu, unbeschrieben. Trotzdem stürzte sich die Polizei auf ihn. Mitkommen. Daraufhin hielt ein anderer ein Blatt aus seinem Notizbuch in die Höhe, weiß, unbeschrieben. Ihm passierte das gleiche. Danach allerdings hörte die Polizei mit den Festnahmen auf — sie war sich wohl endlich der Absurdität bewußt geworden — und auch die beiden Festgenommenen wurden nach einer Viertelstunde wieder entlassen.

Erst zwei Tage später wurde klar, daß die großartigen Vorbereitungen von Polizei und und Staatsanwaltschaft auch noch einen andern Grund gehabt haben könnten. Vielleicht wartete man auf größere Zusammenstöße. Am Donnerstagnachmittag erschien nämlich plötzlich die politische Polizei beim SDS zu einer Razzia. (Zwischenruf: Eine politische Polizei gibt es nicht, ich bin der Leiter der Abteilung I.) Der Grund: eine Strafanzeige wegen Beleidigung, eingereicht von vier Professoren, früheren FU-Rektoren gegen unbekannt, wegen des Ausdrucks Fachidioten auf dem Flugblatt vom 26. November. Das war, laut Auskunft der Justiz-Pressestelle, die zweite Hausdurchsuchung wegen Beleidigung seit Kriegsende in Westberlin. Die politische Polizei war mit der Durchsuchung beauftragt, weil der SDS ein politisch wirkender Verband ist.

Das Amtsgericht Tiergarten hatte die Durchsuchung abgelehnt, die 16. große Strafkammer hatte sie angeordnet: „. . . reicht es zur Anordnung einer Durchsuchung aus, daß die Auffindung von Beweismitteln lediglich zu **vermuten** ist. Dies aber ist nach der **allgemeinen Lebenserfahrung** hier zu bejahen . . ." Gesucht werden sollten beispielsweise die Matrizen. Mehrere Beamte besetzten, pardon sicherten das Treppenhaus, etwa zehn machten sich an eine **mehrstündige** Durchsuchung. Im Druckraum hingen schätzungsweise zweihundert Matrizen an der Wand. Die wurden gar nicht angeschaut. Stattdessen stürzte man sich sofort auf die Kartei der Mitglieder und Freunde des SDS. Erst auf den Protest des Rechtsanwalts hin wurde die Kartei versiegelt. (Einige Tage später mußte die Staatanwaltschaft die Kartei auf Anordnung des Amtsgerichts Tiergarten wieder zurückgeben.)

Am Samstag sollte das John-F.-Kennedy-Institut (Institut für Amerikanistik) an der FU eingeweiht werden. Zu diesem Zweck waren eine Anzahl amerikanischer Publizisten nach Berlin gekommen, die abends noch mit Freunden zusammensaßen und über beide Nachrichten, diese Staatsanwaltschafts-Polizei-Aktion und die Festnahmen der Anti-Kiesinger-Plakatträger, sehr betroffen waren. Am nächsten Tag gab der Senat ihnen einen Empfang, auf dem sie immer wieder Fragen zu diesen beiden Punkten stellten.

Gleichzeitig fand am Freitagmittag eine große Protestveranstaltung in der FU statt, an der obwohl sie so kurzfristig angesetzt war, mehrere tausend Studenten und einige Professoren teilnahmen. Erst wurde ein kurzer Bericht gegeben, dann führte Prof. Gollwitzer das Wort Fachidiot auf seinen Ursprung zurück: Jemand, der sich nur mit seinem Gebiet beschäftigt, aber nicht um das allgemeine Wort kümmert. (Ein Kennzeichen für den Niedergang der humanistischen Bildung, daß das heute auch von einigen Professoren nicht mehr verstanden wird.) Nach verschiedenen kurzen Ansprachen von Studenten und Professoren wurde eine Resolution vorgelegt, diskutiert, und mit einigen Änderungen verabschiedet: Rückgabe der Kartei, Untersuchung dieser Aktion, etc. Schließlich wurden für den folgenden Tag zwei Protestdemonstrationen beschlossen. Einmal zur Eröffnung des John-F.-Kennedy-Instituts eine Kürzvorlesung von Dr. Agnoli im Freien, und für den Nachmittag eine picketingline auf dem Ku'damm. Der Senat sagte zu, vormittags nur Verkehrspolizei einzusetzen. Samstagmittag stünde Pastor Albertz dem AStA für ein Gespräch zur Verfügung.

Trotz fürchterlichen Schneeregens fanden sich am nächsten Morgen etwa tausend Studenten vor dem John-F.-Kennedy-Institut ein, mit Plakaten, die noch nachts im SDS gemalt worden waren. Einige Beispiele: „unpolitische Professoren aktivieren politische Polizei", „macht die Grundrechte endlich zum Gewohnheitsrecht", „Student: frei — freier — vogelfrei", „heute Studenten! morgen Betriebe?", „Dein Name heut in der Kartei, beim Notstand im KZ dabei", „unter Pastor Albertz immer mehr Protestanten", „Wen der Herr liebt, den züchtigt er", „ob ich auch wandelte . . . Dein Stecken und Stab trösten mich".

Über Mittag gestand Pastor Albertz dem AStA eine Demonstration zwischen Olivaer Platz und Gedächtniskirche zu. Dazu wurde die eine Ku'damm-Hälfte für den Verkehr gesperrt. Damit war das Demonstrationsverbot für die Berliner City durchbrochen. Um drei fanden sich etwa anderthalb tausend Studenten auf dem Olivaer Platz ein. Bis der Zug an der Gedächtniskirche ankam, waren daraus dreitausend geworden. Nach Schluß der Veranstaltung begaben sich noch einige, unter ihnen Neuß, Lettau und Dozenten, zum Hotel Kempinski, um dort Bundespräsident Lübke, Herbert Wehner und Höcherl mit den Rufen: Faßbinder! Faßbinder! zu begrüßen. Die Polizei verhielt sich musterhaft, bis zum Ende des Tages.

Zum 1. Februar hatte die ÖTV auf Veranlassung vieler Vertrauensleute zu einem Rundgespräch zwischen Polizei und Studenten geladen, an dem wegen der Kürze der Einladung kaum Studenten teilnahmen, um so mehr Polizisten, vor allem auch höhere Polizei-Offiziere. Dabei wurde vor allem klar, wie sehr viel autoritärer das Berliner Versammlungsgesetz gegenüber dem Bundesgesetz abgefaßt ist, und wie eng die Verwaltung die Kann-Vorschriften auslegt. Interpretationsspielraum wird ausschließlich zugunsten von Ordnung und Straßenverkehr gegen Meinungsfreiheit genutzt. Schließlich blieben einige Fragen völlig unbeantwortet: Dürfen frühere Demonstrationen, bei denen es zu Überschreitungen gekommen ist, für die Verbote von künftigen Demonstrationen herhalten, ohne daß die Gefährdung der öffentlichen Ordnung unmittelbar gegeben ist? Dürfen Sandwichmänner in Berlin verhaftet werden? (Ja, aber . . .) Wo beginnt für die Polizei die Demonstration? Über diese Fragen wird das Verwaltungsgericht entscheiden müssen. Die Polizei hat mit den grundrechtswidrigen Festnahmen, vor allem der fünf Demonstranten gegen Kiesinger am 24. 1. 1967 die Grundlage für ein Musterverfahren geliefert.

Hätte die Polizei am 17. Dezember nicht eingegriffen, wäre es kaum zu einer Störung von Sicherheit und Ordnung gekommen. Das Gleiche gilt für andere Demonstrationen, die eigentlich keine waren. Im Grunde sollte die Polizei zufrieden sein, wenn gegen sie endlich das im Grundgesetz Artikel 5 verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit, auch in der Form eines Picketing, durchgesetzt wird. Das verhindert Frustrationen, diese Art Demonstration ist weder anmeldungs- noch genehmigungspflichtig, erhöht die Spontaneität, wodurch sich die Ausübung der Meinungsfreiheit vielleicht etwas einbürgern könnte, und verhütet Schlägereien mit Hundertschaften der Polizei. Das ist nämlich die letzte Stufe vorm Schießen, vorm Bürgerkrieg. Ein Picketing ist kein Ersatz für Demonstrationen alter Art, es ist einfach eine andere Methode. Vielleicht läßt es sich erreichen: Macht die Grundrechte endlich zum Gewohnheitsrecht!

Zusatz: happening

Matthias Walden hat übrigens einen neuen Bürgerschreck entdeckt: Es handelt sich da um junge Leute, . . . die mit ihren Mädchen, wie mir zuverlässig berichtet wurde, nächtelang über Engels und Bebel diskutierten . . .

(Welt 7. 1. 1967)

Altes deutsches Volks- und Freiheitslied - neue, auf das Wesentliche verkürzte Berliner Fassung (1967) von R.-M. Strecker

Moritaten aus Tantes Häkelkorb

Zwei rechts . . .

Daß die SPD zu Jahresbeginn erstmals dem „Coburger Convent" mensurschlagender und farbentragender Landsmann- und Turnerschaften (CC) offizielle Grüße übermittelt hat, erschien manchen ihrer Anhänger empörend. Sie konnten nicht fassen, was die SPD-Spitze erkannt haben will: die Verbindungen hätten sich gewandelt. Fast zur selben Zeit wurde publik, daß die Führung der Partei einen früheren „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegenüber schlagenden Verbindungen zurückgezogen hat (dpa, 11. 1. 1967), aber auf dem Unvereinbarkeitsbeschluß" gegenüber dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und dem SB (der SDS-Fördererergemeinschaft „Sozialistischer Bund") mit aller Schärfe beharrt. Hinter diesen Ereignissen des Januar 1967 verbirgt sich jedoch keineswegs eine plötzliche Kursschwenkung der SPD, wie manche Kommentare vermuten ließen. Daher sei das Verhältnis von SPD und akademischen Traditionsverbänden sowie das von SPD und SDS einmal über längere Frist betrachtet.

Die historische Leistung der spezifisch deutschen Korporationen, das „Satisfaktionsprinzip", ist ein klassischer Fall der Unvereinbarkeit von Gruppenzugehörigkeiten. Als die Frage, wer „satisfaktionsfähig" sein könne, konsequent auf jüdische Mitbürger angewendet wurde, offenbarte sich der politische Kern des zunächst bloß „gesellschaftlichen" akademischen Satisfaktionsprinzips. Wer zur Gruppe der „Judenfreunde", gehörte, war damit eben aus der Gruppe der vollwertigen deutschen Akademiker ausgeschlossen. Politisch setzten die Korporationen (der katholische Cartell-Verband CV nicht ausgeschlossen) ihr Prinzip um in die Form des studentischen Wahlrechts der Weimarer Republik und der Republik Deutschösterreich — bis es 1933 schließlich herrschendes Unrecht wurde. Mit dem Korporiertenstatus war „unvereinbar", eine Jüdin zur Mutter zu haben oder dem verfassungstreuen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" anzugehören. Wie anders, als daß die SPD der größte Gegner der Korporationen war.

Als sich die akademischen Traditionsverbände in der Bundesrepublik Deutschland restaurierten, waren sie gehalten, von sich aus ein freundliches Verhältnis zu den Inhabern politischer Macht zu suchen. Sie betonten den „unpolitischen" Charakter ihrer Verbände, was mit ihrer stets großen Reserve gegenüber „Parteipolitik" ohnehin übereinstimmte.

Bei größter Toleranz liege die Schranke für die Korporationen dort, so heißt es in Stellungnahmen jener Zeit, wo die kommunistische Ideologie einsetze. (Allein der katholische CV, von dem hier nicht weiter zu reden ist, verbot durch „Unvereinbarkeitsbeschluß" die Mitgliedschaft in „links- und rechtsradikalen" Organisationen, um seine Bindung an die politische „Mitte" zu dokumentieren.)

Zu Zeiten, als der SDS der Sozialdemokratischen Partei noch eng verbunden war, hatte er festgelegt, daß seine Mitglieder nicht gleichzeitig einer schlagenden Verbindung angehören dürften. Darin erblickte man in Korporationskreisen einen Verstoß gegen Grundrechte:

„Der ‚Korporierte' lehnt nicht schlechthin die Politik ab und nicht die Beschäftigung mit ihr — im Gegenteil! Aber er will keine politische Bindung . . . Und er will sich überparteilich auf das Ganze ausrichten . . . Politische Studentenverbände tragen in seinen Augen nur zu leicht die Gefahr in sich, daß die Erkenntnis aus dem Bekenntnis abgeleitet wird und dies zur Einseitigkeit und Parteilichkeit führt. Politische Einseitigkeit, um nicht zu sagen Engstirnigkeit, wird deutlich, wenn beispielsweise Korporations- oder Mensurstudenten vom passiven Wahlrecht für den AStA ausgeschlossen werden oder wenn der SDS die Zugehörigkeit zu einer Korporation für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft bei sich erklärt. Einerseits wird hierbei wiederum gegen jedes Grundrecht Sonderrecht geschaffen. Zum anderen wird damit eine ‚Exklusivität' im wahrsten Sinne des Wortes betrieben. Und dies geschieht ausgerechnet in Kreisen, die dem Farben- und Mensurstudenten ‚Exklusivität' vorwerfen und sich zu Hütern der Demokratie aufwerfen." (Um Grundrecht und Gerechtigkeit", CC-Blätter, 69. Jg. Nr. 5)

Die SPD folgte — wohl nur in diesem einen Fall — der Linie ihres Studentenverbandes und erklärte in einem oft mißverstandenen Beschluß des Berliner Parteitages 1954: „Die Mitgliedschaft in akademischen Korporationen, die dem Cartellverband Deutscher Korporationen angehören, ist mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar." Gemeint war der Convent Deutscher Korporationsverbände (CDK), also im wesentlichen die Verbände schlagender Verbindungen. Taktisch kalkuliert war der Beschluß nicht, denn es erscheint wenig konsequent, die Angehörigen kleiner evangelischer Verbände im Schlepptau der „Schlagenden" auszuschließen, aber nicht jene aus dem gewiß traditionsbeladenen katholischen CV — falls man es nicht als politische Fehlleistung interpretieren will, daß der SPD-Beschluß von einem „Cartellverband" spricht.

Ernstgenommen wurde der Beschluß ohnehin nur im SDS; er konnte sich nur für studentische Korporierte — befristet — auswirken. Ernstzunehmen war er aber als Willensbekundigung der SPD-Mitgliedschaft, da es sich hier (ganz im Gegensatz zum späteren Beschluß gegen den SDS) um einen Parteitagsbeschluß auf offener Szene handelte. Zum zehnjährigen Bestehen des SDS schrieb der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer:

„Die sozialistischen Studenten haben sich entschieden gegen die waffenstudentischen Verbände gewandt, die versuchen, überholte und entwicklungsfeindliche Vorstellungen einer Altherrschaft, von der sie auch finanziell abhängig sind, in der Hochschule zu konservieren." (Vorwärts", 26. 10. 1956)

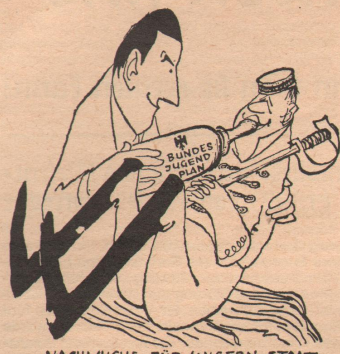
Jene Alten Herren erreichten zunächst über ihren Einfluß in CDU und FDP, daß die entsprechenden Studentenverbände RCDS und LSD ihre ablehnende Haltung gegenüber schlagenden Verbindungen revidierten. Der „Vorwärts" erinnerte seinerzeit an die bisherigen Einwände des RCDS gegenüber „Rückfällen in die nationalistische Bierseidelromantik" und konstatierte einen recht plötzlichen Verzicht auf Kritik, wozu der RCDS von den Alten Herren in der CDU genötigt worden sei. 1958 mißbilligte auch der LSD die „kompromißlose Ablehnung des Verbindungswesens" durch den SDS; sie habe dazu beigetragen, die Korporationen in die Restauration zu treiben. Zugleich sah der LSD-Bundesvorsitzende bei der Deutschen Burschenschaft „eine so erfreuliche Entwicklung". Korporationssprecher machten daraufhin kein Hehl daraus, daß sie die Kursschwenkung des LSD als Anerkennung des bestehenden Korporationswesens werteten (vgl. „colloquium", 12. Jg., Heft 6).

Bald stimmte aber auch der sudetendeutsche SPD-Abgeordnete Wenzel Jaksch vor dem Rhein-Ruhr-Klub ein „Loblied auf die Deutsche Burschenschaft" an (Burschensch. Blätter, 1959, Heft 1). Sein Parteikollege Reinhold Rehs vom Bundesverband der Vertriebenen indes war „aktiv" im Altherrenverband der Burschenschaften. Sogar im SDS widersetzten sich Mitglieder der Bestimmung, daß sie den schlagenden Verbindungen nicht angehören sollten; in Saarbrücken trat eine ganze Gruppe aus dem SDS-Bundesverband aus und betrieb die Gründung einer Sozialistischen Hochschulgruppe. Auf der „gesamtdeutschen" Tagung der Burschenschaften 1962 sprachen dann Carlo Schmid und Ulrich Lohmar (beide MdB-SPD), während die FU-Studentenvertretung gegen das Absingen „aller drei Strophen" des Deutschlandliedes auf eben jener Tagung protestierte. Kurz zuvor hatte die SPD-Führung ihr Unvereinbarkeitsvotum gegen Mitglieder und Förderer des SDS ausgesprochen und entsprechende Parteiausschlüsse betrieben.

Während der Beschluß von 1954 gegen die Studenten schlagender Verbindungen eher als Äußerung des Mitgliederwillens zu interpretieren ist, handelte es sich bei den Maßnahmen gegen den SDS um durchaus konsequente Schritte der Parteiführung allein, die übrigens auch die schütteren „Alt-Herren" des SDS einbezog. Den zahlreichen Förderern der mensurschlagenden Studenten gegenüber hatte sich die SPD dagegen stets auf verbale Polemik beschränkt.

An den Wilhelmshavener Burschenschafter K. H. Maresch schrieb 1965 der SPD-Vorstand, daß jener Beschluß von 1954 nur noch formell inkraft sei und sich „niemand durch diesen Beschluß beschwert" fühle (zitiert in: Burschenschaftliche Blätter, Mai 1965). Deutlicher konnte nicht gesagt werden, daß der „Apparat" mit gültigen Beschlüssen der Parteitage nach Belieben verfährt. Bald darauf versicherten der SPD-Vorsitzende Brandt den Burschenschaften, daß eine endgültige Bereinigung der Beziehungen „nach den Wahlen in Ruhe und mit Zeit" erfolgen werde. Mit den Alten Herren im „Convent Deutscher Akademikerverbände" und den Vertretern der studentischen Verbände im CDK traf sich die SPD-Prominenz (unter Einschluß des Vertriebenenvertreters Rehs) Ende April 1966 zu einem zweitägigen Gespräch. Ende des Jahres 1966 ließ die SPD durchsickern, daß sie dem Streben der Altherrenverbände im CDK folgen und den Beschluß von 1954 definitiv widerrufen werde (vgl. FAZ, 8. 11. 1966). Doch erst die emphatischen Grußworte an die zum Jahresbeginn 1967 „gesamtdeutsch" in Berlin tagenden Mensurverbände machten einer breiten Öffentlichkeit deutlich, welch eine „Umarmung" sich vollzogen hatte.

Heinz Grossmann



Aus: „Vorwärts" (SPD-Wochenzeitung) 1961

. . . und 1967 Nachwuchs für die Partei?

HINTERGRUNDE

Im Artikel über den RCDS (DISKUS 8/1966, Seite 5: „Schleppenträger der CDU?") wurde Bezug genommen auf den Vorspann zum Aufsatz über den SDS (DISKUS 6/1966, Seite 5: „Sozialistischer Partei-Ersatz oder radikaldemokratisches Zentrum?"). Dieser Vorspann war nicht vom Autor des SDS-Artikels, H. Grossmann, verfaßt.

. . . links fallenlassen

„Seid Ihr noch in der richtigen Partei?" Der dies fragte, hatte dereinst seinen Macchiavelli übersetzt. Wohl nicht ohne Gewinn; er konnte mit Stander vorfahren, der Minister für Bundesangelegenheiten Carlo Schmid, der Professor bei den Studenten. Ihnen sollte er beibringen, wie unerläßlich für die SPD die Große Koalition gewesen sei.

Wohldenn: „Man berufe sich nicht auf das überstrapazierte Sprichwort, das besagt: wer auf das Volk baut, baut auf Schlamm!" (Macchiavelli)

„Was wollen wir noch miteinander?", entrüstete sich Gerhard Jahn, der einstmals Strafantrag wegen Körperverletzung gegen einen Marburger Korporierten gestellt hatte, der Bundestagsabgeordnete über die sozialdemokratischen Kommilitonen von heute. Ihnen suchte er auseinanderzusetzen: „Heute würde ich das nicht mehr tun!"

Bedenke: „Man dürfte nur die Art zu schlagen verändern!" (Macchiavelli)

Angeblich sollen bei den schlagenden Verbindungen „neue geistige Bewegungen" sich feststellen lassen, wodurch sich Jahn jüngst veranlaßt sah, einer „gesamtdeutschen" Tagung des Coburger Convent Grüße des SPD-Parteivorstandes zu entbieten (siehe den Beitrag von H. Großmann). Was wiederum dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) ein weiterer Grund war, sein Verhältnis zur SPD nach Bildung der Großen Koalition zu überprüfen. Gegen Ende Januar fanden sich 54 Delegierte in Duisburg-Wedau zu einer außerordentlichen Bundesversammlung ein. Aus Wehners Baracke in Bonn waren Schmid und Jahn anchauffiert worden.

Merke: „Maßnahmen, die die Menschen belasten, soll der Herrscher durch andere anordnen lassen; Maßnahmen, durch die den Menschen Angenehmes widerfährt, soll er sich persönlich vorbehalten." (Macchiavelli)

1958 hatte sich aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) die in die Minderheit versetzte „rechte" Fraktion abgespalten und 1960 den SHB begründet, den die Partei als „die rechtmäßige Fortsetzung" des SDS anerkannte. 1961 faßte der Parteivorstand den Beschluß, daß die Mitgliedschaft im SDS und in der SPD unvereinbar sei. Heute fordert der SHB die Aufhebung dieses Unvereinbarkeitsbeschlusses und eine enge Zusammenarbeit mit dem SDS. Mittlerweile ist als Träger der SPD-Hochschularbeit nach Art eines Förderergremiums die Sozialdemokratische Hochschul-Gemeinschaft (SHG) entstanden, die sich bislang nur in Hessen als Landesverband konstituiert hat unter Vorsitz von Prof. Richard Freyh.

Erwäge: „Null ist besser als Minus." (Macchiavelli)

In Duisburg ist der SHB ein weiteres Stück von der SPD ab- und — so der Eindruck der meisten Delegierten — „zu sich selbst" gekommen. Die „linke" SHB-Fronde hatte eine Mehrheit gefunden „auf der Mitte" zwischen ausschließlich hochschulpolitischen Ambitionen und der Tendenz, konsequent ins Lager der außerparlamentarischen Opposition überzugehen. Hingegen stellt sich für die Partei das Verhältnis „auf halber Mitte" so dar, daß sie dem SHB vorerst „Narrenfreiheit gewähren" will; mit autoritativer Geste tut sie „als nicht so bedeutend" ab, „was der SHB zu bieten hat". Man sperrt ihm zwar noch nicht heute die Gelder aus der Parteikasse, wird deren Verwaltung aber der SHG übertragen, sobald deren Organisation im Bundesgebiet steht. Diese soll Kontakte herstellen zu den verschiedenen Hochschulverbänden, auch zu den Verbindungen — den SHB wolle man nicht ausnehmen. Augenblicklich sucht die Partei das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Studenten frostigerwerbend zu gestalten. Schmid sprach vor den Delegierten vom „leidensfähigen Mann" Wehner; Jahn resümierte: „Das Verhältnis des SHB zur Partei ist das von zwei Organisationen, die Mühe haben, überhaupt noch geordnete diplomatische Beziehungen zu unterhalten". Durch die Taktik des beschwatzenden Ignorierens und durch unterkühlte Diplomatie hofft die SPD noch für einige Zeit das Gesetz des Handelns für sich beanspruchen zu können.

Wohlwissend: „Je verdeckter ein Trug ist, desto weniger ist er verwerflich." (Macchiavelli)

Wohlwissend auch um den „rechten" Flügel im SHB, der kurz vor Ende der Duisburger Konferenz nur knapp unterlegen ist mit dem Antrag, der SHB-Entschließung eine Präambel voranzustellen, die festhält, daß der Sozialdemokratische Hochschulbund weiterhin mit der SPD zusammenarbeiten will. Wie sich allerdings eine solche Zusammenarbeit hätte gestalten sollen, läßt sich nicht vorstellen angesichts der aktuellen politischen Forderungen des SHB: Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze, die die Grundrechte beeinträchtigen; Entspannungspolitik, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; Respektierung der DDR und Aufgebung des Alleinvertretungsanspruchs; Demokratisierung der Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Monopolkontrolle; Demokratisierung der Hochschule; Trennung von Kirche und Staat; Stärkung der innerparteilichen Demokratie. Darüber hinaus stellte sich der SHB die Aufgabe einer konkreten theoretischen Arbeit; er will Ansätze zu einer gesamtgesellschaftlichen Analyse erarbeiten und Thesen zur Verwirklichung des Godesberger Programms.

Bedenke: „Tarde non furon mai grazie divine (Zu spät kam nie göttliche Gnade)." (Macchiavelli)

F. M./B.

kurz notiert

Registriert vorläufig

BONN. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz errichtet in Übereinstimmung mit den Medizinischen Fakultäten und der Kultusministerkonferenz erneut eine „Zentrale Registrierstelle für die Zulassung zum Studium der Medizin und Zahnmedizin", diesmal in Hamburg. Sämtliche Bewerbungen deutscher Studienanfänger für die beiden Fächer sind für das Sommersemester an die zentrale Stelle zu richten. Bereits im vergangenen November hatten sich Kultusminister und Rektoren grundsätzlich auf die Wiedererrichtung einer Zentralen Registrierstelle geeinigt. Die Kultusminister konnten sie jedoch aus Etatgründen erst für den Herbst dieses Jahres zusagen. Die Betriebsaufnahme bereits zum Sommersemester wird durch die Stiftung Volkswagenwerk ermöglicht. Die neue Institution wird Verbesserungen gegenüber der alten Clearingstelle aufweisen, ohne die zwischen Fakultäten und Kultusministerkonferenz bisher strittige Frage einheitlicher Zulassungskriterien für das Medizinstudium zu entscheiden. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sie eine Übergangslösung dar, die, solange der Streit um Anciennität oder qualifizierte Zulassungsbedingungen nicht bereinigt ist, den Fakultäten wie bisher die Zulassungsentscheidung nach ihren eigenen Auswahlkriterien überläßt.

Gegenüber der früheren Bonner Stelle soll das neue Verfahren mit Aussicht auf Erfolg Mehrfachbewerbungen erlauben. Bei dem alten System stand dem an einem Ort abgewiesenen Bewerber praktisch keine Chance anderswo mehr offen. Nunmehr — so heißt es — können die bei Mehrfachbewerbungen möglichen Mehrfachzulassungen „dank dem Computer administrativ rechtzeitig ausgeschaltet" werden.

In der Januar-Sitzung der Kultusministerkonferenz wurde zur Kriterienfrage die „grundsätzliche Feststellung" getroffen: „Bei der Zulassung zum Studium der Medizin und Zahnmedizin werden die Kultusminister und -senatoren grundsätzlich davon ausgehen, daß die Bewerber, die sich aufgrund des Zeitpunktes ihres Abiturzeugnisses am längsten um die Zulassung bemühen, als erste Anspruch auf die Zulassung haben. Die Kultusminister und -senatoren behalten sich ferner vor, hierbei bis zu 30 Prozent der Studienplätze nach anderen Kriterien bevorzugt besetzen zu lassen (z. B. soziale Härtefälle, überragende Leistungen)."

akd/KMK

Liebers Korporationentrick

BERLIN. Der Ruf nach politischer Zensur gehört an der Freien Universität zu den Alltäglichkeiten. Die Mittel, sie einzuführen, beweisen zum Teil erstaunliche List. Bislang werden Zulassungsanträge studentischer Vereinigungen von Senat und Konvent geprüft. Den zugelassenen Vereinigungen stehen die Universitätsräume für ihre Veranstaltungen kostenfrei zur Verfügung; da die Vereinigung zugelassen ist, wird angenommen, daß ihre Veranstaltungen nicht undemokratisch, Überprüfungen von Einzelveranstaltungen also nicht notwendig sind. Die gewünschte Zensur erschiene erst dann als berechtigte Forderung, wenn sich die Vereinigungen nur noch registrieren lassen müßten und das Zulassungsverfahren wegfiele — jenes Zulassungsverfahren, das im Falle der Ablehnung eine Begründung verlangt. Eine Korporation klagte und gewann, weil ihre Ablehnung nicht begründet wurde. Der Justitia von Rektor Lieber mußte sich vom Gericht den Vorwurf widersprüchlicher Angaben gefallen lassen, und im Urteil heißt es, er habe trotz „ausdrücklichen Hinweises durch die Verfügung des Vorsitzenden" den Ablehnungsbescheid an die Korporation nicht erläutert. Eigentümlich ist ein solches Verhalten dann, wenn das Rektorat den Prozeß gewinnen wollte.

Sollte die Korporation gewinnen, konnte damit gerechnet werden, daß die Zulassungsparagraphen gestrichen und damit die Forderungen nach einer inhaltlichen Überprüfung jeder Veranstaltung plausibel würden. Doch die Rechnung ging nicht auf. Die Korporation gewann nur aus einem Grund: weil der Senat die Ablehnung nicht begründete. Gegen das Zulassungsverfahren, so hielt das Gericht ausdrücklich fest, bestünden keine Bedenken, da zugelassene Vereinigungen die Hochschule mitrepräsentieren und an der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben beteiligt sind.

Bei der Gründung der Freien Universität hielt man das elitäre Denken der Korporationen für unvereinbar mit der Intention der FU und ließ sie nicht zu: sicherlich kein formaldemokratischer Entschluß, aber ein demokratischer. Dem gegenwärtigen Rektor, den einige immer noch als liberal ansehen, und dem gegenwärtigen Senat darf gewiß nicht „ohne weiteres" unterstellt werden, diese demokratische Phase beenden zu wollen, um politische Zensur einzuführen.

Nicht „ohne weiteres"? — Der eigentümliche Prozeßverlauf legt die Vermutung nahe, daß die Zensoren an die Macht wollen.

B. B.

Fakultätstage

KIEL. Der Philosophische und der Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultätentag haben in Kiel über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums beraten. In ihren Stellungnahmen haben sich beide Gremien gegen die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene starre Befristung der Immatrikulation von Studenten ausgesprochen. Ferner verweisen sie auf die mangelhaften personellen und räumlichen Voraussetzungen einer Studienreform.

I. Philosophie

Der Philosophische Fakultätentag bestätigte in einer Presseerklärung die „weitgehende Reformbereitschaft", jedoch könnten die Philosophischen Fakultäten hinsichtlich des einzuschlagenden Weges nicht in allen Punkten den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgen. Sie räumten ein, daß „durch zeitweilige Zulassungsbeschränkungen ... eine gerechtere Verteilung der Studentenzahlen auf alle Hochschulen erreicht" werde („wo Überfüllung ein sinnvolles Studium verhindert"), jedoch lehnten sie „eine starre Terminierung und Zwangsexmatrikulation ... ab". Die „Trennung von Studium und Aufbaustudium in der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Form" sei unvereinbar mit der einhelligen Überzeugung der Fakultäten, „daß sie auf die Einheitlichkeit und den wissenschaftlichen Charakter des Studiums in allen seinen Phasen nicht verzichten dürfen". Weiter heißt es in der Presseerklärung des Fakultätentages 1967 in Kiel: „Schon die eingeleiteten und weiterhin angestrebten Reformen, die auf eine Neuordnung des Studiums in seiner ersten Phase bis zur Zwischenprüfung abzielen, erfordern beträchtliche Aufwendungen. Für Lehrkräfte und Studenten werden vermehrt Arbeitsplätze benötigt, und zusätzliche Mittel für Personal und Sachausstattung müssen bereitgestellt werden. Nach der Ansicht der Philosophischen Fakultäten muß die baldige Verwirklichung dieses Programms den Vorrang erhalten. Sie sind überzeugt, daß die durch die Überfüllung der Hochschulen ausgelösten Schwierigkeiten nur in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten überwunden werden können. Die weiteren Diskussionen sollten nach Auffassung der Philosophischen Fakultäten nicht bei den Verhältnissen an den Hochschulen stehen bleiben, sondern das ganze Bildungswesen einbeziehen".

II. Naturwissenschaften

Die Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten übergaben der Presse eine Erklärung, worin die Empfehlungen des Wissenschaftsrates „in den Grundsätzen" begrüßt wurden, „insbesondere darin, daß ‚an der Einheit von Forschung und Lehre und an ihrer Freiheit festzuhalten' ist und daß ‚die wissenschaftliche Lehre für das Studium allgemein verlangt werden muß und nicht allein auf die Ausbildung des Nachwuchses für die Forschung beschränkt werden kann'". Der Math.-nat. Fakultätstag erachte die Einführung von kleinen Gruppen für Übungen, Proseminare und Praktika als „dringend erwünscht", nur gibt er zu bedenken: Es „scheitert jedoch bisher oft an personeller und räumlicher Ausstattung". Es wird für notwendig gehalten, „daß die Mehrheit der Studenten, auch bei einer Promotion, mit spätestens 26 Jahren in das Berufsleben eintreten kann". Durch Studienreformen allein sei dieses Ziel jedoch nicht zu erreichen: „Die Hochschulmaßnahmen sind nur wirksam, wenn außerdem weitere Reformen durchgeführt werden: a) Das Schuleintrittsalter für geeignete Kinder muß vorverlegt werden. Die Verkürzung der Gesamtschulzeit sollte angestrebt werden. b) Für die Studenten ... muß eine veränderte Form der Wehrdienstableistung gefunden werden. c) Die Referendarzeit sollte verkürzt werden und eine bessere finanzielle Stützung erfahren". Als Ursache der langen Studienzeit wird vom Fakultätstag „die Unsicherheit der Studenten hinsichtlich der Prüfungsanforderungen" angeführt. Es sei unabdingbar, daß die Fakultäten bei der Abfassung staatlicher Prüfungsordnungen mitwirken. Zur Frage der befristeten Immatrikulation für das Gesamtstudium erklärt der Fakultätstag: „ ... wird strikt abgelehnt". Er gibt zu erwägen: „Die Realisierung der Empfehlungen ist nicht sofort in vollem Umfang möglich. Besonderes Gewicht wird zunächst auf die Empfehlungen für den ersten Studienabschnitt gelegt werden müssen. Es ist notwendig, insbesondere in den Fächern mit großen Studentenzahlen, die Universitätslehrer mit den erforderlichen Mitarbeitern zu versehen und die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen". akd/R.

Forschungsergebnisse aus dem Tresor

USA. Die Universität von Pennsylvania, die im vergangenen Winter wegen ihrer Beteiligung an einem Forschungsobjekt über die Anwendung chemischer und biologischer Waffen kritisiert worden war, gab bekannt, daß sie nunmehr geheime Forschungsprojekte aufgebe. Der Rektor erklärte hierzu, der Senat der Universität habe gefordert, daß die Ergebnisse aller Forschungsarbeiten zur Veröffentlichung freigegeben werden müßten, und er habe mit überwältigender Mehrheit für die Beendigung aller geheimen Forschungsaufträge gestimmt.
(The New York Times, Paris)

»deutsches panorama?«
Artfremder Abhub!
Sudelblatt der Söldlinge Zions!
Lobt Nigger-Jazz und Polanski-Filme!
Auf den Scheiterhaufen damit!
Nicht empfehlenswert!

(Jedenfalls nicht für rassenstolze Giftzwerge)

deutsches panorama

Für Sie alle 14 Tage neu.

Überall erhältlich.

Fordern Sie ein Probeheft an.

2 Hamburg 50 Königstraße 28

news
NACHRICHTEN KOMMENTARE

Der DISKUS berichtet in seiner nächsten Ausgabe über die LVII. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die nach Frankfurt am Main einberufen war.

☆

Vom 13. — 19. März findet in Göttingen die 19. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) statt.

Proteste

Pfiffe für den Kanzler

BERLIN. Ein Pfeifkonzert von mehr als hundert Studenten hat Bundeskanzler Kiesinger über sich ergehen lassen müssen, als er nach einem Empfang des Regierenden Bürgermeisters von Berlin das Charlottenburger Schloß verließ. Die Studenten kamen von einer Protestversammlung in der Technischen Universität, an der tausend Demonstranten teilgenommen hatten. Sie hatten dort gegen eine Erhöhung der Studiengebühren und das Demonstrationsverbot in der Berliner Innenstadt protestiert. Sie verlangten, „die Herrschaft jener Kräfte einzuschränken, die die volle Entfaltung der Demokratie in unserem Lande verhindern". Auf dem Kurfürstendamm trugen zur gleichen Zeit jugendliche Demonstranten Plakate mit einem Protest gegen Kranzniederlegungen Kiesingers am Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus in der Hinrichtungsstätte Plötzensee zur Schau. Vier Demonstranten wurden festgenommen.
(FAZ vom 26. 1. 1967)

Konkurrenz-Modell

BERLIN. Im Vordergrund der Universitätstage 1967 an der Berliner Freien Universität stand die Frage erweiterter studentischer Vertretung bei der Erörterung und Entscheidung aller hochschulpolitischen Fragen. Hier vor allem bestehen Interessengegensätze, und der Frankfurter Politologe Professor von Friedeburg wandte sich energisch gegen die Ansicht, daß ihre Austragung in der Öffentlichkeit dem Ansehen der Universität schade. . . .Der Frankfurter Soziologe (Habermas) hält einen Interessenausgleich möglich nur zwischen annähernd konkurrenzfähigen Gruppen. Die Machtpositionen aber der Professorenschaft und des akademischen Mittelbaues scheinen ihm bevorzugt. Deshalb bezeichnete Habermas das Begehren der Studenten legitim, eine andere Schichtung der Gruppen durchzusetzen. . . . Generell warnte er die deutschen Universitäten vor einer Abstinenz vom gesellschaftlich-politischen Bereich. Auch Tagespolitik müsse Bestandteil universitärer Auseinandersetzungen sein dürfen . . .
(H. W. Sternsdorff in „Die Welt" vom 23. 1. 67)

Hintertürchen für Moellenstedt

TÜBINGEN. Nach dem „Fall Kaul" (DISKUS 1/1967: „Entkault") hat Tübingen mittlerweilen seine zweite Affäre, die erneut Anlaß gab zu Aktionen der Studenten gegen die politische Bevormundung durch die Universitätsbürokratie. Ende Januar hatte das Studentenwerk, sanktioniert vom Rektorat, verboten, auf Plakaten zu einer Spendenaktion für die Nationale Befreiungsfront Südvietnams aufzurufen. Die Plakate und SDS-Flugblätter, die kritisch Stellung nahmen zur US-Propaganda, Südvietnam sei das Opfer der nordvietnamesischen Aggression, wurden als „prokommunistisch und einseitig" verboten. Auf die Möglichkeit eines Protests gegen diese Zensurmaßnahmen der Universität aufmerksam gemacht, antwortete ein Beamter des Rektoramtes: „Sollte diese Affäre an die große Glocke gehängt werden, könnte sich Kultusminister Hahn veranlaßt sehen, jede politische Betätigung der Studenten zu untersagen". Gegen das generelle Verbot jeglicher Art von Plakatierung und das Pauschalverbot, Flugblätter zu verteilen, das im Verlauf der Auseinandersetzungen von der Universität ausgesprochen wurde, kam es zu einer Großaktion der Studenten. Etwa 1500 Studenten demonstrierten auf dem Platz vor der Neuen Aula eineinhalb Stunden lang und forderten eine Erklärung von Rektor Moellenstedt. Als dieser durch eine Hintertüre das Universitätsgebäude verlassen hatte, kam es zu einem spontanen Sit-in von über 1000 Studenten im Audimax. Der Universitätsrat trat auf mit der Erklärung, er könne keine Erklärung abgeben. Die Studenten bildeten daraufhin eine Kommission, die über die Verbote eine Klärung mit dem Rektorat herbeiführen soll. Inzwischen fanden sich Rektor Moellenstedt und Universitätsrat Lebsang bereit, einer Aufhebung des generellen Flugblatt- und Sammelverbotes auf dem Gelände der Mensa zuzustimmen. Der Kampf der Studenten, geführt von den politischen Studentenverbänden, richtet sich jetzt gegen das noch bestehende Verbot, mit Flugblättern und Plakaten auf dem Uni-Vorplatz ihren politischen Meinungen Ausdruck geben zu können. (B.)

Patronen statt Reis

INDIEN. Eine Untersuchung der indischen Regierung über Studentenunruhen hat ergeben, daß zwischen 1963 und 1966 insgesamt 570 Streiks oder Demonstrationen stattgefunden haben. Der Jahresdurchschnitt betrug 1963 und 1964 etwas über 100, 1965 und 1966 über 200. Im Staate Bihar ereignete sich seit 1963 in jedem Monat ein Studentenstreik. Fünfzig Prozent aller Unruhen im Jahre 1966 hatten das Ansteigen der Lebensmittelpreise zur Ursache. Die Polizei ging wiederholt mit Knüppeln, Tränengas oder Schußwaffen vor, 1966 allein 39 Mal. — Im Verlauf eines Streiks der Jura-Studenten, der in mehreren indischen Staaten mit dem Ziel stattfand, einen Widerruf des Advokaten-Gesetzes durchzusetzen, das die Jura-Studenten jetzt zu einem dreijährigen Studjum zwingt (bisherige Regelung: zwei Jahre und ein Jahr Praktikum), kam es wiederum zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es Tote und Verletzte gab. (asb/young india/NSPCI, News Features, Neu Dehli)

Berkeley - Memorial

USA. Studenten der Universität in Berkeley boykottierten Vorlesungen. (Vor zwei Jahren hatten dort die Unruhen begonnen, die zur Gründung der Bewegung für Redefreiheit, „Freespeach Movement", führten. Mehr als 700 Studenten wurden dabei im Jahre 1964 verhaftet.) Im strömenden Regen forderten die Studenten jüngst die 27 500 Kommilitonen der Universität auf, den Vorlesungen fernzubleiben. Am Tage zuvor hatten Tausende die Vorlesungen boykottiert, weil neun Demonstranten festgenommen worden waren, die gegen die Anwesenheit von Werbeoffizieren der Marine auf dem Universitätsgelände protestiert hatten. Ungefähr 6 000 Studenten versammelten sich gegen Mittag auf den Stufen des Verwaltungsgebäudes. (The New York Times, Paris)

Maß für Maß . . . bei Wilson's Prunk

ENGLAND. Einen Protestbrief an Harald Wilson schrieb der Vizepräsident der Studentenvertretung der Universität Bradford anläßlich der Einführung des Premierministers als Kanzler dieser neuen Universität: Die Kosten der Feierlichkeiten hätten 10 000 Pfund betragen und ständen damit im krassen Gegensatz zu der von Wilson und dem Parlament vertretenen Politik der Sparsamkeit. Während der Zeremonie demonstrierten in Bradford Studenten aller englischen Universitäten, die bessere Studienbedingungen für ihre Kommilitonen forderten.
(Union News, Leeds/Telegraph, Strathclyde)

Vormund für die „Situationisten"

STRASSBURG. An der Studentenvertretung der Universität Straßburg, die dem französischen Nationalverband UNEF angeschlossen ist, hat der „Internationale Situationismus" die „Macht ergriffen". Das Programm der „Situationisten" fordert, „endlich eine Situation zu schaffen, die unwiederbringlich ist . . ., die aktuelle Gesellschaft aufzulösen und die Herrschaft der Freiheit einzuführen . . .". Als allernächstes Ziel haben sie sich die Auflösung der straßburgischen Studentenvertretung gesetzt. Die Vorstände der Studentenverbände Straßburgs, die Mitglieder der Gesamtvertretung sind, haben beschlossen, den „situationistischen" Vorstand abzusetzen. Die Vereinigung ist unter Gerichtsvormundschaft gesetzt worden.
(Le Monde, Paris)

Spanische Unruhen

SPANIEN. Ein „Nationaler Tag gegen die Unterdrückung" wurde von 2 000 Studenten in Anwesenheit von Professoren, Intellektuellen, Künstlern, Technikern, Ärzten, Rechtsanwälten und Priestern sowie Vertretern von katholischen Organisationen und Arbeiterverbänden in der juristischen Fakultät der Universität Barcelona gefeiert. Sechs Vertreter der offiziell nicht anerkannten „Demokratischen Universitätsgewerkschaften" wurden verhaftet und angeklagt, den „Tag gegen die Unterdrückung" veranstaltet zu haben. Über 2 000 Studenten organisierten darauf eine Protestkundgebung vor der Universität und eine „freie" Versammlung", in deren Verlauf ein 24 stündiger Streik beschlossen wurde.

Solidaritätsakte gegen Polizei

SPANIEN. Nach mehrtägigen Unruhen und Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei ist die Universität in Madrid für drei Tage geschlossen worden. Während der schweren Zusammenstöße auf dem Gelände der Universität waren zahlreiche Personen — darunter auch ausländische Journalisten — verletzt und verhaftet worden. Polizisten und Sicherheitsbeamte gingen gegen einen Protestmarsch von etwa 1000 Studenten vor. Die Demonstranten forderten die Freilassung ihrer Kommilitonen. Die Studenten der Universität Barcelona entschieden sich bei einer Massenversammlung in einer Abstimmung dafür, zur Unterstützung ihrer Kommilitonen in Madrid für zwei Tage in einen Sympathiestreik zu treten. Im Anschluß an die Kundgebung kam es auch in Barcelona zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Studenten. (FR vom 1. 2. 67)

Kontakte

Jugoslawiens Rektoren im Gespräch

MÜNCHEN. Zum Abschluß ihres Deutschlandbesuchs äußerten sich die Rektoren der sieben jugoslawischen Universitäten auf einer Presse konferenz in München befriedigt über ihre Eindrücke. Sie waren Gäste des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Außer einem Besuch der Ruhr-Universität in Bochum sowie der Hochschulen in Frankfurt, Heidelberg und München fanden Gespräche beim Wissenschaftsrat in Köln statt. (DAAD)

Wanderer, kommst du nach Spa . . .

BAD GODESBERG. Neue Studienpläne verschiedener britischer Hochschulen und Colleges of Technology, an denen 98 Prozent aller Studenten mit Staatsstipendien studieren, sehen für eine große Gruppe von Studenten künftig eine obligatorische, zum Teil einjährige Studienzeit an deutschen Hochschulen vor, die in erster Linie der Verbesserung deutscher Sprachkenntnisse dienen soll. Da mit einem beträchtlichen Zustrom von Studenten aus Großbritannien an die überfüllten westdeutschen Universitäten gerechnet werden muß, hat der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mit Vertretern von 39 britischen Universitäten und Colleges of Technology Gespräche geführt und auf die Situation der Universitäten in der BRD hingewiesen. (DAAD)

Liebesgrüße nach Moskau und anderwärts

FRANKFURT/MAIN. Einen Austausch mit Budapest und Moskau strebt der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Frankfurter Universität an. Eine AStA-Delegation ist in die ungarische Hauptstadt gereist, um einen Austauschvertrag mit der Universität von Budapest abzuschließen. Die Vorsitzenden des ungarischen Studentenverbandes und der Jugendorganisation wurden nach Frankfurt am Main eingeladen; Absprachen über Studenten- und Chor-Austausch mit den Budapester Universitäten konnten nicht endgültig getroffen werden. Von der sowjetischen Botschaft wurde dem AStA mitgeteilt, Schwierigkeiten eines Studentenaustausches mit der Universität Moskau seien darauf zurückzuführen, daß das Kulturabkommen zwischen der UdSSR und der BRD abgelaufen und noch nicht erneuert sei. Auf ein Schreiben des Auslandsreferates antwortete der Sowjetische Studentenrat mit der Anforderung eines konkreten Programmes und dem Vorschlag, 10 bis 15 Studenten besuchsweise auszutauschen. — Eine Erneuerung des Austauschprogrammes mit Prag wurde von tschechischer Seite vorgeschlagen. (JW-Dienst)

Deutsche Nachricht für Israel

BERLIN. Eine Delegation des Bundesverbandes Deutsch-Israelischer Studiengruppen e. V. (BDIS) hat Israel besucht und Gespräche mit israelischen Jugend- und Studentenorganisationen geführt. Die Delegation war einer offiziellen Einladung der Studentenschaft an der Hebräischen Universität in Jerusalem gefolgt. Mit der Studentenschaft der Hebräischen Universität und der entstehenden Universität in Haifa wurden Abmachungen über die künftigen Beziehungen getroffen. Vorgesehen sind der Austausch von Informationen, vor allem die Weitergaben von BDIS-Nachrichten über Vorgänge in Deutschland, ferner die Einladung und Betreuung von Gruppen und gegebenenfalls gemeinsame Seminare. Mit den Studentenschaften der TH in Haifa und der Universität in Tel Aviv wurden inoffizielle Gespräche geführt. Der BDIS will künftig in Israel eine hebräisch-sprachige Zeitschrift herausgeben, die der wichtigste Träger der „in Israel vielfach gewünschten Informationen über Deutschland" sein wird. In Gespächen mit der sozialdemokratischen Mapai-Partei wurde für den Sommer dieses Jahres ein Seminar über Probleme des Nationalismus vereinbart. (BDIS)

Reformen

Vollkommen unverbindlich

BERLIN. „Die Einrichtung von Studienreformkommissionen auf verschiedenen Ebenen der Universität ist bislang das einzige Ergebnis der massiven studentischen Proteste, die sich im letzten Sommersemester an der Frage der Zwangsexmatrikulation entzündet hatten und in eine generelle Kritik an Studienorganisation, Lehrinhalten und autoritärer Hochschulstruktur einmündeten. Die Zwangsexmatrikulation wurde nicht aufgehoben, die Macht der Lehrstuhlinhaber nicht eingeschränkt, in den akademischen Gremien sind die Studenten weiterhin unterrepräsentiert und die Akademische Verwaltung versucht wie eh und je, die politischen Veranstaltungen der Studenten zu reglementieren. Die anhaltende Unzufriedenheit unter den Studenten kommt also nicht von ungefähr. Die Unzufriedenheit scheint um so mehr gerechtfertigt zu sein, als die Arbeit der Kommissionen zur Zeit vollkommen unverbindlich ist, ihre Ergebnisse und Empfehlungen niemand verpflichten. So ist es durchaus konsequent, wenn auch ärgerlich, daß der Rektor die Universitätskommission als ein Gremium begreift, das er ‚zu seiner Beratung in Fragen der Studienreform' ‚bestellt' hat. Wenn trotzdem gehofft wird, daß die Arbeit der Kommissionen nicht ohne Einfluß auf die Hochschule bleiben wird, so deshalb, weil auf ihre funktionale Autorität, die Autorität sinnvoller Vorschläge, gesetzt wird, und deshalb, weil Reformvorschläge und Mängelnachweise, die von Professoren und Studenten gemeinsam erarbeitet werden, nicht so leicht vom Tisch zu wischen sind wie Überlegungen der Studentenvertretung. Zudem sind die Fakultätskommissionen durch die einzelnen Fakultäten eingesetzt worden, was ein vollständiges Ignorieren ihrer Empfehlungen kaum möglich machen wird. Möglich bleibt allerdings, daß nur die genehmen Vorstellungen zur Studienreform übernommen werden, die peinlichen aber diskret übergangen werden . . . Erstaunlicherweise läßt noch kein Fakultätsbericht darauf schließen, daß Autoritäts- und Strukturprobleme in Angriff genommen werden sollen: doch bedeutet das wohl nicht, daß man diesen Bereich ausblenden will. Denn ohne die Analyse und Kritik der Struktur des Wissenschaftsbetriebes kann die Wissenschaft selbst kaum sinnvoll beurteilt und verändert werden".
(FU-SPIEGEL 55, Januar 1967)

Entfeudalisierung der Lehrstühle

FRANKREICH. Ein Kolloquium über die „Zukunft des Hochschulwesens und der Forschung" fand in Caen statt. Die 300 Teilnehmer, führende Persönlichkeiten des französischen Hochschulwesens, waren sich über eine Reihe von Reformvorschlägen einig, die die französische Universität auf einen neuen Kurs bringen sollen. Die starke Zentralisierung der französischen Universität soll beseitigt werden. Geplant sind selbständige Universitäten mit einer Höchstzahl von 20 000 Studenten, die auch Forschungsaufgaben erfüllen können, da die Forschung nicht von der Lehre zu trennen sei. Den heutigen französischen Universitäten, deren Ausbildung ein gemeinsames „Programm" zugrunde liegt, ist die Forschung unbekannt. Die Zusammenarbeit und die Gruppenarbeit sollen gefördert werden. Die Lehrstühle, die einen feudalen Charakter tragen, will man zugunsten von Abteilungen (départements) abschaffen. Die Universität soll außerdem Verantwortung in der Berufsausbildung übernehmen: Orientierung der Studenten, Information über die Berufsmöglichkeiten, Vorbereitung auf den späteren Beruf sind als Aufgaben der Universität vom Kolloquium erkannt worden. Die Aufgaben werden noch an Bedeutung gewinnen, da sich — Schätzungen zufolge — bis 1972 die Zahl der Studenten von 450 000 auf 800 000 erhöht haben wird.
(Informations UNESCO/Le Cri, Paris)

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen - Reparaturen
Füllhalter - Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Peter Naacher

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in

POLNISCHER KÖNIGPUNSCH

Man reibt an 500 g Zucker eine halbe Apfelsine und eine halbe Zitrone ab, kocht dies mit ¾ l Wasser zu dünnem Zuckersirup, füge den Saft zweier Apfelsinen und einer halben Zitrone, 3 Löffel eingekochten Ananassaft, ½ Flasche Rheinwein, ebensoviel Chablis und Burgunder hinzu und läßt alles, ohne daß es kochen darf, heiß werden.
Dann taucht man ein Stück Zucker in Rum, legt es in einen silbernen Löffel, hält ihn über den Punsch, zündet den Zucker mit einem Fidibus an. Wenn der Zucker brennt, gießt man immer neuen Rum auf den Zucker, bis man eine halbe Flasche so brennend in den Punsch hat laufen lassen. Dann gießt man eine halbe Flasche Schaumwein zu und reicht den Punsch sofort.
Merke: *Der echte Punschkenner brennt den Rum, welcher natürlich bessere Sorte sein muß, stets auf oben angegebene Weise ab. Zur Mischung mit Weißwein und Fruchtsäften ziehe ich roten Rheinwein dem französischen Rotwein vor und empfehle beste rote Fruchtweine als billigen Ersatz der roten Rheinweine.*
P.

kleine chronik

Venia docendi

Eine Ordnung des Verfahrens zum Erwerb der Lehrbefähigung für die didaktischen und erziehungswissenschaftlichen Fächer der Abteilung für Erziehungswissenschaften hat der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität dem hessischen Kultusminister zur Genehmigung vorgelegt. Das auf Anregung des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften von einer Senatskommission ausgearbeitete Verfahren soll dazu beitragen, „den akademisch qualifizierten Hochschullehrernachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen und erziehungswissenschaftlichen Abteilungen heranzubilden". Eine aus der Abteilung und den fachlich interessierten Fakultäten gebildete Kommission trägt die Verantwortung für den Erwerb der venia docendi, die vom Rektor im Namen der Gesamtuniversität verliehen wird.
Dieses zunächst noch mit äußerster Vorsicht gehandhabte, auf lange Sicht geplante Frankfurter Verfahren steht in Übereinstimmung mit einer Empfehlung der LVI. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom Juli 1966. Diese hatte nicht nur die Verantwortung der Universitäten für die wissenschaftliche Ausbildung des Volksschullehrernachwuchses festgestellt, sondern darüberhinaus verschiedene Formen der institionellen Zusammenarbeit „empfohlen." Wer dieser „Empfehlung" nicht so starke Beachtung entgegenbrachte, wie der ehemalige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen Mikat, handelte sich eine scharfe Rüge des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Sieverts ein. Mikat hatte Ende letzten Jahres durch Genehmigung der Verfassungen den Pädagogischen Hochschulen Rheinland und Westfalen-Lippe mit anderen Universitätsrechten auch das Habilitationsrecht verliehen.
Hamburg und Hessen haben sich für den von der Westdeutschen Rektorenkonferenz vorgeschlagenen Typ A, eine schrittweise Integration der Volksschullehrerbildung in die Universität, entschlossen.
Die Frankfurter Universität glaubt mit ihrer „venia docendi" „ein Modell für die Zusammenarbeit aller fachlich kompetenten Stellen bei der Lösung des schwierigen Problems des erziehungswissenschaftlichen Hochschullehrernachwuchses geschaffen" zu haben. S.

Dubioses

Nachdem die Studentenschaft die neue Satzung in Urabstimmung angenommen hatte, fühlte sich das Studentenparlament verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch nach ihr verfahren werde. Hierzu war es notwendig, die Satzung im Parlament als Novelle der alten zu beschließen, da sie sonst erst mit der Genehmigung durch den Kultusminister die in etwa einem halben Jahr zu erwarten ist, in Kraft tritt.
Bei der Abstimmung am 19. 1. war jede Stimme zum Erreichen der vorgeschriebenen Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder nötig. Deshalb mußte das Verhalten des AStA-Politreferenten befremden. *Herr v. Gizycki (Dresdensia Rugia) verließ 10 Minuten vor der entscheidenden dirtten Lesung die Sitzung, um zu einem Verbindungsfest zu gehen.* Ein Korpsbruder, ebenfalls Parlamentarier, der mit ihm ging, legte wenigstens sein Mandat nieder. Obwohl jede nicht abgegebene Stimme bei Satzungsänderungen einem Nein gleich kommt, hielt v. Gizycki dies nicht für oportun. *Ebenso überraschte die stellvertretende AStA-Vorsitzende Karin Rausch (SDS) durch ihre Stimmenthaltung.* Es ist untragbar, daß ein Mitglied der Exekutiven nicht für die Verfassung stimmt, zumal die neue Satzung Frl. Rausch schon vor Amtsantritt bekannt war. Überhaupt ist die Einstellung der „Innenbossin" zu ihrem Amt etwas merkwürdig. Bei ihrer Wahl gab sie bekannt, daß sie die ersten zwei bis drei Monate ihre Arbeit im AStA nicht aufnehmen könne, da sie in dieser Zeit ihr Vordiplom ablegen wolle. Dies hinderte sie jedoch nicht daran *DM 600,— (sechshundert)* als *„Aufwandsentschädigung"* für diese Zeit *zu kassieren.* Eine der Hauptaufgaben des Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres ist die Organisation des Quartier Latin.
Vielleicht sind ihre hohen finanziellen Ansprüche ein Grund dafür, daß sie sich mit dem sparsamen Haushaltsplan ihres AStA nicht befreunden konnte und ihm im Studentenparlament nicht zustimmte. Die Frage, wie ein Mitglied der „Regierung" regieren will, gegen Verfassung und gegen Budget, bleibt vielen, die Frl. Rausch nicht kennen, ein Rätsel. m. s.

Das Mensaessen des Monats

Esterhazy-Steak, Quarkspeise und Suppe
Man nehme einen alten Ochsen, gut mit Sehnen durchwachsen (möglichst aus der Zeit des Pyramidenbaues, denn Arbeit macht hart und zum Esterhazy-Steak — nach Mensaart — gehört gutes Leder) und teile ihn in mundgerechte Stücke auf. Nachdem die Fleischstücke durch einen modernen Steaker gelaufen sind und im Rohzustand das Aussehen von rosigfrischer Lunge erlangt haben, nachdem sie also mit den letzten Mitteln zum Erweichen gebracht wurden, lege man sie in heißes Fett und bemühe sich sie solange nicht zu beachten, bis man sicher ist, daß ein dunkelstes Südseebraun ihren lungenfarbenen Teint überdeckt hat, und man sie mit ruhigem Gewissen als verbrannt bezeichnen kann.
Sodann gieße man das nun gut durchgebra(nnte)tene Fleisch in derPfanne mit Brühe auf; man erhält eine köstliche Sauce. Nun leicht abkühlen lassen; man kann ein keineswegs wohlschmeckendes, dafür aber zähes und krümeliges Steak servieren, das dem Gast den Namen Esterhazy für immer verleidet.
Als Dessert reiche man Ananasquarkspeise, denn grüner Salat würde besser dazu passen.
er

Folklore

Thema eines Abends des Instituts für Volkskunde war, die Anwendung des Begriffs „Folklore" im Schaugeschäft, in Rundfunk, Fernsehen und in der Werbung zu untersuchen. Angehörige des Instituts hatten eine Dokumentation, die von Veranstaltungsplakaten bis zum Omo-Geschirrtuch mit Folklore-Motiven reichte, zusammengestellt. Aufnahmen von Interpreten der Folklore-Welle und Interviews mit Passanten sorgten für Aktualität.
Priv. Doz. W. Brückner umriß in einer kurzen Ansprache die Schwierigkeit der Anwendung des Terminus Folklore in der Disziplin Volkskunde an deutschen Universitäten. Während an den Universitäten fast aller europäischen Länder „Folklore" das Fach selbst meint, versteht man darunter in Deutschland, gebunden an ehrwürdige Traditionen, das bewußte Wiederbeleben volkstümlicher Formen, den Folklorismus. Eine polemische Bestandsaufnahme eines Studenten des Instituts, die die Verbindung von Folk- und Protestsong mit dem großen Schaugeschäft aufweisen sollte, leitete zu einer allgemeinen Diskussion über. Der Name Folklore, aus dem Angelsächsischen übernommen, sei zu einem festen Markenzeichen geworden. „Christopher und Michael" z. B., nach eigener Aussage „Protester", künden ihr Auftreten aus werbetechnischen Gründen auf Plakaten als „Folklore Concert" an. Verständnis und Interesse für Protest- und Folklore-Song sind an ein bestimmtes jugendliches Publikum — meist Schülern — gebunden. Alsheimer

AUSSCHREIBUNG

Für die Ressorts POLITIK, KULTURPOLITIK, LOKALES und FEUILLETON des DISKUS werden die

Redakteure und Mitarbeiter

neu gewählt. Wir schreiben diese Stellen hiermit aus.

Wir bieten

angemessenes Fixum, gutes Redaktionsklima und die Möglichkeit zu erlernen, wie eine Zeitung gemacht wird.

Wir bitten

Sie, sich zu bewerben. Als Mitarbeiter wären Sie Redaktionsmitglied. Sie müßten zusammen mit dem Redakteur (dessen Nachfolger Sie werden könnten) Artikel anregen, selbst schreiben oder redigieren, das Redaktionsprogramm ausarbeiten und den Umbruch leiten.

Wenn Sie journalistische Erfahrung mitbringen, ist es nützlich, wenn nicht, so können sie es bei uns erwerben. Wichtig ist nur, daß Sie verständlich sprechen und schreiben, weder Scheuklappen noch Angst vor ‚Avantgardismus' haben und Kritik zu schätzen wissen. Außerdem müssen Sie an der J. W. Goethe-Universität studieren.

Senden Sie bitte Ihre Bewerbung bis 27. Februar 1967 an die Herausgeber des DISKUS.

personalien

Karin Rausch, stellvertretende AStA-Vorsitzende auf Abbruch und Spezialistin für Sexualfragen, konnte während des Q. L. 67 mit ihren Kenntnissen nicht assistieren, da sie es vorzog, eine Reise nach Konstanz anzutreten. Böse Zungen behaupten sie habe dort weniger in Sachen Hochschulreform an einer Expertentagung des VDS teilgenommen, als vielmehr das Terrain für eigene Studien am Bodensee sondiert. Zu klären bleibt indessen noch, ob die Dame Rausch eine Aufwandsentschädigung von DM 300,— für ihre Mitarbeit am Q. L. zu recht erhalten hat.

Peter-Ingo Mees, amtsenthobener AStA-Finanzer und Mitglied einer schlagenden Verbindung, wurde in der Woche vor dem Q. L. jeden Abend von seinen Verbindungsfreunden gewaltsam aus den AStA Räumen entfernt, damit er rechtzeitig auf dem Paukboden sein konnte. Herr Mees hatte nämlich am Tag nach der ersten Q. L.-Nacht seine letzte Bestimmungsmensur zu schlagen. Anschließend kam der wackere Kämpe mit Verbindungsbruder und AStA-Polit-Referent Rainald von Gizycki in die Q. L. Zentrale und bepinselte die Kampfwunden mit studentenschaftseigenem Jod.

Brigitte Peters, First Lady der Frankfurter Studenten und im Hauptberuf Hausfrau und Mutter, stand während des Q. L. ihren ganzen Mann, als sie 5 Stunden lang in der Zentrale als guter Geist das Fest am Laufen hielt. Mit bewundernswertem Gleichmut bediente sie die Sprechanlage, das Telefon, bewirtete jugoslawische Rektoren mit Sekt, stempelte Ausweise und gab Auskunft an verirrte Q. L. Gäste. Böse wurde Frau Peters erst, als sie ein unwissender Ordner des Raumes verweisen wollte.

Herbert Fischer, Mediziners Fachschaftler, hielt die Nachfeier der „Don Carlos"-Akteure der „neuen bühne" für die Aufführung selbst. Er ließ sich nur schwer davon überzeugen, daß er auf dem Weg in den Parlamentssitzungssaal nicht den Schillerschen Versen lauschte.

Rolf Blasberg, Uraltfunktionär, hat sich entgegen düsteren Prophezeiungen doch noch auf den Zweck seines Studiums besonnen und zum medizinischen Staatsexamen gemeldet. Er wurde auch prompt bei der ersten Prüfung bezichtigt, er halte den Ohrenspiegel wie ein Briefträger.

Medizinern soll man grundsätzlich nicht über den Weg trauen. An diesen Grundsatz hält sich auch die Universitäts-Hals-Nasen-Ohrenklinik. Deshalb verlangt sie während des Medizinischen Staatsexamens von jedem Kandidaten ein Pfand in Höhe von DM 10,— für die Benutzung eines Ohrenspiegels.

Peter Braulke, cand. med., Studienberater, Familienvater und Reserveleutnant, verblüffte die Teilnehmer eines Korporationsstiftungsfestes, indem er lautstark einer Dame, die vor einem Spiegel ihre Kleidung arrangierte, zurief: Ei, ziehe se doch Ihr'n Unnnerrock aus, dann paßt des Kleid!

Prof. Peters, der in Oberreifenberg in einem Wochenendseminar aus eigenen Gedichten gelesen hatte, versammelte einige Tage später einen Großteil der Seminaristen wieder um sich, als er in Frankfurts Amerika-Haus einen Vortrag hielt über William Carlos Williams als Vermittler zwischen Whitman und der Moderne.

Ernennungen:

Hans Knothe, Prof. Dr. med., neuer Ordinarius für Hygiene und Bakteriologie.

Helmut Brackert, Prof. Dr., neuer Ordinarius für Deutsche Philologie I.

Ernst Pfeiffer, Prof. Dr. med., (Klinische Endokrinologie) ist mit Wirkung vom 7. 12. 1966 zum Fellow of the New York Academy of Sciences ernannt worden.

Walter Weise, Assessor, wurde zum Universitätsrat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität ernannt.

Den Ruf an eine andere Universität erhielt:

Iring Fetscher, Prof. Dr. phil., (Wissenschaft von der Politik) auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz.

IN EIGENER SACHE

Gegen den DISKUS ist auf Grund der Titelcollage von Nr. 1/1967 eine Strafanzeige wegen Verstoßes gegen § 166 StGB (beleidigende Darstellung einer religiösen Kulthandlung) erstattet worden. Wir beabsichtigen, in Nr. 3/1967 außerhalb der Leserbriefspalte eine ausführliche Dokumentation und Diskussion zu veröffentlichen, wobei alle Beteiligten zu Wort kommen werden. DISKUS

happenings

Schreie
Da hat einer Schreie gehört, da war was los, da hat jemand krakeelt, irgendwelche Leute haben demonstriert, die Presse war aber auch zu schlecht, die Information zu mühselig, das geht immer auf Kosten der Schreier, selbst wenn sie lange und vernehmlich schreien und man merkt, die Schreier gehören zu einem Studentenverband, also, wenn man auf dem Theaterzettel nicht gesehen hat, wie das Stück der Schreier heißt, Gründe und Ziel, dann sind das eben Schreier, das ist unästhetisch, die mögen ja womöglich recht haben, aber bei solchem Radau muß man gegenkrakeelen, hat die asta-info auch getan, da stand etwas über den SDS und das der so krakeelt, der sei doch sonst nicht so und er sollte doch.

Dementi
H. Buckwitz dementiert: er sei niemals Generalintendant der Städtischen Bühnen Frankfurt/M. gewesen. Zwar stamme der Anti-Brecht-Operettenstil von ihm, aber das habe nichts zu sagen; man könne seinetwegen wieder über Brecht und Theater diskutieren.

Misere
Einem on-dit zufolge hat die NPD dem „Deutschen Studentenanzeiger" die Zuschüsse gekürzt. Sollte es der nationalgesinnten studentischen Jugend nicht gelingen, genügend neue Anzeigenkunden zu werben, so kann das Blatt nicht mehr kostenlos verteilt werden. Das sieht man als gefährliche Existenzbedrohung an, denn die bisher in Frankfurt ausgegebenen 3000 Exemplare dürften sich wohl schwerlich verkaufen lassen. Man sieht, auch die Nationalen haben mit der Wirtschaftsflaute zu kämpfen.

numerus clausus 1798
„Nach zwey Rescripten der K. Regierung vom 29. May und 17. Aug. 1798 dauert das den Studierenden gegebene Bürgerrecht nicht länger, als vier Jahre: es sey dann, daß Jemand, der hier studiert hat, als Hofmeister und Gesellschafter wiederkomme: oder daß er durch Krankheit, und durch die Nothwendigkeit, Unterricht zu erteilen, in dem Laufe seiner Studien gehindert worden: . . . Hingegen kündigt man denen, die nach einem vierjährigen Aufenthalt keine Collegia mehr besuchen, und keine öffentliche Anstalten mehr benutzen, das bisherige Forum auf; wodurch solche Personen entweder unter die Gerichtsbarkeit des Magistrats, und der Polizey-Commission, oder des Gerichtsschulzen-Amtes fallen. Den Söhnen von Professoren und anderen Universitäts-Verwandten, die ihre Studien über die Gebühr verlängern, oder nach vier und mehreren Jahren weder Collegia besuchen, noch öffentliche Anstalten benutzen, kann freylich das akademische Forum genommen werden; allein man streicht ihre Namen aus den Verzeichnissen von Studierenden aus. Durch die Bestimmung einer vierjährigen Dauer des akademischen Bürgerrechts gewinnt man den großen Vortheil, daß man überjährige Studenten, die meistens auf Unkosten Anderer zu leben suchen, oder wenigstens Zeit und Geld unnützer Weise verschwenden, zu rechter Zeit entfernen kann . . .
Vielleicht scheint es Manchem ein hartes Gesetz, daß man Studierende gleichsam willkürlich, ohne Urtheil und Recht der Wohltaten des akademischen Bürgerrechts berauben könne. Dies kann nur denen hart erscheinen, die nicht wissen, daß die akademische Obrigkeit auch dann, wenn sie als strenge verschrieen ist, dennoch ihrer Natur nach sich immer mehr auf die Seite der Milde, als der Strenge neigt: daß die Gewalt, nicht-beständigen Bürgern das privilegierte Forum aufzukündigen, seltener, als man glaubt, geübt, und dann, wenn man sie übt, auf die schonenste Art geübt wird. Einzelne Mitglieder des akademischen Gerichts lassen junge Luete, die gefährlich zu werden anfangen, zu sich bitten, und stellen ihnen vor, daß es um ihrer selbst willen gut sey, die Akademie, wenigstens auf eine Zeitlang zu verlassen. Wo man dieses nicht sagen kann, oder dieser Grund nicht durchgreift; da geht man zu dem wohlmeinenden Rath fort, sich freywillig und in der Stille zu entfernen, weil man sonst auf härtere Maaßregelnantragen müsse, oder man gibt den Eltern und Vormündern einen Wink, daß sie ihre Söhne oder Mündel wegnehmen. Wenn man den Fall voraussetzt, der gewiß nie existieren wird, daß alle angeführten Mittel fruchtlos bleiben; so würde man allerdings das vollkommenste Recht haben, Studierende, welche man für gefährliche Menschen halten muß, von Gerichtswegen ohne förmliche processualische Untersuchung und rechtliches Erkenntnis wegzuweisen. Alle Obrigkeiten thun in ähnlichen Fällen ein Gleiches gegen nicht-beständige Bürger."
Aus: Über die Verfassung und Verwaltung deutscher Universitäten, von C. Meiners, Königl. Großbrit. Hofrath und ordentlichem Lehrer der Weltweisheit, Göttingen, bey Johann Friedrich Röwer, 1802, Zweyter Band, p. p. 219
Verschickt von der Westdeutschen Rektorenkonferenz als Neujahrsgruß zur Jahreswende 1966/67.

Tendenz: Stromlinienform

„Am meisten ins Grundsätzliche ging Professor Jürgen Habermas. Das ‚Berliner Modell' könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Deutschland einheitlich die Ordinarien-Universität wieder etabliert sei, die eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden fingiert. Die Studienreform-Kommissionen, in denen Professoren und Studenten zusammenarbeiten, seien ein positiver Ansatz, aber sie müßten ihre hochschulpolitischen Diskussionen in die Öffentlichkeit tragen." (Über die „Universitätstage" an der FU-Berlin, in Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1967)

Studienreform-Kommissionen und Öffentlichkeit streben seit einiger Zeit auch die Soziologiestudenten der philosophischen Fakultät an; d. h. die Vertreter der Fachschaft und die ihr assoziierten Gruppen. Von vier Fachschaftsvollversammlungen, die zum Hauptthema Studienreform einberufen wurden, waren nur die beiden ersten mit einer „Öffentlichkeit" von Studierenden besetzt, denn nur die Anwesenheit von Professoren macht solche Versammlungen attraktiv. Während der beiden letzten Fachschaftsversammlungen diskutierten nur mehr jene „geschlossenen Subkulturen", die an dem Zustandekommen einer paritätischen Kommission, zusammengesetzt aus Professoren, Assistenten und Vertretern der Studierenden interessiert waren. Die Frage, wie Öffentlichkeit in Form von Fachschafts*voll*versammlungen auch ohne die Teilnahme von Professoren herzustellen sei, verweist auf die Methoden der Berliner Studenten: „Elemente plebiszitärer Willensbildung wie Vollversammlung, Protestversammlung, Demonstration, sit-in, teach-in und Streik . . ." (zitiert nach FAZ, 28. 1. 1967)

Was die „konservativen" und „reaktionären" (nach einer Einteilung von Professor v. Friedeburg) Vertreter der Öffentlichkeit von diesen „anarchoiden" Tendenzen halten, formuliert die FAZ mit einem Unterton von Drohung und Panik:

„Das Berliner Modell jedenfalls hat während der letzten Jahre derart viele Schwächen offenbart, zu oft hat sich das Fehlen von Sicherungen bemerkbar gemacht, daß längeres Abwarten nicht mehr zu rechtfertigen wäre . . . Wenn dieser überall existente Spannungsbogen nicht mit den einer Universität gemäßen Mitteln und Formen überwunden werden kann sondern im Wege törichter Polemiken, studentischer Streiks oder gar Krawallen erzwungen werden soll, dann ist es an der Zeit, für Berlins allzu ‚Freie Universität' ein neues Universitäts-Gesetz zu erlassen, bei dem man dem Reifegrad der jetzigen Studenten stärker Rechnung tragen müßte; . . . Auf jeden Fall sollte das Land Berlin mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die Universität erhalten." (28. 1. 1967)

Obwohl die Frankfurter Diskussion weit entfernt von „plebiszitärer Willensbildung" ist, fühlten sich auch hier die Professoren vom Öffentlichkeitsdrang der Studenten überrascht.

Welche Form der Öffentlichkeit und vor allem zu welchem Zeitpunkt ist Öffentlichkeit richtig? Die Studenten wollten und konnten sich den Demonstrationseffekt eines solchen Konfliktes nicht entgehen lassen. Öffentlichkeit verliert ihren progressiven Charakter in dem Moment, in dem sie einseitig fungibel gemacht werden soll.

„Geschlossene Subkulturen" haben es immerhin noch vermocht, zur Vorbereitung der Fachschaftsversammlungen vor Weihnachten und Mitte Januar (20. 12. 1966 und 17. 1. 1967) zwei Beschlußvorlagen auszuarbeiten. Die Präambel: „Die Studenten der Fachschaft Soziologie an der philosophischen Fakultät der J. W. Goethe-Universität sind bereit, in einer Arbeitskommission zusammen mit Professoren und Assistenten über die Probleme einer Neuorganisierung von Forschung und Lehre am Frankfurter Institut für Sozialforschung zu diskutieren." Weiter heißt es in der Beschlußvorlage vom 20. 12. 1966:

Die Studenten der Fachschaft Soziologie stellen deshalb für die Teilnahme ihrer Vertreter folgende Bedingungen:

1. Die Anzahl der studentischen Vertreter entspricht der Anzahl der Vertreter von Assistenten und Professoren zusammengenommen.
2. Die studentischen Vertreter werden von der Fachschaftsvollversammlung gewählt. Sie sind der Fachschaftsvollversammlung und den Fachschaftsvertretern zu Rechenschaft und Information verpflichtet.

Schon an diesem Punkt bildeten sich zwei Fraktionen: die einen meinten es sei notwendig *alle* Mitglieder — also auch Professoren und Assistenten — und nicht nur die Studentenvertreter unter diesen Anspruch zu fassen; die anderen wandten ein, daß mit dieser „radikalen" Forderung die Kommission nie zustande käme, daß es außerdem keine Erfolgskontrolle gäbe, ob sich jedes Kommissionsmitglied an diese Informationspflicht halte. In der zweiten Beschlußvorlage vom 17. 1. sah der Passus dann so aus:

„Nach Auffassung der Studenten sollen die Arbeitsergebnisse der Kommission verbindliche Grundlage für alle neu zu treffenden Entscheidungen über eine solche Neuorganisation sein . . . d. h.: die Studenten setzen voraus, daß Professoren und Assistenten der Kommission zumindest eine faktische Verbindlichkeit zugestehen, deren Verletzung eine weitere Kommissionsarbeit sinnlos macht."

Die Fachschaftsversammlung spaltete sich in die besagten Fraktionen, obwohl formal beide Gruppen die gleichen Ziele hatten:

1) nicht „Konzeption von Notmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Bedingungen",

2) Verhinderung „restriktiver Maßnahmen" (z. B. numerus clausus, Studienzeitbegrenzung) und darüber hinaus Öffentlichkeit, 3) Politisierung der Studenten.

Die Zwickmühle ist offensichtlich; politische Öffentlichkeit läßt sich unter den Studenten nur herstellen, wenn der Konflikt als solcher ständig für die Gruppe am Leben erhalten wird. Andererseits betrifft ein Konflikt die Studentengruppe in dem Moment nicht mehr, wo er an eine unverbindlich arbeitende Kommission abgegeben wird. Dieses Dilemma kreierte die These von der „Konflikt-Kommission":

„Wird von einer Seite der Kommission versucht, gegen den Willen der studentischen Vertreter ohne weitere Diskussion restriktive Maßnahmen . . . durchzusetzen, sind die studentischen Vertreter verpflichtet, aus der Kommission auszutreten und die anderen Kommissionsmitglieder aufzufordern, auf einer Fachschaftsvollversammlung ihr Verhalten zu rechtfertigen." Die Studentenvertreter sollen also hin- und herpendeln zwischen Kommission und studentischer Öffentlichkeit, die durch Austritte aus der Kommission von Fall zu Fall herzustellen wäre. Diese gewaltsame Konstruktion eines Konfliktmodells führte schließlich zur Ablehnung der Kommission überhaupt durch die andere Fraktion: wenn eine im strengen Sinne verbindliche Kommission nicht zustande käme, so müsse Öffentlichkeit mit „plebiszitären Methoden" hergestellt werden. Die letzte Fachschaftsvollversammlung endete mit dem Rücktritt der Fachschaftsvertreter.

Die Probe aufs Exempel ist noch nicht gemacht worden, denn immerhin hat sich Professor Habermas eindeutig gegen die „Unterstellung" gewehrt, die Professoren machten sich „stark für eine befristete Immatrikulation". Er hat nur allgemein von einer „Determinierung des Grundstudiums" gesprochen, die „unerläßlich für ein liberales Hauptstudium mit Teilnahme an Forschung und Lehre" sei. Er ist auch nicht einverstanden mit den „angebotenen Lehrveranstaltungen", und er hat in diesem Fall einen konkret anderen Begriff von Öffentlichkeit als die Studenten:

„Ich meine der demonstrative Effekt geht natürlich nicht aus von der Einführung des numerus clausus in einem bestimmten Fach", sondern „man muß überlegen, ob man nicht jetzt mit einem doppelten Effekt und durchaus demonstrativ — das ist uns bewußt, nicht eine Studienzeit- sondern eine Studentenzahlbeschränkung einführen soll."

Bei einer solchen Strategie ist es allerdings „unzeitgemäß", wenn die Studenten einen eigenen Begriff von Öffentlichkeit sofort entwickeln. Studenten und Professoren sollen in Einigkeit das Exempel des „Frankfurter Modells" statuieren. Nur daß die Einigkeit ein wenig mehr auf Kosten der Studenten geht.

„Die Arbeit der Kommission kann nur sinnvoll sein, wenn sie sich nicht auf die Konzeption von Notmaßnahmen im Rahmen der gegenwärtigen Bedingungen beschränkt, sondern gleichzeitig grundlegende hochschul- und bildungspolitische Strategien entwickelt."
(Beschlußvorlage, 17. 1. 1967)

„Die Studenten der Fachschaft Soziologie schlagen für die Arbeitskommission folgende Themenkomplexe vor:

1) Funktionen des Soziologiestudiums innerhalb der Wissenschaften und innerhalb der Gesellschaft. 2) Subjektive Motivationen des Soziologiestudiums. 3) Gegenwärtiger Stand der Diskussion von Hochschul- und Studienreform. 4) Berufsbild und Berufsmöglichkeiten. 5) Vergrößerung des Lehrkörpers incl. akademischer Mittelbau. 6) Studienberatung und Studienvorschriften. 7) Funktion und Auswirkungen zusätzlicher Lernkontrollen."

(Beschlußvorlage vom 20. 12. 1966)

Den demonstrativen Effekt darin zu sehen, daß man restriktive Maßnahmen vorweg nimmt, um zu demonstrieren, daß man positive Beispiele zu liefern vermag, sichert den Beifall der konservativen Kritik an der Hochschule:

„Solange die deutschen Hochschulen nur eine Ausbildung für ganz bestimmte akademische Berufe vermitteln . . . ist die Gefahr eines Akademikerüberschusses nicht zu umgehen. Steigende Abiturientenzahlen werden eines Tages die Bildungspolitik dazu zwingen, Formen der Weiterbildung zu entwickeln. Steigende Abiturientenquoten aber sind nicht nur erforderlich, um das gesellschaftspolitische Ziel des Grundrechts auf Bildung zu verwirklichen, auch ökonomische Gründe sprechen dafür, die Gymnasien auszubauen. Eine gute Allgemeinbildung ist die Voraussetzung dafür, daß sich die Arbeitskräfte an schnell sich wandelnde Technologien anpassen." („Produzieren wir zu viele Akademiker?", FAZ?, 28. 1. 1967)

Gegen diese — durch die Blume gesagte — Empfehlung, sich zu reibungslos funktionierenden „Arbeitskräften an sich schnell wandelnde Technologien anzupassen" wehren sich die Soziologiestudenten zur Zeit — zwar mit komplizierten und nicht so gut funktionierenden Mitteln — mit Recht.

„Die produktive Universität, die Berufsausbildung betreibt, die nach den Wünschen der Gesellschaft funktioniert, sei die Alternative der forschenden, demokratischen Universität. Habermas nannte sie ‚die auf Stromlinienform gebrachte Ordinarien-Universität'." (Frankfurter Rundschau, 27. 1. 1967) **Monika Steffen**

Prof. Stein (FU Berlin) Senator für Wissenschaft und Kunst, über protestierende Studenten: „Sie sind mit irgendetwas unzufrieden."

INTERVIEW

Boje Maaßen — Initiator trennt sich von dem NHB

Diskus: Welche Vorstellungen hatten Sie, als Sie zur Gründung einer nationalen Hochschulgruppe aufriefen?

Maaßen: Im bezug auf die NPD sollte sie eine „pressure group" darstellen, die dazu beitragen würde, bestimmte Vorstellungen, die ich persönlich als überholt, ja sogar als gefährlich betrachte, zu revidieren. Weiterhin sollte der Begriff „national" neu definiert und geläutert werden. Und schließlich ging es darum ein Gegengewicht gegen die linken Gruppierungen zu schaffen, die eindeutig die Szene beherrschen.

Diskus: Wie kam es zur Gründung? Kannten Sie die Leute schon vorher?

Maaßen: Nein, ich habe vorher keine Verbindung zu anderen Studenten gehabt. Voriges Semester versuchte ich schon etwas ähnliches, indem ich Bekannte ansprach, aber das verlief im Sande. Diesmal habe ich den Gründungsversuch durch ein Plakat an der Mensa bekannt gemacht.

Diskus: Wann traten Sie aus der Nationaldemokratischen Hochschulgruppe aus?

Maaßen: Austreten kann man nicht sagen, weil die Gruppe noch gar nicht existierte. Ich habe gegen einen Satzungspunkt gestimmt. Der war aber ohne Belang (nicht etwa undemokratisch oder faschistisch), sondern ich benutzte ihn nur als Anlaß für meinen Austritt. Das war am 4. Januar.

Diskus: Was war denn nun der Grund für Ihr Ausscheiden?

Maaßen: Eine Gruppe innerhalb der Interessenten hatte das Gesetz des Handelns an sich gerissen, indem sie ganz einfach ein Rundschreiben an die Personen, von denen man glaubte, sie seien vertrauenswürdig abschickte, und sie davon informierte, daß sich der Versammlungsort geändert habe und zwar kurzfristig (ich persönlich habe nie erfahren nach welchen Gesichtspunkten ein Interessent eingestuft wurde). Ich erhielt die Einladung z. B. erst am Abend der Versammlung, und da ich außerhalb Frankfurts wohne, war es mir einfach nicht möglich teilzunehmen.

Diskus: Hatten Sie nicht das Gefühl, daß man Sie herausdrängen wollte?

Maaßen: Das kann ich nicht sagen. Von den Leuten, die nicht zur Kerngruppe gehörten wurde ich gefragt, warum ich austreten wolle, und man gab mir Gelegenheit meine Kritik anzubringen.

Diskus: Worin bestand die?

Maaßen: Gewisse Methoden gefielen mir nicht. Es bestand objektiv die Gefahr, daß die Gruppe unterwandert werden würde. So waren z. B. am 7. Dezember bei der zweiten Versammlung circa 40 Prozent der Anwesenden mit dem erklärten Ziel gekommen, Informationen gegen die Gruppe zu sammeln. Eine Woche später handelte es sich nur noch um 10 Prozent.
Aus dieser Situation heraus ergaben sich zwei Verhaltensmöglichkeiten: 1. Akzeptierung dieser Leute als konstruktive Opposition (das hatte sich in der Diskussion bereits bewährt), 2. Ausschluß aller verdächtigen Personen. — Dieser Weg wurde gegen meinen Willen eingeschlagen. Trotz dieser Maßnahmen konnte es aber nicht verhindert werden, daß Informationen über Zusammensetzung und Arbeit der Gruppe an die Öffentlichkeit drangen. Die Folge war, daß allgemeines Mißtrauen in der Gruppe herrschte, u. a. wurde beispielsweise von mir behauptet, ich sei Mitglied des SDS.

Diskus: Von der Gruppe wurde Ihnen unterstellt, den Artikel in der FAZ geschrieben zu haben.

Maaßen: Inzwischen hat sich Herr Hintz bei mir entschuldigt.

Diskus: Wären Sie auch selbst an die Öffentlichkeit gegangen, um eine zunehmende Radikalisierung bekannt zu machen?

Maaßen: Ja, grundsätzlich wäre ich. Auf jeden Fall.

Diskus: Glauben Sie, daß die offizielle Satzung der NHD auch den Überzeugungen der Gruppe entspricht?

Maaßen: Ja, ich glaube schon, da es sich ja nur um formale Sachen handelt. Ich befürchte, daß einzelne Mitglieder durchaus überzeugt sind, Demokraten zu sein, daß verschiedene ihrer Aussagen sich aber schwerlich mit einer wirklich demokratischen Haltung vereinbaren lassen.

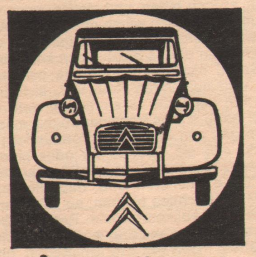
Diskus: Haben Sie da ein Beispiel?

Maaßen: Herr Hintz hat z. B. behauptet, das Volk und nicht die Kultur sei die Basis einer Nation. Ich halte das gelinde gesagt für gefährlich. Die Konsequenz aus dieser Haltung kann nur Rassismus sein. Ich muß aber auch sagen, daß sowohl Methoden, als auch konkrete Aussagen von Mitgliedern linker Gruppierungen mir einen nicht minderen Schrecken eingejagt haben. So z. B. die Aussage, in der heutigen Situation müsse man in der Bundesrepublik gegen das Volk regieren.

Diskus: Herr Maaßen, Sie sind NPD-Mitglied. Werden Sie es bleiben?

Maaßen: Ich werde austreten.

Interview von Hansjürgen Rosenbauer



citroën 2cv

Robust, verläßlich, in der ganzen Welt bewundert: CITROËN 2 CV, der sichere Kleinwagen mit dem hohen technischen Niveau aller CITROËN-Automobile.

citroën

Neuwagen – Gebrauchtwagen – Ersatzteile – Kundendienst

AUTOHAUS GOLDBACH

Frankfurt am Main

Mainzer Landstraße 151-153 – Telefon: 23 51 67 - 23 50 31 - 23 67 98

2 CV-Spezial-Werkstatt: Raimundstraße 100

Sie wollen nicht wie ein Anhängsel der NPD aussehen, wenn sie auch zum größten Teil Mitglieder dieser Partei sind und Teile aus deren Programm sich in ihrer Satzung wiederfinden. Sie wollen auch nicht die Ansichten des „Deutschen Studentenanzeigers" als die ihren angesehen wissen, wenn sie auch eine Seite mit Artikeln füllen und Anzeigenkunden werben. In die „braune Ecke" gar will sich Frankfurts „Nationaldemokratischer Hochschulbund" erst recht nicht drängen lassen, obwohl Gruppengründer Maaßen undemokratischer Tendenzen wegen bereits nach vier Wochen austrat (siehe Interview). Alles was Nast, Hintz und Kameraden wollen, ist „die politische Weiterbildung im nationalen und demokratischen Sinne" (§ 3 der Satzung). National steht ihnen der Sinn schon seit langem und ohne Anstrengung, der demokratische Sinn fiel ihnen schon schwerer. Aber die demokratische Patina mußte her, Rektorat und Grundgesetz verlangen es, doch wie es drinnen aussieht . . .

Ein vaterländischer Briefwechsel

AKON — a Kreuz oder net? Sie hat es im Wappen. Und es ist ein Kreuz, wenn sie einem schreibt.

Eines Tages erhielt ein DISKUS-Herausgeber Post von der AKON. Es war ein *„Beitrittsschein"* der *„Aktionsgemeinschaft gegen den Verzicht auf ostdeutsche Gebiete jenseits und südlich der Oder-Neiße-Linie"*. Außer seinem Beitritt sollte der Adressat noch erklären, ob er *„Ostdeutscher, Mitteldeutscher, Westdeutscher (zutreffendes ist anzustreichen)"* sei und welchen Monatsbeitrag er *„nach Selbsteinschätzung"* zu zahlen bereit wäre. Da er — nach sorgfältiger Selbstprüfung — nicht wußte, wodurch er sich die Sympathie der Ostlandritter zugezogen haben könnte, und weil er — zu beiderseitigem Nutzen — wenigstens einen Beitrag zur Korrektur der Adressenkartei liefern wollte, bat er den Absender des Beitrittsscheins um Aufklärung:

Sehr geehrter Herr Deckert,
mit Poststempel vom 31. 12. 1966 habe ich einen Beitrittsschein der AKON erhalten. In einem Kästchen ist unter dem Hinweis „geworben durch" Ihr Name eingetragen. Da ich Sie nicht kenne und folglich von Ihnen auch nicht geworben sein kann, bitte ich Sie, mir mitzuteilen, aus welchen Gründen Sie mir den erwähnten Beitrittsschein schicken und weshalb er an die Adresse des DISKUS ging.
Mit vorzüglicher Hochachtung

Ein paar Tage später antwortete das *„Außenreferat"* = *„Foreign department"* der AKON mit dem nebenstehenden Dokument:

Also beachtet wollen sie werden. Und sei's auch nur durch einen Verriß, den sie als Beweis dafür nähmen, wie sehr sie verfolgt werden. Was solche Forderungspolitiker doch einem Verzichtpolitiker alles zumuten. Oder zutrauen? Wen es bei der Zufallsauswahl trifft, der soll ihnen bekennen, daß er zwar ein Linksgedrallter (natürlich zwangsumerzogen), aber leider kein Nationalbolschewik ist; und dann soll er den AKON-Kämpfern Publicity verschaffen und obendrein ein Alibi für ihren Verfolgungswahn. Die Leute sind maßlos.

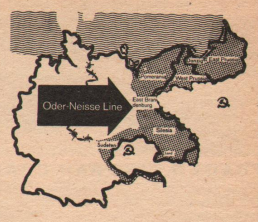
Der Herr Günter A. Deckert, der den Scheinempfänger eingestandenermaßen nur provozieren aber nicht werben wollte, ist übrigens stud. Ref. und wird, wenn Sprache und Bekenntnis nicht täuschen, dereinst mal Oberlehrer für Deutsch, Geschichte und Geographie sien. M. M.

Aktion Oder-Neiße (A.K.O.N.) e.V.

Aktionsgemeinschaft gegen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete

— Außenreferat —

Community of action against the abandonment of the territories of Germany in the East
— Foreign department —



Sehr geehrter Herr Müller!

Hiermit bestätige ich Ihr Schreiben vom 2. 1. 1967. Selbstverständlich haben Sie ein Anrecht zu erfahren, warum ich Ihnen einen Beitrittsschein der AKON schickte.

Daß er an Sie persönlich ging, ist mehr einem Zufall zu verdanken. Ich habe einige der jüngsten Nummern des DISKUS zu Hause, wo unter den Mitarbeitern auch Ihr Name zu finden ist. Ich habe einige Studentenzeitungen mit besagtem Beitrittsschein beliefert, nicht in der Hoffnung, daß einer der linksgedrallten Studentenfunktionäre beitreten würde — wäre mehr als ein Wunder, denn meines Wissens gibt es Nationalbolschewiken in Bundesdeutschland nicht mehr, sondern mit dem Hintergedanken, daß sich belieferte Studentenzeitungen, deren nationale Haltung mir während meiner Studienzeit aufgefallen war, in irgendeiner Form in Ihren Ausgaben mit der AKON beschäftigen würden. Der Beitrittsschein enthält nämlich in einem 14-Punkte-Programm eine Art „Was wir sind und was wir wollen". — Das wäre soweit alles.

Abschließend eine Bitte. Es wäre doch für die politische Richtung des DISKUS — wohl übrigens auch zwangsfinanziert von der Studentenschaft(?) oder, geradezu ein gefundenes Fressen, einen gut (!) fundierten Artikel über bundesdeutsche Revanchisten vom Stapel zu lassen!

In der Hoffnung Ihnen mit meinem Anliegen nicht zuviel zugemutet zu haben, verbleibe ich mit den besten Grüßen.

Hochachtungsvoll Günter A. Deckert

Alma Mater - von rechts bedrängt

I.

Am 30. November 1966, 16.00 Uhr c. t., versuchte AfE-Student Boje Maaßen im Raum 105 des Studentenhauses eine nationale Hochschulgruppe zu gründen. Es gelang ihm nicht. Die Linke war in der Überzahl und nicht gewillt der Rechten eine Chance zu geben. Maaßen kapitulierte und lud „ernsthafte Interessenten" zur geschlossenen Sitzung ins Hotel „Heidelberger".

Trotzdem: die Hälfte der Anwesenden war noch immer von der falschen Seite, denn wohl national, nicht aber sozialistisch sollte das Programm werden. Maaßen forderte: *„Die deutsche Volksmusik und die deutsche Jugendbewegung müssen wieder zu ihrem Recht kommen."* Doch damit war es nicht getan. Die potentiellen Gründer wollten mehr wissen. Wie es denn mit der Einstellung zur braunen Vergangenheit aussehe, und was die politischen Vorstellungen seien? Boje Maaßen schwebte ein von der NPD unabhängiges *„nationales Sammelbecken vor, als Gegengewicht zur sozialistischen Linken und vor allem eine nationalere Politik"*.

Jurastudent Alfred Nast war ebenfalls für die nationalere Politik und wurde schon konkreter: *„Gleicht den Haushalt aus; spart bei EWG, Entwicklungshilfe und Wiedergutmachung."* Und als Nachsatz ein gängiges neo-nazistisches Klischee: *„Ich kenne da einen Fall, wo sich einer einfach Wiedergutmachungsgelder erschlichen hat."* Überhaupt: *„Man sollte die Kinder von vergasten Juden nur dann entschädigen, wenn sie dadurch geschädigt wurden."* Einigen der Anwesenden verschlug es die Sprache, andere nickten zustimmend und jemand ergänzte: *„Die Entschädigung für italienische Partisanen, die auf deutsche Soldaten geschossen haben, ist ja auch unerhört!"*

Als nach mehrstündiger Diskussion noch keine Ergebnisse in Sicht waren, beschloß die Versammlung Arbeitsgruppen zur Außen-, Innen- und Hochschulpolitik zu bilden und sich zu vertagen. — Der Abend endete mit einem Überschuß von DM 2,42. Das blieb nach Zahlung der Saalmiete von den Spenden der Anwesenden übrig. Nationalgesinnte Studenten, schloß man, seien eben gebefreudig.

II.

Bevor sich die Nationalen am 7. Dezember zum zweiten Mal treffen konnten, tagte eine andere Gründungsversammlung. Auch hier waren die Töne national bis nationalistisch, allerdings nur scheinbar. SDS-Anhänger und heimatlose Liberale formierten sich zum „Nationaldemokratischen Hochschulbund". Man wollte den „echten Nationalen" zuvorkommen. Aber dann konstituierten die sich noch gar nicht, und die Gruppe platzte, bevor sie richtig existiert hatte.

Am selben Abend wurde von der Maaßen-Gruppe eine Studentin, die dem SDS angehört, zur Schriftführerin gewählt. Aber dann kamen ihr und einigen anderen SDS'lern doch Bedenken. Zwei Tage später trat sie wieder aus und schickte Namen und Adressen, die ihr übergeben worden waren, zurück.

Sonst tat sich an diesem 7. Dezember nicht viel. Es wurde über Vorschläge der Arbeitsgruppen diskutiert, lang und breit, denn noch immer waren fast fünfzig Prozent der Anwesenden „Unterwanderer". Dafür stieß jedoch ein neuer Mann zur Gruppe, Hermann Hintz. Aus den Jahren 1958/59 verfügte er über Erfahrungen mit dem „Bund Nationaler Studenten" (BNS) in Tübingen. Dort war wegen subversiver Tätigkeit und antisemitischer Reden gegen ihn ermittelt worden. Nun bot er eilfertigst seine Dienste bei der Schaffung der Frankfurter Gruppe an. Er hatte auch gleich vor der falschen Schriftführerin gewarnt: *„Ich bin schon einmal auf eine Frau reingefallen. Frauen sind emotional und daher unzuverlässig."*

III.

„Über das Dingsda, das Nationale" diskutierte die Versammlung am 14. Dezember. Als Arbeitsanleitung hatte der werdende Studienrat Hintz (Geschichte und Englisch) die Parole ausgegeben: *„Eine zu kritische Einstellung ist für uns nicht fruchtbar."* Das glaubte man ihm nach seinen Thesen zum „Dingsda" ohne weiteres: *„Das Volk gebiert einen. Ohne Volk ist der Mensch nicht möglich. — Eine Religion kann keinen Menschen gebären, wenigstens momentan nicht. — Die Nation und das Volk sind so alt wie die Menschheit überhaupt."*

Einwänden einer als Gast erschienenen Amerikanerin zeigte er sich durchaus aufgeschlossen, um aber dann mit ihm eigener Logik zu verkünden: *„Eine Nation wird dann eine Nation, wenn sie eine Nation werden will!"* Nachdem das ideologische Fundament derart geschaffen war, berichteten die Arbeitsgruppen.

„Die Abtrennung der Ostgebiete nach dem Krieg wäre auch dann erfolgt, wenn Deutschland den Krieg nicht begonnen hätte und demokratisch gewesen wäre."

„Bei den Juden" spaltete sich dann die Versammlung in zwei feindliche Gruppen: Boje Maaßen bekundete Schuldgefühle, Hermann Hintz und Ulf Leineweber (Jurastudent und NPD-Kreisvorsitzender Offenbach-Land) lehnten jede Mitverantwortung strikt ab. Und mit dem ungeheueren Ausmaß der Untaten solle man auch nicht kommen: *„Es ist nicht entscheidend, wieviele umgebracht wurden, denn vorher* (in anderen Ländern, war gemeint) *gab es ja doch noch gar nicht die technischen Möglichkeiten."*

Aber trotz allem: man wollte nicht mißverstanden werden. National: Ja! Nationalistisch und rassistisch: Nein! Cand. phil. Hintz lieferte, ohne es recht zu bemerken, gleich die Begründung für derartige Vorsicht: es seien immer noch zu viele Leute anwesend, die nur Material sammeln wollten. Gegen Ende der Zusammenkunft wählte er daher die ihm vertrauenswürdig erscheinenden Leute aus, die schriftlich über Ort und Zeit des nächsten Treffens benachrichtigt wurden. Man wollte endlich unter sich sein.

Frankfurt, den 9. 1. 1967

Lieber Komilitone!
Unsere Tagungen werden fortgesetzt am Mittwoch den 12. 1. wiederum in der Gaststätte „Rohmerhof", Bockenheim, Rohmerstraße 5, wozu ich Dich herzlich einlade. Zeit: 19.30 Uhr

Hans-Joachim Eckert

IV.

Nur noch zwölf von fast dreißig „Interessenten" waren daher zur ersten geheimen Sitzung im „Rohmerhof" in Bockenheim erschienen. Selbst Gründungsinitiator Maaßen war nicht darunter. Seine Plädoyers für eine „offene Gruppe" hatten ihn unbeliebt gemacht, außerdem warf man ihm fehlende Führerqualitäten und eine falsche politische Einstellung vor. „Man", das waren Nast, Hintz, Leineweber und Soziologiestudent Udo Rossbach, der als besondere Qualifikation die SS-Mitgliedschaft seines Vaters vorzuweisen hatte.

Ein Neuankömmling, Malte Wortmann, Jurist im 2. Semester, führte sich als nationaler Märtyrertyp ein. Als Hintz betonte: *„Wir wollen uns nicht in die braune Ecke drängen lassen!"* hielt er entgegen: *Und ich bin stolz darauf, in die Ecke gedrängt zu werden!"* Das klang durchaus glaubhaft, nachdem er die Amerikaner beschuldigt hatte, nachträglich in Dachau Gaskammern installiert zu haben, und es offensichtlich wurde, daß er sein Geschichtsbild von Herrn Hoogen bezieht.

Reinhold Möller, Frankfurter Redakteur des „Deutschen Studentenanzeigers", überbrachte die Nachricht, daß der Gruppe eine Seite im „Studentenanzeiger" zur Verfügung stehe. Als erster erklärte sich Jurist Nast (Monogramm a. n.) bereit, Beiträge zu liefern. Möller, ebenfalls Jurastudent, hatte auch über die Zuverlässigkeit der einzelnen Mitglieder recherchiert, soweit diese nicht durch Zugehörigkeit zur NPD garantiert war. Unter anderem befragte er den 2. AStA-Vorsitzenden Mees, mit dem er der selben schlagenden Verbindung angehört. In der „Dresdensia Rugia" versucht er auch weitere „Nationale" zu werben. „Leider bisher ohne Erfolg", mußte er gestehen.

Schiedsgerichtsmitglied Alfred Nast (rechts) warnt den DISKUS-Redakteur vor unqualifizierten Veröffentlichungen über den NHB — mitten im Fasching.
Foto: G.-W. Schellenberg

V.

„DISKUS", „FAZ" und „AStA-Info" hatten inzwischen über Irrungen und Wirrungen der Hochschulgruppengründer berichtet, doch wurde das bei der Zusammenkunft am 18. Januar nur milde belächelt. Böse war man nur auf Boje Maaßen, in dem man den Schreiber des FAZ-Artikels zu sehen glaubte. Solche Charakterlosigkeit sei einfach empörend, und man wolle ihn „mal vorknöpfen".

Die „Nationaljuristen" Nast und Ehe legten einen Satzungsentwurf vor, der nach dem Vorbild der Tübinger Gruppe gefertigt war. Beigemischt: Teile des NPD-Programms und die Universitätsbestimmungen über studentische Vereinigungen. Die Anwesenden akzeptierten den Entwurf, in dem das Wort „national" nur einmal erscheint, ohne große Änderungen.

Nur über den Namen der Gruppe gerieten sie in Streit. „Nationaldemokratische Hochschulgruppe" klang ihnen zu sehr nach NPD. „National-Liberale Hochschulgruppe" tauge auch nicht viel, und wegen des Vorschlags „Nationale Hochschulgruppe" verließ Altnationaler Hintz demonstrativ den Raum. Er kehrte aber schnell zurück und argumentierte: *„Wenn wir schon nicht unser wahres Gesicht zeigen wollen, dann nehmen wir eben einen hundertprozentigen Tarnnamen."* Sein Vorschlag: „Republikanische Hochschulgruppe".

VI.

Am 25. Januar 1967 war es soweit: der „Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) konstituierte sich. Doch auch hierbei gab es Schwierigkeiten. Niemand wollte Kopf und Namen für die nationale Sache hinhalten.

Alfred Nast, auf seine Berufskarriere bedacht, lehnte, wenn auch unter anderem Vorwand, ab. Aus eben diesem Grund wurde er auch bisher kein NPD-Mitglied. Da war Lutz Müller schon ehrlicher: *„Ich will doch bald Lehrer werden und will mich nicht exponieren, sonst kann ich bei meinem Professor nicht mehr landen."*

Schließlich ließ sich Malte Wortmann in die „nationale Ecke drängen" und kandidierte als erster Vorsitzender. Nach seiner Wahl aber klagte er: *„Ich bin noch ein junges Semester, und gegen die gewitzten Fragen der SDS-Leute kann ich mich nicht wehren."* Das kam den Drahtziehern im Hintergrund wie gerufen (auch Udo Rossbach hatte Angst vor der Öffentlichkeit bekommen). Nast und Hintz (der wegen seiner früheren nationalistischen Betätigung nur beratendes Mitglied ist) forderten ideologische Schulung aller Mitglieder, um in Diskussionen den Anfeindungen der Linken standhalten zu können.

Auch überregional wollte man sich absichern. So wurde Wortmann gleich zu einem Treffen nach Ehingen bei Stuttgart geschickt, um die Leiter der nationalen Gruppen aus Freiburg, Tübingen und Heidelberg kennenzulernen und über einen Dachverband zu verhandeln. Auch die Verbindung zur NPD hatte sich inzwischen verstärkt. Noch im Dezember erklärte NPD-Landesvorsitzender Faßbender, an einer Hochschulgruppe sei seine Partei nicht interessiert. Aber wenig später begrüßte er in einem Brief an Boje Maaßen die Frankfurter Gründung und versprach Unterstützung. Als tatkräftiger „alter Herr" erschien zu mehreren Sitzungen Dr. Weiser, bei den Farbwerken Höchst in der medizinisch-technischen Forschungsabteilung beschäftigt, NPD-Mitglied und mit guten Verbindungen zum „Studentenanzeiger".

Als sich die Gründungsmitglieder an diesem Abend in die Anwesenheitsliste eintrugen, ergab sich eine „Kerngruppe" von dreizehn „Studierenden mit nationaler und demokratischer Grundhaltung" (§ 1 der Satzung):

Jurist Malte WORTMANN, 1. Vorsitzender, NPD-Mitglied
Soziologin OHRENBERGER, 2. Vorsitzende, NPD-Mitglied
Jurist Reinhold MÖLLER, 3. Vorsitzender, NPD-Mitglied
AfE-Studentin EBERT, Schatzmeisterin, NPD-Mitglied
Jurist Alfred NAST, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar)
Jurist August EHE, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar)
Jurist Karl STOTZ, Mitglied des Schiedsgerichts (nicht absetzbar) NPD-Mitglied
Volkswirt Hans-Joachim ECKERT, NPD-Mitglied
Jurist Ulf LEINEWEBER, NPD-Kreisvorsitzender
AfE-Student Lutz MÖLLER
Mikrobiologe Hans-Volker PETERS, Kyffhäuserverband
Soziologe Udo ROSSBACH
Mediziner Jürgen ZENKER, Kyffhäuserverband.

Allzu schnell wird sich der NHB nicht vergrößern, dafür ist gesorgt, denn noch einmal möchte man sich nicht unterwandern lassen. In § 6 der Satzung heißt es: „Das Aufnahmeverfahren wird durch schriftlichen Antrag von drei Mitgliedern des NHB eingeleitet. Der Vorstand hat diesen Antrag der nächsten Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

U. Boot

FRAGEN SIE FRAU CHARLOTTE

Liebe Frau Charlotte,

auf dem Quartier Latin habe ich eine reizende Kommilitonin kennengelernt, die mir auch sonst noch sehr gefallen hat. Wir haben uns seitdem ein paarmal getroffen, und ich glaube, auch ihr hat es gut gefallen. Nun wohnt sie dummerweise bei einem Witwer zur Untermiete, der auf sie scharf ist, so daß ich mich dort nur ab und zu mal sehen lassen kann. Ich selber logiere bei meinen Eltern zu Hause, was auch nicht immer Vorteile mit sich bringt. Kurz und gut: Damit wir endlich einmal länger als zwei Stunden zusammenbleiben können, haben wir uns entschlossen, einige Tage aus Frankfurt zu verschwinden und in den Semesterferien nach Paris zu fahren. Weil es so billig ist, wollen wir mit dem AStA reisen. Liebe Frau Charlotte, nun kenne ich mich beim AStA-Reisereferat überhaupt nicht aus und möchte Sie daher bitten, mir mitzuteilen, wie die Chancen stehen.

Ihr Berndt H. aus W.

Lieber Berndt,

ich glaube schon, daß ich Sie richtig verstanden habe. Was aber halten Sie vom AStA? Zwar ist er keine moralische Anstalt, gottseidank, doch respektiert er allemal die geltenden Gesetze. Daran führt kein Weg vorbei: Sie können mit Ihrer Freundin kein Doppelzimmer erhalten, solange Sie nicht verheiratet sind. Solange müssen Sie das Doppelzimmer schon mit einem Kommilitonen teilen.

Aber darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein interessantes logisches Prinzip lenken? Was für einen allein stimmt, muß noch lange nicht für alle gelten. Nehmen Sie die Banken als Beispiel: eine allein kann durch Kredit kein neues Geld schöpfen, aber zwei schon können es, wie Ihnen jeder Student der WISO-Fakultät erklären wird. Und wieviele Banken haben wir erst! Und wieviele Studenten fahren mit ihren Freundinnen im AStA-Bus nach Paris! Eine offensichtlich sehr interessante Konstellation. Seien Sie kontaktfreudig zu Ihren männlichen Reisegefährten, denn mit einem von ihnen werden Sie in den folgenden Tagen ein Zimmer teilen müssen. Und der Reiseleiter braucht gar nichts zu wissen. Der ist nämlich froh, wenn Sie alle zufrieden sind. Außerdem ist er sehr beschäftigt, denn in Paris wartet ein Einzelzimmer auf ihn — als einzigen der ganzen Gruppe. Deshalb kann der AStA auch so billig sein.

Ihre Frau Charlotte

Liebe Frau Charlotte,

man spricht seit Jahren viel von Hochschulreform und davon, daß alles ganz anders werden muß. Da ich aber wie 99 Prozent meiner Kommilitonen von der ganzen Sache nichts verstehe, möchte ich Sie in einem speziellen Punkt um Rat fragen, der mich doch einigermaßen beeindruckt hat. Anscheinend geschieht nämlich jetzt wirklich etwas in Sachen Hochschulreform: Am Schwarzen Brett des Rektors mußte ich zu meinem Schrecken erfahren, daß man uns von den nächsten Semesterferien zwei Wochen wegnimmt und das Sommersemester schon am 15. April beginnen läßt. Ja, wann und wie soll das enden? Will man uns die schöpferische Pause nicht mehr gönnen? Macht man uns nun zu Schülern? Sollen wir jetzt pauken? Wo bleibt die Bildung der Gesamtpersönlichkeit, zu der nun einmal Fasching und Reisen nach Teneriffa gehören. Ich muß schon sagen, ich bin empört.

Ihr Michael H. aus H.

Lieber Mike,

sehen Sie, das habe ich auch am DISKUS manchmal zu bemängeln: man redet groß daher, sagen wir von Hochschulreform, echauffiert sich mächtig, wird sehr ernst und prinzipiell, ist jedenfalls empört — und dann sind es Spatzen, auf die geböllert wird. Professoren sind doch auch nur Menschen, muß ich das immer wiederholen? Professoren haben Kinder, Kinder im schulpflichtigen Alter. Und mit diesen Kindern wollen sie in Urlaub fahren. Nichts da von pauken, forschen, lehren, ganz in Ihrem Sinn. Doch wann kann man mit der Familie Urlaub machen? Natürlich in den Schulferien, und die beginnen nun mal Mitte Juli. Also beschloß die Rektorenkonferenz, jenes Spitzengremium der bundesdeutschen Hohen Schulen, die Semesterferien zu verlegen: auf 15. Juli bis 14. Oktober und 15. Februar bis 14. April. Von Hochschulreform keine Spur. Zwar gab es in Frankfurt Einwände von den Studentenfunktionären — etwa die Monatskarten, die man nicht vom 15. bis zum 15. bekommt oder die Zimmermieten, die man auch nur schlecht vom 15. bis zum 15. bezahlen kann — aber denen wurde Rechnung getragen. In Frankfurt stimmten die Professoren der Neuregelung nicht aus egoistischen Gründen ihrer Intimsphäre zu, sondern aus Verantwortungsbewußtsein? Sie konnten nicht verantworten, eine bundeseinheitliche Regelung platzen zu lassen.

Ihre Frau Charlotte

Listen zur Parlamentswahl

Vom 15. bis 17. Februar wird zum Studentenparlament erstmals nach den Bestimmungen der neuen Satzung gewählt. Statt der bisher üblichen Personenwahl getrennt nach Fakultäten kommt heuer der Wahlmodus nach Listen zur Anwendung. Diesmal stellen sich nicht „Persönlichkeiten" zur Wahl, die niemand kennt, sondern Listen, die dem Wahlvolk ein Aktionsprogramm und mindestens 3 Kandidaten für die 22 Sitze des Studentenparlaments präsentieren müssen (§ 15 der neuen Satzung). Der Student verfügt nunmehr über sachliche Kriterien für seine Wahl, die große Zeit der Dunkelmänner ist vorüber; Kandidaten und Fraktionen müssen Farbe bekennen. Zu wenige Kandidaten und eine geringe Wahlbeteiligung waren die augenscheinlichsten Symptome des alten Wahlsystems. Wie sich die neue Listenwahl und der sie begleitende politische Wahlkampf auf die Wahlbeteiligung auswirken wird, wissen wir noch nicht; einen Erfolg kann das neue System allerdings heute schon für sich buchen: die Zahl der Kandidaten (und damit die Auswahlmöglichkeit der Wähler) ist sprunghaft gestiegen. Hatte man früher Mühe für jeden freien Sitz im Studentenparlament einen neuen Kandidaten zu finden, so bewerben sich heute um die freien 22 Sitze mehr als 120 Kandidaten.

Allerdings hat der große Kandidatenandrang nicht nur erfreuliche Aspekte: 11 Listen bewerben sich um die Gunst der Wähler, eine Zahl, die die Überschaubarkeit der politischen Verhältnisse für die Wähler gefährdet und eine Versplitterung der Stimme heraufbeschwört. Klare Mehrheitsverhältnisse, eine breite und geschlossene Regierungsfraktion sowie eine starke Oppositionsgruppe sind das Fernziel der Reform-Satzung und der in ihr intendierten Politisierung der Studentenschaft. Die vielen Splitterlisten gehören zu den Kinderkrankheiten des neuen Systems.

Dennoch kann das geübte Auge unter dem scheinbaren Wirrwarr der 12 Listen unschwer die künftige Struktur der studentischen Willensbildung erkennen. Viele dieser Listen werden Eintagsfliegen bleiben (selbst bei einem vorübergehenden Wahlerfolg) bis sich jene zwei oder drei Gruppierungen herauskristallisiert haben, die allein zukunftsträchtig sind, die auf lange Sicht das parlamentarische Wechselspiel von Regierung (AStA) und Opposition bestreiten können. Betrachtet man die Wahlprogramme der Listen, so sind sie alle viel- respektive nichts-sagend und gleichen wie einem Ei dem anderen. Das mag den unbefangenen Beobachter überraschen, der Kenner der Materie hat kaum etwas anderes erwartet. Über die Ziele studentischer Politik innerhalb und außerhalb der Hochschule herrscht längst ein allgemeiner Konsensus. Worüber man freilich streiten kann und muß, das sind die Wege zu diesem Ziel! Über die Methoden studentischer Politik sollte die Konkurrenz der Listen entbrennen. In diesem Punkte hat die studentische Selbstverwaltung und Interessenvertretung Phantasie, neue Ideen, frischen Mut und den ungebrochenen Elan neuer Kräfte bitter nötig.

Für die Studentenschaft das unverbrauchte Potential der politischen Hochschulgruppen neu zu erschließen, war eine der Hauptintentionen der Satzungsreform. Diese Gruppen können, wenn sie — ohne die „große Politik" zu vernachlässigen — die „kleine Politik" (die Hochschulpolitik) entdecken, segensreichen Einfluß auf die studentische Interessenvertretung erlangen. Sie könnten die Alternative werden zur sterilen Clique selbstgefälliger Studentenfunktionäre, die sich seit urdenklichen Zeiten in unseren AStAs häuslich niedergelassen haben. „Politik statt Verwaltung" müßte ihre Devise sein; die politischen Studentengruppen allein bieten die sachlichen und personellen Voraussetzungen für offensives politisch und taktisch kluges handeln in der studentischen Selbstverwaltung.

Freilich müßten die „Politischen" hierzu geschlossen auftreten, sie hätten eine gemeinsame Liste zu präsentieren, die auf einer breiten Basis steht: Etwa eine „Mitte-Links-Koalition", die sich in Frankfurt z. B. aus dem Liberalen Studentenbund (LSD), dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der Humanistischen Union (HSU) und der Gewerkschaft Erziehung (GEW) zusammensetzen könnte. Die Übereinstimmung in Zielen und Methoden der Hochschulpolitik ist durch das „Höchster Programm" weitgehend gegeben. Dennoch erwiesen die Gruppenegoismen sich als stärker, die Gemeinschaftsliste scheiterte und von den ersatzweise vorgelegten drei Listen (Nr. 5 LSD; Nr. 10 SHB; Nr. 2 GEW/HSU) hat keine eine reale Chance aktionsfähige Mehrheiten zu erringen. Daß die „Politischen" aus Kurzsichtigkeit ihre große Möglichkeit vertan haben, beweist, daß auch sie erst in die Verhältnisse der Satzung hineinwachsen müssen, daß ihnen Reife und politisches Geschick für die Regierungsverantwortung noch fehlt. Vielleicht werden sie sich auf den harten Bänken der Opposition „zusammenraufen".

Die Macht einer Mitte-Links-Koalition der politischen Studentengruppen haben einzig ihre Kontrahenten, die alten Selbstverwalter, voll erkannt. Für sie war die Bedrohung ihrer angestammten Pfründe durchaus real. Prompt vereinigt dann auch die „Aktion Studentenschaft" (AS) und ihr verlängerter Arm in der medizinischen Fakultät, LUM, die alte Garde der Selbstverwalter: Spitzenkandidat ist der AStA-Vorsitzende Peters, auf der Liste stehen ferner die ehemaligen AStA-Mitglieder Schellenberg, Döbel und Arneth. Oberflächliche Betrachter mögen beide Listen als Stimmvieh für den amtierenden AStA-Vorsitzenden abqualifizieren, dennoch ist die „Aktion Studentenschaft" in Wahrheit mehr: Sie ist ein typisches Kind des Übergangs vom alten zum neuen System. Mit ihr versucht sich das Selbstverwalter-Establishment des alten Systems den veränderten Bedingungen der Reformsatzung anzupassen. Das hierbei verfolgte Ziel, die alte Macht zu erhalten, ist legitim — ja, es kann sich für die Studentenschaft als außerordentlich nützlich erweisen, wenn in Zeiten des Umbruchs und Übergangs die AS als Element der Stabilität und Kontinuität wirksam wird. Dies gilt besonders für die derzeitige Frankfurter Situation, in der — wie vorhin erörtert — die politischen Hochschulgruppen noch keine echte Alternative bieten.

Bei zunehmender Politisierung der Studentenschaft, auf lange Sicht also, haben die AS und LUM kaum eine Zukunft. Dies gilt besonders für den Fall, daß sich die zweite zukunftsträchtige Gruppierung im studentischen Spektrum bald formiert: die gemäßigte Rechte. Die Umrisse dieser Gruppierung sind schon bei den heutigen Listen zu erkennen. Da ist zunächst die Liste 3 (Aktive Hochschulpolitik = AHP), deren Kandidaten vornehmlich aus den katholischen Verbindungen KV, CV und UV sowie aus der katholischen Studentengemeinde stammen. In gewisser Weise ist hierzu auch der „Arbeitskreis der Mitte" (AdM), eine Vereinigung nichtfarbentragender Korporationen, zu rechnen. Sicher wird auch der RCDS bald zu dieser Gruppierung stoßen. Dank ihres — auch langfristig — breiten Wählerpotentials dürfte die Gruppierung „Mitte-Rechts" bald zum wahren Widerpart der „Mitte-Links-Koalition" werden.

Bleiben am Rande des studentischen Spektrums noch die extremen Gruppen von rechts und links. Auch sie präsentieren für diese Wahl Listen. Offen und für jedermann erkennbar der SDS (Liste 8), ein wenig verschämt die schlagenden Verbindungen unter der Tarnbezeichnung „Frankfurter Profil" (SFP). Beide Listen werden ihre Stammwähler finden und bei wechselndem Wahlglück zwei bis drei Abgeordnete ins Parlament senden; daß sie je erheblichen Einfluß auf die studentische Politik gewinnen könnten, wagt kaum jemand zu hoffen und braucht niemand zu fürchten. Die Liste 7 (Neue Bühne) und 11 (Unabhängige Studentenliste) sind Eintagsfliegen, an sie wird sich nächstes Jahr keiner mehr erinnern, selbst wenn die Laune der Wähler ihnen am 17. Februar den einen oder anderen Parlamentssitz bescheren sollte.

Hans Joachim Steffen

Onanie

Das Publikum wußte bereits, daß die Amerikaner in Vietnam einen verbrecherischen Krieg führen. Auch die anderen, vom Berliner „Reichskabarett" aufbereiteten Materialien waren weitgehend bekannt. Man war also ganz „en famille", beklatschte seine eigenen Ansichten, bewies den vom SDS geladenen Kabarettisten Solidarität und sich selbst den *Genuß einer geistigen Befriedigung.*

Damit sei nicht der Wert des Programms als informative Kritik für weniger gleichgesinnte Zuschauer bestritten. Im Festsaal des Studentenhauses aber entwickelte sich nicht „Bomben-Stimmung" (so der Titel des Programms), sondern vor allem Stimmung. — Auch am eigenen Anspruch gemessen ist das Programm zwiespältig. Hart, engagiert, aufklärerisch will man sein, ohne aber untheatralisch zu werden. Das gelang eigentlich nur bei einer Nummer, dem „Blutorden-Calypso", wo der an sich ungenießbare Text durch die Form genießbar erschien. Fragwürdig wird es besonders bei den Dokumentationen. Regisseur Steckel, der von der Hamburger Studentenbühne kommt, hatte Texte der „Vietnamlesung" kabarettistisch aufpoliert und verwässert.

Das Publikum, einmal hochgestimmt und von der richtigen Linie der Kabarettisten überzeugt, honorierte sogar reaktionäre Nummern mit tosendem Beifall. So die „Deutschen Gemeinsamkeiten" (Text: Dr. Hachfeld), wovon sich selbst der Regisseur im Programmheft ausdrücklich distanziert hatte. Kabarett und Satire leben von der Vereinfachung und Überspitzung, aber daß sich Kriege auf das Ränkespiel von Generälen und Generaldirektoren zurückführen ließen, ist so uralt, daß es schon peinlich wird dies in mehrfacher Ausführung als neue Einsicht angeboten zu bekommen.

Wie schon in seinem ersten Programm kokettierte das „Reichskabarett" mit dem Anti-Kabarett, kokettierte insofern, als es sich genau der konventionellen Mittel bediente, die es zuvor verdammt hatte. Größere intellektuelle Anstrengungen wollte man seinem Publikum wohl nicht zumuten, und versuchte es dafür mit einem Mischmasch der Formen, in dem das konventionell Kulinarische überwog.

H. Rosenbauer

Q. L. 67

Es fing schon bei den Vorbereitungen an: „Wie im vergangenen Jahr, wird auch in dieser Kampagne das Motto **Bau** beigezogen, um der Organisation des Festes einen äußeren Rahmen zu geben". Ein solches Deutsch, wie mit der Spitzhacke ziseliert, ließ Überraschungen erwarten. Die erste war, daß die Bauherren den Wettlauf gegen Uhr und Flasche gewannen und, wenn auch mit 'nem Kater im Bauch, die potemkinsche Verwandlung des Neubaus rechtzeitig zum Freitagabend fertig stellten. Da die Dekorationen mehrere Zensurkommissionen überstanden hatten, blieben Freizügigkeiten dem Publikum vorbehalten und wurde von diesem auch dankbar bis zu den untersten und obersten Grenzen ausgenutzt.

Die zweite Überraschung: die Herren vom Bau waren dem (theoretisch erwarteten) Andrang nicht gewachsen und baten zur Kollektivübung: Schlange stehen vor der Garderobe. Die Ordner hatten trotzdem wenig Arbeit, denn was an Aggressionstrieben sich anstaute, verpuffte wieder bei Beat und Micky Maus. Und für die anderen Triebe, durch die das Publikum Geschmack am Quartier Latin und dieses in der Vergangenheit einen legendären Beigeschmack bekam, — für sie fehlten diesmal die Gelegenheiten, (zu wenig für die mehr als 1500 Pärchen + Sucher, Drauf- und Einzelgänger). Ansonsten zeigte die freitägliche Generalprobe die Vorteile des Umzugs.

Die Premiere fand am Samstag statt. Alles, auch die Überraschungen, maximierte sich. 003 Ingo Mees erschien eine Stunde später; und da er die Stempel zur Abstempelung der Gäste und die diversen Schlüssel bei sich trug, ohne die nichts anfangen konnte, bildeten sich vor den Eingängen sogenannte Aufläufe und Menschentrauben von polizeiwidrigen Ausmaßen. Und mit den Prachtexemplaren von Garderobeschlangen, die zwischen acht und zehn Uhr durchs Haus krochen, hätte Professor Grzimek drei Fernsehabende füllen können. Gegen halb drei geriet die Feuerpolizei mit einer Einlage in Verdacht, maskierte Volkswartbündler zu sein, denn sie veranlaßte per Lautsprecher die Vertreibung aus dem einzigen Notparadies der Nacht: „Sämtliche Treppen im Neubau müssen geräumt werden laut polizeilicher Anordnung". Trotzdem — die 5000 des Samstags drängten, schoben und knutschten sich weiter.

Um vier herum versuchte schließlich die Festleitung, mit Bitten, Drohungen und Appellen an Vernunft oder Mitleid der Gäste dem Vergnügen ein Ende zu machen. Aber dafür war es vielen noch zu früh, und daß die Oberen ihre Absicht nur langsam erreichten, sei ihnen als Lob bescheinigt; Was zu beweisen war, ist trotz der Überraschungen gelungen, nämlich, daß das Quartier mit dem Umzug in den Neubau auch neue Möglichkeiten hat, den alten Legenden gerecht zu werden.

Natürlich gab es auch diesmal Spaßvögel, die über die Stränge flogen. Obwohl ein Wurf- und Schießstand am Platze war, probierte ein Besucher, einen Garderobier auf zehn Schritt mit einer Bierflasche zu treffen, und obwohl an keinem Abend Rififis oder Zauberkünstler gesichtet wurden, mußte eine Kasse nach Festschluß überdurchschnittliche Schwindsucht anmelden. Die Quartier-Kassette überstand dagegen mit ein paar Beulen die Untersuchung, ob sie deutsche Wertarbeit sei. Über sonstige Vorkommnisse wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nichts mehr bekannt, aber die sind ja auch nur für die Bauleute interessant. Jedenfalls werden die drei amerikanischen Tarnnetze, die dem Dekorationsteam abhanden kamen, zweckvoll an anderen Stellen Verwendung finden.

M. M.

FAHRSCHULE

FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40

Grundgebühr: DM 50,—
Fahrstunde: DM 12,50

POHL

seit Jahren die Fahrschule der Studenten

neue bühne Seminar

1

Im Rahmen des Theaterseminars der „neuen bühne" fand die zweite Veranstaltung statt. Dr. Büthe, der Leiter der Theaterabteilung der UB, sprach über das Weiss-Stück Die Ermittlung. Weiss zeige in seinem Stück die Funktion und das Versagen des Auschwitzprozesses, sagte der Referent, indem er darauf hinweise, daß nur solche Zeugen geladen werden konnten, die sich dem System unterworfen hatten, um zu überleben. Die Zeugen rückten den Angeklagten nahe. Was aber macht der Autor, wenn so die Dokumente versagen? Weiss versuche, die Außenwelt in den Prozeß hineinzuziehen. Durch die Zeugen 1 und 2 zeige er, daß die Lager nicht abgeschlossen waren, daß weite Kreise davon wußten. Aus persönlicher Erfahrung wisse er, fügte Dr. Büthe hinzu, daß die Mehrheit der Deutschen 1945 nicht überrascht war, als die Verbrechen offensichtlich wurden. Sie sei durch die Propaganda eindeutig ausgerichtet gewesen.

Weiss habe es jedoch nicht verstanden, seinen Ansatz konsequent durchzuführen. Die Außenwelt verliere während des Stückes fast vollständig den Bezug zu den Greueltaten. Auch wohl Weiss nicht beabsichtigt habe, das Lager oder den Prozeß zu rekonstruieren, sei ihm kaum mehr gelungen. Es sei nicht möglich, Schuld nachzumessen, meinte der Referent, das müsse der Historie überlassen bleiben. Diese könne aber nur Anlaß sein, die Gegenwart darzustellen. Hier habe Weiss versagt. Es fehle die Tatsache, daß heute wieder NS-Gedanken propagiert werden, es fehle der Hinweis, daß die Möglichkeit eines neuen Auschwitz heute in unserem Land wieder geistig vorbereitet werde, indem der „Kommiß auf ideologischer Basis zur letzten Konsequenz getrieben" werde. Was hat die heutige Bundesrepublik für eine künftige „Ermittlung" zu bieten, diese Frage fehle vollständig.

Ansätze für Auschwitz hätten schon zwischen 1918 und 1933 bestanden, in dem Verrat an der Demokratie, im Fortgehen von der politischen Verantwortung. Es werde auch heute versucht, die Demokratie zu suspendieren.

Auch die künstlerische Form des Stückes wurde von dem Referenten kritisiert. Weiss versuche, eine Weiterentwicklung von Brechts epischen Theater zu geben. Die Gesänge seien jedoch nur fiktiv und auf dem Theater nicht verwendbar. Wenn Weiss auch beabsichtige, durch die Sprache eine kritische Distanz zum Zuschauer zu gewinnen, so reiche das nicht aus.

In den Gesängen stecke zwar die Grundform des Prozesses, die als theatralische Form alt und bewährt sei (z. B. „Der zerbrochene Krug"), Weiss weiche aber die Prozeßform durch emotional bestimmte, oratorische Einschübe auf. Die Szenik komme dem Theater nicht entgegen, die Rollen verblieben innerhalb der Charge, sie lieferten nur Stichwörter und bekämen die Figuren nicht recht in den Griff. Die Dynamik gehe nicht in die Szene über, sondern trete auf der Stelle. Die theatralische Wirkung erschöpfe sich im Grauen. „Moralität auf dem Theater gilt erst dann, wenn sie – ich möchte sagen – beinahe unauffällig wirkt, wenn sie wie ein böses Gift den Bösen unter die Haut geht. Den Guten das Gutsein zu erleichtern findet ja in diesem Stück auch nicht statt."

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß das Stück als Alibistück aufgefaßt werden könne. Weil es sich nur auf das Emotionale beschränke, hätte jeder Zuschauer das Recht zu sagen, „Ich bin es nicht gewesen". Dr. Büthe sagte dazu: „Ein dramatischer Kunstgriff wäre es gewesen, das Stück so zu bringen, daß Bürgertum und sozialistisches Lager aufgestanden wären, um es zu verbieten".

Das dokumentarische Theater bestehe aus zwei Schritten, sagte der Referent: 1. Information, 2. Einsicht. Der zweite Schritt sei nicht zustandegekommen. Daher bestehe die Gefahr, daß Aufgaben auf das Theater abgeschoben würden, die im täglichen Leben nicht gemeistert werden. Doch die Einsicht bei den Theaterschaffenden fehle ebensosehr, wie die in der Bevölkerung. 85 % der dort Tätigen seien nur wegen der Lust am Spiel dort. Leute, die auf der Bühne intelligent erschienen, seien „bei den Proben stockdumm konstituiert". Ein großer Teil der Künstler sei „Zeit-dumm". Die Forderungen, die keine gesellschaftliche Gruppe zu erfüllen bereit sei, könnten daher auch auf dem Theater nicht erfüllt werden. Sozialkritische Regisseure seien so rar, daß auch die mittelmäßigen Ruhm erlangen könnten (Piscator). Die Theaterkunst als die jüngste der Künste habe für ihre gesellschaftliche Anerkennung den Preis einer exzessiven Moral zahlen müssen. Die Gesellschaft wolle Klassiker sehen, wolle Alibistücke. Diesen Ausführungen blieb die Zustimmung nicht versagt.

2

In der dritten Veranstaltung sprach der Kritiker Dr. Rühle (FAZ) über die Bearbeitung von Klassikern auf dem Theater. Er gab zunächst einen informativen Überblick über die Entwicklung von Klassikerbearbeitungen seit 1919. Vor 1919, in der Wilhelminischen Zeit, sei eine Klassikeraufführung ganz in den Dienst der Monarchie gestellt gewesen. Politische Elemente hätten sich in die Figuren eingeschlichen, sie seien idealisiert und ideologisiert worden. Jessner in Berlin habe nach 1918 versucht, die Klassiker dem Publikum wieder zugänglich, begreiflich zu machen. Er habe die Figuren entidealisiert, die Helden verbannt und die Motive inszeniert, so im Tell den „Freiheitsschrei des Volkes". Er habe den Graben zwischen Bühne und Publikum überbrücken und die Zuschauer mitreißen wollen. Max Reinhard sei einen Schritt weiter gegangen und habe die Zuschauer zu Mitakteuren gemacht.

Als Brecht 1924 nach Berlin gekommen sei, habe er erkannt, daß es nicht genüge, das Publikum mitzureißen. Er habe den Blickpunkt auf das Verhalten von einzelnen Menschen in bestimmten Situationen gelenkt, das „Themaspielen" sei ihm nicht genug gewesen. Aber schon 1925 sei das Theater wieder in den Prozeß der Politisierung der Gesellschaft hineingerissen worden. Die Klassiker seien wieder politisch aktualisiert und mit den Mitteln der Zeit für die Zeit adaptiert worden. So sei in Piscators „Räuber"-Inszenierung von 1926 Karl ein Aristokrat gewesen und Franz ein Revolutionär, ein bürgerlicher allerdings, dem die Einsicht in den Verlauf der Revolution fehlte.

Nach dem Kriege habe man Brechts Anregung, Menschen darzustellen, wieder aufgenommen. Brecht selbst habe jedoch versucht, die Klassiker umzufunktionieren.

Seit vier Jahren seien nun wieder Versuche im Gange, die Menschen und ihre Handlungen auf dem Theater darzustellen. Die Klassiker werden zerlegt, die Szenen gedehnt, durch extreme Darstellung, bis ins Unerträgliche gesteigert werde, „der Schmerz des Helden dem Publikum spürbar gemacht". Dazu sei es nötig, die großen Leidenschaften und Emotionen in den Figuren abzubauen. Die Mittel dazu seien ein harter Realismus und eine angemessene Sprache. Überhaupt sei die philologische Gewissenhaftigkeit sehr ausgeprägt. Die Texte würden nicht gekürzt. Ziel dieser Inszenierungen sei neben der Darstellung des menschlichen Schmerzes die Darstellung des Menschen überhaupt. Es solle gezeigt werden, daß jeder Mensch ein Mensch ist, in den Stükken fehle die Hierarchie, jeder stehe neben jedem, „das ist unser heutiges Schicksal"(!).

Welches denn die Wirkungen seien, die er sich von der Darstellung des menschlichen Schmerzes auf der Bühne verspreche, wurde der Referent in der Diskussion gefragt, nachdem er die zuletzt genannte Art der Bearbeitung positiv bewertet hatte. Der Schmerz entstehe durch gesellschaftliche Zusammenhänge, er müsse auf der Bühne mitgespielt werden, die Wirkung auf den Zuschauer sei eine Art „Faszination, die sie an einem schrecklichen Verkehrsunfall haben". Ihm wurde entgegengehalten, daß diese Faszination doch kaum etwas anderes sei als die altbekannte Einfühlung, die man in so vielen Versuchen aus dem Theater vertreiben wollte, um die Leute zum Denken zu bringen. Die Antwort war, daß der Schmerz nur realistisch genug dargestellt werden müsse, bis die Zuschauer ihn nicht mehr ertragen könnten, und am liebsten aus dem Theater weglaufen wollten (wohin?), sie würden sich dann später an das Gesehene erinnern und darüber nachdenken.

Josef Wiest

„Der neue Argos". Aus der Gedächtnisausstellung Heinz Battke (Frankfurter Kunstkabinett H. B. v. Rath)

Bilder über Bilder

Wenn neuere Manieristen sich in surrealistischen Techniken gefallen, so gilt das keinesfalls für Battke. Seinen Bildern haftet nichts abgestanden Epigonales an, und die Apologie des Surrealismus geht ihm nur so weit wie sie das Mißtrauen in bloßes Abbildern oder Nachpinseln erfordert. Die seinem Gedächtnis gewidmete Ausstellung einer großen Zahl Bleistiftzeichnungen gibt einen Eindruck davon (Galerie H. B. v. Rath).

Welche Zeichnung, zumal in Bleistift, fände sich ähnlich leicht und präzis, wenig vergleichbar, erratisch fast in seiner Eigenart. Sollte sie, wie es scheint, schon Schule gemacht haben, spräche das nicht gegen sie.

Allen Blättern eignet eine traumhafte Sicherheit, aber hoch bewußt noch in den zufällig wirkenden Strichen, den faszinierten Blick wiedergebend, Helle und Klarheit, Anblick und Durchblick bildend, als ob das Auge in den Dingen selbst sich gefunden hätte. Mit welchem Blick ist solch ein Lichtspiel festgehalten wie auf „Es beginnt zu regnen" (nicht in der Ausstellung). Battke konnte Sehen nachzeichnen, Blikke markieren, Wahrnehmung von Formen evident machen. Seine Perspektiven sind Durchblicke, Lichträume, überall geöffnete Fenster. Und die Räume sind leer, können sich durchdringen. Zweifellos konnte hier auch Surrealistisches verwandt werden. Wenn nämlich manche Zeichnung selbst wieder aus Bildern collagiert, ineinanderdestellt erscheint, aus den verschiedenen Blickrichtungen hergeholt. Häuser, Räume, Städte könnten einem Blick in das Innere der Räume auf den berühmten frühen Bildern de Chiricos entsprechen; sie haben das Aussehen der Orte aus dem Vers: *„Von diesen Städten wird bleiben: der durch sie / hindurchging, der Wind"*, ein Vers, der ein Gesicht zu beschreiben scheint.

Wenn etwas mythisch und magisch an den Blättern ist, dann Argos, das offene Auge, das alles sieht, dem Mythos zum Gesehenen, zur Zeichnung wird, zu Wirklichkeiten des Auges. Auf dem Papier wird geträumt: mit offenen Augen. Das nimmt geradezu den Charakter der Allegorese an (s. a. „Der neue Argos"). Farbsinn-Battke war beileibe nicht nur der der Beistiftzeichnungen, spricht noch aus diesen Formen. Paradox nur scheinbar, wenn die Striche farbig sind. Weil er mit Farben umzugehen wußte, konnte er „Kolorist mit der Linie" (Degas) werden. Wie ein Maler die Dinge nicht nur vor, sondern im Auge hat, macht sich hier bemerkbar. So entstanden Wolkenblicke, Wasseraugen, Stadtsichten. Ganz naturhaft scheinen Stadt und Landschaft, Schiff und Wald ineinander zu gehen, wo doch sehr klarer Blick herrscht, raffiniert mit Natürlichkeit des Sehens assoziativ gespielt wird. Das entspricht einer reflektierten Naivität, seiner Abstraktion von Natur ebenso, die sich mit technischen Mitteln versehen weiß. Filmische Überblendungen sind ins Medium des Bildes eingedrungen. Filmbildern, diesen Augenweiden par excellence der Schaulust ist solche Zeichnung nahe, wenn sie Dinge durchsichtig auflöst. Momentaufnahmen, subjektive Ausschnitte von Wirklichkeiten lassen sich fixieren mit einem schattenhaften Umriß klassischer Linien, antiken Reizes, von der bruchlos sie sich nicht lösen konnten.

In zahlreichen wiederum allegorisch anmutenden „Porträts" besonders hebt sich malerische Fixierung heraus mit einem Anflug von Melancholie in den Augen. Diese gezeichneten Blicke gleichen in ihrer Intensität den magischen Preziosen, die wie jene von Battke so genau betrachteten Ringe ein Auge tragen können; Bilder wie Amulettringe mit ihrem Auge gegen den bösen Blick, um sich nur von „Schönheit" faszinieren zu lassen.

D. H. Wittenberg

living theatre

Eine herrliche dreistöckige Schau von Mordinstrumenten hatte das living theatre im Theater am Turm aufgebaut. Es gab eine hübsche Sammlung zu sehen von elektrischen Stühlen, Garotte, Strick bis zur Guillotine. In „Frankenstein" wird theatralisch unübertroffen ergriffen, abgeführt, geschlagen, gestürzt, operiert, beigeschlafen und geschossen unter frenetischem Heulen, Juchen, Kreischen, Stöhnen, Rülpsen, Keuchen, Zischen. Jeder macht so seine Bewegungen dazu, gekonnt oder ungekonnt, man hat sich für gekonnt entschieden. Nach planmäßig mißglückter „Levitation" einer Person, ihrer erfolgreichen Mißhandlung leitet ein „Nein"- Schrei zum Anblick des living Bilderbuches über Qualen und Leiden über. Diese Animation verhülfe Frankfurt fast zum Theaterleben, wenn noch jemand dran glaubte.

Schrecken und Grauen zu verbreiten sind bei diesen Lebendigen eher die Simplifizierung geeignet, die dem Trivialübermenschen Frankenstein zum Theaterdasein verhelfen. Wenn es dem Theater auch nicht um diesen literarischen Schauerhelden geht, lebt es aber vom Zappeln in schmerzvoller Spannung, den Sadismen bewährter Effekte der littérature noire. Das Spiel ist trotzdem unliterarisch, nicht einmal theatralisch, es erinnert an endlose Beschreibungen aus „Unterhaltungsliteratur", deren Sinn nun beim ehrwürdigen de Sade auch nicht literarisch ist (ohne deshalb schlechte Literatur zu sein). Vielleicht zeigte „The Brig" besser mit dem Geschehen im Straflager diese Unterwelt. Simpel mag sie wirken, was zum Gelingen der theatralischen Monomanie aber beiträgt. Die Monomanie spielt sich, das Theater ist Spielraum, obwohl es als Lebensmedium der Truppe erscheinen mag, die Stunde um Stunde sich mit den Zuschauern die Zeit vertreiben könnte.

Ward für Shelley und ihre Unterhalter die Langeweile romantisch mit der Schreckensfigur Frankenstein, dem künstlerisch Unerwarteten, so rettet die Truppe nicht ihre Romantik vor Langeweile, der ein moralischer Appell nicht das Erwartete, die Drohung einer unmenschlichen Technik, wegleugnen kann. Die Artistik, die organisierte Spontaneität vertreibt in den besten Momenten Weltanschauung und Schreckensmoral vom Martergerüst.

Die Truppe arbeitet mit ganzen Körpern; die Klimax, den Frankenstein animiert zu machen mit den Leibern der Schauspieler entlockt dem angespannten Publikum denn auch Beifall für die Übung. Gingen die Theaterleute nicht am liebsten hin, legten dem Zuschauer dessen Hand auf's Herz und sagten: Fühl mal wie's klopft? Mänschlich hätte Th. Mann gesagt. Im Menschen als Mythos verflüchtigt sich das Leiden „des" Menschen, in der Unterhaltung durchs Theater hat es noch ein Residuum; die Truppe spielt politischer in Rhythmen und Artistik fern von Engagementsprüchen; Beiläufiges sagt mehr über Entsubjektivierung in der angegriffenen „technischen Zivilisation". Die Schaustücke, wie aus dem Grand Guignol Theater der Gewalttätigkeit, des Blutes, sind wirklich erst dann ein Übertrumpfen von Leiden in dieser Gesellschaft ohne deren Apologie.

Fruchtloser Einwurf, diesen Herzenstaktikern statt der Geburtszange für die Naturalisten nun ein Elektronengehirn auf die Bühne zu werfen, es verfehlte ihre subjektive zweite Naivität. W.

Aussterbeetat

Man halte der Galerie ihre Versprechungen, hieß es hier vor kurzer Zeit; jetzt gibt es etwas zu halten ,nämlich die Galerie Lüpke. Die nächsten Ausstellungen sind nicht finanziell gesichert und mit Versprechungen läßt sich nicht gut arbeiten. Die Klage an die Mäzenaten ergeht von neuem.

Die Kunst in Frankfurt findet immer recht guten Anklang, nur kaum Unterstützung. Arbeit für viele Galerien gäbe es. Die gefährdete Galerie in der Kl. Bockenheimer Straße kann mit Arbeitsaufwand nicht die mangelnde Unterstützung wettmachen. Ein Verein wäre hier zu konstituieren, das ist unter anderem geplant, aber daß der durchhält, ist sicherer als das Durchhalten der Galerie. Vielversprechend erscheint bisher nur das Ausstellungsprogramm. Gibt es noch außer neuer Kunst auch neue Interessenten in Frankfurt?

buchkritik

Trivialliteratur und Aufklärung

Christian Heinrich Spieß: Biographien der Wahnsinnigen. Mit 27 zeitgenössischen Illustrationen ausgewählt, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wolfgang Promies, Neuwied und Berlin, Hermann Luchterhand 1966, 343 S.

Die grassierende Mode der Trivialliteraturforschung zieht jetzt auch Neuauflagen von verschollenen Werken des ausgehenden 18. Jahrhunderts nach sich. Der bis vor kurzem übliche ästhetische Abscheu dieser Literatur gegenüber weicht einem vorsichtigen literaturhistorischen Interesse, das die solcherart produzierte Patina der spätaufklärerischen Literatur dann auch ästhetisch zu goutieren ermöglicht. Allerdings beschränken sich die Neuauflagen in den meisten Fällen auf halbdokumentarische Mischformen, wie auch in den hier vorliegenden *Wahnsinnigenbiographien* von Spieß. In diesen Mischformen kristallisierte sich der auch den abenteuerlichsten und sentimentalsten Romanen zugrunde liegende didaktische Zug der Populäraufklärung aus. Die ältere Trivialliteratur begegnet sich in ihrer moralischen Absicht. Die Produktion von Ritter- und Räuberromanen, Familienromanen, halbdokumentarischen Erzählungsbänden und Schauspielen lief bei denselben Autoren nebeneinander her, indem sich ja auch die Prosa selbst nicht klar vom Drama schied und bis ins 19. Jahrhundert die Form des dramatischen Romans für sie bestimmend war; jedenfalls gilt dies für den Trivialroman.

Spieß, 1755 bis 1799, Schauspieler, Gesellschafter und freier Schriftsteller, schrieb Ritter- und Räuberromane (am bekanntesten wurden die vierbändigen *Löwenritter*, die noch bis ins tiefe 19. Jahrhundert hinein Seitenstücke erzeugten), Geisterromane (*Das Petermännchen*), historische Dramen und Lustspiele sowie schließlich neben den *Selbstmörderbiographien* und den *Reisen durch die Höhlen des Unglücks und Gemächer des Jammers die Wahnsinnigenbiographien*, insgesamt 43 Romane und 15 Stücke.

Das Ineins von Geheimnis und rationaler Auflösung in den Romanen Spieß' wie der Spätaufklärung überhaupt, die man in den paradoxen Begriff der „rationalen Dämonie" gefaßt hat, kehrt in den *Wahnsinnigenbiographien* als Doppelheit von schauerlichem Stoff und didaktischer Aufbereitung wieder. Die Faszination durch den Stoff ist deutlich genug; die zuerst im Vorwort auftauchende Metapher vom „reißenden Strom", die bezeichnenderweise für die hinreißende Leidenschaft und den resultierenden Wahnsinn zugleich steht, zieht sich durch die Erzählungen hindurch. Sie sollen lehren, nicht dem Strom zu widerstehen (denn das ist unmöglich), sondern sich ihm gar nicht erst auszusetzen. Die Konflikte sind nicht Gegenstand der Reflexion, sondern von vornherein entschieden. Dem entspricht, daß, wenn reflektiert wird, die Didaxe zu aufgeklebter Moralisiererei aufweicht, wie ja das Auseinandertreten von didaktischer Form und aufregendem Inhalt den Trivialisierungsprozeß der Aufklärungsliteratur überhaupt kennzeichnet.

Diese Inkonsequenz ist aber nicht nur negativ zu verstehen. Die der Leidenschaft Unterliegenden erfahren jegliche Rechtfertigung: „Kalte, gefühllose Seelen, deren feuchtes Phlegma jede Leidenschaftsflamme sogleich löscht, kann's wundern, daß diese geheimen Zusammenkünfte bald strafbar wurden; mich wundert's, daß die Liebenden einen langen Monat kämpften und nicht früher unterlagen" (S. 10). Schuld ist die Gelegenheit, also die Eltern. Zitiert wird Lessings Wort, daß wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliere, keinen zu verlieren habe (S. 121). Von derselben ehrlichen Inkonsequenz ist der Nachdruck, der auf das Motiv des Geldes, ja der bestimmten Geldsumme, gelegt wird. Meist ist es Mangel an Geld bzw. raffgierige Verwandte, die die Katastrophe herbeiführen. Die Leidenschaft zerstört sich nicht durch sich selbst, sondern im Zusammenstoß mit der Umwelt. Aber dies ist nicht als Einsicht in überindividuelle Bedingtheiten mißzuverstehen. Diese sind stets in bestimmten nach dem literarischen Topos des hartherzigen Bösewichts geformten Figuren personalisiert, gegenüber denen die Umwelt sogar als Retter auftreten kann, so in der Geschichte von Lottchen und Wilhelm, in der das ganze Dorf der Gefallenen gegen ihre habsüchtigen Schwestern beisteht.

Der halben soziologischen Verankerung entspricht die halbe Psychologie. In der Geschichte von dem irren Judenmädchen macht die von ihrem Geliebten, wie sie glauben muß, treulos verlassene Esther diesen zu einem Heiligen. An die Stelle der Psychologie tritt das Tableau. Sonst ist sie durchaus linear und mechanistisch. Das „Rad der Einbildungskraft", das durch den Einbruch des Wahnsinns ins Stokken gerät, ist eine wiederkehrende Formel. Die aufklärerische Hoffnung auf Veränderung hat es schwer, sich gegen das in derartiger Metaphorik anklingende ebenso aufklärerische Gefühl der Notwendigkeit durchzusetzen. Diese aber ist wiederum gebrochen durch den Zufall. In der Geschichte von dem gläsernen Ökonomen ist der Zufall des Nichtwissens eines einzelnen Faktums das auslösende Moment, und dieser Zufall ist nicht der schicksalhafte des 19. Jahrhunderts, sondern ein schlicht faktischer. Und in dieser Faktizität konvergieren halbe Psychologie, halbe Soziologie und halbe Schicksalsmythologie. Sie macht das vorwiegende Interesse der Erzählungen aus.

Die deutsche Novelle ist ohne Vorgänger wie Meißner, Albrecht und Spieß nicht denkbar. Die Hintergründigkeit von Oberflächenhaftigkeit in den Novellen Kleists und Arnims setzt die letztere voraus.

Aber abgesehen davon sind die Erzählungen von Spieß auch unterhaltsam zu lesen.

Dietrich Naumann

Ein Erzähler mit Verve

Hans Christoph Buch: Unerhörte Begebenheiten. Sechs Geschichten. 145 Seiten. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1966. DM 10,–.

Sechs Geschichten faßt also der 1944 geborene, in Berlin lebende Hans Christoph Buch unter dem Titel *Unerhörte Begebenheiten* zusammen. Auf dem Waschzettel wird daran erinnert, daß Goethe für die Novelle die „unerhörte Begebenheit" forderte. Der Hinweis soll nicht um die Gunst konservativer Literaturbeflissener werben, er dient der Charakterisierung des jungen Autors: Buch versteht literarisches Erbe als Fundus, als Fundgrube zu nutzen. Er löst heute fragwürdig erscheinende Ausdrucks- und Darstellungsweisen aus den Konventionen ihrer Zeit und macht sie durchsichtig jeweils auf ein Stück Welt hin, das von einer „unerhörten", grotesken Begebenheit her erhellt wird.

Buch verfügt über Poesie, versteht sie einzusetzen: Sprachliche Überraschungen tanzen gegen den Leser an, der mitgerissen wird von der Fabulierfreudigkeit des Autors, der lachen und lächeln darf über menschliche Schwächen, Verrücktheiten, ja Bosheiten, die bloßgestellt werden und sich selbst ad absurdum führen. Wie wohltuend, daß diesen Geschichten aller Bierernst fehlt, jegliche Tendenz zu irgendeiner „moralischen Aufrüstung"! Mit der Geschichte vom Sterben des Großvaters, die bereits in Suhrkamps Sammelband *Vorzeichen* abgedruckt war, wird dieser Band eröffnet. Familiäre Sentimentalität und verlogene Todesideologien geben sich selbst der Lächerlichkeit preis: durch die Überdrehung ins Groteske wird das Sterben wieder zu einer lapidaren, nüchternen, menschlichen Realität.

Die Geschichte vom bürokratisch diktierten plötzlichen Abbruch einer archäologischen Grabung oder die von der Notlandung eines Militärflugzeuges bei einem Bauernhof führt ebenso „unerhörte Begebenheiten" vor, wie die von der Feuersbrunst, welche ein Freudenhaus verschlingt. Das Feuer, das dieses Haus verzehrt, ist von der Qualität eines Filmrequisits: die Schreckensszenen erheitern, weil sie bloß Vorspiegelung sind, den Mädchen und ihren Kunden das Verruchte nehmen, das ihnen aus den Zwanzigerjahren anhaftet, ja sie aus dem geschlossenen Haus befreien und mitten in die heutige Alltagsgesellschaft hineinmischen.

Für die letzten Geschichten leiht sich Buch als Versatzstücke aus älterer Literatur einen Faun und eine Treibjagd sowie einen Heereszug. Im Verlauf einer Treibjagd entdeckt man einen Faun, behandelt dieses fremd-„rassige" Wesen wie ein wildes Tier, hofft, es lebend zu fangen und als Schauobjekt einträglich zu machen. Der Arzt der den schließlich gefangenen, verwundeten Faun verbindet, stellt fest, daß dieser Faun auch sprechen kann, und zwar in lateinischer Sprache wie es ihm gemäß ist. Am Ende feuert der antike Halbgott die Jäger und Treiber zu einem bacchantischen Fest an . . .

Mit der Schilderung einer „Historischen Begebenheit" schließt der Band: mit Mann und Roß und Wagen versinkt ein ganzes buntes Heer in einem Sumpf. Nicht nur die Absurdität des Militärs und von bedenkenloser Gefolgschaftstreue, sondern auch von unüberlegtem Aufruhr wird grell konturiert.

Angesichts dieser Geschichten, dieses Geniestreiches, ist es müßig nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Autors zu fragen: er hat auch keinen Vorschußlorbeer nötig. Für seine späteren Veröffentlichungen wird allerdings dieser Band als Maßstab dienen. **Gerald Bisinger**

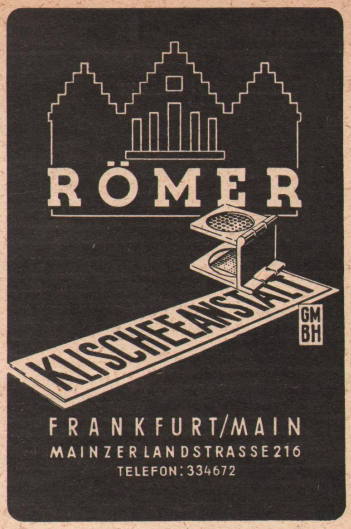
Dichtung und politische Moral

Norbert Kohlhase: Dichtung und politische Moral. Eine Gegenüberstellung von Brecht und Camus. (Sammlung dialog Bd. 2). München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung 1965, 286 S., DM 12,80.

Das scheint von Platon bis Enzensberger fatale abendländische Tradition: „Poesie und Politik" sind unversöhnlich, die Konjunktion bezeichnet hier eine Antipathie, ja, eine offensichtliche Gegnerschaft. Wollte der Schüler des Sokrates die Dichter überhaupt aus seinem Idealstaat verbannt wissen, weil den „Nachbildnern" weder erkenntnistheoretisch noch ontologisch irgendeine Bedeutung beizumessen sei, so konstatiert der Dichter unserer Tage, Kritiker sogenannter positiver Bestimmtheit innerhalb der bestehenden Sozietät, in schöner Übereinstimmung seine Unabhängigkeit von dem Bereich, der ihn von sich aus von jeher in die innere Emigration gewiesen hatte: Dichtung habe sich jedem politischen Auftrag zu verweigern, in der Wahrung ihrer Autonomie liege ihr politischer Gehalt (*Poesie und Politik*, in: Einzelheiten, Ffm. 1962; ebenso W. Jens, *Literatur und Politik*, Pfullingen 1963). Freilich vermag Platon gegenüber dem nachgeborenen (kultur-) kritischen Dichter insofern die schlagenderen Motive geltend zu machen, als ihm aus der Resignation an der substantiell absterbenden athenischen Polis die philosophische Lebensaufgabe ward, die im Sinne des Primats des Praktischen sich dem Dienst an der politischen Wirklichkeit zeitlebens nicht versagt hat, während dem nicht-affirmativen Nachfahren das traurige Los geblieben ist, die Maße der bestehenden Gesellschaft als Verstellungen zu entlarven, innerhalb derer dem Dichter heute nurmehr räsonierend das letzte Wort vorbehalten scheint. Mit anderen Worten: Platons 10. Buch im *Staat*, über den Dichter und seine Stellung zur Politik, ist im Sinne der „Schule von Athen" kein Thema für Enzensberger. — Was aber den großen Dichter an zeitgeschichtlichen (sozialen und politischen) Aporien betrifft, was ihn engagiert, das schlägt noch im Mißlingen als eine Art „Überschuß" im Artifiziellen seiner Werke sich nieder, die darin ihre Chance haben, mehr oder weniger glücklich zeitlicher Konkretion und Fixierung zu entkommen: Zeuge dafür, daß politisch bekennende Dichtung nicht zwangsläufig zu bloßer Propaganda absinken muß, vielmehr im Risiko des Betroffenseins, allen Anfechtbarkeiten ausgesetzt, die reinsten Zwecke der Poesie erfüllen kann. „Ohne das Zeitgemäße, also Politische in einer Dichtung, bliebe das Kunstwerk wirklichkeitsfremd und blind; ohne das zeitlos Gültige, also Künstlerische, bliebe die Dichtung bloßes Tagewerk und damit stumm. Die Dichtung fordert deshalb sowohl den Bezug zur Zeit als auch eine gewisse politische Unbrauchbarkeit . . ." (S. 241, will sagen: einen unauflöslichen Rest, der in der Aktualität nicht aufgeht!). Mit guten Gründen konfrontiert Kohlhase in gedanklich klarer Durchführung B. Brecht und A. Camus, den Dichter der Resistance und den der Revolution, die beide schon soweit „historisch" gesehen werden können, daß auch das an ihren Werken in den Blick kommt, was sich der Auflösung in zeitgeschichtliche Bezüge entschieden widersetzt.

Es erscheint uns heute als das Großartige an diesen Dichtern, daß sie die Entfernung begriffen haben, die zwischen den *Betrachtungen eines Unpolitischen* und dem *Zwang zur Politik* sich erstreckt und daß ihr Werk die Spannung erträgt, die zwischen der beabsichtigten außerkünstlerischen Wirkung, der Provokation zur Resistance bzw. zur sozialrevolutionären Aktion einerseits und dem artifiziellen Widerstand gegen eine ausschließlich aktuelle Verwertbarkeit andererseits besteht. In der Lösung des Problems, wie es denn möglich sei, gut zu handeln und dennoch zu überleben, um das es dem Dramatiker der *Gerechten* und dem Schreiber von *Tage der Commune* (beide etwa 1948/49 entstanden) gleichermaßen geht, beschreiten beide freilich verschiedene Wege. Brecht fordert die Veränderung der Welt durch kollektiven Eingriff, bevor der einzelne Mensch ganz bei sich selbst sein kann; Camus dagegen lehrt die Annahme und Bewährung einer absurden Welt durch den Menschen. Bei beiden Dichtern evoziert das verräterische Motiv des Opfers an entscheidenden Stellen der Auseinandersetzung die Unauflöslichkeit, ja Tragik dieser Problemstellung, die ihrerseits ein ausgesprochen utopisches Moment an sich hat, dessen Formwerdung das Problem selbst und seine Auflösung oft vielleicht gegen den Willen der Autoren auf eine ganz andere Wirklichkeitsebene verlagert, eben auf die des Dichterischen, die das Artifiziellen.

Im Rahmen der Diskussion um das Verhältnis von „Poesie und Politik", die durch H. M. Enzensberger und W. Jens dürr eröffnet, dann literaturwissenschaftlich differenzierter von A. Schöne und R. Baumgart weitergeführt worden ist, steht das Buch von N. Kohlhase nach Problembewußtsein und Durchführung an hervorragender Stelle. **Dieter Kimpel**



Anmerkungen zur Rückseite

Für seine New Yorker Ausstellung in der sehr renommierten Howard Wise Galerie stand der Düsseldorfer Günther Uecker vor der Entscheidung: Verkaufs-Show oder Demonstration einer künstlerischen Konzeption. Er entschied sich — und das spricht für seine Klugheit — für letzteres. Innerhalb von drei Wochen baute er in seinem New Yorker Atelier einen zweiteiligen Raum. Die beiden Fotos zeigen ihn. Das obere Bild gibt Einblick in die von Uecker so bezeichnete „Lichtplantage"; das untere zeigt den Künstler inmitten seines „Nagelgartens".

Die „Lichtplantage" besteht aus 24 Leichtmetallröhren. Sie sind fast 3 m hoch und haben einen Durchmesser von etwa 5 cm. Jede Röhre ist — entweder an der oberen oder an der unteren Hälfte — aufgesägt. Aus den Öffnungen dringt ein Neonlichtstrahl. So entstehen „Lichtlinien". Die gesamte „Plantage" ist (durch Relais) programmiert. Gleichsam wie in einem Konzert korrespondieren die „Lichtlinien" miteinander, geben dem Raum eine neue Dimension, rhythmisieren ihn. Der Betrachter kann durch diesen Lichtwald hindurchgehen; er wird sozusagen durch die wechselhafte Ausstrahlung der Linien ein Scheinwesen des Lichts.

Ueckers New Yorker „Nagelgarten" setzt sich aus 24 quadratischen Objekten zusammen. Durchgehendes Strukturen-Thema ist die Spirale. Diese Nagelspiralen verändern sich, wenn der Beschauer verschiedene Sichtpositionen einnimmt. In den Negativfeldern kann sich der Besucher bewegen und gehen; er kann aber auch auf die Spiralen treten. Der Künstler möchte durch diese beiden Raum-Situationen die Ausstellungsbesucher zu — wie er sich ausdrückt — Aktivpartnern machen.

Es muß nachgetragen werden, daß heute in New York alle nennenswerten Entscheidungen für die neue Kunst getroffen werden — aus finanziellen Gründen: Machtpositionen der Galerien und Sammler; aber auch der neuen Ästhetik wegen (von der Pop Art, über das Happening bis zur Edge-Malerei). Uecker, Jahrgang 1930, hat mit seiner New Yorker Ausstellung Ende des vergangenen Jahres ein Image erreicht, das zweifellos sehr trag- und ausbaufähig ist. Ein Ankauf des Museums of Modern Art, Erwerbungen von Privatsammlern und bevorstehende Aufträge in Verbindung mit Architektur belegen das. **Gerd Winkler**

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Helmut Hartwig

Wolfram Menzels lyrische Palimpseste

Der Aufsatz wurde 1965 geschrieben. Ich ließ ihn dann aus verschiedenen Gründen liegen. Einer davon war, daß in Heft 15 der Zeitschrift „Sprache im Technischen Zeitalter" ‚Anmerkungen zu einem nicht ganz fertigen Gedicht' erschienen waren, in denen Benno Schubert bei der Interpretation eines Menzel-Gedichts zu Ergebnissen kommt, die bis in die Einzelheiten mit meinen Beobachtungen übereinstimmen. Es war also einiges aus meinem Aufsatz nicht mehr neu. Das wäre nicht schlimm gewesen; denn ich hätte Benno Schuberts Ergebnisse als Bestätigung meiner eigenen zitieren können — eine sogar in der Wissenschaft übliche Methode, eigenen Gedanken ein Alibi zu verschaffen. Aber mir war nach der Lektüre von Schuberts subtilen Anmerkungen erst einmal der Spaß an der Sache und das Interesse an der Veröffentlichung verdorben. Ich arbeitete damals nämlich für den absoluten Geist. Ihm war genüge getan, wenn etwas irgendwo angemessen gedacht war, und ich faßte die Bestätigung durch Schubert als Beweis für die Evidenz und Angemessenheit meiner eigenen Gedanken auf. Es genügte mir, daß es in der Bibliothek von Babylon einen Text gab, der eine für mich angemessene Auseinanderlegung der Menzelschen Poetik enthielt.
Heute genügt mir das nicht mehr. Ich muß mir immer vorstellen, daß es Leute geben könnte, die den Artikel von Benno Schubert in „Sprache im Techn. Zeitalter" nicht gelesen haben. So habe ich denn Herrn Riha meinen alten Aufsatz gegeben — mit dem Literaturverweis zu gefissentlichem Vergleich.
Menzels Gedichte erschienen zuerst wohl im DISKUS, später in fast allen literarischen Zeitschriften. Die Zeitschrift „Texturen" (hrsgg. von Hartwin Gromes und Wolfgang Maschke, München) hat ihr Heft 8/1963 seiner Lyrik gewidmet. Mit anderen zusammen stellt Reinhard Döhl Menzel in dem bei Limes erschienenen Band „Zwischenräume" mit 15 Gedichten vor.

●

Menzels Gebilde, hineingestellt in die Erwartung einer von der Bedeutung her erfaßbaren sprachlichen Ordnung, verweigern deren Erfüllung in einem Vorgang, der sich selbst gegen eine Art zu lesen richtet, bei der das Subjekt kaum mehr als die Synthesis zum Satz intentional vorgibt. Dennoch erzeugen sie in demselben Vorgang die Ahnung einer geheimen Kontinuität.
Dem mäßig aus dem Zustand unmittelbarer Erregung zurückgenommenen Ich scheint die damit verbundene Beruhigung vorzüglich aus dem klanglich-rhythmischen Bereich des Gedichts zu kommen. Damit aber gerät die Absicht, sich und anderen diese Wirkung zu erklären, in ein Dilemma. Dies Dilemma gehört zu einer Art Lyrik, bei der vorerst nichts anderes klar ist, als daß sie das selten als solches gewürdigte Versprechen nicht gibt, welches jeder Satz als Satz bereits enthält: so wie die Elemente in ihm sei das Leben geordnet und durchschaubar.
Es bestände also vor Menzels Gedichten die Aufgabe, über sogenannte unmittelbare Wirkungen der Sprache zu sprechen, ohne daß die Reflexion viel Halt gewinnen könnte an der Ordnung der Wörter nach ihrer Bedeutung. Wie aber kann man über Rhythmus und Klang sprechen, wo diese doch nicht mehr sie selbst sind, wenn man ihre Wirkung begreiflich zu machen sucht durch ein Medium, auf dessen Transzendierung sie offenbar aus sind: durch den Satz?
„Rhythmus ist die Urkraft, der Hauptantrieb des Verses. Erklären kann man ihn nicht, man muß sich darauf beschränken, ihn so abzuhandeln wie den Magnetismus oder die Elektrizität. Magnetismus und Elektrizität sind Erscheinungsformen der Energie . . ." — meint Majakowski. Rhythmus wird erlebt als eine autonome Ausdrucksqualität, als eine letzte Wesenheit oder „Urkraft", die sich nicht verstehen läßt. Tatsächlich kann man ja nur dort begreifen, wo Zusammenhänge gegeben sind; Wesenheiten müssen transzendent bleiben. Nimmt man aber die bedeutungshaften Elemente der Sprache nicht von vornherein als einen Bereich für sich, sondern bloß als jene Schicht, in welcher der Geist sich am leichtesten bewegt, dann beginnt sich auch die Transzendenz des Rhythmus aufzulösen, und das Subjekt sieht sich vor die Aufgabe gestellt, seine unmittelbaren Regungen an leichter begreifbare zu vermitteln. Wirkt also auch ein Sprachgebilde vordringlich durch den Rhythmus, so muß dieser dennoch beschrieben werden in steter Bezugnahme auf die semantische Dimension. Dabei würde sich dann zeigen, daß der Vorgang, in welchem die Bedeutung der Worte gleichsam geblendet wird, über die Auflösung der logisch-syntaktischen Funktionen geht. Das Kontinuum dieser Abweichungen zu beschreiben, müßte der primäre Ansatz für eine Gedichtinterpretation sein. Allerdings wird man sich besser mit der Beschreibung prägnanter Partien begnügen, weil bei einer extensiven Beschreibung die Erfahrung mit dem Gedicht leicht in einer sekundären sprachlichen Ebene versandet.
Es kommt also bei der Erfahrung mit Gedichten, bei denen nicht leicht ein semantisches Gerüst faßbar ist, darauf an, daß man gleichsam gegen die Vordringlichkeit unmittelbarer Wirkungen deren Verbindung mit der semantischen Dimension in höheren strukturellen Ordnungen ansetzt und bei dem Versuch einer Beschreibung voraussetzt.
Wenn die Alltagssprache auf die Welt der Gegenstände und Gesten und Konventionen verwiesen ist, weil sie in ihr wie ein Satz Handwerksgeräte zu Einzelaktionen gebraucht wird, die sie kraft ihrer semantischen und kommunikativen Kraft vollbringt, so scheinen in gewissen Gedichten Rhytmus und Klang die Wörter nur zu gebrauchen, um durch sie eine pure Erregung des Subjekts hervorzubringen, die tief verwurzelt ist im bloßen Dasein oder aber um ein Ich zu konstituieren, das spricht, ohne einem Herrn zu dienen.
Wenn Rhythmus also, indem er über Sprache erscheint, auch unbedingt an den Bedeutungen partizipiert, so besteht doch die irritierende Erfahrung, daß er sich mit der Klangdimension vereinen kann, um die Welt aus der Sprache herauszutreiben und aus Sprache Schlagzeug und Musik zu machen. Das fordert dann die Frage heraus: warum überhaupt noch Sprache und nicht Schlagzeug und Musik?
Es wird zu zeigen sein, wie sich diese Tendenz rechtfertigt, indem Bedeutung als Widerstand stehenbleibt.

bitte . Zähne

. die tanze, die

helle gerieben —

Könige

fieder . . . längst ihr um Flügel um

blühn die Felder . Rüben,

Rote Kurven Wein um

Ruder

Tiere die sich —

Kraniche

über

die Sonne — hängen

die Knie

Was zuerst wie ein Würfelwurf aus Wörtern aussieht, der den Zufall herausfordert — bleibt kraft jener sinnlich wirksamen geheimen Kontinuität Zufall genau in dem Maße, durch welches die Reflexion aufs äußerste gereizt wird. Gegen die Neigung, ein Sprachgebilde von der Bedeutung her aufzuschlüsseln, in Sachverhalte aufzulösen, setzt sich eine Erregung durch, die offenbar im optischen Bereich beginnt, ohne Beziehung zu einem zeitlichen Nacheinander über das innerlich gesetzte Gehör die ganze Sinnlichkeit erfaßt und bis zu jener Steigerung führt, wo die unmittelbare Erfahrung in ihr Gegenteil umschlägt, indem sie genug hat an sich selbst, und der unausweichlichen Forderung gehorcht, sich zu begreifen im Medium ihres „materiellen" Substrats: der schwarzen Zeichen und der Lücken dazwischen, der Laute und ihrer Ähnlichkeiten, der Akzente und ihrer Wiederholungen, der Bedeutungen und ihrer Assoziationsimpulse — oder der stufenweisen Gliederung der Erfahrung innerhalb der Zeit. Zuerst klare Zweisilber, dann auftaktisch ein Akzent, der daktylisch versprüht — Bedeutungswurzel: Tanz — dabei spielt eine entscheidende Rolle, daß dieser letzte Eindruck mit aus der syntaktischen Funktion bezogen wird, die der zuerst undeutlich erfüllte, dann neue offene relative Anschluß darstellt. Ohne Auftakt wird der nächste Vers in Bewegung gesetzt; wichtig, daß er nicht mit dem „die" beginnt. Wenn auch als mögliche Erfüllung des vorausgegangenen syntaktischen Versprechens flüchtig gebunden, stürzt er daktylisch weiter und wird auf kürzester Strecke abgefangen. Eine Pause. Klang breitet sich aus, dehnt sich („Könige") — fast akzentlos. Dann scheinbar eine klangliche Anknüpfung („gerieben — fieder"), doch unerwartet springt Erregung an, sofort in schnellstem Zeitmaß, beruhigt nur durch Klangähnlichkeiten; Aufweichung: ie wird zu ü, und schließlich blockiert. Der intentionale Impuls der Präposition (?) „um" setzt dem Vers ein fremdartiges Ende. Dann Fortgang mäßig erzählend, in vorbereitetem Klang . . . Die gliedernde Reflexion gewinnt den Eindruck, als seien in diesem Gedicht die Wörter zuerst auf die rhythmische Erregung des Subjekts hin gesetzt, als fülle Menzel ein rhythmisches Getöne mit Wörtern auf, als gelte es „rhythmische Vorfabrikate" (Majakowski) sprachlich zu verwirklichen. Tatsächlich läßt sich in Menzels Gedicht ein rhythmisches Grundmodell ausmachen, das den Charakter der Verse in ähnlicher Weise prägt wie das gleiche Grundmodell bei August Stramm: zweisilbige Wörter, deren erste Silbe schwer betont ist. Dadurch isoliert sich diese Worteinheit gegen den Kontext, der allerdings wieder kraft seiner eigenen Struktur diese Tendenz unterstützt. Häufig kommt es bei Menzel — wie auch bei Stramm — zu einer Reihung solcher gewichtiger Zweisilber; manchmal stehen auch Akzente unvermittelt nebeneinander oder wechseln mit Zweisilbern ab:

Rote Kurven Wein um

oder

staub deichsel satte gold

Werden die Reihen zu lang, dann geht die rhythmische Qualität unter in der Wiederholung. Auf diese Weise werden viele Gedichte Stramms problematisch. Bei Menzel dagegen ist meist so viel syntaktische Differenzierung angelegt, daß die Ausdrucksqualität des Grundmodells noch zur Geltung kommen kann. Blitzartig treiben seine Gedichte immer wieder die Wirkung hervor, als seien die Wörter im Augenblick erschaffen, zugleich damit: als seien sie im Augenblick gesprochen, ausgestoßen als die jeweils ersten eines ursprünglichen Subjekts.
Und doch verweigern sie bloße Erregung durch eine eigentümlich spröde Bindung der Affekte an semantische Impulse.
Für die Wirkung von Menzels Gedicht ist entscheidend: das widersprüchliche Gegeneinander von einer strengen und doch verborgenen Kontinuität in der klanglichen Dimension — Modulation aus vokalisch heller (ie) in dunkle Sphäre (ü, u) — und sprengender syntaktisch-rhythmischer Energie, die in jedem Moment das Versprechen von Zusammenhang und klarer Gerichtetheit zurücknimmt; ein Gedicht, das sich besonders in seiner klanglichen Schicht unumkehrbar ordnet und so dem Nacheinander der Zeit unterwirft, während zugleich die Beziehung seiner Einzelelemente leugnet, zu der so entstehenden Einheit beizutragen. Mit dieser Beschreibung ist man über die Feststellung, daß Menzel die Wörter sehr selbständig setze und auf ihre Evokationskraft vertraue eigentlich schon hinaus. Doch diese Feststellung soll hier benutzt werden, um einen Mißbrauch anzuzeigen. Oft scheint sich der poetische Akt in modernen Gedichten im Vertrauen auf die Evokationskraft der Wörter zu erschöpfen, und bloße Reihungen werden als Gedicht präsentiert (auch bei Stramm und Menzel gibt es Beispiele dafür). Tatsächlich aber ist dieses Vertrauen nichts anderes als das auf die Assoziationskraft des Lesers. Gegen den an moderne Lyrik gerichteten Vorwurf, sie überlasse den Leser schweifender Unverbindlichkeit der Gedanken und Bilder ist der Hinweis auf die Evokationskraft der angebotenen Wörter kein gutes Argument. Mit Recht fühlt sich der Leser in diesem Fall sich selbst überlassen. Er wird veranlaßt, vage in sich selbst zu schwimmen, wird auf seine Erfahrungen, sein eigenes Leben verwiesen, dem doch das Gedicht, wenn auch trügerische Struktur entgegensetzen sollte. Oder sollte es nicht? Sollte es das Ziel haben, jede Struktur zu verweigern und das Ich auf eine Wirrnis zu verweisen, die nichts anderes wäre als schlechter Gefühlsdunst, die schwebende Gefühlslage des Kitschs? Die unbestimmte Negation des subjektiven Zustandes durch ein Gedicht macht das Subjekt zu einem schlecht unendlichen.
Menzel nun setzt, wie an Einzelheiten angedeutet wurde, nicht auf eine allgemeine Evokationskraft des Wortes, sondern er schafft sich diese Kraft im Rahmen des Gedichts als bestimmte. Es steht also gegen den Gebrauch des Wortes im Alltag nicht der Gebrauch in einem bloß diesen allgemein negierenden Sinne, sondern das Wort im Gedicht negiert den Alltagsbegriff in einer bestimmten Weise, was nicht bedeuten muß, daß damit die Bedeutung verengt wird. Wichtig bei Menzel ist dabei, daß er in eigentümlicher Weise syntaktische Bindung beibehält; wie selbständig seine Wörter im Gedicht auch werden, so stehen sie doch meist noch rudimentär im Zusammenhang möglicher Sätze, aus dem sie sich in dem gleichen Maße lösen, wie sie fester verankert werden im sinnlich rhythmischen Duktus. Die Gedichte führen diesen Prozeß an Wörtern vor, die nur als syntaktische Funktionsträger denkbar schienen und für sich nicht: an Präpositionen, Konjunktionen, Artikeln. Im Gedicht erheben sich diese Wörter plötzlich zu einer Selbständigkeit, die kraft dessen, was in diesem Prozeß negiert wird, zu ungeahnter ästhetischer Gewichtigkeit gerät. Punktuell wird Sprache buchstäblich undurchdringlich und damit unmittelbar wie Materie. Die Unmittelbarkeit befremdet den Leser dann wie das zweite „um" in dem Vers:

fieder . . längst ihr um Flügel um

Das Ich stößt auf dieses „um" schmerzhaft wie auf einen Stein, und im Augenblick sind Ich und Stein ohne Zusammenhang aber gegenwärtig mit höchster Intensität.
Mißt man die Unmittelbarkeit, mit welcher die Umwandlung von bloßem Sprachmaterial zu Poesie hier gelungen ist, ohne daß Verständlichkeit sie stützt, dann gehört das zitierte Gedicht zum Stärksten, was in der jüngsten Dichtung mit der deutschen Sprache gelungen ist. Selbstverständlich erreichen nicht alle Gedichte Menzels diese Vollendung, doch sprechen die weniger gelungenen nicht gegen das vollendete, vielmehr zeigen sie deutlich die Gefahren, denen dieses entging. So entsprechen der verborgenen Lautlinie in dem zitierten Gedicht Stellen in anderen, wo die offensichtlichen lautlichen Analogien der Wortbedeutung kaum die Chance lassen, mehr als zufällig in einem gesuchten Lautzusammenhang zu stehlen:

die Bäume bäume sibbern die
Rippen träumen. Hund von dahin

Doch während ich das Zitat schreibe, kommen mir Zweifel an der Berechtigung der Kritik . . . Sicher aber ist die intentionale Verstörung nicht zwingend gelungen, wenn es heißt:

kämmt ihr Aug ihr war

weil man nämlich eindeutig nur ein abgeglittenes „Haar" hört, und was folgt, dem „war" kein Alibi zu verschaffen vermag. Dazu kommt dann die größere Gefahr, die rhythmisch undifferenzierte Reihung von gleichsilbigen Wörtern, über die schon gesprochen worden ist. Auch die typographischen Lücken sind oft nicht leicht zu durchschauen, doch gehorchen sie mit Recht nicht rationalen Prinzipien; wie es ja überhaupt unangemessen wäre, jedes Element, das sich nicht voll rationalisieren ließe, gegen das Prinzip der Integration auszuspielen. Totalität ist im Gedicht nicht rationales System.
Möglicherweise ist es nicht überflüssig, das noch an einem Beispiel zu erläutern. Die typographischen Lücken lassen sich weder in eindeutige Bedeutung überführen, noch schaffen sie in dem Sinne Freiheit für den Leser, daß er sich nun assoziativem Sinnieren überlassen könnte. Seine Mittätigkeit im Gedicht ist von sehr eigentümlicher Art und sinnvoll nur als Schein. Tatsächlich lassen die typographischen Lücken in Menzels Gedichten dem Leser keine Freiheit, erlauben sie keine Abschweifungen, die konkret würden. Die Freiheit, die sie ihm lassen, erhält das Gedicht voll zurück als rhythmische Energie und als gesteigertes Verlangen nach neuen Wörtern. Die Begierde des von der Sprache plötzlich im Stich gelassenen Subjekts kommt dem neuen Anfang zugute. Der Leser macht die Erfahrung, daß er nichts ist ohne das Gedicht. Die Pausen sind keine Stellen von außen kommender, inhaltsbestimmter Verneinung des Gedichts; in ihnen konstituiert sich vielmehr eine allgemeine Begierde nach konkretem Fortgang, deren Erfüllung nur vom Gedicht erwartet werden kann. Bestimmt sind sie nur in dem unmittelbaren zeitlichen Ausmaß, in welchem das Ich seine Verlassenheit erfährt und einer Leere überführt wird, die auszufüllen es sich dann auf das neue Wort stürzt. Bei Menzel kommt nun oft noch hinzu, daß der Leser in dem neuen Ansatz auch in der schwachen Hoffnung getäuscht wird, durch die seine Erwartung konkret war; er findet, daß ein anderer spricht oder aber daß keiner mehr spricht. Indem Menzel auf einer rudimentären Satzordnung besteht, besteht er auf einer intentionalen Bestimmtheit der Sprache, der die Erfahrung des Lesers entspricht, daß die Wörter von jemandem gesprochen sein könnten. So erscheinen seine Gedichte immer wieder zusammengesetzt aus Zitaten gesprochener Sprache, bei denen das Ich sich nicht gleich bleibt. Dabei werden für das Gedicht Bruchstellen in der beschriebenen Weise entscheidender als die scheinbar eindeutigen Fragmente gesprochener Sprache, die sie als Äußerungen eines möglichen „natürlichen" Subjekts transzendieren.

So bleibt der Gehalt des Gedichts eng verknüpft mit der Spannung, die etwa von einem andichtendem „Bitte" über quasi erzählendes

blühn die Felder. Rüben

und unter dem Druck affektiver Beteiligung an ausgestoßenen Wörtern bis zu jenen Stellen reicht, wo all diese Unterscheidungen hinfällig werden, weil auch der Schein von Natürlichkeit sich verliert in absolut gesetzten, undurchdringlichen Wörtern.

Nun sollte man sich der Poetik eines Gedichts nicht in dem Sinn vollständig ausliefern, daß man auf die Fragestellung verzichtet, die es als unangemessen ablehnt. Deshalb sei zum Schluß noch gegen das Gedicht die Aufmerksamkeit gelenkt auf das Wortmaterial. Aus welcher Sphäre holt Menzel seine Wörter, um sie dem poetischen Prozeß zu unterwerfen? Es fällt auf, daß die Wörter von sich aus nicht die Neutralität mitbringen wie etwa in vielen Gedichten Mallarmées, wo der Vorwand deutlicher sichtbar wird. Es sind nicht belanglose Gegenstände wie bei den Kubisten, die bloß Material sind für die Komposition. Es ist vielleicht das Eigentümlichste an Menzels Gedichten, daß in ihnen das szenisch gebundene „Erlebnisgedicht" aufgehoben erscheint im absoluten Gedicht, und daß im Prozeß der Vermittlung Sinnlichkeit und Reflexion in einem Maß befähigt bleiben, wie es kaum je von Gedichten erreicht wird. Zugleich aber leiden die Gedichte an der Begrenztheit der Erlebnisse, die durchscheinen: Landschaft und Leidenschaft, Reiseerlebnisse bilden das semantische Substrat seiner Gedichte — Natur . . .

Welche geschichtliche Relevanz können diese Gedichte haben? An dieser Stelle muß eingestanden werden, daß das Majakowski-Zitat am Anfang in gewisser Weise mißbraucht wurde. Es ist von ihm nicht im Sinne des ästhetischen Arguments formuliert worden, wie es hier benutzt wurde. Vielleicht nicht ganz ohne Widerspruch fordert Majakowski als Ergänzung jenes irrationalen, poetischen Triebs eine Tendenz oder einen Klassenauftrag. Dabei würde er aber wohl zugestanden haben, daß er Dichter nicht kraft dieses Auftrags geworden sei, sondern kraft seiner Verfügung über die rhythmische Energie der Sprache (wobei Rhythmus hier ein total integrierendes Prinzip meint). Allerdings hätte er diesen Namen ohne die Wertschätzung gebraucht, die den Dichter allen anderen Berufen entrückt. Gebraucht er den Ausdruck Dichter emphatisch, dann meint er jenes Subjekt, das die Fähigkeit hat, den aktuellen Auftrag der Gesellschaft in einem körperlichen expressiven Medium (Rhythmus) zur Geltung zu bringen, wobei von ihm vorausgesetzt wird, daß der Auftrag die Umwandlung in differenzierte lyrische Sprache verträgt bzw. die Mächtigen jene Übersetzung gestatten. Nun ist Majakowski aber offensichtlich im Verlaufe der russischen Entwicklung selbst daran zugrunde gegangen, daß die von ihm als progressive Parolen gedachten Verse, die von der Beziehung eines erregbaren Subjekts zur historischen Wirklichkeit lebenden Wörter, immer mehr zurücktönten als Argumente einer Bürokratie, die sie benutzte, um zu unterdrücken. Majakowski muß sich gegen die Einsicht gewehrt haben, daß Dichten nur noch als ein Akt Sinn haben konnte, der sich gegen die Benutzung der Sprache im Dienst von Unterdrückung richtete. Dabei hätte nämlich Dichtung in dem Maß „bedeutungslos" (abstrakt) werden müssen, als sie sich dem Zugriff der Mächte entziehen wollte, die darauf aus sind, sich ihre Bedeutung als Rechtfertigung von Akten der Unterdrückung anzueignen.

Peter Reus

Vier Texte aus den „Versatzstücken"

oder es greifen mehrere Herren zu mehreren Gegenständen und ein Krieg ereignet sich

Seitengewehre:

Mehrere Herren laufen aufeinander zu. Neben den Rohren ihrer Gewehre haben sie die Seitengewehrmesser aufgepflanzt. Deren Spitzen sind auf die weichen Unterleiber gerichtet. Haben einige Herren einige andere Herren getroffen, dann treten sie mit ihren Füßen nochmal kräftig nach und reißen, schon im Weiterlaufen, die Waffen aus den Herren, um weiteren Herren in derselben Weise zu begegnen.

Sind alle Herren aneinander vorbeigelaufen, so sammeln sich die Ungetroffenen in geringer Entfernung voneinander und stürzen, aus umgekehrter Richtung jetzt, ihren stechenden Seitengewehren nach. Sollten abermals Herren überbleiben, wird dieser Vorgang sooft wiederholt, bis keine Herren mehr sich laufend begegnen können.

●

Spaten:

Treffen sich zwei Herren und schlägt der erste Herr mit dem kurzen Spaten von rechts oben, so pariert der zweite den sausenden rechten Unterarm mit seiner linken Handkante, umfaßt dann den Unterarm.

Jetzt steht der zweite Herr hautnah am ersten, nun hat er eine Kehrtwendung gemacht und des ersten Herren Achselhöhle liegt auf seiner Schulter, dreht sich. Noch enger verbinden sich die beiden Herren, als der zweite die rechte Hand des ersten packt und an sich heranzieht. Nun etwas die Knie gebeugt und rasch den Rumpf nach links gewandt: Geworfen entfernt sich der Körper des ersten Herrn vom zweiten, getroffen von dessen geschliffnem Spatenblatt entfällt der erste Herr dem zweiten.

●

Pistole:

Die Herren kommen einander näher. Dann stehen sie sich gegenüber. Dann tritt der eine ein Schrittchen noch heran, doch hält der andre jetzt eine Pistole, beim Entsichern hat sie geknackt. Und schon haben sich die Hände des einen gestreckt in die blaue Wölbung des Himmels.

Plötzlich steht der eine einen Schritt weiter rechts und schlägt den Schußarm des andren nach oben außen weg. Sofort ist auch des andren rechtes Handgelenk im Griff der linken Hand des einen, der ein Bein jetzt vorwärts setzt, es dem andren stellt.

Der andre sinkt, durchstochen wird die Kehle vom Kampfmesser in der Faust des einen, der andre stürzt zu Boden, der Herr hinterbleibt.

●

Handgranaten:

Auf der Landschaft stehen in ihren Stiefeln die Füße der Herren herum, die einander nicht übersehen können, so viele sind ihrer. Plötzlich wissen die Herren ein Ziel, dem sich ihre Körper zudrehen, der Standort wird zum Ausgangspunkt, die Herren rücken vor, suchen.

Marschierend schauen sie einander nach. Die letzten sehen die Rücken der hintersten, die hintersten die der hinteren, die hinteren aber erkennen kaum noch die in der fernen Mitte, die in der fernen Mitte ahnen nur die vorderen, die vordersten sieht bald niemand.

Doch sehen die letzten zu, daß etwas geschieht, und auch die vordersten versuchen, ein Geschehen zu sichten. Die Landschaft nehmen sie wahr, die grüne, aber nicht die gesuchten Herren in ihr. Sie zeigen einander das Grün. Ihre Arme schwingen, deuten auf Stellen, wo Herren fehlen. Grüne Löcher in der Bildfläche. Da, da und dada, zeigen die Finger. Die Zuschauer in der Reihe hinter ihnen ahmen die Gesten nach, die Bewegung wird übernommen von den folgenden, sie wogt durch alle Reihen, wirbelt noch, als am Ende längst schon die Gesuchten stehen, deren Hände begriffen haben, denn von ihren Wurfhänden sind die Granaten so erfaßt, daß der Sicherungshebel zwischen Daumen und Zeigefinger liegt und der Zeigefinger der andren Hand nur in den Abziehring zu haken braucht, um den Sicherungsstift durch Dreh- und Zugbewegung herauszureißen. Die Zeit läuft, die Gesuchten haben die Sucher gefunden.

Heinrich Fecher

Tip für eine Rede zu versch. Anlaß

Im Namen, als Mitglied, wünschen wir Ihnen, wie sie nun einmal sind, die Verhältnisse, auch weiterhin, tut es uns, ist es mir ein Anliegen, zurückzublicken, im Auftrag, mir ein tiefes Bedürfnis, anläßlich einer Reihe von, Zeichen der Verbundenheit, braucht es alles seine Ordnung, die erfaßt, daß wir uns auf etwas hingewiesen fühlen, an sich eigentliches Eigentum, wollen wir nicht zu vermeidbaren pathetischen Formulierungen greifen, erfüllt uns echtes, sind und vielhundertjährige Maßstäbe Wurzeln, die Unterschiede in der Einstellung zum dargestellten Gegenstand und damit zu Mensch und Welt überhaupt, in neuer Weise, ohne daß künstliche Brücken geschlagen werden, ein Lebensabschnitt eröffnet und schließlich, erinnern wir uns gern an Tätigkeitsbereiche, immer daran denken, mit einem Zwinkern in den Augen, sind wir es uns schuldig, halten wir es so, bewegt und erregt, manche meinen, unsere Situation besonderer Art, gemeinsamem Einverständnis Ausdruck geben, wie es immer sein wird, Anforderungen des Lebens, möchte man sich fragen, Pflicht und Dank, so geht manches überhaupt verhältnismäßig vorbei, soll es uns in gewissen Grenzen, durch alle Widerstände und Einwände hindurch, von innerer Verantwortung, in einer geheimnisvollen Schwangerschaft scheint der Dichter aus mütterlichen, in der heutigen Ordnungs- und Glaubensunsicherheit, dem Schüler das Gefühl der Geborgenheit vermitteln, die dunklen Begierden und Anfälligkeiten erschließen, ein Fenster ins Absolute, Befehlsgebung ist unverzichtbar, im Möglichen sei Freiheit seine disziplinierende Kraft, sind die Unterrichtsgegenstände im Wesentlichen zu durchdringen, von einem neuen Zeitalter sprechen, das angebrochen ist, alle gestrigen Maßstäbe zerbrechen, der Mensch in seiner menschlichen Grundsubstanz, in seiner Grundstruktur auch bleiben was, und sozialer wie politischer, nur durch gemeinsamen Einsatz, stets lebendig, die Integration des Lehrers in seine personale Umwelt, liebe Mitschüler, ist der Grund unserer Zusammenkunft, heute so freundlich, sondern aus Sorge um das Ganze schlechthin jeglicher Größenordnung, täglich mit echter Passion, zu einer harmonischen ausgeglichenen formierten, mit Gemeinschaftsaktionen aller Art, neue Gedanken und Bilder durchsetzen, entwickeln wir Menschen, helfen wir Menschen weiter uns so zu sehen, der Geist die Idee, die uns auf die Beine bringt, kann noch einige Zeit vegetieren, wer seinen Betrieb nicht liebt, nur mit Fleiß und Schweiß, diesen Punkt noch in diesen Bereich hineinstellen, wie die Dinge heute liegen zersetzte Elemente.

Dieser Text ist zusammengelesen u. a. aus dem „Deutschen Sprachspiegel", „Unsere Muttersprache", „Die exemplarische Lehre", „Der fruchtbare Moment im Unterricht", „Orientierung über den Zivilschutz" und Reden auf einem Wirtschaftstag der CDU.

S. D. Sauerbier

Wiener Epiphanie

Der hier steht, fängt in abgeschiedenen Gedankengängen die Flüchtigen und selbst Feuer, nach einem Abstecher ins Weichbild, langem Umherstreifen in unwegsamsten Landstrichen, schwenkt der in diese Art Landschaft ein, erblickt dort die Zielscheibe aller Anwürfe, verweist darauf hin, der wußte, daß er auf der Suche scheitern werde, daß es nicht mehr gelang, sie zur Umkehr zu zwingen, nie mehr gelang. Niemand stützt mich, nichts, und ich selbst, ich selbst, ich vermöchte es nicht mehr, es sei denn, ich verfehlte sie, die mich verlassen haben, davon träumten, mich zu verlassen, sich nicht entschließen konnten, mich zu verlassen. Er sprach es aus und sagte: Das ist verwerflich, und ich will es nicht weiter verfolgen. Ich spüre es selbst, nicht wahr? Warum sollte ich noch sichergehen. Die Glut des Verlangens ist erloschen. Sich und anderem vorbeugend fügte er hinzu: Bei Brandgefahr ist Abschied zu nehmen, die Ruhe zu bewahren, dann die Suche in Gang zu setzen, die zum Ergreifen führen muß, fraglos auch aller Vermeintlichen. Das bedeutet Erlösung den meisten: Sie gehen hinüber, sind nicht zu stellen, zu den Opfern gefallen, die ergriffen, niedergestreckt von einem der Abstecher.
Hier steht, der die abtrünnigen Engel erwartet, in Brand und schlägt Flammen.
Auf eine Frage in der Folge, ob nun nach ernster Mahnung der Stifter von nachfahrenden Erleuchtungen Licht auch auf diese falle, die ihn zeichneten, erwiderte er, den ein Brandmal gleich einer Kokarde ziert, er überlasse es wohlmöglich dem Urteil eines Fragenden, festzustellen, ob das der Fall sein werde, und ergänzte, erst nachdem alle Untiefen dieser überaus abwegigen Gegend ihrer Herkunft sorgfältig abgesichert worden sein könnten, sei auf diese Frage zu antworten: auch auf Fragen, ob Andeutungen zuträfen, er habe in geheimen Absprachen mit seinem Abzug gedroht, falls sich die Abzeichen wandeln sollten, gab er zu bedenken, man könne dem Versprechen von gewissem Erfolg bei der Suche nach den abtrünnigen Stiftern wie dieses Brandes nicht vorgreifen. Denn jedweder, der hier steht, fange gewiß in abgeschiedenen Gedankengängen die Flüchtigen und selbst Feuer.

Günter Guben

Richtlinien für ein gelungnes Puzzle

Fragen Sie die Leute, welches Berges Spitze ihrer Meinung nach am meisten nach Norden weist.
Beantworten Sie jedwede Frage. Lächeln Sie höflich und sagen Sie, man benötige das für eine Statistik.
Benachrichtigen Sie Presse, Rundfunk, Fernsehen und Wochenschau.
Klettern Sie aufs Matterhorn und lassen Sie von seiner Spitze ein vorher gut abgekochtes Goldei fallen.
Berechnen Sie die vermutlich in Erscheinung tretende ballistische Kurve.
Deponieren Sie irgendwo im Fels zwei Pfund Kartoffelsalat, sowie eine russische Uniform aus der Zarenzeit.
Verlassen Sie den Gipfel und begeben Sie sich an den geräumigen Fuß.
Verteilen Sie dreihundert geliehene Trommelrevolver und fordern Sie die herbeigeeilten Menschen auf, Russisches Roulett zu spielen.
Beantworten Sie jedwede Frage. Lächeln Sie höflich und sagen Sie, man müsse das tun für eine Statistik.
Machen Sie sich auf die Suche nach dem goldenen Ei.
Bitten Sie Interpol, sich einzuschalten und Ihnen bei der Suche zu helfen.
Lassen Sie von einem erfahrenen Gletscherpiloten Flugzettel verteilen, auf denen zu lesen steht: Der Finder des goldenen Ei's darf es behalten und essen! Kartoffelsalat und warme Kleidung sind auf dem Gipfel des Bergs in reichlichem Maße kaltgestellt.
Versuchen Sie, sich bei der Suche allmählich unauffällig zu entfernen.
Weisen Sie die Leute auf den Norden hin.
Tauchen Sie stillschweigend unter.
Nehmen Sie einen andren Namen an.
Lassen Sie sich einen Bart wachsen, eine Glatze schneiden oder operieren.
Verkaufen Sie das Ei, das Sie vielleicht gar nicht fallen ließen, und machen Sie sich ein schönes Leben.

Von der Möglichkeit Licht hinter Dinge zu bringen

Mag sein, Sie glauben, was man Ihnen erzählt hat. Mag sein, Ihre Annahme stimmt, aber ich möchte doch ganz entschieden meine Bedenken anmelden; denn weder Sie noch die, die Ihnen alles mitteilten, unter der Hand oder hinter dem Rücken, unter dem Zeichen äußerster Verschwiegenheit, sozusagen vielleicht von Freund zu Freund, von Frau zu Frau oder Mann zu Mann, haben auch nur den kleinsten Beweis für die Richtigkeit Ihrer Information in der Hand.
Zugegeben; man kann aus der Verhaltensweise eines Menschen eine Menge Rückschlüsse ziehen, aus der Art, wie sich jemand kleidet, wie jemand spricht, Rückschlüsse auf das, was er denkt oder fühlt oder tut. Man kann sogar, indem man ihn diese Wahrnehmung zur Kenntnis nehmen läßt, seine Handlungsweise beeinflussen und bis zu einem gewissen Grade steuern. Man hat aber doch dann immer noch den allerletzten Beweis nicht.
Es tauchen Lücken auf, weil man die Beobachtungen nicht kontinuierlich fortsetzen kann, weil es an Zeit mangelt oder an Gelegenheit, weil man in die Intimsphäre des anderen nicht oder nur schwer eindringen kann. Aber selbst dann, unter der Voraussetzung, daß man diese Schritte noch vollziehen kann, schließt sich der Kreis nicht, der zur berechtigten Annahme führt, das, was allgemein erzählt wird, sei bare Münze.
Oh nein! — Ich möchte nicht wissen, ohne Sie jetzt irgendwie vorsätzlich verletzen zu wollen, nicht wahr, wie oft man Ihnen etwas Falsches erzählt hat, nur, weil diejenigen, die Ihnen die Information gaben, ihrerseits falsch unterrichtet waren. Denn das dürfte ja wohl einleuchten, daß zwangsläufig, wenn etwas von Mund zu Mund weitergegeben wird, diese Information einer Akzentverschiebung unterworfen ist, daß laufend etwas überbewertet oder unterbewertet wird, daß in einem Fall etwas dazuersonnen, in einem anderen etwas weggelassen, bewußt vergessen oder nur versehentlich fortgelassen wird, kurzum: die Fabel oder der Inhalt der Mitteilung unterliegt einer konstanten Veränderung, die im Extremfall zur völligen Verstümmelung oder sogar zur gegensätzlichen Behauptung des ursprünglich Auszusagenden führt.
Mit anderen Worten: Ich appelliere an Ihren Verstand, an Ihren Rechtsbegriff, an Ihr Urteilsvermögen, die Dinge zu sehen, wie sie nun einmal sind!
Was mich interessiert ist: aus Ihrem Munde ganz offen zu erfahren, wir sind ja unter uns, ob Sie das wirklich glauben, was man Ihnen so erzählt, ob Sie tatsächlich auch der Meinung sind, obwohl es Ihnen, wie schon gesagt, an Beweisen fehlt, daß ich ein Stehaufmännchen bin, hochschnelle, wenn ich gefragt oder angestoßen werde, und einfach so mir nichts Dir nichts Geschichten erzähle?

Wolfram Menzel

Gedichte Gedichte

Winter die
leichten Zügel

sein trockenes

weil er
— bis weil
die
Leine süß, und
Santi An —

strichen Rätsel uns
unsere

fiel seine

●

kingdom

carry ye
Christ is open
is

greif die Sonne traurig

bunt ihr
Laub
— um schilf
ihr

●

noster et

kämmen sinken

miß
sie tiefe grau

es
unser nobiscum

●

Sonne Achilles
weiß sie
— my field du
keine mehr —
träumt die Falten

daß so
leichte Glocken

and wishes your field is the sky
and is
light
is cindy you
Hufe

●

fohlen
· strahlt
ein fohlen · sattel
pflanzen leder
gin peitsche

●

süße Bäume schnitt
und
lecken — ginocchi Donner
Könige

●

uns
unsere Speichen süß

liegen dir

Fenster spannen sie leicht uns
sieben Jahre Hügel

weißt du,

Penelope trennte

●

Vogel der Zaun ein
leicht schon

springt der
Hals Brücke d'Avignon sur
le

(Zaunkönig)

●

sonne striche
(den ball

vogel sonne
staub
· um spitze

helle (kalte) rauch

sag·sag·sag·sag

(w)was ist los?
• nixi! •

szenen aus einem ereignisreichen leben in verschiedenen posen

von agno stowitsch

puppen: a. s. (1966) foto: g. scherer

„schim schanflang . . .”

ANNA kommt und geht. erst kommt sie, dann geht sie. kommt sie, geht sie. wenn sie gekommen ist, geht sie. kommt also und geht: kommt, geht, kommt, geht.

manchmal geht auch etwas mit.

bein vor bein setzend, fragt ANNA: „kommst du?“

kaum gekommen, ist ANNA schon wieder gegangen.

im nu.

„. . . war das wort”

wo ist ANNA?
ANNA ist im hause!

was tut ANNA?
ANNA liest!

was liest ANNA?
ANNA liest: A-N-N-A!

und so weiter!

- ANNAbaptist
- ANNAbasis
- ANNAbel
- ANNAberg
- ANNAbiose
- ANNAchoret
- ANNAchronismus
- ANNAdyomene
- ANNAgramm
- ANNAhme
- ANNAnke
- ANNAkoluth
- ANNAkonda
- ANNAkreon
- ANNAl
- ANNAlen
- ANNAlog
- ANNAlphabet
- ANNAlyse
- ANNAm
- ANNAmierl
- ANNAmnesis
- ANNAnas
- ANNApäst
- ANNArchie
- ANNAstasius
- ANNAthal
- ANNAthema
- ANNAtol
- ANNAtolien
- ANNAtom
- ANNApher
- ANNAxagoras

„aber das gehört (beiläufig) nicht hier her”

ANNA, die sich bückt, ihren strumpf zu schnüren, entdeckt eine laufmasche in ihrem schuh.

und doch

auf den händen laufen, sagt ANNA, den leuten auf die füße sehen.

keinen wind machen, sagt ANNA, sich in rauch auflösen.

freizeit

„die luft ist wirzig!“ die rechte zeit, sagt ANNA, für eine partie ins grüne.

ANNA zu fuß wird von ANNA auf dem fahrrad überholt. ANNA zu pferde grüßt ANNA auf dem fahrrad mit einem steifen nicken des kopfes. ANNA zu pferde wird von ANNA im auto hinter sich gelassen. während ANNA zu fuß von ANNA auf dem fahrrad überholt wird, winkt ANNA zu pferde ANNA im auto mit einem grünen chiffontuch. ANNA im auto flitzt nur so vorbei. ANNA zu fuß, ANNA auf dem fahrrad und ANNA zu pferde sinken in eine schwarze staubwolke.

erster akt: nein danke

ANNA (ja ANNA) : mesch nescht!
ANNA (kalt) : mesch nescht!
ANNA (kühl) : mesch nescht!
ANNA (frostig) : nä!
ANNA (stumm) : (nä!)
ANNA (steif) : mesch nescht!
ANNA (geht) : belesteschen se mesch nescht!

(Vorhang)

ANNA schneit.

zwischenfall

ANNA hat ein kaufhaus gestohlen. – im verhör verstickt sie sich in tausend widersprüche. ANNA ist bereit, busen zu zahlen. doch damit fährt sie mehr schlecht. ein reporterzwillingsbrüderpaar zeigt keine scheu, auf ANNA einzutreten. so gedrängt war ANNA noch selten.

werden sie, sagt ANNA, nicht gewalttäglich!

dementi

„angefallen“, liest ANNA, „und vergewaltigt“. – „angefallen“, schreibt ANNA, „und etzwas vergewaltigt“.

zweiter akt: anna annonciert

auf ANNAS annonce habe sich gemeldet: ein gymnasiallehrer, ein schusterjunge, ein privatdetektiv, vier köche, ein herrenreiter, ein vermittlungsbüro, ein lottogewinner, zwei heizungsmonteure, ein ornithologe . . . und die pietät wiesel.

ANNA entscheidet sich für alle: aber nicht zugleich, sondern nacheinander, meine herren!

über schneidungen zu vermeiden, hat ANNA folgenden monatsplan ausgeheckt: im

januar : die köche
februar : der schusterjunge
märz : der privatdetektiv
april : das vermittlungsbüro
mai : der ornithologe
juni : der herrenreiter
juli : der lehrer
august : der lottogewinner
undsoweiterundsofort

daneben hält ANNA folgenden wochenplan parat: am

montag : die köche
dienstag : der schusterjunge
mittwoch : der privatdetektiv
donnerstag : das vermittlungsbüro
freitag : der ornithologe
samstag : der herrenreiter
undsoweiterundsofort

erweisen sich monats- und wochenplan (aus welchen gründen auch) als undurchführbar, tritt folgender studenplan in kraft : von

10–11 : die köche
11–12 : der schusterjunge
12–13 : der privatdetektiv
13–14 : (pause)
14–15 : das vermittlungsbüro
15–16 : der ornithologe
16–17 : der herrenreiter, der lehrer
17–18 : der lottogewinner, die heizungsmonteure
undsoweiterundsofort

es gibt aber auch tage, an denen sich ANNA noch knapper fassen muß; hier greift ANNA auf ihren minuten- oder notstandsplan zurück: und zwar

schlag 8 : jetzt heißt es aufgestanden, den kanari gefüttert, angekleidet, ein leichtes zwieback-frühstück genommen, kraft gesammelt, kurz: in die zeitung geblickt, einen blick aus dem fenster geworfen (!), aha (!)
glock 9 : der erste koch
9 uhr 1 : der zweite koch
9 uhr 2 : der dritte koch
9 uhr 3 : der garkoch (der sagt es einem fünften, der fünfte einem sechsten, der sechste einem siebten: undsoweiterundsofort)
10 uhr 4 : der schusterjunge
10 uhr 5 : der privatdetektiv
10 uhr 6 : das vermittlungsbüro
10 uhr 7 : der ornithologe
10 uhr 8 : der herrenreiter
10 uhr 9 : der lehrer
10 uhr 10 : der lottogewinner
10 uhr 11 : der erste heizungsmonteur
10 uhr 12 : der zweite heizungsmonteur
.
.
.

(„das hauptrohr war verstopft!“)
(„ein hartes stück arbeit, meine dame!“)
.
.
.

13 uhr 13 : die pietät

arme ANNA!

ZEIT IST GELD

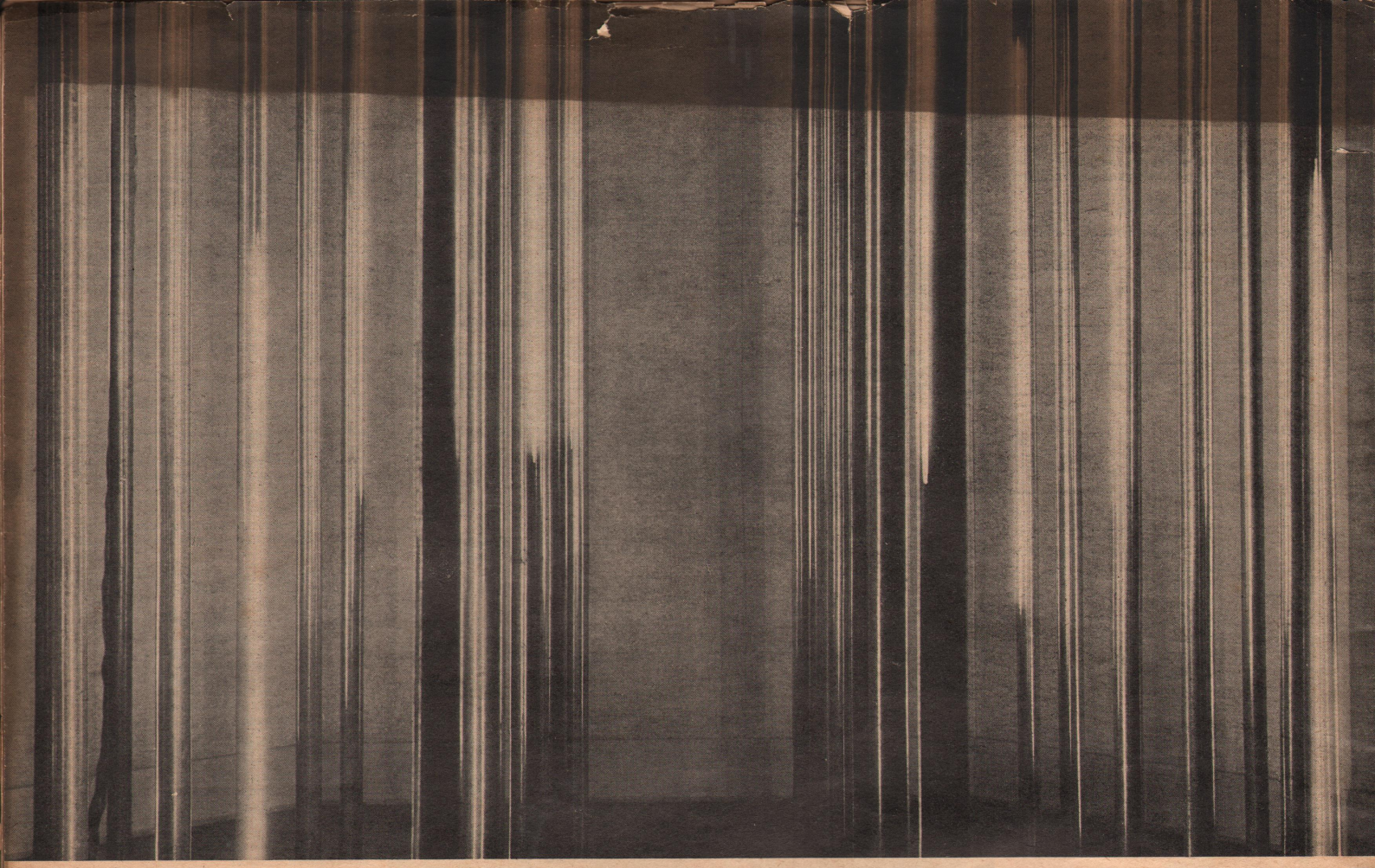
ANNAS traum: ein sekundenplan, dem man mit bloßem auge nicht mehr zu folgen vermag.

finis

ANNA
SAGT
ALSO

ANNA
SAGT
ENDE

(aha!) mehr über mündlich (aha!)



UECKER IN NEW YORK

Diskus 3/1967 APW 1967 (4)

Das Individuum in der Great Society

Wir geben hier eine Rede wieder, die am 12. November 1965 gehalten wurde auf dem Arthur F. Bentley-Seminar über die Great Society, veranstaltet von der Maxwell Graduate School of Citizenship and Public Affairs in der Syracuse University. Wir danken Herrn Professor H. Marcuse und der Zeitschrift Alternatives (herausgegeben von „The Students of the independent Left of the University of California, San Diego) für die Abdruckerlaubnis.
Professor Marcuse läßt mitteilen, er betrachte den Text der Rede, die vor immerhin zwei Jahren gehalten worden ist von der heutigen Situation aus als nicht kritisch genug, weil seither die Lage weit bedrohlicher geworden sei. Dem ist von der deutschen Situation aus nichts hinzuzufügen.
(Aus dem Amerikanischen von Angela Y. Davis und David H. Wittenberg)

Herbert Marcuse

Bevor ich die vorgebliche Funktion des „Individuums" in der „Great Society" untersuche, ist eine kurze Bestimmung (oder eher Neubestimmung) dieser Ausdrücke erforderlich. Ich beabsichtige nämlich so vorzugehen, daß ich die offiziellen und halboffiziellen Ideen und Verlautbarungen über die Great Society in Zusammenhang setze mit ihrer voraussichtlichen Realisierung und mit den herrschenden (politischen, ökonomischen, geistigen) Bedingungen, die die Möglichkeiten ihrer Realisierung bestimmen. Wenn dieser Faktor nicht auf die Idee bezogen wird, bleibt sie bloße Rede, Werbung oder Propaganda – im besten Falle eine Feststellung von Absichten. Es gehört zur Verantwortung des Wissenschaftlers, sie ernstzunehmen, d. h. über die Worte hinauszugehen oder besser noch diesseits der Worte zu bleiben, in der vorgegebenen Welt von Mächten, Kapazitäten, Tendenzen, die ihren Inhalt bestimmen. Ich beginne mit dem Begriff der Great Society wie er von Präsident Johnson dargestellt wurde. Deren wesentliche Punkte können wie folgt zusammengefaßt werden; es ist eine Gesellschaft

- „ungezügelten Wachstums", die auf „Überfluß und Freiheit für alle" gegründet ist und die ein „Ende der Armut und rassischen Unrechts" fordert;
- in der Fortschritt „Diener unserer Bedürfnisse" ist;
- in der Freizeit eine „willkommene Gelegenheit zu gestalten und nachzudenken" ist, „nicht allein den Bedürfnissen des Körpers und den Forderungen des Handels, sondern auch dem Wunsch nach Schönheit und dem Verlangen nach Gemeinschaft" dient.

Diesem Bild geht die Feststellung voraus, daß unsere Gesellschaft ein Ort sein könne, an dem „wir unsere Familien frei vom dunklen Schatten des Krieges und vom Mißtrauen zwischen den Völkern gründen werden". Ihm folgt eine Aufzählung der Bereiche, in denen der Aufbau der Great Society beginnen könnte, namentlich

- Neubau unserer Städte und des Transportsystems zwischen ihnen, in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der ständig anwachsenden Bevölkerung,
- Wiederherstellung der verunreinigten und zerstörten Landschaften, um den „Kontakt mit der Natur" wiederzugewinnen und „America the beautiful" [1] zu beschützen,
- Verbesserung und Ausweitung der Erziehung und des Erziehungswesens.

Und wenn all das getan ist, werden wir nicht das Ende des Kampfes erreicht haben, denn „vor allem ist die Great Society kein sicherer Port, kein Ruheplatz, kein Endziel, keine beendete Arbeit. Sie ist eine ständig erneuerte Herausforderung, die uns aufruft zu einem Geschick, in dem der Sinn unseres Lebens den wunderbaren Produkten unserer Arbeit entspricht".

Lassen Sie mich hier unterbrechen und meinen ersten Einwand vorbringen.

Ich beginne absichtlich mit dem spekulativsten und utopischsten Aspekt, weil hier die grundlegende Richtung des Programms und seine innersten Begrenzungen am besten ersichtlich sind. Zuerst eine kleine stilistische Angelegenheit: den „Produkten unserer Arbeit" soll der Sinn unseres Lebens „entsprechen". Sollte es nicht andersherum sein? In einer freien Gesellschaft wird der Sinn des Lebens durch die freien Individuen bestimmt, die entsprechend die Produkte ihrer Arbeit bestimmen. Die Ausdrucksweise mag an sich diese Interpretation nicht ausschließen, aber im Zusammenhang des Ganzen gewinnt sie besondere Bedeutung. Warum sollte die Great and Free Society **kein** Ruheplatz, **kein** sicherer Port sein? Warum sollte sie eine ständig erneuerte Herausforderung sein? Die Dynamik endlos vorwärtstreibender Produktivität ist nicht die einer friedlichen menschlichen Gesellschaft, in der die Individuen zu sich gekommen sind und ihre eigene Menschlichkeit entfalten. Sie könnten gerade die Herausforderung des Beschützens und Bewahrens eines „sicheren Ports", eines „Ruheplatzes" annehmen, in dem Leben nicht länger mit dem Kampf ums Dasein verbracht wird. Eine solche Gesellschaft mag sehr wohl den Begriff und die Praxis des „ungezügelten Wachstums" ablehnen. Sie könnte sehr wohl ihre technische Kapazität da beschränken, wo sie die Abhängigkeit des Menschen von seinen Werkzeugen und Produkten zu verstärken droht.

Sogar heute, lange vor dem Start auf dem Wege zu einer freien Gesellschaft könnte der Krieg gegen die Armut (war on poverty) statt durch Vermehrung weit wirkungsvoller eher durch eine neue Richtung der Produktion geführt werden, durch die Ausschaltung von Produktivität aus den Bereichen sozial bedingter Verschwendung, geplanten Verschleißes, Rüstung, Werbung, Manipulation. Eine Gesellschaft, die Überfluß und Freiheit in der Dynamik ungezügelten Wachstums und dauernder Herausforderung kuppelt, ist das Ideal eines Systems, das auf der Fortdauer von Mangel gründet. Es fordert mehr und mehr künstlich geschaffenen Mangel, namentlich das Bedürfnis nach immer mehr und immer neuen Überflußgütern. In einem solchen System müssen die Individuen ihr Leben im Kampf ums Dasein, vom Wettbewerb bestimmt, verbringen, um das Bedürfnis nach vermehrten Arbeitsprodukten zu befriedigen und die Arbeitsprodukte müssen vermehrt werden, weil sie mit Profit verkauft werden müssen. Die Profitrate wiederum hängt von der wachsenden Arbeitsproduktivität ab. Das hieße in einer weniger ideologischen Sprache Gesetz der zunehmenden Akkumulation des Kapitals. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Great Society als die stromlinienförmige und verbesserte Fortsetzung der bestehenden nicht so großen Gesellschaft – nachdem sie sich empfindlicher Stellen und Makel erfolgreich entledigt hat. Ihre Geschicklichkeit, das zu schaffen, wird vorausgesetzt. Aber der Wissenschaftler kann diese Voraussetzung nicht ohne genaue Untersuchung hinnehmen: wir verlassen die Spekulation über die Great Society und kehren zum Programm ihres Aufbaues, oder genauer ihrer Vorbereitung innerhalb der bestehenden Gesellschaft zurück.

An erster Stelle steht der Krieg gegen die Armut (war on poverty). Die kritische Literatur darüber ist bereits so umfangreich, daß ich nur kurze Hinweise zu geben brauche. Dieser Krieg wird angeblich von der „Gesellschaft im Überfluß" gegen Armut in der „Gesellschaft im Überfluß" geführt; es könnte sich herausstellen, daß es ein Krieg dieser Gesellschaft gegen sich selbst ist. Der tatsächliche Sieg über die Armut würde entweder Vollbeschäftigung als andauernder Normalzustand des Systems oder Arbeitslosigkeit mit einer für ein angenehmes Leben ausreichenden Unterstützung bedeuten – auch als andauernder Normalzustand des Systems. Beides ist erreichbar mit der technischen Kapazität der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.

Der Begriff „fortgeschrittene Industriegesellschaft" muß nach seinen heutigen Hauptformen unterteilt werden: der kapitalistischen und der sozialistischen. Hier befassen wir uns nur mit jener. Der tatsächliche Sieg über die Armut wird in ihr vereitelt und „unterbunden" durch die herrschenden sozialen Institutionen. Vollbeschäftigung als andauernder Zustand schließt andauernd hohes (und mit der steigenden Produktivität an dauernd steigendes) Niveau der Reallöhne ein, die nicht durch steigende Preise entwertet werden. Das käme einem Absinken der Profitrate unter die für Privatunternehmen tolerierbare Grenze gleich. Vielleicht ist es vorstellbar, daß Vollbeschäftigung erreichbar werde durch eine expandierende Kriegs- oder Verteidigungswirtschaft zusammen mit einer expandierenden Produktion von Schund, status-Symbolen, mit geplantem Verschleiß und parasitären Dienstleistungen.

Selbst wenn man die offensichtliche und präsente Gefahr einer internationalen „Katastrophe" nicht berücksichtigte, würde ein solches System Menschen hervorbringen, von denen man selbst unter Aufbietung aller Phantasie nicht erwarten dürfte, eine freie und menschliche Gesellschaft bilden zu können. Denn der Aufbau einer Great Society hängt von einem „menschlichen" Faktor ab, der kaum im Programm erscheint; vor allem der Existenz von Individuen, die in ihren Haltungen, Zielen und Bedürfnissen qualitativ verschieden sind von denen, die heute erzogen, ausgebildet und entlohnt werden: die zur Erhaltung einer auf permanente Verteidigung mobilisierte und verdrängte Aggression wirkt dem Fortschritt zu höheren Formen von Freiheit und Rationalität entgegen. Freilich bleibt nicht-destruktive Vollbeschäftigung eine reale Möglichkeit: sie erfordert nicht mehr und nicht weniger als eben den im Programm des Präsidenten angedeuteten Aufbau, d. h. den Neubau der Städte, die Wiederherstellung der Landschaften und die Umstellung des Erziehungswesens. Aber eben dieses Programm erfordert die Ausschaltung der partikularen Interessen, die seiner Erfüllung im Wege stehen. Heute umfassen sie Kapital und Arbeit, Stadt- und Gemeindeinteressen, Republikaner und Demokraten. Auf diese mächtigen Interessen stützt sich die heutige Regierung weitgehend.

Die Binsenwahrheit muß wiederholt werden: nicht allein die Größe, sondern auch die ökonomische Basis des Programms ist unvereinbar mit diesen Interessen. Die Transformation der Städte in eine menschliche Umgebung bezieht weit mehr als **slum clearings** mit ein. Sie bezieht die tatsächliche Auflösung der Städte mit ein und den Neubau nach streng durchgesetzten Architekturplänen. Wenn dieser Neubau für die Bevölkerung als Ganzes unternommen würde und nicht nur für diejenigen, die zahlen können, würde er einfach unprofitabel und seine öffentliche Finanzierung würde die Abdankung einiger der mächtigsten Interessengruppen im Lande bedeuten. Es würde zum Beispiel die Einrichtung eines weitgespannten und leistungsfähigen Transportnetzes bedeuten, das private Kraftwagen als hauptsächliche Verkehrsmittel für Geschäft und Freizeit ersetzen würde – damit das Ende der Autoindustrie wie sie jetzt organisiert ist. Die „Verschönerung" der Landschaften würde die streng durchgesetzte Abschaffung aller Reklameflächen, Neonzeichen, die Reduzierung der zahllosen Tankstellen, Straßenbuden, Lärmquellen, etc. einbeziehen, die den verlangten „Kontakt mit der Natur" unmöglich gemacht haben. Generell würde Neubau (und das ist wahrscheinlich am wichtigsten) die Abschaffung allen geplanten Verschleißes erfordern, der zur wesentlichen Stütze des Systems geworden ist, soweit er den notwendigen Umsatz und die **rat race** des Wettbewerbs garantiert.

Collage: Holtfester

In allen diesen Punkten erscheint die Realisierung des Programms als unversöhnbar mit dem Geist der kapitalistischen Wirtschaft, und dieser Widerspruch wird am schlagendsten deutlich in dem Insistieren des Programms auf Schönheit. Hier nehmen die Wörter einen falschen Klang an, die Sprache wird die einer kommerziellen Poesie und es wirkt beinahe wie eine Erleichterung, wenn Mrs. Johnson, die ideologische Sprache fallenlassend, daran geht, die Schönheit als einen ökonomischen Aktivposten zu proklamieren: „Die Reize einer Stadt zu erhalten, ist ein grundlegender ökonomischer Aktivposten, eine Art, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Stadt, die schön ist, erbringt einen hohen Umsatz" (laut Los Angeles Times, 8. 9. 1965).

Ich komme nun zum „menschlichen Faktor" und ich werde das Erziehungswesen behandeln, den dritten Bereich des Neubaues. Wer sind die menschlichen Individuen, die die Great Society bilden sollen?

Sie leben in einer Gesellschaft, in der sie – zum Guten oder Schlechten – einem Apparat unterworfen sind, der, soweit er Produktion, Verteilung und Verbrauch, materielle und geistige Arbeit, Freizeit, Politik und Unterhaltung (**fun**) umfaßt, ihr Alltagsleben, ihre Bedürfnisse und ihr Streben bestimmt. Dieses Leben – privates, soziales, rationales – ist eingeschlossen in einer sehr spezifischen historischen Welt. Die Individuen, die den Großteil der Bevölkerung in der „Gesellschaft im Überfluß" ausmachen, leben in einer Welt permanenter Verteidigung und Aggression. Sie manifestiert sich im Krieg gegen die Vietcong und im Kampf gegen die Neger, im riesigen Netzwerk der Industrien und Dienstleistungsbetriebe, die für das militärische Establishment und seine Zulieferer arbeiten. Sie manifestiert sich auch in der Gewalt, die von Wissenschaft und Technologie freigesetzt und entwickelt worden ist, in „entertainment of terror and fun", das einem gefesselten Publikum zugefügt wird.

(wird fortgesetzt)

Anm. 1: Patriotenlied

politische bücher

Das Recht der faulen Existenz

Theodor W. Adorno: Negative Dialektik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 1966, 406 Seiten, DM 28,—.

Die Logik ist nicht unabhängig vom Inhalt. Angesichts der Tatsache, daß in der Wirklichkeit dem bevorzugten Teil der Menschen billig ist, was dem anderen unerreichbar bleibt, wäre eine unparteiische Logik so parteilich wie das Gesetzbuch, das für alle das gleiche ist.
Heinrich Regius

„Die Formulierung Negative Dialektik verstößt gegen die Überlieferung. Dialektik will bereits bei Platon, daß durchs Denkmittel der Negation ein Positives sich herstelle; die Figur einer Negation der Negation benannte das später prägnant". Indem Hegel schematisch die negierte Negation mit Positivität gleichsetzte, fiel er in das von ihm selbst kritisierte mathematische Denken zurück, dem minus mal minus stets gleich plus gilt. Das Positive, das sich auf der neuen dialektischen Stufe herstellen soll, bleibt — mit Hegels eigenem Ausdruck — abstrakt, weil es nicht der Sache entwächst, sondern einer ihr subjektiv übergestülpten Methode: dem Schematismus der Triplizität. Es bleibt abstrakt, weil seine Unmittelbarkeit die Negativität, durch die sie vermittelt ist, aus sich ausschließt, weil es seine Vermittlung vergißt. Auf jener Negativität aber wäre gerade zu insistieren: erst das brächte die Sache wirklich in Bewegung. Denn sie indiziert den dialektischen Widerspruch, dies, daß die Gegenstände in ihrem Begriff nicht aufgehen, als konkrete, nichtidentische sich seinem Identitätsanspruch widersetzen. Soll dieser Widerspruch ausgetragen, d. h. zugleich: sollen die Gegenstände in ihrer Konkretheit erkannt werden, so wird es unumgänglich, über den Hegelschen Schematismus hinauszugehen, der den Widerspruch, kaum daß er, in der ersten Negation, aufgebrochen ist, durch die zweite sogleich schlichtet. Bei Hegel triumphiert Positivität, also das, was — wie fragwürdig auch immer — ist. *„Demgegenüber hat unbeirrte Negation ihren Ernst daran, daß sie sich nicht zur Sanktionierung des Seienden hergibt. Die Negation der Negation macht diese nicht rückgängig, sondern erweist, daß sie nicht negativ genug war; sonst* bleibt Dialektik . . . am Ende indifferent gegen *das zu Beginn Gesetzte".* Negative Dialektik wäre also allererst genuine, zugleich die bestimmte Negation der traditionellen.

Antitraditionell wie ihr Begriff ist auch ihr Thema: *„Philosophie hat, nach dem geschichtlichen Stande, ihr wahres Interesse dort, wo Hegel, einig mit der Tradition, sein Desinteressement bekundete: beim Begrifflosen, Einzelnen und Besonderen; bei dem, was seit Platon als vergänglich und unerheblich abgefertigt wurde und worauf Hegel das Etikett der faulen Existenz klebte. Ihr Thema wären die von ihr als kontingent zur quantité négligeable degradierten Qualitäten".* Diese Insistenz auf dem mit Adorno Vertrauten nichts Neues: er kennt sie aus manchen früheren Arbeiten. „Essay als Form" etwa heißt es, dieser revoltiere „zumal gegen die seit Platon eingewurzelte Doktrin, das Wechselnde, Ephemere sei der Philosophie unwürdig; gegen jenes alte Unrecht am Vergänglichen, wodurch es im Begriff nochmals verdammt wird". „Der Essay als Form" wird hier nicht ohne Grund angezogen: bedenkt man, daß der Essay Adornos wesentliches Ausdrucksmittel ist, so wird deutlich, wie sehr er dort in eigener Sache redet. Über seine vielzitierte „mikrologische" Verfahrensweise etwa heißt es, der Essay müsse „an einem ausgewählten oder getroffenen partiellen Zug die Totalität aufleuchten lassen, ohne daß diese als gegenwärtig behauptet würde", die Totalität somit „des nicht Totalen, eine, die auch als Form nicht die These der Indentität von Gedanken und Sache behauptet, die sie inhaltlich verwirft". Der Essay wäre danach die adaequate Form, dem „Begrifflosen, Einzelnen und Besonderen" zum Ausdruck zu verhelfen. und es bedarf kaum noch des Hinweises auf den Satz, der Essay sei „dialektischer als die Dialektik dort, wo sie sich selbst vorträgt", um im „Essay als Form" eine frühe Gestalt der „Negativen Dialektik" zu erkennen. Beider Intention ist es, nicht zuletzt, *„der Erklärung der konkreten Verfahrensweise des Autors"* zu dienen; ist diese essavistisch, so wird man auch dort, wo sie sich systematisch expliziert, kein System erwarten dürfen: Adorno spricht, in Analogie zu den aesthetischen Begriffen Antiheld und Antidrama, vom *„Antisystem".* Dies bedeutet konkret, daß die „Negative Dialektik" aus einer Anzahl von Essays besteht, die zwar — gleich anderen philosophischen Arbeiten Adornos — durch die Frontstellung gegen jegliche prima philosophia verbunden sind, im übrigen aber durchaus für sich genommen und beurteilt werden können. Die Disposition ist trichotomisch. Nach einer Einleitung, welche den Begriff der philosophischen Erfahrung exponiert, folgen die Teile I: „Verhältnis zur Ontologie", II: „Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" und III: „Modelle" (mit Exkursen zu Kant, Hegel und zur Metaphysik). Schon diese Einteilung ist problematisch. Ich vermag nicht einzusehen, warum die Explikation des Begriffs einer „negativen Dialektik" mit einer Erörterung der Heideggerschen Ontologie beginnen muß. Gewiß wird diese mit negativ-dialektischen Mitteln kritisiert — aber gerade deshalb wäre der erste Teil als eines der „Modelle" zu betrachten und unter III abzuhandeln. Noch konsequenter erschiene es, wenn Adorno, da auch diese Heidegger-Arbeit Kritik an einer spezifisch deutschen Ideologie übt, sie mit dem „Jargon der Eigentlichkeit" zu einem selbständigen Heidegger-Buch zusammengefaßt hätte. Schließlich geht es im „Jargon" nicht nur um Sprachphysiognomie: sie wird bereits dort auf jenes „ontologische Bedürfnis" transparent, aus dem, zu Recht, in der „Negativen Dialektik" die Fundamentalontologie motiviert wird. Übrigens scheint gerade hier Adorno der Gefahr nicht immer zu entgehen, der er selbst den Gedanken ausgesetzt sieht, welcher sich rückhaltlos an seine Sache verliert: *„Gegens Risiko des Abgleitens ins Beliebige ist der offene Gedanke ungeschützt; nichts verbrieft ihm, ob er hinlänglich mit der Sache sich gesättigt hat, um jenes Risiko zu überstehen".* Vorab die Kritik zentraler Heideggerscher Begriffe wie der der „Seinsvergessenheit" und der „ontologischen Differenz" bewegt sich gelegentlich in erheblicher Distanz zu den Texten. Im Ausdruck „Seinsvergessenheit" — um nur ein Beispiel zu nennen — zittert bei Heidegger nicht die Trauer um etwas nach, das *„dem der Natur sich entringenden Bewußtsein" „zerrann";* er bezeichnet vielmehr konkret (cf. Holzwege 336) „die Vergessenheit des Unterschiedes des Seins zum Seienden", der „ontologischen Differenz" also, welche freilich — das wäre gegen Heidegger einzuwenden — von der traditionellen Philosophie so lange nicht reflektiert werden konnte, als sie an der Substantialität des Seins festhielt. — Solche partiellen Einwände können die prinzipielle Bedeutung dieser Heidegger-Essays freilich nicht schmälern: es finden sich in ihr brillante Passagen, etwa die vier Seiten über die Copula, welche — wiewohl in logischem Sinn nur Moment des Urteils — von Heidegger zum reinen Apriori des Geurteilten, also des Seienden, hypostasiert wird.

Was jedoch dem Buch seinen Rang verleiht, sind die beiden großen Essays „Negative Dialektik. Begriff und Kategorien" sowie „Freiheit. Zur Metakritik der praktischen Vernunft", hinter denen auch die Hegel-Arbeit „Weltgeist und Naturgeschichte" an Gewicht zurücktritt, nebst den meisten „Meditationen zur Metaphysik". Radikaler als je zuvor bei Adorno drängt die Sache zu materialistischen Konsequenzen, so daß es in Zukunft kaum mehr angeht zu sagen, seine Kritik suche „die versagten oder verstellten Bedürfnisbefriedigungen in der Sphäre der Kultur' eher . . . als bei den sogenannten basic needs" (Habermas. Theorie und Praxis 170 f.). Ausgangspunkt ist die Kritik am Idealismus: sein *„proton pseudos . . . seit Fichte war, in der Bewegung der Abstraktion werde man dessen ledig, wovon abstrahiert wird".* Ein Denken, das das zu Denkende aus sich ausschließt, das es mit nichts als sich selbst zu tun hat, widerspricht jedoch seinem eigenen Begriff. Wird das erkannt, *„wird der Anspruch des Subjekts kassiert, es sei das Erste, . . . so ist auch das nach dem Schema der traditionellen Philosophie Sekundäre nicht länger sekundär, im doppelten Sinn untergeordnet".* Freilich vermag Denken, welches, der Unwahrheit am eigenen Identitätsanspruch innegeworden, das Nichtidentische zu erkennen trachtet, dessen nicht in direktem Zuariff habhaft zu werden. Es geht nur durch den Begriff hindurch: *„Die Utopie der Erkenntnis wäre, das Begrifflose mit Begriffen aufzutun, ohne es ihnen gleichzumachen".* Dabei ist zu beachten, daß jenes nicht auf ein qualitätsloses faktisch Gegebenes reduzibel ist, als das es bei Kant erscheint: noch das ist eine aus Subjektivität geborene begriffliche Verstellung, durch die eben Subjektivität triumphiert, kann sie doch nunmehr als das allein Bestimmende, Konstitutive fungieren. *„Die Idee eines konkreten Objekts fällt der Kritik subjektiv-auswendiger Kategorisierung und ihres Korrelats, der Fiktion eines bestimmungslos Faktischen zu".* Das Objekt ist *„kritisch herzustellen"* — gegen seine theoretische Verzerrung durch Erkenntnistheorie wie gegen die reale durch den Warencharakter. Dabei erweist sich jedoch noch der Ausdruck „Objekt" als *„terminologische Maske",* weil er *„das Leibliche vergeistigt durch seine Übersetzung in Erkenntnistheorie".* Ebenso ist es mit der Kategorie „Nichtidentität": noch sie *„gehorcht dem Maß von Identität. Emanzipiert von solchem Maß zeigen die nichtidentischen Momente sich als materiell, oder untrennbar fusioniert mit Materiellem".* Die Empfindung, bei Kant eine Tatsache des Bewußtseins, ist in Wirklichkeit ein Somatisches; Hegels vielzitierter „Schmerz des Negativen", Motor der Dialektik, rührt von physischem Schmerz her. Das reale Leiden ist es gerade, welches die Erkenntnis in Unruhe verhält; *„unglückliches Bewußtsein ist keine verblendete Eitelkeit des Geistes sondern ihm inhärent, die einzige authentische Würde, die er in der Trennung vom Leib empfing".* Es heißt ihn ständig auf die Abschaffung des Leidens hinarbeiten: *„Darum konvergiert das spezifisch Materialistische mit dem Kritischen, mit gesellschaftlich verändernder Praxis".* Nachdrücklich hält Adorno an dem fest, was Horkheimer „kritische Theorie" nannte — worauf er freilich heute nicht mehr recht vertrauen zu können glaubt (cf. Brief an den S. Fischer Verlag vom 3. 6. 1965; Fischer-Almanach 79). Jene denunziere *„falsche Objektivität, den Fetischismus der Begriffe, durch die Reduktion aufs gesellschaftliche Subjekt; falsche Subjektivität, den zuweilen bis zur Unsichtbarkeit verhüllten Anspruch, was ist, sei Geist, durch den Nachweis des Betrugs, seines parasitären Unwesens ebenso wie seiner immanenten Geistfeindschaft".* — Parasität in diesem Sinn ist — wie Adorno im Kant-Essay „Freiheit" zeigt — auch der Anspruch des Willens, rein autonom zu sein: nicht nur *„gehen in die mit Wille und Freiheit designierten Entscheidungen ungezählte Momente der auswendigen, zumal gesellschaftlichen Realität ein"* — auch das empirische Subjekt selbst, das jene Entscheidungen fällt, ist Moment dieser Realität, also der Heteronomie. Die Freiheit, die ihm vindiziert wird, ist ihr genaues Gegenteil: sie ist zuinnerst repressiv, wie schon die Begriffe beweisen, die im Zusammenhang mit dem kategorischen Imperativ, ihrem Instrument, gebraucht werden: Gesetz, Nötigung, Achtung, Pflicht. Reale Freiheit stellt sich gerade durch das her, was nach Kant unfrei macht. Humanität gebietet, der „Heteronomie" zur Herrschaft zu verhelfen, nicht sie zu unterdrücken. *„Nur im ungeschminkt materialistischen Motiv überlebt Moral".* Das zielt zugleich gegen die Objektivation des Geistes, die Kultur. *„Wem gelänge",* heißt es in der 2. Meditation zur Metaphysik, *„auf das sich zu besinnen, was ihm einmal aus den Worten Luderbach und Schweinstiege ansprang, wäre wohl näher am absoluten Wissen als das Hegelsche Kapitel, das es dem Leser verspricht, um es ihm überlegen zu versagen . . . Daß man nicht mehr versteht, was man einmal vorm Wagen des Hundefängers empfand, ist der Triumph der Kultur und deren Mißlingen. Sie kann das Gedächtnis jener Zone nicht dulden . . . Sie perhorresziert den Gestank, weil sie stinkt; weil ihr Palast, wie es an einer großartigen Stelle bei Brecht heißt, gebaut ist aus Hundsscheiße".*

Selten ist seit Marx der Herrschaftsanspruch des Geistes schneidender kritisiert worden.

Kurt Jürgen Huch

Nachbemerkung

Georg Lukács Festschrift, Luchterhand Verlag, Neuwied 1966, herausgegeben von Frank Benseler. 624 Seiten, Leinen DM 68,—, Studienausgabe DM 48,—.

Ich habe mich mitunter gewundert, warum gewisse Essays Georg Lukács' obwohl sie viel Wissenswertes enthalten, doch etwas Unbefriedigendes an sich haben (B.Brecht).

Die Unlust bereitete der Verdacht, Lukács gehe es „um den Genuß allein". Inzwischen hat sich weniger dieser Verdacht als die Diskussion über das politische und literarische Konzept des „kritischen Realismus" einer Streitschrift wert erwiesen, die von Parteiideologen des sozialistischen Realismus herausgebracht worden. Mehr Glückwünsche und weniger Orthodoxie enthielt eine erste Festschrift. Nunmehr zeigt sich aber auch in der neuesten Ehrung das Dilemma, meist kritische Einwände als Bannflüche abgetan zu haben — zum Teil mit Recht — und mit der Vermutung der bloßen „Verlegenheit" derer, die kritisch sein könnten aus der Not, eine tugendhafte Würdigung zusammengebracht zu haben.

Ihm zu Unrecht wurde dem Theoretiker nachposaunt, „Marx der Ästhetik" zu sein (auch Marx zu Unrecht). So stellt sich eine Sammelschrift heute auch als Versuch einer Ehrenrettung dar, die gerade wegen „Zurückweichen" (Brecht) in Klassizität und absolutes Klassenbewußtsein ihn zugleich als den einer Beförderung zur Klassizität nahelegt. Ein kritischer Aufzug hätte den, der sich als „bescheidenen Vorläufer" versteht, vielleicht mehr geehrt. Die Feierlichkeit hat einen Anlaß gegeben, über die Person hinaus, die abweichend von anderen Ehrungen hier stark im Mittelpunkt steht, fast Legende, zu verfolgen, was vom ästhetischen Index relevant geworden sein könnte, den Lukács noch zu fassen meinte, als er schrieb, daß die „Kunst unser geschichtliches Selbstbewußtsein weckt und wachhält".

An den bekannten Verdikten scheint wenig modifiziert worden zu sein. Oft wiederholt auch Lukács' Verurteilung des Expressionismus — sie blieb eminent politisch. Die Einwände Blochs, A. Seghers, B. Brechts zum Beispiel, die meinten, daß viele Momente ernst zu nehmen seien, mehr als Lukács dachte, hindern jetzt auch nicht die Beiträger, ebenfalls einen „erhobenen Zeigefinger" (Brecht) wie Lukács zu benutzen. Zum politischen Problem trifft sicher auch zu angesichts der literarisch gebliebenen expressionistischen anarchischen „Befreiungsakte", daß die Revolution lehren solle, wer den Putsch nicht wolle. Jetzt sieht sogar Lukács' Aktivität expressionistischer aus als die Theorie selbst je hätte erwarten können.

Die fünfziger Jahre hatten noch gezeigt, wie aktuell Lukács werden konnte. Eine mehr als mediokre Streitschrift ließ erkennen, wie das erstrebte Positive und Humane in den Positivismus der Macht entschwand, der es unter anderem zugedacht war. Neuerdings herrscht historisch anmutende Stille. Die politische Problematik einer Verbrüderung von Kunstphilosophie und Politik, bis hin zur Übernahme von Funktionärsposten, legte sich an mit lebensphilosophischen Neigungen zu klassischen Idealen von „Harmonie" und zu „prozeßhafter" Offenheit; diese war gerade auch im Politischen nicht frei von dezisionistischen Zügen — das Problem blieb, was denn nun in Literatur und Politik als humanistisch anzusprechen sei. Oder blieb nur die Frage, ob der Theoretiker als „humanistisch" zu gelten habe? Manch rühmendes Wort legt das nahe. Mittlerweile hat man dem Problem, wo denn das Zuhause zu suchen sei, abgeholfen, indem nicht das sozialistische Lager oder Budapest oder die südwestdeutsche „Philosophieschule, sondern der Luchterhand-Verlag diese Funktion scheints übernommen hat.

Erhellend zur Geschichte der Theorie wirken Beiträge in der Art G. Anders, der seine Notizen zu Döblins „Berlin Alexanderplatz" etwa 1932 schrieb. Dabei erörtert er Punkte, die Lukács meist umgangen hat zu seinen Ungunsten und zugunsten der „schöpferischen Methode", Weltanschauungskritik oft sprachlicher Analyse vorzog um über die „Gestaltung der fetischistisch-erstarrten Erscheinungsformen" sein Urteil zu fällen im Namen des Hegelschen Spruches „das Wahre ist das Ganze". Historisierung in Ästhetik und Gesellschaftskritik wurde Lukács immer mehr zur Sache der Unmittelbarkeit, die ganze Wahrheit der Darstellung des gesellschaftlichen Gesamtprozesses fordert und direktes Aufweisen politischer „Fehler" verlangt. Das Problem liegt weniger, wie viele meinen, die ihn Revisionisten heißen oder ihn davor zu verteidigen wähnen, im Richtig oder Falsch, sondern im Differenzieren der Zusammenhänge. In einzelnen Analysen sprang Lukács oft über den eigenen oder fremden Schatten und ließ die Alternative „weitestgehende Phantastik" und „Darstellung der wesentlichen bewegenden Kräfte" mitsamt der Grundthese, der „Spiegelung der Wirklichkeit" zurück. Die Festschrift bietet nun sehr wenig solcher Besonderheiten, gibt eher noch Faszination wieder; sie geht zweifellos von Schriften aus, die manches Stück Literatur und politische Philosophie heruntergeredet oder als Perspektive gelobt haben. Die Meinung, Nietzsche lenke von der Demokratie ab, haucht diesem einen gewaltigen Atem ein und animierte allzuviele, den poetischen Allotria abzusagen und politischen Biedersinn zu pflegen.

Aufsätze, zur Diskussion geschrieben, werfen zwiespältige Probleme auf. Ein sprachkritischer Ansatz verfängt sich in Ausweitung des Ideologiebegriffs auf „gesamte Praxis und Theorie zur Rechtfertigung des Dominanzanspruchs einer Klasse". Einer der merkwürdigsten Artikel ist der von R. Hochhuth, der seine dankbar aufgenommenen Mißverständnisse zu Äußerungen Adornos, besonders zur Kulturindustrie, meint wiederholen zu müssen. R. Baumgardt gab inzwischen sehr treffende Hinweise dazu, die offenbar ebenso wie andere Einwände in geradezu an Lukács erinnernder Manier noch einmal abgelehnt werden, was die verfehlte Aufregung nicht einleuchtender macht. Fatal wie solche dramatische Ehrengabe politisch noch neben sich selbst steht. Die Aufmerksamkeit, solchermaßen erregt, widerlegt eine alte Bemerkung Hans Mayers, der diesmal in Rhetorik und Propaganda einige Erscheinungen registriert, „Lukács ist seit Anbeginn seiner schriftstellerischen Laufbahn stets fleißiger gelesen als öffentlich gelobt worden". Abgesehen davon, daß mangelndes Lob auch Gründe haben kann, stimmt das Wort heute nicht mehr.

Es ist auch heute nicht damit getan, Lukács etwa zu loben als einen, der zwischen allen Stühlen und Fauteuils sitze, bloß weil er einen Standpunkt hat. Ein Gedanke an die Folgen für theoretische Arbeit, die nicht mehr Geist-Macht Alternativen akzeptiert, wäre nicht verschwendet beim Feiern des Unermüdlichen. Vielleicht stellt sich solche Scheidung und Vereinigung als konstitutiv für die Theorie heraus, die den „Abgrund" sieht, aber „objektive Typenhaftigkeit" sich manifestieren läßt; über diesen Abgrund sinnverlassener Subjekte soll sich eine „Pontonbrücke" spannen, ein Behelf; als einer ihrer Konstrukteure versteht sich Lukács heute auch. Dieser marxistischen Verkehrsregelung entspricht durchaus sein Begriff des „spontanen Materialismus" (in „Die Eigenart des Ästhetischen"), der kantianisch noch einmal Spontaneität beschwörend sich behavioristisch verkleidet. Der formal absolute Anspruch wird deutlich mit der gleichzeitigen Abwertung subjektiven Widerstands. Nur P. Ludz' Beitrag berührt diese Problematik in der Diskussion des Begriffes „demokratische Diktatur"; W. Hofmann kommt dem nahe in „Was ist Stalinismus?"

Wenige haben etwas wie die Unruhe Brechts über die Entwicklung Lukács' vermerkt, als der sagte „Ich kann im Grunde nicht glauben, daß Lukács tatsächlich für realistische Schreibweise nur ein einziges Muster . . . aufstellen will . . .". Brecht spürte den politischen Hemmschuh solchen *Realismus,* der von „von transzendentaler Struktur des gestaltenden Subjekts" vague relativiert in die des Klassenbewußtseins übergangen war.

D. H. Wittenberg

Die Buchhandlung für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10 Gartenstraße 134

Einwände & Vorwände oder: Das Prinzip Hoffnung

DISKUS-Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz Prof. Dr. Walter Rüegg

DISKUS: Magnifizenz, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, deren LVII. Plenarversammlung Sie zu Ihrem neuen Präsidenten gewählt hat, stand in Frankfurt vor einer schwierigen Aufgabe. Wenn wir einmal pauschal resümieren dürfen, so galt es, in vier Arbeitsgruppen einen Teil der am 14. Mai 1966 vom Wissenschaftsrat verabschiedeten „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen" mit koordinierender Absicht umzusetzen in eine Art Handlungsanweisungen für die in der WRK zusammengeschlossenen Universitäten und Hochschulen.

RÜEGG: Handlungsanweisungen kann die Rektorenkonferenz ihren Mitgliedhochschulen nicht erteilen. Sie kann Empfehlungen aussprechen, von denen sie allerdings hofft, daß die Hochschulen, die bei der Willensbildung mitgewirkt haben, diese Empfehlungen dann auch in Handlung umsetzen.

DISKUS: Nun, gemäß der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen „Gliederung der Ausbildungsfunktion der wissenschaftlichen Hochschulen" in ein allgemeinverbindliches Grund-, ein Aufbau- und ein Kontaktstudium stand ersteres zur Debatte, also — mit den Worten des Wissenschaftsrates — „das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt". Diese abschließende Prüfung war Beratungsgegenstand des Arbeitskreises III. Die Arbeitsgruppen I und II erörterten Fragen der Organisation des Grundstudiums.

RÜEGG: Wir haben uns tatsächlich mit der Gestaltung des eigentlichen Studiums beschäftigt und in erster Linie die Anfangsphase, das heißt das Studium in den ersten vier bis fünf Semestern eingehend diskutiert, sowohl im Hinblick auf die organisatorische Gestaltung wie auch im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen, welche eine Neuordnung gerade in dieser Phase mit sich bringen würde.

DISKUS: Uns interessiert zunächst, was wohl auch Gegenstand der Auseinandersetzungen in dem mit von Ihnen geleiteten Arbeitskreis IV, „Personal- und Raumbedarf", war: die unterschiedliche Vorstellung des Wissenschaftsrates und der Kultusministerkonferenz einerseits, andererseits der Rektorenkonferenz und des Hochschulverbandes über die Neugliederung des Lehrkörpers an wissenschaftlichen Hochschulen.

RÜEGG: Die Arbeitsgruppe IV hat sich in keiner Weise mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Gliederung des Lehrkörpers beschäftigt, sondern dieser Gegenstand bildete einen Punkt der Erörterungen in der Plenarversammlung.

DISKUS: Der Wissenschaftsrat und die Kultusministerkonferenz unterteilen dualistisch in Ordinarien und in Nichtordinarien, wobei unter den Nichtordinarien auch die Oberärzte, Oberassistenten, Oberingenieure berücksichtigt werden wie auch die Wissenschaftlichen Assistenten. Demgegenüber ignorieren die Überlegungen der WRK, die ausschließlich den monolithischen Block der Habilitierten ins Auge fassen, diese genannten Gruppen wie überhaupt den nichthabilitierten Mittelbau. Mit welcher Begründung?

RÜEGG: Die Diskussion über die Gliederung des Lehrkörpers, die in der LV. Plenarversammlung in Mannheim geführt worden war, dort aber nicht in Form einer Empfehlung verabschiedet wurde, sondern nur zu einem Arbeitspapier geführt hatte, ging darauf hinaus, daß wir nicht den scharfen Gegensatz zwischen Ordinarien und Extraordinarien neuen Stils einerseits und den Akademischen Räten und Assistenten andererseits haben wollten, sondern eine stärkere Stufung, in der auch die Dozenten die Möglichkeit haben sollten, entweder Akademische Räte zu werden oder die Sicherung des Lebenszeitbeamten zu erhalten, ohne in die Kategorie der Ordinarien oder Extraordinarien hineinzukommen. Diese schon in Mannheim besprochene, aber nicht beschlossene Differenzierung wurde hier in Frankfurt nochmals aufgegriffen und von der Plenarversammlung in einer Entschließung verabschiedet . . .

DISKUS: . . . die jedoch noch nicht veröffentlicht wurde. Der Beamtenstatus der Wissenschaftlichen Räte und Abteilungsleiter war doch schon einmal 1960, und zwar vom Wissenschaftsrat, gefordert worden, der inzwischen — wohl begründetermaßen — davon wieder abgekommen ist. Hat die Arbeitsgruppe IV in ihren internen Beratungen nicht berücksichtigt, daß bislang vorzugsweise der Einsatz von nichthabilitierten Kräften im Grundstudium Gegenstand der Bedarfsüberlegungen war, demgegenüber ein verstärkter Einsatz von Habilitierten nicht erwogen worden ist?

RÜEGG: Der Wissenschaftsrat kennt natürlich auch die Kategorie des nichthabilitierten beamteten Mittelbaus in Form der Akademischen Räte, aber er will die habilitierten Wissenschaftlichen Räte abschaffen.

DISKUS: Er will sie wieder zurückführen in außerplanmäßige Professuren?

RÜEGG: Nein, die außerplanmäßigen Professuren werden dann wahrscheinlich hinfällig werden. Nach seinen Vorstellungen soll es Ordinarien, Extraordinarien neuen Stils, das sind die bisherigen Wissenschaftlichen Räte und Professoren als Abteilungsleiter, geben, und dann soll es gleich zur Kategorie der nichthabilitierten Akademischen Räte gehen, während wir eine bessere Stufung anstreben, damit also auch die Dozenten, die natürlich auch nach wie vor beim Wissenschaftsrat Beamte auf Widerruf bleiben, aber nach einer gewissen Anzahl . . .

DISKUS: . . . nach acht Jahren . . .

RÜEGG: . . . ja, entweder werden sie dann Professoren, Extraordinarien neuen Stils, oder sie scheiden aus. Und da hat die WRK, dem Vorschlag des Hochschulverbandes folgend, beschlossen, sich dafür einzusetzen, daß die Kategorie der Wissenschaftlichen Räte erhalten bleibt. Jetzt haben wir eine ganze Reihe von habilitierten Akademischen Räten.

DISKUS: Die aber meist nicht den Titel „Professor" zu tragen berechtigt sind.

RÜEGG: Nein, das sind sie natürlich nicht. Und nicht nur das, sie haben auch sonst Nachteile. Sie sind nicht Hochschullehrer, sie sind weisungsgebunden und sie stehen damit eigentlich noch viel schärfer unter dem schlagwortartig immer als Ordinarienuniversität bezeichneten Autoritätsverhältnis, während wir auch hier genauso wie beim Kampf ums Hessische Hochschulgesetz den Versuch gemacht haben, diesen Gegensatz etwas aufzulockern.

DISKUS: Das trifft wohl auch zu für die Studienräte im Hochschuldienst, soweit sie nicht habilitiert sind beziehungsweise zu außerplanmäßigen Professoren ernannt wurden?

RÜEGG: Wir haben uns Gedanken gemacht, wie man das beheben kann. Einmal quantitativ, daß man die Zahl so klein wie möglich hält, und zweitens, daß man die Möglichkeit der Durchlässigkeit bei den Studienräten nicht nur schafft, sondern auch direkt mit gewissen Anreizen versieht. Ein Studienrat, der ganz an die Universität abgeordnet wird und sich nicht habilitiert, was er eigentlich tun sollte oder wenigstens tun können müßte, der sollte nach einer bestimmten Zeit an die Schule zurückkehren, aber nicht als abgebrochener Kirchenstuhl, sondern irgendwie befördert; so könnte die früher in Deutschland und jetzt noch immer in Frankreich und in der Schweiz so günstige Durchlässigkeit zwischen Höherer Schule und Universität vielleicht wieder eingeführt und damit der sehr bedauernswerte Gegensatz zwischen Universität und Gymnasien, insbesondere auch was die Statusfrage anbetrifft, etwas aufgelockert werden.

DISKUS: Man kann aber durchaus sagen, daß diese Positionen unterprivilegiert sind, da sie auf der einen Seite keine Rechte haben innerhalb der akademischen Gremien, das heißt keinen Sitz in Fakultäten und keine Stimme und so weiter . . .

RÜEGG: Ganz unterprivilegiert sind sie nicht. Sie haben ihre Vertretung auch in den verschiedenen akademischen Gremien, nach dem Hessischen Hochschulgesetz nämlich die gleiche Vertretung wie die Assistenten. Aber sie haben keine Hochschullehrerrechte, und vor allem haben sie nicht die den Habilitierten zustehende Freiheit der akademischen Lehre und Forschung.

DISKUS: Sie zeigten soeben die Nachteile dieser nichthabilitierten Gruppe in bezug auf die Lehrfreiheit und das Vertretungsrecht auf, ganz zu schweigen von finanziellen Benachteiligungen. Trotzdem scheint man doch gerade diese weniger attraktiven Positionen ausbauen zu wollen und dafür sogar eine Reduktion beim Einsatz von Habilitierten ins Auge gefaßt zu haben. Wie vereinbart sich im übrigen der verstärkte Einsatz von nichthabilitierten Kräften mit der Notwendigkeit, die Wissenschaftlichkeit der Lehrveranstaltungen anzuheben?

RÜEGG: Ich verstehe einen Teil der Frage nicht ganz. Wenn ich recht begriffen habe, so sagten Sie, man habe den Einsatz von habilitierten Kräften in der Anfangsstufe zurückgedämmt, oder?

DISKUS: Ja, man hat doch . . .

RÜEGG: Aber das ist es ja nicht, daß man ihn zurückgedämmt hat, sondern es ist der Mangel an habilitierten Kräften überhaupt, der . . .

DISKUS: Und worauf ist dieser Mangel zurückzuführen?

RÜEGG: Auf den Circulus vitiosus, daß zu wenig habilitierte Kräfte da sind. Infolgedessen müssen die Assistenten, statt die ihnen zustehende Zeit zur wissenschaftlichen Weiterarbeit für ihre eigene Habilitationsschrift auszunützen, sich über Gebühr mit Unterrichtsaufgaben beschäftigen und kommen damit nicht so rasch zur Habilitation, so daß wieder habilitierte Kräfte fehlen.

DISKUS: Den Mangel an Habilitierten führen Sie zurück auf besagten Circulus vitiosus. Wird dieser nicht noch mehr ausgeweitet oder wenigstens eben nur nach unten verlagert, indem Tutoren eingesetzt werden, das heißt, daß Studenten, die an ihrer Dissertation arbeiten, nebenher auch in den Lehrbetrieb eingeschaltet werden sollen? Wird dadurch nicht deren Promotion hinausgezögert?

RÜEGG: Das ist gewiß eine ernsthafte Frage. Sie kann nur befriedigend gelöst werden, wenn das Angebot der zur Verfügung stehenden Tutoren genügend groß ist . . .

DISKUS: Woher kommen die Tutoren des Aufbaustudiums, wenn zuerst das Grundstudium geordnet werden soll; zum Aufbaustudium hat sich die Rektorenkonferenz überhaupt noch nicht geäußert?

RÜEGG: . . . und wenn die Organisation so gut funktioniert, daß der Doktorand nur mit einer minimalen Belastung und mit einer möglichst sinnvollen Belastung in die Lehre eingesetzt wird. Eine gewisse Lehrtätigkeit kann ihm sicher nur nützen, gerade auch, wenn man Bedacht darauf nimmt, daß sie nicht ganz abseitig liegt zu dem, was er sonst betreibt. Dadurch können die Assistenten entlastet werden.

DISKUS: Die Assistenten hätten dann lediglich die Funktion, das Tutorenprogramm zu überwachen, während sie ihrerseits natürlich dem Ordinarius der betreffenden Disziplin oder einem Ordinarius der Fakultät weisungsgebunden sind.

RÜEGG: Ich habe ja die Auffassung, daß der Assistent überhaupt nicht weisungsgebunden sein sollte seinem Ordinarius gegenüber, sondern daß die Assistenten eigentlich im ganzen Seminarsystem Funktionen ausüben und insofern Weisungen unterliegen. Ich stelle mir vor, daß man pro Disziplin einen Habilitierten beauftragt, ein oder zwei Jahre das Tutorenprogramm zu beaufsichtigen.

DISKUS: Den Studiendekan . . .

RÜEGG: Ja, Sie können das Studiendekan nennen. Die Assistenten werden wahrscheinlich kaum die Lehrveranstaltungen tragen können, vielleicht je eine mit zwei Stunden pro Woche.

DISKUS: Die Entschließung des Arbeitskreises I hat es aber als notwendig erachtet, „daß die Assistenten in angemessener Weise an den Lehrveranstaltungen beteiligt werden". „Der Unterricht vor der Zwischenprüfung wird von den Akademischen Räten und Studienräten im Hochschuldienst mitgetragen." Ferner besagt die Entschließung des Arbeitskreises II: „. . . der Mittelbau sollte an der Zwischenprüfung mitwirken". Wenn eine Delegation von Lehr- und Prüfungsaufgaben während der ersten Phase des allgemeinen Grundstudiums erwogen wird, so bedeutet das doch wohl eine Rationalisierung des Universitätsbetriebs, oder nicht?

RÜEGG: Wenn Sie mit „Rationalisierung" Strukturierung meinen, dann bin ich durchaus einverstanden.

DISKUS: Eine solche Strukturierung bedarf natürlich einer rechtlichen Absicherung. Darauf deutet auch die Entschließung des Arbeitskreises I hin, in der es heißt: „Die Zusammenarbeit des am Anfangsstudium eines Faches lehrend beteiligten Personenkreises bedarf einer institutionellen Form. Auf diese Weise wird die verantwortliche Beteiligung des Assistenten und des nichthabilitierten Mittelbaues an der Aufstellung der Studienpläne und an der Durchführung der Prüfung ermöglicht." Wie soll nun diese „institutionelle Form" aussehen, und was bedeutet „verantwortliche Beteiligung"?

RÜEGG: Die verantwortliche Beteiligung wird in erster Linie durch institutionalisierte Assistentenversammlungen erfolgen. Ferner bedeutet Institutionalisierung, daß die Assistenten auch bei den Zwischenprüfungen nicht — wie das jetzt gelegentlich der Fall ist — informell die Zensuren erteilen und dann der Ordinarius die Verantwortung dafür trägt, sondern daß sie mindestens in einem bestimmten Stadium selbst die Verantwortung für die Zensuren tragen. Die Klausuren, die nicht kontrovers sind, bei denen keine ungenügende Zensur gegeben wird, werden vom Assistenten abschließend zensiert. Nur dort, wo das Schicksal des Studenten auf dem Spiel steht, also entweder das weitere Studium oder die Berechtigung, Honnef zu beziehen, soll dies der Ordinarius mit dem Assistenten zusammen verantworten.

DISKUS: Also beispielsweise auch, wenn der Student bei einer Zwischenprüfung durchfällt und nochmals geprüft werden muß, muß beim zweiten Prüfungstermin . . .

RÜEGG: Wenn der Student in der schriftlichen Prüfung durchkommt, dann ist die Sache erledigt. Nur wenn er in der Wiederholungsklausur durchfällt, wird er noch mündlich geprüft. Es soll niemand von der Universität beziehungsweise von seinem Fachstudium ausgeschlossen werden, ohne daß er die Möglichkeit einer mündlichen Prüfung und auch der in der Empfehlung vorgesehenen Beratung durch den Fachvertreter hat.

DISKUS: Es ist also nicht vorgesehen, daß im Rahmen einer Institutionalisierung Vertreter des Mittelbaues mit Sitz und Stimme im Senat, in der Fakultät und anderen relevanten Gremien vertreten sind, wie das in Konstanz beispielgebend der Fall ist?

RÜEGG: In Hessen ist es durchaus vorgesehen.

DISKUS: Bis zu welchem Zeitpunkt werden sich die Universitäten auf die notwendigen Voraussetzungen der Studienreform, die Erweiterung des Mittelbaues und seine rechtlich verankerte, institutionelle Mitbeteiligung eingestellt haben? Heißt es doch in der Entschließung der II. Arbeitsgruppe, „daß die mit der Einführung der Zwischenprüfung erforderliche Intensivierung des akademischen Unterrichts in den ersten vier Semestern einen weiteren personellen und sachlichen Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen voraussetzt".

RÜEGG: Man kann hier nicht von den Hochschulen sprechen, sondern nur von Fachdisziplinen, weil die Verhältnisse vollkommen unterschiedlich liegen. Wir haben in Hessen eine erste Konferenz mit dem Kultusminister gehabt und haben dabei festgestellt, daß die Einführung dieses neugeordneten Anfangsstudiums erstens voraussetzt, daß Zwischenprüfungsordnungen genehmigt werden, dort wo sie noch nicht existieren — zum Beispiel bei den Philosophischen Fakultäten —, daß zweitens bei manchen Fächern entsprechende Erhöhungen des Personalbestandes, sei es durch Einrichtung von Stellen oder mindestens durch Zurverfügungstellen von Sachmitteln zur Einstellung von Angestellten, notwendig sind. Wir können vielleicht mit dem einen oder anderen Programm im Wintersemester 67/68 beginnen, bei anderen wird es bis 1969 dauern.

DISKUS: Das ist die Perspektive für die Hochschulen in Hessen. Kommen wir zurück auf die bundesrepublikanischen Hochschulverhältnisse. Im Hinblick auf sie hat der Wissenschaftsrat — wie bereits erwähnt — die Überlegung angestellt, und die Rektorenkonferenz hat sie übernommen, daß „Studenten des Aufbaustudiums am Unterricht, zum Beispiel in kleinen Gruppen während der Anfangssemester zu beteiligen sind". In welchem Maße wurden hierbei die erheblichen qualitativen Unterschiede berücksichtigt, die bestehen zwischen den Abschlüssen verschiedener Schultypen und den Schulen verschiedener Regionen wie auch aufgrund der schichtspezifischen sozialpsychologischen Voraussetzungen der Studienanfänger. Unsere Frage lautet: Wie können die Divergenzen der Studienanfänger eingeebnet werden, wenn diese Aufgabe den selbst noch im Aufbaustudium stehenden Tutoren zumindest weitgehend überlassen wird, über deren didaktische Fähigkeiten doch starke Zweifel bestehen sollten?

RÜEGG: Gewiß handelt es sich hier um ein hochschuldidaktisches Problem, wie man Anfänger dazu bringen kann, daß sie, was ja der Zweck des Studiums ist, selbst wissenschaftlich zu arbeiten lernen. Eine Einebnung muß, glaube ich, in keinem Fall erfolgen; denn selbst bei gleichartigen Startbedingungen sind zweifellos auch Unterschiede vorhanden. Wir können und wollen doch nicht darauf hinausgehen, einen Einheitsakademiker auszubilden.

DISKUS: Uns will allerdings scheinen, daß die bisherige Praxis der Zwischenprüfungen etwa bei den Medizinern einen solchen „Einheitsakademiker" bezwecken. Die Straffung des Studienganges in der Anfangsphase des Studiums, so heißt es in der Entschließung der Arbeitsgruppe I, werfe die Frage auf, „in welchem Maße individuelle Studiengestaltung mehr und mehr fragwürdig wird". Setzen nicht die Bedingungen der Zwischenprüfung den „Einheitsakademiker" voraus?

RÜEGG: Wir wollen bei der Zwischenprüfung doch nur feststellen, ob der Student zum wissenschaftlichen Weiterstudium befähigt ist aufgrund der Leistungen der ersten vier Semester, und zu diesem Zeitpunkt werden auch selbstverständlich die verschiedenen Startbedingungen berücksichtigt. Das andere Problem ist, inwieweit die Tutoren, die selbst zwar eine Abschlußprüfung schon hinter sich haben sollten, imstande sind, den recht schwierigen Unterricht in den Anfangssemestern mitzutragen. Aber da muß man sicher einen Mittelweg finden zwischen einer reinen Schulausbildung, welche dann quasi durch Hilfslehrer getragen würde, und einem kombinierten Seminarsystem, in dem auch doktorierte Akademiker, also Assistenten oder Akademische Räte und auch gelegentlich — wir hoffen doch sehr bald — Habilitierte aktiv mitwirken.

DISKUS: Ein solcher „Mittelweg" wäre gewiß als Übergangsregelung zu rechtfertigen, würde er nicht die Gefahr in sich bergen, daß er die Verhältnisse verfestigt, deretwegen er beschritten werden muß, daß also eine langfristige Verbesserung der Habilitationsbedingungen hinausgeschoben wird, daß letztlich der Mangel an habilitierten und qualifizierten Lehrkräften nicht mit dem notwendigen Nachdruck behoben wird.

RÜEGG: Wir sind der Meinung, daß, wie aus Ihrer Frage ja hervorgeht, die Wissenschaftlichkeit auch des Anfängerstudiums nur gesichert werden kann, wenn Leute, die am wissenschaftlichen Forschungsprozeß aktiv teilnehmen, zugleich auch den entsprechenden Unterricht erteilen und die Studenten dazu anleiten, selbst wissenschaftlich zu arbeiten. Wir haben uns aus diesem Grunde einmal dagegen gewandt, daß das Anfängerstudium nur dem nichthabilitierten Mittelbau, das heißt einer Kategorie von Lebenszeitbeamten übertragen wird, die zwar in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit noch recht nahe an der Wissenschaft sind, aber doch in der Gefahr stehen, daß, je älter sie werden, sie um so eher auf dem Wissens- und Forschungsstand ihrer Studienzeit zurückbleiben, was ja nicht zu verantworten wäre.

DISKUS: Das wird auch in der Entschließung I zum Ausdruck gebracht, wo es heißt: „Das Studium vor der Zwischenprüfung bedarf der Mitwirkung der Lehrstuhlinhaber in den verschiedenen Formen des Unterrichts." Praktisch soll das darauf hinauslaufen, daß die großen Anfängervorlesungen von den Ordinarien gehalten werden.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Foto: Meisenburg

WRK-Präsident **Professor Dr. Walter Rüegg** im Frankfurter Rektorat: „Nicht mehr Briefträger"

VDS-VERSAMMLUNG

Beschluß - Sachen

Zunächst waren 33 Hochschulen dafür, 30 dagegen. Dann obsiegte die Fronde der 33 mit 222 gegen 78 Stimmen bei 16 Enthaltungen nach einer langen, heißen Debatte. Die 19. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) hatte einen Beschluß gefaßt, dessen Kernsatz lautet: „Die Studentenschaft ist über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus zu verantwortlichem politischem Handeln verpflichtet."

Da aber politisch verantwortliches Handeln unter westdeutschen Studenten eine Beschluß-Sache und nicht selbstverständlich ist, wird trotz des herbeigeführten Konsensus von rund Zweidrittel der studentischen Hochschulvertreter der Meinungsstreit über die politische Verantwortung der Studentenschaften weitergehen. Schon hat der RCDS auf seiner Heidelberger Delegiertenversammlung Einspruch erhoben und das politische Mandat abgelehnt: „Die Ausübung solcher Funktionen ist Sache jedes einzelnen Studenten und privatrechtlicher Studentenvereinigungen."

Gerade weil derart Einwände mit Sicherheit zu erwarten waren und sind, ist das hohe Abstimmungsergebnis für das Politmandat Zeichen des wachsenden Unmuts der Studentenschaftsvertreter über die ihnen mit Gönnergeste zugemutete Rolle von selbstverwalterischen Hagestolzen mit SMV-Erfahrung. Obendrein haben sich die Studentenschaftsvertreter bei ihren Mandanten den zweifelhaften Ruf zugezogen, eine wenig effektive Nebenbürokratie des altehrwürdigen Uni-Apparates geworden zu sein; seiner erwehrt man sich durch Ignorieren, siehe: Beteiligung an Parlamentswahlen.

Eine Befürchtung hemmt derweil weiterhin das politische Engagement: Der unpolitische Student könnte sich noch mehr (geht das?) von den Organen der Studentenschaft distanzieren, und die Vorstellung könnte sich ausbreiten, eine Clique mandatloser Funktionäre ergehe sich im politischen Sandkastenspiel. Im kommenden Semester muß es sich erweisen, ob die VDS-Mitgliederversammlung ein sich alljährlich weiderholendes Springturnier von in der Selbstverwaltung versierten Dressur-Reitern ist.

Vom 26. Juni bis 1. Juli veranstaltet der VDS an allen Universitätsstädten Seminare und Großkundgebungen, in denen die Position der Studentenschaft zur Notstandsgesetzgebung erarbeitet werden soll. Ebenfalls will die gesamte Studentenschaft eine neue „Aktion 1. Juli" starten, wobei die Bundesregierung aufgefordert werden soll, entscheidende Schritte zu einer bundeseinheitlichen Bildungs- und Ausbildungsförderung zu unternehmen.

Die Kritik an der Bundesregierung („Die Behauptung, Bildungspolitik genieße in der Bundesrepublik politische Priorität, ist eine bewußte Täuschung") wurde auf der Mitgliederversammlung des VDS ergänzt durch massive Stellungnahmen an die Adresse des Wissenschaftsrates und der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Zu dem Gutachten des Wissenschaftsrates zur „Neugliederung des Studiums" verabschiedete die Versammlung eine Resolution, wonach die Studenten die Empfehlungen wegen der in ihnen enthaltenen Widersprüche und Inkonsequenzen nicht als Grundlage für eine Studienreform akzeptieren. Die Widersprüche zeigten sich am deutlichsten in dem Bruch zwischen der allgemeinen Bestimmung des Ausbildungsziels und den Begründungen der Einzelmaßnahmen.

Indem der Wissenschaftsrat die isolierten pragmatischen Maßnahmen, die gegenwärtig in der Reformpraxis der Hochschulen dominieren, aufgreife und zu einem System bündele, werde eine wissenschaftspolitische Konzeption entwickelt, die mit den Prinzipien zur Bestimmung der Studienziele unvereinbar sei. Eine Neuordnung des Studiums könne nicht dekretiert, sondern müsse als kontinuierlicher Prozeß gesehen werden, den die öffentliche Diskussion zwischen Lehrenden und Lernenden zu tragen habe.

Die Rektorenkonferenz, die sich im März auf ihrer 57. Plenarversammlung zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates geäußert hatte (siehe Kommentar und DISKUS-Gespräch S. 5), machten die Studentenschaftsvertreter dafür verantwortlich, wenn die weitere Einführung des Numerus clausus nicht verhindert wird. Ein Hindernis für eine schlagkräftige Interessenvertretung der Studenten bilde vielfach auch das Eigenleben der Fachschaften, deren Vertreter zumeist von einer erschreckenden Unkenntnis über die derzeitigen Probleme der studentischen Politik sind.

Die Göttinger VDS-Mitgliederversammlung hatte während ihrer diesjährigen Sitzungen über 100 Beschlüsse verabschiedet. Neuer Vorsitzender des VDS wurde der 25jährige Theologiestudent Hans Joachim Haubold von der Bochumer Ruhr-Universität. Stellvertreter wurden: Gerhard-Wolfgang Schellenberg (Frankfurt/M.), zuständig für Sozialfragen, Otto Herz (Hamburg) für Hochschul- und Studentenfragen, Uwe Spanger (Saarbrücken) für internationale Beziehungen. Kurt Nevermann (Berlin) sitzt dem politischen Ausschuß vor. H. G. B.

●

Ein Wartburgfest auf westdeutschem Boden wollen der Verband Deutscher Studentenschaften und die Deutsche Burschenschaft zur 150. Wiederkehr dieses studentischen Tages in Göttingen vorsehen. (FAZ)

Foto: dpa

LSE - Sit-in: Aufsehen in Fleet Street

LONDON SCHOOL OF ECONOMICS

Blumen für Bloom

Die Chiffre „LSE" steht für einen neuen Herd der Studentenunruhen in einem hochindustrialisierten Land des Westens: die London School of Economics and Political Science. Der Slogan eines Transparents der streikenden Londoner Studenten: „Berkely — 1966, LSE 1967" überschreibt die Tendenz: die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Universitätsbürokratie und ein neuer Proteststil greifen von Amerika auf Europa über. Godula und Stephen Castles, Studenten an der Londoner Wirtschaftsuniversität und mit den dortigen Verhältnissen vertraut, berichten aus London.

Zehn Tage lang wurde die London School of Economics durch ihre Studenten besetzt. Anlaß dieser spontanen Demonstration, die schließlich in einen Kampf um die grundlegenden Rechte der Studenten auslief, waren die willkürlich gegen zwei Studentenvertreter verhängten Sanktionen im Anschluß an eine Auseinandersetzung zwischen den Studenten und der LSE-Direktion. Die Aktionen weiteten sich schnell aus, und alle möglichen Methoden wurden angewendet, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen: Sit-in, Boykott, Hungerstreik und Lobbying.

Englands prominenteste Wirtschaftsuniversität wurde im 19. Jahrhundert als linksliberaler Gegenpol zu der damals in der Lehre herrschenden bürgerlichen Manchester School gegründet und hat heute noch den Ruf, auf beispiellose Weise die freie Lehre in Wirtschaftswissenschaft und Politik zu bewahren. Das LSE-Gebäude liegt außerdem in unmittelbarer Nähe der Fleet Street, dem Zentrum der englischen Tageszeitungen und des Fernsehens. Dieses und weil man in den Unruhen eine Fortsetzung sah zu der Reihe von Konflikten, wie sie an verschiedenen Universitäten in Frankreich, Spanien, den USA und an der FU Berlin schon früher Aufsehen erregt hatten, halfen das Interesse der Öffentlichkeit zu beanspruchen.

Begonnen hat der Kampf an der LSE mit der Ernennung Dr. Walter Adams' als künftigen Rektor der Anstalt. Dr. Adams ist gegenwärtig Rektor an der Universität von Salisbury in Rhodesien und hat nach Informationen der LSE-Studenten die Apartheidspolitik des Smith-Regimes unterstützt. In einem Pamphlet, das am 17. Oktober 1966, einem Montag, erschienen ist und nach 30 Minuten bereits vergriffen war, machten die Studenten die Öffentlichkeit mit der Tätigkeit Dr. Adams' in Rhodesien bekannt. Am darauffolgenden Freitag billigte die Students Union (sie entspricht etwa dem AStA) mit überwiegender Mehrheit einen Antrag, der die Berufung Dr. Adams' ernstlich in Frage stellte; die Students Union hatte sich zur aktiven Opposition verpflichtet, falls Dr. Adams nicht innerhalb von 18 Tagen zufriedenstellend auf die gegen ihn erhobene Kritik antworten würde.

Die Forderung der Students Union quittierte der Court of Govenors (Aufsichtsrat) und der Rektor mit einem Tadel. Es sei nicht Sache der Studenten, zu personellen Fragen der Universität Stellung zu nehmen. Dr. Adams gegenüber wurde versichert, daß er seine politische Haltung auf keinen Fall vor den Studenten zu verteidigen habe und sich damit die Beantwortung des von den Studenten verfaßten Schreibens erübrige. Von diesem Zeitpunkt an hatten die Unruhen an der LSE nicht mehr allein die Berufung von Dr. Adams zum Gegenstand. Für die Studenten ging der Kampf jetzt um die Frage nach der Autorität der Direktion und nach dem Recht der Studenten auf Mitbestimmung in ihren eigenen Angelegenheiten.

Die Studenten hatten sich für ihre Mitbestimmungsrechte entschieden, als sie sich auf dem Wege der direkten Demokratie gegen die Berufung von Dr. Adams ausgesprochen hatten. Die Direktion der LSE versuchte dagegen ihre Machtposition mit allen Mitteln zu verteidigen. Lord Bridges, Vorsitzender des Court of Govenors, griff die Studenten in einem Brief an die „Times" an und betonte, daß eine Antwort von Dr. Adams weder nötig noch wünschenswert sei. Dagegen wurde dem Vorsitzenden der Students Union, David Adelstein, durch Rektor Sir Sidney Caine verboten, ebenfalls in der „Times" Stellung zu nehmen; die Verfassung der LSE stellt dies durchaus in den Kompetenzbereich des Rektors. David Adelstein widersetzte sich dem Verbot. Ein Verweis durch den Disziplinarausschuß (Board of Disciplin) war die Folge. Diese Art Privatgericht der Anstalt steht im krassen Gegensatz zum englischen Rechtssystem, das jedem Verurteilten das Revisionsrecht zuerkennt. Obwohl auch ein institutionalisiertes Schlichtungsverfahren fehlt, war es früher zu keiner ernsthaften Auseinandersetzung über die autoritäre Struktur der LSE gekommen. Die Anstalt zeichnete sich vielmehr durch gute Studienbedingungen und ein hohes akademisches Niveau aus. Beides hat sich inzwischen verändert.

Die Dozenten sind schlecht bezahlt, und gerade weil sie noch zu den besten Wissenschaftlern gehören, nehmen sie außerhalb der Universität als Wirtschaftsberater, in der Forschung oder im Rundfunk Aufgaben wahr und vernachlässigen ihre Lehrtätigkeit. Auch die engen Gebäude der Schule im Geschäftszentrum Londons fassen nicht mehr die wachsende Zahl der Studenten — und so wurde die Forderung nach Mitverwaltung der Studenten nicht zufällig gerade jetzt gestellt.

Die Forderung nach studentischer Mitbestimmung, die von den Londoner Studenten wie von denen in Berkeley und Berlin proklamiert wird, formulierte David Adelstein programmatisch. Das Studium sei nicht mehr ein Privileg der kleinen Minderheit, die Universität kein weltfremder Elfenbeinturm. Zum Studium sei ein zunehmender Teil der Bevölkerung nicht nur berechtigt, sondern es stelle eine gesellschaftliche Notwendigkeit dar. Wie in jeder anderen Sphäre des sozialen Lebens bestehe auch an der Universität das Recht und die Notwendigkeit auf Selbstbestimmung und Mitentscheidung in den eigenen Angelegenheiten. Für die Studenten der LSE heiße das, mitzuentscheiden über die Gestalt der Universität, über die Form der Verwaltung und über die Zusammensetzung des Lehrkörpers, denn sie seien in erster Linie die davon Betroffenen.

Angesichts der Forderung der Studenten nach Mitbestimmung trieb die Auseinandersetzung zwischen der Studentenschaft und der Direktion ihrem Höhepunkt zu. Für den 31. Januar 1967 hatten die Studenten eine Versammlung einberufen, in der sie die Aktionen gegen die Berufung Dr. Adams' beraten wollten. Anderthalb Stunden vor ihrem Beginn verbot Rektor Caine die Versammlung mit der Begründung, sie könne zu Gewalttätigkeiten führen. Damit verletzte der Rektor selbst das liberale Prinzip der Rede- und Versammlungsfreiheit und lieferte den Studenten den eigentlichen Grund ihres Kampfes.

Die fünfhundert Studenten, die sich nichtsahnend vor den Türen des von den Portiers verbarrikadierten Hörsaals eingefunden hatten, waren nicht gewillt, sich der autoritären Maßnahme des Rektors zu beugen, und bahnten sich durch die Reihe der Türhüter den Weg in den Hörsaal. Bei Kerzenschein, da die Direktion die Generalsicherung des Hauses hatte ausschalten lassen, diskutierten sie. Dann traf die Nachricht ein, daß einer der Portiers — der Rektor hatte ihm zuvor angeraten, aufgrund seines Herzleidens nicht an den Aktionen teilzunehmen — einen Herzanfall erlitten hatte und verstorben war. Die Versammlung wurden betreten aufgelöst.

Den Zeitungen, die mit der Autorität sympathisierten, diente dieser Vorfall als willkommener Anlaß, gegen „die unverantwortlichen und gewalttätigen Studenten" zu wettern. Rektor Caine kostete seinen scheinbaren Sieg aus und ließ am Tage des Begräbnisses „des ersten Opfers" das Gebäude der LSE schließen. Die Studenten glaubte er nunmehr endgültig mundtot machen zu können, indem er zu dem Zeitpunkt, da sich die öffentliche Meinung gegen sie richtete, zum Gegenangriff überging.

Vor dem Disziplinarausschuß, dem er selbst angehört, beschuldigte er Marshall Bloom, den Präsidenten der Graduate Students Association, David Adelstein, den Präsidenten der Students Union, und vier andere Studenten wegen Ungehorsams und Anstiftung zum Ungehorsam. Die Studenten, die auf die Nachricht vom Tode des Portiers anfangs mit Bestürzung reagiert hatten, erkannten bald, daß für die Ereignisse vom 31. Januar nicht sie verantwortlich zu machen waren. Sie wollten es nicht zulassen, daß ihre Vertreter für etwas bestraft würden, was sie gemeinsam in spontaner Aktion beschlossen und ausgeführt hatten.

Die Entscheidung fiel am 13. März, einem Montag. Marshall Bloom und David Adelstein wurde es verboten, bis zum Ende des Sommersemesters die Universität zu betreten. Für Bloom hätte das bedeutet, daß er sein während dieser Zeit vorgesehenes Examen nicht würde ablegen können. Die Students Union berief sogleich am Montag eine Sitzung ein und beschloß, die Vorlesungen zu boykottieren und ein Tag-und-Nacht-Sit-in zu veranstalten.

Die Nacht von Montag auf Dienstag verbrachten bereits mehr als zweihundert Studenten bei Bier und Folkmusic auf den Gängen des Universitätsgebäudes. Weder die Aufforderung von Rektor Caine, „vernünftig" zu sein und nach Hause zu gehen, noch seine Drohungen, die Polizei zu Hilfe zu rufen, schüchterten die streikenden Studenten ein. Die Studenten der zweiten Nacht im LSE-Gebäude versuchten, den Kampf zu eskalieren. Am Mittwochmorgen besetzten sie das Connaught House, den Sitz der LSE-Verwaltung, wo die Polizei sie einzeln aus dem Gebäude tragen mußte.

Caine und sein Disziplinarausschuß beantworteten die Aktion mit einer pauschalen Suspendierung aller Teilnehmer. Mehr als hundert Studenten mußten damit rechnen, daß man sie aufgrund von Photos identifizieren und ihnen das Betreten der Universität verbieten würde. Caine's Maßnahme erhöhte jedoch die Solidarität der Studenten, und auch diejenigen, die bislang auf den beinahe ununterbrochen tagenden Sitzungen für Kompromißlösungen plädiert hatten, sahen ein, daß von der anderen Seite kaum ein Entgegenkommen zu erwarten war. Allen Beteiligten wurde es deutlich, daß der Kampf nicht mehr einfach durch eine schnelle Entscheidung des Disziplinarausschusses beendet werden konnte, auch wenn dieser jetzt plötzlich den anfänglich gestellten Forderungen entsprochen hätte.

Die Aktionen hatten es sich inzwischen zum Ziel gemacht, eine neue Verfassung durchzusetzen, um es einer kleinen Clique von autoritären Bürokraten nicht noch in Zukunft möglich zu machen, nach Belieben Studenten von ihrem Studium abzuhalten: „Erst wenn die Studenten selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden dürfen, wird der Konflikt gelöst sein." Die LSE-Studenten begannen sich für eine längere Periode im Universitätsgebäude zu etablieren; sie bildeten einen Organisationsausschuß zur Lebensmittelbeschaffung.

Gleichzeitig erkannten auch die Studenten anderer Universitäten, daß an der LSE eine prinzipielle Frage entschieden wurde. Zahlreiche Lodoner Colleges schickten Vertreter, die ihre Solidarität persönlich erklärten, und aus allen Teilen des Landes trafen Grußbotschaften ein. Großes Echo fand die Nachricht, daß der Verband Deutscher Studentenschaften aus der Bundesrepublik und die Studentenschaft der FU Berlin sich hinter die boykottierenden Studenten der LSE stellten. Am 17. März fand in Londons Straßen eine Solidaritätsdemonstration statt, bei der fast 3 000 Studenten aus allen Teilen Englands teilnahmen. Zum Zeichen der Solidarität trugen die Protestmarschierer blühende Osterglocken. Motto: „Blooms for Bloom".

Die Haltung der Öffentlichkeit den Studenten gegenüber war geteilt. Zahlreiche Dozenten forderten die suspendierten Studenten persönlich auf, an ihren Vorlesungen und Seminaren teilzunehmen. Prominente englische Wissenschaftler spornten die Studenten durch Grußbotschaften zum Weiterkämpfen an. Bertrand Russell und die Witwe des Politologen und früheren Leiters der LSE, Harold J. Laski, unter dem die Schule in den dreißiger Jahren ihre größte Epoche erlebt hatte, solidarisierten sich. Auf der anderen Seite wurde erklärt, daß die Steuerzahler es müde seien zu sehen, wie ihr Geld für Faulenzer und Müßiggänger hinausgeworfen werde, zumal diese — wie als Gerücht verbreitet wurde — nur von ein paar amerikanischen und anderen ausländischen Störenfrieden angeführt werden. (Tatsächlich ist Bloom Amerikaner, und Adelstein war erst vor sechs Jahren aus Südafrika eingewandert.) Angesichts der Vorfälle an der LSE, so argumentierte flugs der stellvertretende Erziehungsminister Howell, sei die Maßnahme der englischen Regierung gerechtfertigt, die Jahresgebühren für ausländische Studenten von 70 Pfund (ca. 800 DM) auf 250 Pfund (ca. 3000 DM) zu erhöhen.

Aber ebenso ungerechtfertigt wie der Vorwurf, die Studenten seien nur von Ausländern angestiftet worden, waren die Versuche der Zeitungen, die Studentenunruhen als linksradikale Umtriebe abzutun. Das Vorgehen der Studenten wurde in direkter demokratischer Aktion beschlossen und mit beispielloser Spontaneität ausgeführt. Es ist auch unwahrscheinlich, daß von dem konservativen Vorsitzenden der Students Union, der David Adelstein abgelöst hatte, eine linke Infiltration hätte ausgehen sollen.

Am Ende des Semesters, knapp zwei Wochen nach Beginn des permanenten Sit-in, war die Direktion wegen der unerbittlichen Haltung der Studenten zu einem Kompromiß bereit. Die beiden Studentenvertreter erhielten die Zusicherung, daß sie, sollten sie sich weiter nichts zuschulden kommen lassen, ab Ende Mai ihr Studium wieder aufnehmen dürfen. Die Suspendierung der anderen Studenten wurde auf eine Buße von 5 Pfund ausgesetzt. Man versprach den Studenten ferner die Bildung eines neuen Disziplinarausschusses, der — so lauten die offiziellen Vorschläge — aus je zwei Vertretern der Verwaltung, des Lehrkörpers und der Studentenschaft bestehen soll und gegen dessen Entscheidungen Berufung eingelegt werden kann.

Trotz der erheblichen Zugeständnisse sind die Studenten noch nicht zufriedengestellt. Ihrer anfänglichen Forderung, die ungerechtfertigte Bestrafung ihrer Vertreter *aufzuheben,* ist der Rektor nicht nachgekommen.

Das Sit-in mußte am Semesterende unterbrochen werden. In den Ferien wurden neue Methoden ausgearbeitet, die zu einem kompromißlosen Sieg führen sollen. Man hat die Errichtung einer „freien Universität" erwogen, in der die Studenten nicht nur ihre Angelegenheiten selbst verwalten, sondern auch eine Reform des Lehrprogramms durchführen können, die nach Ansicht der meisten infolge der jahrzehntelangen Stagnation der Universität notwendig geworden ist. Eine große Anzahl der Dozenten hat sich schon bereitgefunden, an einem solchen Experiment mitzuarbeiten.

Ob die „freie Universität" die einzige Lösung bleibt und das Programm durchführbar ist, hängt sowohl von der Haltung ab, die die LSE-Direktion in Zukunft einnehmen wird, als auch von der Kampfesbereitschaft der Studenten zu Beginn des neuen Semesters. Spontaneität läßt sich nicht planen, man kann nur abwarten.

Godula und Stephen Castels

news
NACHRICHTEN KOMMENTARE

Der IX. IUS-Kongreß findet im April in Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, statt. Der Kongreß der International Union of Students (Prag) war ursprünglich für November vergangenen Jahres geplant. (NSPCI News Features)

Die International Student Conference (ISC) entsendet keine Delegation zu dem im April stattfindenden Kongreß der International Union of Students (IUS). Ihre Haltung begründet die ISC unter Hinweis auf eine von der IUS publizierte Erklärung, in der die Integrität und Politik der in der ISC zusammengeschlossenen nationalen Studentenverbände angegriffen würden. (ESPB-Bulletin)

Der Burschen- und Altherrentag 1967 der Deutschen Burschenschaft und der Vereinigung alter Burschenschafter findet vom 16. — 20. Mai in Landau/Isar statt. (Burschenschaftl. Blätter)

Mehr als 2000 Studienbewerber der Medizin und Zahnmedizin erhalten zu Semesterbeginn einen ablehnenden Bescheid von den Universitäten und Hochschulen, an denen sie sich beworben hatten. (Die Welt)

Affären

007 als Student

Die National Student Association (NSA), mit 1300000 Mitgliedern der größte amerikanische Studentenverband von liberalem Image, ist entlarvt. Das Außenministerium in Washington mußte zugeben, daß seit 1952 bis zum Jahre 1966 die Auslandsarbeit des Nationalen Studentenverbandes zum größten Teil aus Regierungsmitteln durch die amerikanische Zentrale Abwehrorganisation (CIA) unter dem Deckmantel privater Organisationen finanziert worden ist. Die Subventionen sollen in einigen Jahren bis zu 400000 Dollar betragen haben, insgesamt etwa 3 Millionen, erklärte der NSA-Vizepräsident Sterns.
Das in San Francisco erscheinende Nachrichtenmagazin der Neuen Linken, „Ramparts", hat berichtet, daß die amerikanische Abwehr Einfluß auf amerikanische Studentenführer ausgeübt und Studenten zur Spionagetätigkeit im Ausland mißbraucht hat. Die Beziehungen zwischen CIA und NSA waren soweit gediehen, daß der CIA den Studentenverband als „verlängerten Arm der amerikanischen Außenpolitik" behandeln konnte. Verschiedentlich sind ehemalige Funktionäre des Verbandes in Regierungsämtern untergekommen und bekleiden zum Teil wichtige diplomatische Auslandsposten.
Auch ausländische Studenten wurden während ihres Studiums in den USA erpreßt und für Spionagedienste gegen ihr Heimatland mit bis zu 10000 Dollar im Jahr bezahlt. Der Geheimdienst hat für dieses Programm sechs vollbeschäftigte Agenten abgestellt. Sie arbeiten über Tarnorganisationen und Universitätsprofessoren, die mögliche Kadidaten unter den ausländischen Studenten vorschlagen. Die Querverbindungen zwischen dem CIA und der NSA lassen auch einige noble US-Stiftungen zwielichtig erscheinen.
Bekannt wurde, daß eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, die amerikanische Professoren im Ausland vornehmen, zumindest teilweise eher den Sonderinteressen des US-Geheimdienstes dienen. Einer Meldung der „Washington Post" zufolge hat auch die amerikanische Zeitungsgewerkschaft der Journalisten seit 1961 etwa eine Million Dollar vom CIA erhalten. Finanziert wurde auch der Internationale Bund der Freien Gewerkschaften, dem der Deutsche Gewerkschaftsbund angeschlossen ist. Bei dessen Bundesvorstand arbeiteten jahrelang im Auftrag der US-Gewerkschaft AFL sogenannte „Berater".
Insgesamt sind bisher mehr als 40 amerikanische, ausländische und internationale Gewerkschaften, Stiftungen, Flüchtlings-, Rundfunk- und Verlagsorganisationen genannt worden, die vom CIA finanziert und infiltriert worden sind. Inzwischen soll Präsident Johnson den CIA angewiesen haben, alle Zuwendungen an Studentengruppen zu stoppen, doch berichtete unlängst ein Sprecher des Studentenverbandes, der CIA werde die Zahlungen nicht einstellen und habe Mitglieder der NSA, die möglicherweise auf die Verbindung zu ihrem Geldgeber verzichten wollten, unter Druck gesetzt und mit persönlichen Drohungen eingeschüchtert. Allen früheren und gegenwärtigen Funktionären des Verbandes seien Schweigeelde abverlangt worden.
Der ehemalige FU-Student und Journalist Leslie R. Colitt berichtete in der „New York Times" über seine Erfahrungen mit dem CIA in West-Berlin. Das Studentendorf Schlachtensee hätten die amerikanischen Geheimdienstleute als Rekrutierungsfeld für Freizeit-Agenten mißbraucht, vorzüglich zur Anwerbung von Studenten aus den USA und den Entwicklungsländern. Dazu habe der CIA einen engen Kontakt mit der Polizei und Universitätsstellen unterhalten. Der Verband Deutscher Studentenschaften hat inzwischen bei der International Student Conference (ISC) in Leyden/Holland die Suspendierung der NSA als Mitglied dieser Organisation verlangt. Nachdem nunmehr bekannt wurde, daß auch die ISC vom CIA Gelder erhalten hat, will der VDS die Organisation verlassen, sobald geklärt ist, ob deren Politik vom amerikanischen Geheimdienst beeinflußt wurde.

Scharfe Sachen

BONN. 10000 Mark einer steuerbegünstigten Industriespende in Höhe von insgesamt 25000 Mark „für Forschungsaufgaben" disponierte der Rektor einer nordrhein-westfälischen Universität für Sekt, Wein, Spirituosen, alkoholfreie Getränke, Tabak und Lebensmittel. Das kritisierte der nordrhein-westfälische Landesrechnungshof in seinem Prüfungsbericht für das Haushaltsjahr1964, den er jetzt veröffentlichte. Der Rechnungshof nannte diese Art von Disposition „bestimmungswidrig". Wie aus dem Prüfungsbericht ferner hervorgeht, bewilligte das Kultusministerium einem Universitätsprofessor zum Bau eines Einfamilienhauses für 110000 Mark eine Hypothek von 100000 Mark, die mit einem Zins von vier Prozent und einer Tilgungsrate von 1,5 Prozent belastet ist. (Frankfurter Rundschau vom 28. 1. 1967) — Die im Prüfungsbericht getadelte, aber ungenannte Universität wurde nicht von den einheimischen Blättern, sondern von auswärtigen Zeitungen bald ausfindig gemacht. Die Hochschule bekannte sich zu den Sünden der Vergangenheit, indem sie mit einer öffentlichen Rechtfertigung ihr Prestigeschild blankzuwischen suchte: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Der Name des Rektors, unter dessen Ägide finanzielle Mittel zweckentfremdet wurden, steht nicht zum erstenmal im Zielfeuer öffentlicher Kritik: Es ist der Germanist Professor Hugo Moser. (Die Zeit vom 10. 3. 1967)

Blindgänger

BERLIN. Berliner Polizei: Verschwörer planten Bombenanschlag auf US-Vizepräsidenten / Elf Personen in Gewahrsam genommen / „Beweismaterial sichergestellt". — Studenten bestreiten Attentatsplan / Nur Rauchkerzen für Humphrey in Berlin? / Drei Festgenommene frei. — Alle „Verschwörer" freigelassen / Richter: Keine Haftgründe / „Studenten wollten nur Schlagsahne werfen". (Überschriftenfolge der Frankfurter Rundschau vom 6., 7., 8. 4. 1967)

Reformen

Fakultätsstühle besetzt

HAMBURG. Einen Teilerfolg erfocht die Studentenschaft der Hamburger Universität nach siebenjährigem Tauziehen in der Frage der Erweiterung ihrer Mitverwaltungsbefugnisse auf Fakultätsebene. In Anträgen an den akademischen Senat hatte der AStA im Namen der Studentenschaft gefordert: 1. die Beteiligung zweier delegierter Studenten „mit Sitz und Stimme in studentischen Angelegenheiten" an den Fakultätssitzungen, sowie 2. die Einrichtung paritätisch (mit je drei Professoren und Studenten) besetzter Arbeitsgemeinschaften auf Fakultätsebene zur Erörterung grundlegender Fragen der Studienreform. Neben der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät hat auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät beschlossen, zwei delegierten Studenten Sitz und Stimme bei den Fakultätssitzungen zu gewähren. Die Medizinische und die Theologische Fakultät haben den Studenten nur eine beratende Stimme einschließlich Antragsrecht zugestanden. Die Juristische Fakultät gewährt den Studenten ebenfalls nur beratende Stimme, verweigert darüber hinaus sogar das Antragsrecht. Die Philosophische Fakultät stellt es schließlich in das Ermessen des Dekans, Studenten überhaupt zu beteiligen, ohne die Frage des Stimmrechts oder auch nur die Übertragung von Einzelrechten zu klären. Paritätisch besetzte Arbeitsgemeinschaften zwischen Professoren und Studenten sind lediglich in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät beschlossen worden. So dürftig dies Ergebnis anmutet, wird es doch als ein augenfälliger Erfolg für die Studentenschaft in der vorläufig letzten Runde eines siebenjährigen Kampfes gewertet. (VDS-info)

Proteste

Lücke: Hispania felix!

BERLIN. Der AStA der Freien Universität Berlin hat Bundesaußenminister Brandt in einem Schreiben aufgefordert, zu Bemerkungen über Spanien Stellung zu nehmen, die Bundesinnenminister Lücke in einem Rias-Schulfunkgespräch äußerte. Lücke hatte unter anderem erklärt, daß es keine Demokratie gebe, die auf die Dauer ohne Zwei-Parteien-System stabil sei. „Spanien hat bei ganz anderen Verhältnissen das Glück gehabt", zitiert der AStA Lücke, „einer ruhigen demokratischen Entwicklung entgegengeführt zu werden." Diese vor Berliner Schülern vertretene Meinung eines Mitglieds der Bundesregierung, heißt es in dem Schreiben an Brandt, befremde den AStA der Freien Universität um so mehr, als gerade in den letzten Wochen die polizeistaatlichen Verhältnisse in Spanien erneut sichtbar geworden seien. Der AStA sei über die Äußerungen Lükkes deswegen bestürzt, weil dieser wesentlichen Einfluß auf die Notstandsgesetzgebung habe. (Frankfurter Rundschau v. 18. 3. 1967)

Reinigung des Tempels

BERLIN. Im Wilhelm-Weskamp-Haus, dem einzigen katholischen Studentenwohnheim Berlins, forderten die Heimbewohner ein angemessenes Mitspracherecht und die satzungsmäßige Festlegung einer studentischen Mit- und Selbstverwaltung, nachdem der Heimträger, ein im Auftrag des Bischöflichen Ordinariats stehender Verein, „autoritär" „administrative Maßnahmen" dekretiert hatte. Der Vorstand des Wohnheim-Vereins wies die Forderungen der Heimstudenten zurück und teilte daraufhin 26 Bewohnern — darunter sechs mit der Verhandlungsführung beauftragten studentischen Vertretern — mit, daß ihre Mietverträge mit dem 31. März 1967 auslaufen und sie nicht mit einer Verlängerung rechnen können. Noch am Tag der „blauen Briefe" forderten die Heimbewohner in einer Protestversammlung die Aufhebung dieser Anordnung, eine Neuregelung des Aufnahmeverfahrens unter gleichberechtigter Mitbeteiligung der studentischen Vertreter und Tutoren sowie eine paritätische Kommission zur Ausarbeitung einer Satzung. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, beteiligten sich 70 Studenten an einem sechsstündigen Sitzstreik im Bischöflichen Ordinariat. Dem Protest schlossen sich 27 amtierende und ehemalige Sprecher der Studentengemeinde mit der Erklärung an, daß durch die Maßnahmen des Vorstandes „im Widerspruch zur konziliaren Forderung nach Mündigkeit und Laienverantwortung ein aktives Engagement verantwortungslos verhindert wird". Erzbischof Bensch fand sich zu einem Gespräch bereit. Ergebnis: den gekündigten Heimbewohnern wird es erlaubt, an der Abfassung der Satzung teilzunehmen; ihre Mietverträge werden nicht verlängert, denn sie hätten sich „in den Sog der ‚Sport-Streiker' hineinreißen lassen" und bewegten sich „im antikirchlichen Klima" der „Berliner Protestierer". (KDSE-pid/rb)

Samstagspaziergang

BONN. Mit einem nicht anmeldepflichtigen „Samstagspaziergang", zum dem der AStA Bonn aufgerufen hatte, demonstrierten am 11. Februar rund 100 Studenten vor der lybischen Botschaft gegen das Einschreiten der Bonner Polizei und das Verhalten der libyschen Regierung. Libyen verweigert seinen Studenten die Gründung eines Studentenverbandes. Nachdem der Vorstand und einige Mitglieder des illegal gegründeten Verbandes inhaftiert worden sind, protestierten libysche Studenten in London, Brüssel, Kairo und Bonn mit einem Sitzstreik in ihren Botschaften. Die britische und die belgische Polizei machten dem Streik ein Ende, und auch das Bonner Auswärtige Amt gab einem Amtshilfeersuchen der libyschen Regierung statt. In der Nacht auf den 11. Februar drangen 60 Polizisten in die Botschaft ein und nahmen die 40 demonstrierenden Studenten, die keinen Widerstand leisteten, fest. Der AStA Bonn erklärte sich mit den Forderungen der libyschen Kommilitonen solidarisch. V.

Streik auf italienisch

ITALIEN. An allen italienischen Universitäten war am 1. Februar der Vorlesungsbetrieb eingestellt worden. 10000 Professoren, Dozenten und Assistenten sowie die 400000 Studenten hatten einen Generalstreik beschlossen, um ihrer Forderung nach der 1962 geplanten Studienreform, die vor zwei Jahren dem Parlament vorgelegt und über die immer noch nicht entschieden worden ist, Nachdruck zu verleihen. Der Reformentwurf sieht die Bildung von interfakultativen Abteilungen, eine neue Einteilung des Studiengangs und eine Demokratisierung der Universität vor. Unter den Professoren, die bis 4. Februar streikten, sind die Meinungen geteilt: die einen befürworten zwar grundsätzlich eine Reform, nicht jedoch die vorgesehene, die anderen haben sich mit den Studenten solidarisiert, die zusammen mit den Dozenten und Assistenten bis zum 11. Februar dem Vorlesungsbetrieb ferngeblieben sind. (Le Monde/rb)

Aufforderung zur Hexenjagd

GÖTTINGEN. In einem Brief an die indonesische Botschaft in der Bundesrepublik hat der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) Protest gegen den politischen Zwang, dem die rund 1200 indonesischen Studenten in der Bundesrepublik unterworfen werden, eingelegt. In Schreiben der Botschaft an die Studenten werden die Indonesier aufgefordert, ihre Haltung zum Kommunismus bekanntzugeben und Kommilitonen zu denunzieren. (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 3. 1967)

Schergengerichtsbarkeit

SPANIEN. Alle spanischen Universitäten, mit Ausnahme von La Laguna, Oviedo und Saragossa, haben im Februar einen von ihren Studentenvertretern gemeinsam beschlossenen Aufruf zum Generalstreik befolgt. Vorausgegangen waren zahlreiche Unruhen und Demonstrationen (DISKUS 2/67 S. 8), die von der Polizei des Franco-Regimes mit Terrormaßnahmen, Durchsuchungsaktionen und Verhaftungen beantwortet wurden; der Student Raffael Guinaro wurde durch den Terror der Polizeischergen zum Freitod gezwungen. Neben der Schließung der Universität durch die Behörden werden auch von den Rektoren Zwangsmaßnahmen verhängt: der Rektor der Universität Barcelona hat verfügt, daß alle an einem 48stündigem Streik beteiligten Studenten die Immatrikulationsgebühr nochmals zu bezahlen hätten, falls sie nicht „die studentische Disziplinlosigkeit mißbilligen" und „ausdrücklich versprechen", an Studentenstreiks nicht mehr teilzunehmen. Nach dem allgemeinen Generalstreik der Studenten, die sich in ihren Aktionen auch mit den unterdrückten Arbeitern solidarisieren, sind in Madrid, Barcelona und Bilbao weitere Studenten verhaftet worden. Das Madrider Innenministerium hat mitgeteilt, daß die bisher und künftig an Studentendemonstrationen beteiligten Jungakademiker von Militärgerichten abgeurteilt werden. (Le Monde/FAZ/rb)

Beschlüsse

Werkarbeit

Ende März trafen sich in Braunschweig die Mitglieder des Deutschen Studentenwerks e. V. (DSW) zur 18. ordentlichen Versammlung. Dieses Treffen war von der letzten Mitgliederversammlung des DSW in Freiburg eigens beschlossen worden, um die Satzung des Vereins, die seit rund sechs Jahren heftig umstritten ist, endlich zu ändern. Wie in vergangenen Jahren hatte zwischenzeitlich ein von der Mitgliederversammlung eingesetzter Satzungsausschuß getagt.
Obwohl mehrere Studentenwerke unmißverständlich erklärt hatten, sie könnten eine Mitgliedschaft im DSW nicht länger verantworten, falls sie nicht durch das Organ der Mitgliederversammlung stärkere Rechte im Verein erhielten, kam es in Braunschweig nicht zu der erwarteten Satzungsänderung. Daraufhin erklärte der Vorsitzende des Satzungsausschusses, Professor Nerdel, für das Studentenwerk der TU Berlin den Austritt, wozu er vom Senat der Technischen Universität ausdrücklich ermächtigt war. Die meisten Anträge zur Änderung der Satzung kamen durch eine Sperrminorität von Studentenwerken, die durch Geschäftsführer vertreten waren, zu Fall. Aus Protest gegen dieses Verfahren nahmen die Vertreter der Studentenwerke Köln und Marburg schließlich nicht mehr an den Abstimmungen teil.
Das im DSW besonders heikle Problem der Beteiligung von Westdeutscher Rektorenkonferenz (WRK) und des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) an der Willensbildung im DSW wurde gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mitgliederversammlung und des Satzungsausschusses wie auch der Spitzen der betroffenen Institutionen selbst durch Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Studentenwerkes elegant gelöst: Der Präsident der WRK und der Vorsitzende des VDS wurden — entsprechend der Übung vergangener Jahre — zu der Mitgliederversammlung überhaupt nicht eingeladen. -Sb-

Frankfurt a. M., Goethestraße 1 (am Goetheplatz), Telefon: 23633 und 25246

Fachbücher aus allen Gebieten: Jura, Wirtschaftswissenschaft, Technik, Medizin, Naturwissenschaften

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Das FERN-REPETITORIUM (FOTH) für Juristen ist seit mehr als 35 Jahren das anerkannte Mittel der erfolgreichen Examensvorbereitung. Probeheft B kostenfrei.

MÜLLER - ALBRECHTS - VERLAG, 4 Düsseldorf-Wittlaer

Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt . . . Diskus in Frankfurt

kleine chronik

Schmutzige Art

An der Universität Frankfurt gibt es ein „Soziologen Informationsbulletin", herausgegeben von den Soziologen der WiSo-Fakultät. Die Pointe: man gibt Geld aus, um mit dem DISKUS Händel zu suchen, weil er Geld kostet. Dieses Geld nun werde „in besonders schmutziger Art und Weise" ausgegeben. Zum Beispiel für Illustrationen, die „unwillkürlich Assoziationen" aufdrängen. Daß die Herausgeber nicht eine Nummer „sich leisteten", sondern das, was die Redaktion macht, verantworten, daß die Studentenschaft nur zu einem Teil den DISKUS finanziert, daß einer „demokratischen Spielregel folgend" „Grundsatzinteressen — wenn vielleicht auch nur eines Teiles — der Studentenschaft" respektiert werden sollen, und damit die „Freiheit der Meinungsäußerung" — was hier gar nicht vorlag — als Aufruf zu einer schäbigen Zensur mißbraucht wird, könnte nur die dümmste Form des Unbehagens an einer kritischen Zeitung sein. Welche Freude solche „Verteidiger" des Christentums an „besonders schmutziger Art und Weise" haben, so daß kritische Darstellung sie treffen muß, zeigen zwei Seiten ihres „Bulletin" (Nr. 2), auf denen man sich ausbreitet in kindisch analer Begeisterung über einen Exkrement-Fund auf dem Universitäts-Fasching; noch weiter gehen diese Helden, wenn sie eine *Zensur* annehmen und gegen die Emanzipation der Frau einen dummen Witz reißen. Diese Anal-Christen sind erreichbar über das Seminar für Gesellschaftslehre.

Bildungsforschung

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat den Studiengang von 2000 Studenten der Universitäten Berlin, Bonn und Frankfurt untersucht.

Das Ergebnis erschien als Nr. 6 der Schriftenreihe des Institutes unter dem Titel „Studienweg und Studienerfolg", bearbeitet von Gerhard Kath, Christoph Oehler und Roland Reichwein. Die Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der Effektivität eines heutigen Studiums.

Nach 16 Semestern hatten ¾ der Theologen, Mediziner und Juristen ihre Abschlußprüfung abgelegt, unter den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern waren es rund 60 %, von den phil. Fächern nur etwas mehr als ⅓. Die verschiedenen Einflüsse auf das Studium wie die Herkunft der Studenten, der Studienwechsel, Heirat, Werkarbeit, wurden eingehend dargestellt. Die Autoren bemerken, daß eine künftige Hochschulreform sich nicht auf äußere Symptome beschränken darf, sondern eine eingehende Beratung der Studierenden sowie eine ausgedehnte Hochschuldidaktik notwendig sind.

Goethe-Tourismus

Abschreckend für Wissenschaftler ist die Lage des Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt/M. Die Stadt kürzte den Zuschuß um etwa ein Fünftel; der U-Bahnbau verstellt den Weg zum Goethehaus, in dem ein Eldorado von 100 000 Bänden, 20 000 Handschriften, 14 000 graphischen Blättern und 400 Gemälden der Goethe-Zeit geschaffen worden ist. Die Touristen, einzige Hoffnung der darbenden Forscher, werden vermehrt ihren Goethe suchen müssen und werden ihn nicht finden. Da man bisher konsequent in den touristischen Ausbau investiert hat und ein geräumiges Museum der „Goethe-Zeit" eingerichtet hat, könnte vielleicht Tourismus und Wissenschaft neuartig verbunden werden, indem die Touristen durch die wissenschaftliche Abteilung umgeleitet werden. Die Bücher werden farbenfreudig angestrichen, die Handschriften können von Hand zu Hand gehen und eine akademische Cocktailparty löst die andere ab. Goethe ist am 22. März 1832 gestorben. Tatsächlich. Lebt die Wisssenschaft davon?

Gewähltes

Am 23. 2. trat das neugewählte Studentenparlament zusammen. Es wurde bald deutlich, daß sich durch die Fachschaftsvertreter die Stimmgewichte der Listen etwas verschoben haben. Die AS verstärkte ihre Position von acht auf zehn Sitze; den stärksten Gewinn jedoch hatte die AGH (GEW-HSU), die drei der sechs Fachschaftssitze erringen konnte. Da seit der Parlamentswahl eine Kandidatin der LUM dem SDS beigetreten ist, haben sich folgende Gruppen ergeben: von 28 Sitzen erhielten die AS 10, AGH 5, SDS 4, die übrigen Gruppen (AdM, AHP, LSD, LUM, SFP, SHB, USL) je ein oder zwei Sitze. Da zu den diversen Wahlen (AStA, Parlamentspräsidium etc.) 15 Stimmen erforderlich sind, konnte eine Koalition nur entweder mit der AS oder dem SDS gebildet werden. Hierdurch waren AdM und AHP von vornherein durch ihr Wahlprogramm festgelegt. Zünglein an der Waage spielte die USL. Die Koalition AS, AdM, AHP, USL wählte folgendermaßen: AStA: S. Peters (Vorsitzender), R. Heller (Finanzreferent), M. H. Wolf (stv. Vorsitzender), Ältestenrat: H. Wolf (AStA-Vors. 1961/62), D. Thelen (Parlamentspräsident 1964) und C.-M. Ringel (Parlamentspräsident 1966); Parlamentspräsident wurde V. Arneth, sein Vertreter W. Schöneberger. Bei der Wahl zum Haushaltsausschuß gab es eine Kontroverse zwischen dem AStA-Chef Peters und SDS-Fraktionsführer Heik. Daß Heik eine Kandidatur ablehnte, bezeichnete Peters als Schikane. Bei der Abstimmung, ob über diese Äußerung diskutiert werden solle, machten sich einige als Öffentlichkeit anwesende SDS-Mitglieder so lautstark bemerkbar, daß der neugewählte Parlamentspräsident einen Grund zum Abbruch der Sitzung fand. Das Erfreuliche an dieser Sitzung war zweifelsohne, daß seit Jahren wieder einmal alle Parlamentarier anwesend waren, und daß die Öffentlichkeit wieder ein großes Interesse zeigte. Ob von diesem Parlament andere erfreuliche Dinge als Äußerlichkeiten zu berichten sein werden, bleibt abzuwarten. ar

kurz notiert

Grad gemessen

Das Theater sei kultureller Gradmesser einer Stadt, hat Oberbürgermeister Brundert gesagt. Was im DISKUS wohl zuerst gesagt worden war, ist nun wohl auch ohne seine Randbemerkungen durchgedrungen; das Theater ist seit geraumer Zeit alles andere als ein kultureller Gradmesser (was immer das sein mag). Im Oktober letzten Jahres hat Buckwitz in einer Rede, bestätigend geradezu, „schließlich das Bild eines immer nur sich anpassenden Intendanten entworfen" (FR 20. 10. 1966). Neuerdings wird das Theater wieder unterhaltsam, da die Stadt auf der Suche nach einem Intendanten ist.

Programmatisch

Filme kann man nicht nur sehen, sondern in Ruhe anschauen bei den Vorführungen der Filmwissenschaftlichen Gesellschaft e.V. Frankfurt/M. Der Name sollte nicht abschrecken, denn es geht weder „akademisch" noch gemütvoll zu. Solch eine Vereinigung ist eine Ergänzung zum Filmstudio, das jedenfalls diese Filme (z. B. I Basilischi, De minder gelukkige Terugkeer . . .) nicht zeigt; auch wohl sein Programm anders zusammenstellt. Es handelt sich um eine Art Filmclub, dem man beitreten kann. Da Frankfurt quasi kein Theater hat, sei der Besuch der Filmveranstaltungen angelegentlich empfohlen.

Germanistischer Charme

Ein Vortrag, der allein dadurch, daß er gehalten wird, Bedeutung gewinnt, wird nicht alle Tage gehalten. Madame Marthe Robert sprach im Institut für Sozialforschung über Kafka in Frankreich. Eine so charmante und kluge Vertreterin französischer Germanistik (und gute Übersetzerin zugleich) zu hören, ist nicht oft möglich. Ihr Vortrag, der in einem Heft der Literaturzeitschrift „Akzente" in den wichtigsten Zügen abgedruckt worden war, überraschte zwar auch durch nochmalige Wiedergabe, doch ebenso durch das, was er enthielt. Je nun, solche Vorträge zeichnen sich eben durch Haltung aus und Rede. Was keine Vorhaltung zu sein braucht.

Wenig anziehend

Kunst in Frankfurt wird so behandelt, als ob man kein Geld hätte. Das stimmt. Aber muß man die Kunst, die da ist, so behandeln, als ob sie keine wäre? Das Städelsche Kunstinstitut, das durch kurze Öffnungszeiten, seine Statuten und eine Ausstellung einiger Erwerbungen des Kupferstichkabinett darauf hinweist, wieviel in diesem (kaum zu Besichtigendem) gehortet worden ist, bemüht sich, die gezeigten graphischen Arbeiten durch besonders häßliche Katalogisierung und Rahmen wenig anziehend zu machen. Geldmangel als Kunstmangel macht sich speziell in den ausgestellten Erwerbungen aus neuerer Zeit bemerkbar. Die Ausstellung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese und andere Arbeiten auch gesondert zu sehen sind. Da das Städel wohl nichts mehr in nächster Zeit wird anschaffen können, besteht Gelegenheit, einmal das Vorhandene anzuschauen.

Seelentat

Gemälde entlarvte Sonntagsmaler als **Mörder.** Das Opfer verdorrte im Ofen — Ein Aquarell hat den Sonntagsmaler K. H. (30) aus Göttingen in der Schweiz als Mörder überführt. Der Mann hatte sich die grauenhafte Tat „von der Seele gemalt". (Bild-Zeitung, Frankfurter Ausgabe 29. 3. 1967) Das kommt von so was. Mit Kultur ist nicht zu spaßen.

personalien

Hansjürgen Rosenbauer, Mitbegründer und Texter des Frankfurter Studentenkabaretts „Die Freimauler", der ab Heft 4/1967 im DISKUS als Lokalmitarbeiter fungieren wird, überraschte seine Freunde und Bekannten mit Heiratsanzeigen aus Amerikas Metropole New York. ‚Rosi', der im Sommer-Semester das letzte Programm der „Freimauler" mitauflegen wird, möchte beim DISKUS seine vor Jahren begonnene publizistische Laufbahn weiterführen.

G. W. Schellenberg, frisch gekürter VDS-Vize, verleitete seine neuen Mitarbeiter zu ungesetzlichem Tun. Gemeinsam stibitzten sie Frankfurts AStA-Maskottchen, das Nilpferd Wolfgang. Dummerweise ließ Schellenberg das edle Tier bei einer Kurzvisite in Prag stehen. So besteht die Hoffnung, daß „Wolfgang" beim nächsten CSSR-Austausch des AStA „heim ins Reich" kommt.

Reinhold Heller, neuer AStA-Finanzer, der auf der 19. o. MV des VDS spontan zum Vorsitzenden des Fachverbandes Frohsinn gewählt wurde, holt sich alle 14 Tage Rat und Beistand bei Hartmut Rotter, AStA-Chef 1960/61. Zu dieser Gehirnwäsche durch seinen Verbindungsbruder fährt er extra von Frankfurt nach Köln.

Karin Rausch, Ex-AStA-Innenbossin, wurde vor den Kassenbeirat zitiert, um sich wegen der an sie bezahlten Aufwandsentschädigung zu Beginn ihrer Amtszeit und der Q. L.-AE zu rechtfertigen. Gegen K. Rausch lagen diesbezügliche Anträge aus der Studentenschaft vor. Nachdem K. Rausch zu einer Rückzahlung von DM 400,— aufgefordert worden war (Begründung: die volle AE scheint nicht gerechtfertigt zu sein) — mit 14tägiger Bedenkzeit — und sie sich einverstanden erklärt hatte, beantragte sie drei Wochen später in aller Eile ihre Exmatrikulation, um nach Lausanne — studienhalber — weiterzuziehen, allerdings nicht ohne sich vorher noch schnell von Exfinanzer Ingo Mees ihre AE für Februar (DM 220,—) anweisen zu lassen. Die DM 400,— fragen sie? Die wird die Studentenschaft wohl bei „Werbeunkosten" buchen müssen!

Reinhard Buhlert, Alt-Pkw-Referent und angeblicher Kfz-Sachverständiger des AStA brauchte bei einem AStA-Betriebsausflug mehrere Stunden und verlor dabei mehrere Wetten, bis er bemerkte, daß die Zündung des VW-Busses unterbrochen war.
Nicht genug damit: die Prüfer kürzten dazu auch noch seine Aufwandsentschädigung — sie monierten auch die überaus zahlreichen Kilometer, die Buhlert auf Kosten des AStA abgefahren hat. Aufmerksamkeit erregte unter anderem eine Strecke von 61 km, die Buhlert zwecks Überprüfung der Kupplung eines Volkswagenbusses auf der Autobahn verbracht zu haben vorgab. Nach der obligatorischen Rüge erwartet Buhlert die gestrengen Honoratioren wütend im Vorzimmer: die beanstandete Strecke resultiere in Wirklichkeit aus einer Vergnügungsfahrt zum Bowling, an der auch Mitglieder des Kassenbeirats teilgenommen hatten. Forderungen Buhlerts auf Kostenbeteiligung wurden von den Herren trotzdem abgelehnt. Man hat sich inzwischen — selbstverständlich — wieder arangiert.

Klaus Michael Ringel, Krawattenmuffel und Parlamentspräsident entpuppte sich anläßlich der Rückfahrt von Prag als grandioser Schlepper, als er vergeblich versuchte, den wie üblich streikenden 2 CV von Bubu (AStA Pkw-Referent) abzuschleppen. Nachdem er beim Anfahren schon das Abschleppseil ruiniert hatte, war er beim 2. Versuch nach dem Anspringen partout nicht zu bewegen, wieder anzuhalten. Bubu mußte heftig hupend und blinkend mit quietschenden Bremsen durch mehrere Dörfer hinter ihm herfahren.

JUBILAR

Helmut Georg Isele, Professor Dr., Ordinarius für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. vollendete am 2. März sein 65. Lebensjahr Er ist vor kurzem auf vier Jahre zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz gewählt worden.

BERUFUNG

Martin Stern, — zuletzt Visiting Lecturer an der Harvard University/USA — wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Deutsche Philologie IV in der Philosophischen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt a. M. berufen. Stern beschäftigt sich vor allem mit den Schriften Hofmannsthals.

VERSTORBEN

Franz-Günther Ritter von Stockert, Prof. Dr. med., der persönliche Ordinarius für Kinderpsychiatrie, verstarb am 25. 2. 1967 im 68. Lebensjahr. Ritter von Stockert leitete seit 1964 die Kinderpsychiatrische Abteilung der Universitätsklinik Frankfurt. Mit dem Wiener Ritter von Stockert hat die Universität Frankfurt eine Persönlichkeit verloren, die noch als typischer Vertreter der älteren Gelehrtengeneration galt.

happenings

Zeitungskollegen

In Meldungen über einen aufgeklärten Anschlag auf das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt (eingeworfenen Fensterscheiben) wurde auch der SDS ins Gespräch gebracht (der Verband hat in einer Presseerklärung das zurückweisen können). Nun tauchte aber am 11. März in der Meldung über die Verhaftung der Steinwerfer in der FAZ der SDS auf, was vermuten ließ, die Polizei habe die Information gegeben, während in der Frankfurter Rundschau die Studentenorganisation nicht genannt worden war. Hat nun die Polizei der einen Zeitung nur mehr gesagt oder hat sie von sich aus mehr hinzugetan oder hat die andere von sich aus mehr weggetan? Auf jeden Fall entsprechen solche Erscheinungen der Neigung, dramatischen Rapport zu geben, um sachlich nicht differenzieren zu müssen.

Mittel

Die „Welt" brachte am 18. 3. 1967 in ihrem Teil die geistige Welt, dazu zählen Studentenangelegenheiten bei Zeitungen manchmal noch, ein übles Machwerk von Verleumdungsartikel über nordamerikanische Studenten. Höhepunkt ist die Mitteilung, einer der Anführer der Studentenunruhen — seligen Angedenkens — in Kalifornien sei nun „nach der zwangsweisen Unterbrechung seines ‚Studiums' im Alkoholausschank werktätig". Nun, das wäre keine Schande nach solchen Erfolgen. Wer aber noch im Gedächtnis hat, Zeitungsleser vergessen schnell, daß dieser „Anführer" selbst von Reaktionären seinerzeit zur „Elite" gerechnet worden war, wundert sich. Der Wunschtraum des Artikelschmierers, er heißt H. Joachim Maitre, scheint wahrhaftig Rausschmiß aller Opponenten zu sein; aber der „Anführer" studiert inzwischen im Zweitstudium Physik. Daß er sich auch mal wie andere gegen „Elite"-Gedanken überhaupt wandte, wird total vergessen.

Kultur

Eine der bemerkenswertesten Äußerungen in Frankfurt wurde im März von Stadtkämmerer Grünewald getan. In einer Antwort an Präsident Dietz meinte er „ES GIBT WICHTIGERES ALS DIE OPER". In Frankfurt haben Galerien und Museen, Bibliotheken und Institute kein Geld, aber Häuser für Kultur, die dann niemand bezahlt, werden propagiert oder zahlen hier Bürger, die sich ihren eigenen Bürgersinn beweisen wollen. Man wünschte sich eine unbürgerliche Kultur.

Bündler

Unzweifelhaft hat die Schopenhauer-Gesellschaft zu Frankfurt am Main ihre Verdienste. Ihre Tagungen und Vortragsveranstaltungen ziehen stets noch viele Interessierte an. Welche Interessen allerdings Mitglieder der Schopenhauer-Gesellschaft von philosophischem Ressentiment und Lokalpatriotismus einmal abgesehen, verbindet, ist, nach der Mitgliederliste zu urteilen, schwer einzusehen. In einem Prospekt zu einem Buch des unermüdlichen Arthur Hübscher ist die Rede von der „Lehre des wirklichkeitsnächsten aller Philosophen". Was mag der Bund der Danziger e. V. aus Lübeck, was mag solch Kriegerverein wie Deutscher Soldatenbund Kyffhäuser e. V. — gleich dreimal vertreten — für Interessen suchen oder finden? Was mögen solche Restaurateure sagen zur gleichzeitigen Mitgliedschaft von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Professor M. Horkheimer und Erich Kästner? In ihrem dunklen Drange zur Gewalt und Todesmystik könnte den Kriegervereinen Schopenhauer vorgeschwebt haben, vielleicht auch die reaktionäre Verteidigung seines Privatinteresses, aber es muß ihnen ein höchst unzuverlässiger Geist erschienen sein. Ein höchst philosophisches Unbehagen möchte einen ankommen, bei dem Gedanken, mit Danzigbündlern und Kyffhäusern vergesellschaftet zu sein; in der Tat höchst wirklichkeitsnah.

Ganztags

Ein Schauspiel einmaliger Art bietet der Frankfurter Bund für Volksbildung: „Wir nagen am Hungertuch". Besichtigung ganztags.

Nichts

Und als der Hahn zum dritten Mal krähte, leugnete Kuntz sein Tun abermals, versuchte sich zu rechtfertigen und die Zeugnisse seines Tuns zu vernichten; darauf verließ er seine Freunde, um seinen Strick zu suchen. Die 30 Silberlinge aber . . .

Noch weniger

Haben sie schon gewußt, daß es in Frankfurt keine überfüllten Straßenbahnen mehr geben kann? — Einem Gerücht zufolge, muß allen Straßenbahnbenutzern abgeraten werden, mehr als 15 cm² Standfläche zu haben. Auf soviel ‚Platz' nämlich **soll** eine jede beförderungswürdige Person versichert sein. Vorsicht also bei zu großen Füßen, ihr Nachbar darf sie ihnen abtreten!

Demonstration und Ordnung

Die Büger der Bundesrepublik sind müde. Demonstrationen, Demonstrationen. Die Presse gibt dieser Stimmung Ausdruck. So liest man aus Berlin: „Studentendemonstrationen verunzierten gestern das Berliner Stadtbild." (Telegraf)

Bienenfleißige Journalisten bemühen sich aufzuklären. Sie greifen tief in ihren Farbkasten. In Hannover sah man „die rosa dunkelroten Demonstranten" (Deutsche Wochenzeitung Hannover) und man spricht von „Meuterei enttäuschter Jugend".

Jugendliche, rote Studenten. Der Feind ist als Narr entlarvt. Er stört die Ruhe und Ordnung, lärmt in den Städten, trampelt auf den gepflegten Rasenflächen herum. Schon fragt man in Bonn: „Dürfen Studenten demonstrieren?" (Rhein-Zeitung)

Sorgenbeladen plagen sich Rektoren mit ihren aufsässigen Untertanen und in Frankfurt z. B. liest man: „Rüegg bedauert" und zitiert wird der Satz des Rektors: „Ich kann nur bedauern, wenn die Studentenschaft und auch die Universität durch solche Sachen generalisierend diskreditiert wird."

Frankfurt zum Beispiel

Schön scheint die Sonne. Vorfrühling, 11. 2., Frankfurter Wochenendidylle. Doch auf dem Opernplatz laufen Studenten herum, wenige Studenten, mit vielen Flugblättern. Provos, Bürgerschreck Frankfurts, die am Vorsamstag mit 14 Leuten unkonventionell gegen den Vietnamkrieg demonstrierten, stehen vor dem Cafe Opernplatz, auch Flugblätter verteilend, nichts ahnend, daß diese Tat sie zur Frankfurter Terrorgruppe Nr. II (hinter Kaiserstraßenschlägern, vgl. FR 15. 2.) avancieren ließ.

Eine Kundgebung findet statt. SDS, SHB, LSD, Naturfreundejugend und Solidaritätsjugend als Veranstalter. Es sprechen: Harrer (SDS) und Dutschke (vom Berliner SDS, den die Springerpresse schon zum „roten Rädelsführer" machte; denn sie braucht ja ihre Helden). Später konnte man in der FR lesen, Dutschke habe aufgefordert, in die Illegalität zu gehen. Dem SDS ist zwar vieles zuzutrauen; aber daß er auf offener Straße erklärt, er wolle illegal agieren, das doch wohl nicht?!

Illegal, illegal, illegal zog man durch die Bokkenheimer Landstraße zum Konsulat. Allerdings, der SDS hatte nach den Reden die Kundgebung aufgelöst, ohne zur anschließenden Demonstration aufzurufen. Aber von der inneren Logik der Sache ergriffen, marschierte man zum Konsulat.

Auch die POlizei kann denken. Blitzartig, geistesgegenwärtig hatte sich vor dem Konsulat eine Postenkette für die Freiheit formiert. Von der schon erwähnten inneren Logik der Sache ebenfalls ergriffen, hatte die POlizei ihre besten Schützer mitgebracht, die Faust- und Gummiknüppel später auch nicht in Tasche resp. Sack ließen.

Eine Klingel ist nicht zum Klingeln da, wenn sie politisch ist, wie die des amerikanischen Konsulats. Das erfuhr ein Demonstrant, als er zu klingeln versuchte; man stieß ihn in die Menge zurück, die sich auf die Straße vor dem Konsulat gesetzt hatte, um — wie die Polizei schnell begriff und was man in der FR am Montag noch erfahren konnte — das Konsulat besser stürmen zu können. Die Polizei hatte sich Gedanken gemacht:

Reiterspiele, Demonstrantenjagden, veranstaltet vom Frankfurter Freund und Helfer. Eine Demonstrantin wurde vor die Hufe der Pferde geschleudert, als sie versuchte, vor den Pferden auszuweichen; denn von der anderen Seite kamen schon die pedestren Ordner. Die Polizei wollte die Straßen säubern, nicht nur für heute, sondern für längere Zeit. Deshalb hatte man sich entschlossen, die Demonstranten einzukesseln, dann sie aufzufordern, die Straßen zu verlassen; da die Demonstranten bösartigerweise nicht Folge leisteten, mußte man den Demonstranten die Straßenverkehrsordnung handfest einpauken und man mußte manifest demonstrieren, wie weit die Freiheit geht.

Die Freiheit geht weit, sie hat nicht nur ein weißes Gewand, sondern auch eine klobige Faust und gute Reiter. Einige Demonstrantinnen(!) wurden von reitenden Polizisten in Parforcerittmanier verletzt, „Rädelsführer" wurden photographiert, wenn nötig, mit Gewalt dazu gezwungen, ein Erinnerungsbild machen zu lassen.

Die Demonstranten konnten noch einmal entwischen. 80 waren zum „Terror" entschlossen, wie man in der FR später nachlesen konnte. Man war so unverschämt, für politische Fragen auf die Straße zu gehen. Da muß man doch einfach für Ordnung sorgen. Der Verkehr wurde freigeprügelt, Demonstranten verhaftet und gefilzt. Um 18 Uhr war der „Terror einer kleinen Minderheit", wie es von offizieller Seite hieß, beendet. Bilanz: eine schlagkräftige Frankfurter Polizei, 8 Verhaftete, mehrere Verletzte. Außerdem hatte sich kein Polizist soweit erniedrigt, einem Demonstranten seine Dienstnummer zu verraten.

Der Polizeibericht war noch nicht fertig, schon hatte die Rundschau einen gemacht (12. 2.). Sie erzählte vom Terror der Demonstranten, von schlechtem Benehmen, von der Belästigung der Passanten, von der Lähmung des Verkehrs. Und am Montag war alles klar: die Provos — die Eingeweihte oder Fachleute entdeckt hatten — seien an allem schuld. Flugblätter hatte man: systematisch wollten die Provos den Samstag zum „Tag der Anarchie" machen. Klar, die „Provos sind an allem schuld"; die Polizei wie die Rundschau hatte erkannt: „Man wollte die POlizei um jeden Preis provozieren" (Oberrat Jordan in der FR 14. 2. 1967), Provokateure waren am Werk. Ostkameramänner waren erkannt worden. Der Buhmann hieß Provos, von denen unglücklicherweise keiner verhaftet worden war. Man hatte alles bis an die „Grenze des Möglichen" geduldet (OB Brundert in der FR 14. 2. 1967)

Ungeheuerliche Untaten sollen Demonstranten begangen haben, die man leider nicht alle sah. *Die POlizei hat Beweise.* (Sowjetzonales Fernsehen, Flugblatt, das zur Störung der öffentlichen Ordnung aufruft, Rädelsführer seien entdeckt. Vgl. FAZ 13. 2. 1967) Nun, Rädelsführer braucht man ja immer. Es scheint in ein deutsches Beamtengehirn nicht hineinzugehen, daß die Ursachen von Unruhen nicht immer einzelne Personen sein können (die natürlich vom Osten gekauft sein müssen).

In der folgenden Woche wurde diskutiert. Höhepunkt: die FR spricht mit dem Münchner POlizeipsychologen. Parallelen wie Schwabing wurden gebracht. Die Falschheit einer solchen Argumentation wird deutlich, wenn man ein Gedächtnis hat.

Erinnerung: Dezember 1966. Wilde Demonstration gegen die Große Koalition. Verkehr blokkiert, Aufregung in der Stadt. Was tat die POlizei? Sie duldete; warum? Weil einige Herren — wie man hören konnte — selbst gegen die Große Koalition gewesen seien. Es dann aber auf die als asozial und unpolitisch deklarierten Provos abzuschieben.

Die geordnete Freiheit zu verkünden, hatten Ordnungshüter wie Oberbürgermeister sich nicht enthalten können. Noch am 25. 2. wagte Herr Brundert zu sagen, daß „in Frankfurt jeder Bürger die Freiheit seiner Meinung zur Geltung bringen könne" (nach FR 25. 2. 1967). Nun, POlizisten hatten vorher schon demonstriert, wie wahr das sei. Sie hatten am 13. 2. (vgl. FR 14. 2. 1967) versucht eine SDS-Wandzeitung abzureißen. Als sie über ihre Rechte, bzw. über ihr Unrecht belehrt wurden, verschwanden sie schnellstens. Zwei Tage später hatten die Inhaber des Bauzauns, an denen die Plakate klebten, sicherlich aus technischen Gründen die Bauzäune abkratzen lassen und mit Aufschriften „Plakate ankleben verboten" versehen.

Der Tag der Anarchie. Seine Kundgebung am 18. 2. 1967 sagte der SDS ab. So blieb den Provos der Sonnabend, den die FR zum „Tag der Anarchie" (qua Veröffentlichung eines Provo-Flugblattes) erklärt hatte. (FR 14. 2. 1967). Der Terror blieb nicht aus. Zehn POlizisten in Zivil beobachteten das Vorgehen der Demonstranten, die sich vorm Cafe Opernplatz den Photographen stellten, unter denen auch ein POlizist war. Die Provos hatten ihre Verteufelung mit Spaß beantwortet. Just for fun, aber das entpolitisierte leider. Der politische Wert der Forderungen: „Dienstnummern für die POlizei" ging verloren, da sich die POlizei beim Spiel spielend zurückziehen konnte und in der Anonymität (Zivilbeamte) ihre notwendigen Aktionen machte. Die uniformierten Beamten hielten sich als uniformierte Kollektivität zurück. Die POlizei spielte humorvoll und holte sich damit das Mitleid der FAZ: „das war also der Tag der Anarchie, für den Dutzende POlizeibeamte den freien Samstag opfern mußten". (FAZ 20. 2. 1967)

Einmal ist auch Schluß, das hatte die FAZ begriffen. Und der SDS erfuhr es bei seiner picketing-line gegen POlizeiterror und Vietnamkrieg. 100 Studenten hatten sich zusammengefunden, zogen mit Plakaten durch die Stadt, verursachten „jedoch zum Teil erhebliche Verkehrsbehinderungen" (FR 23. 2. 1967)

Am 23. 2. und 24. 2. vereinigen sich FAZ und Rundschau. Die Straßenverkehrsordnung muß verteidigt werden. FAZ veröffentlicht mit einem Bravo in der Schreibe eine Erklärung des ADAC, der sich gegen das sanfte Verhalten der POlizei den Demonstranten gegenüber wendet. Die POlizei solle „hart durchgreifen", wenn der Verkehr behindert wird.

Freude bei den Demonstranten. Die Wirkung ist da, die FAZ wagt wie die FR zu scheinen, was sie ist. Demokratische Spielregeln enthält die StVO; wer nicht mitspielt (sondern: politisch handelt), muß verhauen werden.

Bastian, der Freund der Freunde, liebenswürdiger FR-Kommentator, versucht nun auch zu vermitteln. POlizeipsychologen sollen die pathologischen Schläger und Demonstranten an einen Tisch bringen. Die Form soll nicht nur gewahrt, sondern gleich gerettet werden. Die „gemeinsame Verantwortung" (FR 23. 2. 1967) ruht nun nach altbewährtem Muster auf allen Schultern. Der Frieden, die Demokratie wären gerettet, wenn die Demonstranten sich darauf einlassen würden, in friedlich schöner Harmonie eine Ordnung zu bestätigen, gegen die sie selbst eintreten wollen.

Man fordert „Toleranz (im Rahmen der Gesetze)", wie es der schon erwähnte Münchner POlizeipsychologe am 4. August 1966 (!) der Süddeutschen Zeitung erklärte. Geschickt tolerant, taktisch muß vorgegangen werden, damit die Repression einer langarmigen Ordnung nicht so deutlich wird. Herbert Marcuse schrieb 1965 „... was heute als Toleranz verkündet und praktiziert wird, (dient) in vielen seiner wirksamsten Manifestationen den Interessen der Unterdrückung."

Aber Faschisten sind die schwarzen Magier, die so (un)gerne rot sehen, eben nicht. Sie sind unfähig, konsequent liberale Politik zu machen. Es geht doch manchmal mit einem durch: Erst muß man die Provos zum Urheber der Unruhen machen (und gleichzeitig politische Hintergründe wegwischen), schon muß man über die Schwäche der Provos sich lustig machen (FR 27. 2. 1967): „Unsinn der Provokation".

„Man kann ihnen wegen ihrer Dummheiten gar nicht böse sein, denn sie sind ja meist arm im Geiste und können getrost auf mildernde Umstände vertrauen." (FR 27. 2. 1967 über die Provos). Hoffentlich können auch die auf mildernde Umstände rechnen, die die Provos zu Urhebern von Studentenaktionen machten, die im Kontext zu den Demonstrationssorgen in allen deutschen Universitätsstädten zu sehen sind.

Studenten begehen Unruhen. So klingt der Tenor der Presse und so sitzt es im allgemeinen Bewußtsein. Die, die die Ruhe zu ihrem Gesetz erhoben haben, können nicht begreifen, daß die Demonstrierenden die Ruhe als schwarzen Vorhang betrachten, hinter dem die Herrschenden sich den Kuchen teilen. Die Unterprivilegierten gehen auf die Straßen, Studenten, Ausländer, Jugendliche.

Der kluge Kopf, der folgenden Leserbrief in der FAZ (21. 2. 1967) schrieb, kann so etwas nicht verstehen: „Was hat das junge Volk von Studenten und Studentinnen überhaupt dauernd auf den Straßen zu demonstrieren? Sie sollten sich erst mal auf ihre vier Buchstaben setzen und etwas lernen. Wenn sie statt dessen lieber auf der Straße toben wollen, müssen sie eben in Kauf nehmen, wenn sie mal in der Hecke landen. Mehr Disziplin und Autorität tut dringend Not in unserer Demokratie."

Noch einmal: Knüppel aus dem Sack. Bastian schreibt weiter (FR 27. 2. 1967): „Wenn sie (die Provos) allerdings ihre Ungezogenheiten und Dummheiten gegenüber Gästen der Stadt demonstrieren wollen und diese dabei belästigen oder ihr Eigentum beschädigen, dann müssen sie sich nicht wundern, wenn es hie und da Hiebe setzt." Hie und da wird man sich auch nicht wundern, wenn auch ein linker Student mal eine Kopfnuß verpaßt kriegt, denn jede politische Aktion von dieser schwammigen Begrifflichkeit aufsaugen zu lassen, ist ein leichtes.

Der Rektor, seine Magnifizenz, muß sich äußern. Und zwar nachzulesen in FAZ (25. 2. 1967), wie schon erwähnt. Der Rektor bedauert, die Universität sei diskreditiert (durch die Störung der StVO oder durch Linksradikalinskis?). Aber vorgehen, so heißt es weiter, könne man gegen die Störenfriede noch nicht, da sie noch keine Diebstähle begangen hätten. Diese komischen Kombinationen können am Verfasser des Artikels gelegen haben, der den Rektor der Frankfurter Universität nur einmal wörtlich zitiert, sonst nur konjunktivisch berichtet. Der Rektor hat sich sicher klarer ausgedrückt.

Berlin und Frankfurt umarmen einander,, Universitätsverwalter, POlizisten, Springerblätter, FAZ und FR. Die Harmonie darf nicht gestört werden; denn Frankfurt z. B. läßt sich nicht von einer kleinen (sic) Minderheit terrorisieren, wie man in der Zeitung lesen kann.

Doch es geht noch weiter: Ausländischen Demonstranten droht man nicht nur mit Ausweisung, man weist sie sogar aus (vgl. Hamburger Abendblatt 24. 2. 1967). In Hamburg oder auch in Frankfurt lernt man dazu. Am 4. März 1967 (vgl. FR 6. 3. 1967) muß man bei einer Straßendemonstration gegen die faschistischen Repressionen in Spanien schon wieder um ausländische politisch Oppositionelle fürchten.

Die Objektivität, mit der sich jetzt die unparteiischen Journalisten schmücken, ist schon als parteiisch enthüllt. Wiederum Marcuse, er schrieb 1965: „Die in solcher Unparteilichkeit ausgedrückte Toleranz dient dazu, die herrschende Intoleranz und Unterdrückung möglichst klein darzustellen oder gar freizusprechen." Die POlizei freut sich (und nicht nur sie!): die Presse hat sich formiert. Und die Demonstranten?

Es wird nicht mehr lange dauern. Deren Gesicht noch nicht platt ist, denen wird es eingeschlagen. Aber nicht mehr so einfach, wie es früher war. Die schmutzigen Ausländer sollen im Ausland gesäubert werden, und deutsche Schmutzfinken kommen in die Schublade. Schon hörte ich von einem Vortrag in einer „humanitären Organisation", die auch schon vor Saigon schwimmt, wo es hieß: „Wenn wir erst die Notstandsgesetze haben, wie können wir dann gut arbeiten!"

Diejenigen, die klagen, Studentendemonstrationen gingen ihrer akademischen Würde verlustig, wollen nicht merken, daß die Würde einer unwürdigen Ordnung nur den Knüppel verdeckt, der noch im Sack steckt. Wenn die ruhig werden, die heute noch Unruhe machen, dürfen alle bald ruhig sein.

Die Vögelein schweigen im Walde. Warte nur, balde ruhest du auch. Deutsches Nachtlied.

Harry R. Starr

Unabhängige

In Frankfurt blieb alles beim alten: die Unabhängigen, mit Abstand geführt von der Liste 4, AS, gewannen die ‚Schlacht'.

Es wurde viel gesprochen von neuem Wahlmodus und zunehmender Politisierung der Studentenschaft und manches geschrieben, davor und danach. Das neue Wahlsystem solle „Für die Studentenschaft das unverbrauchte Potential der politischen Hochschulgruppen neu erschließen, (sie) war eine der Hauptintentionen der Satzungsreform" so H. J. Steffen, einer der Väter der neuen Satzung, im DISKUS Nr. 2/67. Doch „haben sie durch die Listenwahl zunächst nur eine Politisierung der schon bestehenden Gruppierungen erreicht" schreibt hierzu C. R. Roth in ‚die tat'. Die Regierungsgewalt bleibt bei den unpolitischen Listen, in ‚alten' Händen also, wenn diese auch „als Dekor ein paar jüngere Semester benutzen" (Roth, ‚die tat', 4. 3. 1967). Die Wahlbeteiligung steht mit 33,6 % auf der Höhe der früheren Persönlichkeitswahlen. Dies bestätigte keineswegs die Vorstellungen und Wünsche der Satzungsväter, sie bestätigte vielmehr die Erfahrung aus den letzten Jahren, daß stets ‚Unabhängige' gewählt wurden und dazu mit großem Vorsprung.

Man ging in diese Listenwahl mit einem wahren Sturm von Kandidaten auf einer Vielzahl von Listen von ‚radikal links' bis ‚extrem rechts'. Aber ihnen stand ein nicht politisiertes sondern ein nach wie vor uninteressiertes Wählerpotential gegenüber. Der löblichen Initiative der ‚Politischen' erteilte man eine herbe Absage.

Da überschreibt ‚die tat' ihren Artikel mit „Frankfurter Studenten stärken die Linke". Ein objektiv gesehen — reines Zweckdenken, das in der Betrachtung von C. R. Roth gipfelt „. . ., der SDS, errang drei Sitze. Er wird der Führer der Opposition sein, wenn es ihm nicht gar gelingt, die AS zu stürzen". Eine wahrhaft starke Opposition, der man während der Koalitionsgespräche schon nachflüsterte, eine ‚Volksfront' zu sein. Und mit welchen Gemeinsamkeiten gar erst!

Eine Opposition, zusammengesucht aus einer Menge von Einzelstimmen vereint durch die Art der im Wahlkampf verwandten Methoden und weniger durch ideologische Bande verknüpft. Ihre Augenscheinlichste Gemeinsamkeit sind emotionellgeladene Ressentiments, vom Wähler notabene nicht honoriert. Die Rechnung der Reformer ist nicht aufgegangen, und es wäre Selbstbetrug, wollte man das Wahlergebnis als ein Phänomen des Übergangs noch den alten Krankheiten zurechnen. Es trat das ein, was H. J. Steffen in DISKUS 2/67 schon beschrieb „dennoch erwiesen die Gruppenegoismen sich als stärker, die Gemeinschaftsliste (eine auf breiter Basis stehende Mitte-Links-Koalition) scheiterte, und von den ersatzweise vorgelegten drei Listen hat keine eine reale Chance aktionsfähige Mehrheiten zu erringen" und weiter „vielleicht werden sie sich auf den harten Bänken der Opposition ‚zusammenraufen'". Eine solch ‚breitgebildete' Opposition hatte nicht nur der Schreiber nicht voraussehen können.

Die Studentenschaft gab in ihrer überwiegenden Mehrheit einer unpolitischen, pragmatisch taktierenden Interessenvertretung den Vorzug. Dieses studentische Bewußtsein, in Grundstrukturen der gesamten Wohlstandsgesellschaft wurzelnd, ist durch gutgemeinte interne Organisationsformen offensichtlich nicht zu ändern. Selbst bei einer Wahlbeteiligung von nur einem Drittel der Studenten erhielten die ‚Unabhängigen' die Mehrheit. Man darf dabei ruhig unterstellen, daß die Engagierten bestimmt gewählt haben. Bedingt durch die Stimmenzersplitterung begünstigte das Hondtsche System die Stärksten und nahm den Linken einen sicheren Sitz.

Heraus kam lediglich die unheilige Allianz der Linken mit der extremen Rechten, sie zerbarst freilich schon während der ersten Parlamentssitzung.

Die nächste Wahl sie kommt bestimmt, doch was bleibt der Regierungsbank bis dahin zu tun?

Will sie nicht nur „in Zeiten des Umbruchs und des Übergangs als Element der Stabilität und Kontinuität wirksam sein" (H. J. Steffen, DISKUS 2/67) so hätte sich der AStA in der Tat nicht nur um die unmittelbaren Belange der Studenten zu kümmern, nicht nur die Lösung konkreter studentischer Probleme . . . im Keller des Studentenhauses auszuspielen" (‚die tat'), sondern vielmehr die Mittelbaren, im besonderen die Ausarbeitung hochschulpolitischer Konzeptionen, die bislang nur in Händen der Bonner Studentenschaftslobby lag, selbst zu übernehmen.

G.

FAHRSCHULE

FRANKFURT/M.
Bockenheimer Landstraße 95
Telefon 77 91 40
Grundgebühr: DM 50,—
Fahrstunde: DM 12,50

POHL

seit Jahren
die Fahrschule
der Studenten

theater

neue bühne — vorträge

1. Grass, plebejisch

Dr. Stolzenberg, Chefdramaturg der Volksbühne Berlin, sprach über das Grass-Stück „Die Plebejer proben den Aufstand". Ursprünglich habe Grass ein ganz anderes Stück geplant als das, das er später auf die Bühne gebracht habe. In dem geplanten Stück sollte 1. Brecht am 17. Juni weiterproben, 2. am Aufstand nur ästhetisch interessiert sein, 3. nach dem Aufstand sich unversehrt zurückziehen. Dies Stück wäre, wenn es geschrieben worden wäre, politischer Rufmord gewesen, aber Grass habe das Stück vom miesen Ästheten nie geschrieben. Was hat er nun geschrieben? Die Proben am Koriolan gehen weiter — Brecht hat die Probe des Strittmatterstücks „Katzgraben" am 17. Juni 1953 abgebrochen. Jedoch, „aus der von Grass konzipierten ungebrochenen Figur, die nur ästhetisch am Aufstand interessiert war, ist eine tragische Figur geworden, die im Widerspruch steht, zwischen der ästhetischen Absicht und der Realität". Der „Chef", der sich den Aufstand erhofft habe, sei zu der Einsicht gekommen, daß ein Aufstand nicht stattfinde. So schicke er die Arbeiter wieder nach Hause. Das Stück wäre damit aus, blieben die Arbeiter nicht aus lauter Sturheit auf der Bühne. Da sie nicht nach Hause gehen, wird der Aufstand geprobt. Dieser Fortgang „kostet Grass den dramaturgischen Zusammenhalt des Stückes".

Brechts revolutionäres Ereignis sei der „Spartakusaufstand" gewesen, er habe die Revolution durch seine Stücke herbeiführen wollen, habe gezeigt, daß man sie proben, planen muß. Der Schluß des Stückes zeige den „Chef" daher auch in Gewissensqualen. Er, der den Aufstand gewollt habe, müsse zusehen, wie planlos er verlaufe. Den Aufruf schreibe er schließlich nur, damit die „Aufständischen" überleben können. Grass habe keinen Beitrag zur Brecht-Biographie leisten, sondern seine eigene und Brechts Situation darstellen wollen. Grass habe den Intellektuellen im Angesicht der römischen Situation auf der Bühne und der realen Situation in Berlin zeigen wollen, daraus sei ein „Kunststück" geworden.

Mit der Forderung nach Licht führe der Chef die politische Diskussion zurück in die ästhetische, solange, bis die politische und ästhetische Situation übereinstimmten. Er wisse aber, daß dies nur auf dem Theater möglich sei, Kunst auf der Straße sei unmöglich. Grass habe ein „deutsches Trauerspiel" auf die Bühne gebracht, die Situation der Intellektuellen, ihr Scheitern an der Wirklichkeit. Es sei offen, ob Grass damit nicht den Anfang eines neuen Theaters nach Brecht gemacht habe, daß er Brecht als Thema erkannt habe, sei das Verdienst von Grass. Dramatische Situationen seien heute nicht mehr möglich, sagte der Referent in der Diskussion. Das Drama lebe von der Gegenhandlung, der Konfrontation von Ideen und Emotionen, während das epische Theater von der Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit von Situationen lebe.

In der Diskussion wurde auf die Unzulässigkeit des Grass'schen Vorgehens hingewiesen, der seine eigene Situation in der Bundesrepublik habe darstellen wollen, nämlich die politische Wirkungslosigkeit der Intellektuellen, und diese Situation in die Geschehnisse des 17. Juni eingebaut habe. Hier werden zwei vollkommen verschiedene Tatbestände vermischt. Dort, in der DDR haben gesellschaftliche Veränderungen bereits stattgefunden, die hier noch ausstehen. Brecht hat den Aufstand in Berlin nicht gewollt. Er setzte sich beim Staatsrat dafür ein, aus den Geschehnissen kein Blutvergießen zu machen; vergeblich, wie wir wissen. Dann hat er sich zurückgezogen. Als Marxist konnte er den Aufstand nicht unterstützen. Der Vorwurf Grass' an Brecht sei auch, sagte der Referent dazu, daß er, Brecht, sich jenseits seines tiefen Engagements als Marxist richtig verhalten habe. Es sei der Vorwurf eines Sozialdemokraten gegen einen Marxisten.

2. Handke, Beschimpfen

Peter Handke sprach im Theaterseminar der neuen bühne. Er verlas einen noch unveröffentlichten Aufsatz über das Engagement in der Literatur. Das Engagement gebe nicht ein Weltbild, sondern eine Wunschvorstellung, wie es sein soll oder nicht sein soll. Engagierte Schriftsteller würden nur schreiben, was sie eigentlich sprechen wollten, die literarische Form aber hebe das Engagement auf. „Engagierte Literatur gibt es nicht". Engagement in literarische Form gebracht werde selbst zur Form und damit wirkungslos. Die künstlerische Form verfremde das Engagement und formalisiere die Wörter. Das poetisierte kommunistische Manifest sei nur noch ein Poem, kein Manifest.

Was solle der Gebrauchswert in dem Kunstwerk? „Durch die literarische Formalisierung wird der Gebrauchswert aufgehoben, wird Metapher." Weil die Kunst unwirklich, unrealistisch sei, werde jedes Engagement durch die literarische Form entwirklicht. „Engagieren kann man sich nur mit Wörtern (gesprochenen)." Selbst Gesprochenes, sofern nicht danach gefragt wurde, bleibe formal, ohne Engagement. Eine engagierte Literatur müßte alles Formale aus der Literatur entfernen, müßte eine neue Literatur schaffen.

Am Beginn seines Vortrages bezeichnete sich Handke als einen nichtengagierten Autor, „in welchem Sinne auch immer". Auf die „Publikumsbeschimpfung" angesprochen sagte er: „Mein Stück ist die Verneinung einer Form (des Theaters) nicht eines gesellschaftlichen Zustandes. Mein Wille ist nicht, die Gesellschaft zu verändern". Der erste Beatlefilm habe eine direkte Wirkung auf ihn gehabt. Auf der Bühne wollte er eine ähnliche Wirkung erreichen. Welche Wirkung? „Eine Art Außer-sich-sein." Warum? „Damit die Leute sensibler werden." Warum sensibler? „Damit ich besser mit ihnen reden kann."

Die Leute hätten nicht verstanden, daß er sich auf der Bühne über Wörter lustig machen wollte. Handke hält sein Stück für „ein Spiel, das seinen Sinn in sich selbst hat". Er wollte die theatralische Form einer beat-show auf die Bühne bringen, „weil sie dorthin gehört". Ob er sein Stück nicht für die theatralisierte Form der Brechtschen Theorie vom Theater halte? „Mein Stück ist ein Lehrstück, aber ein unernstes. Es lehrt und sagt gleichzeitig, daß das Gelehrte falsch ist." Warum denn Lehre? „Damit die Leute sensibler werden . . ." Was immer Handke selbst von seinem Theater halten mag, die „Publikumsbeschimpfung" war eine große show. Sie war aber auch ein Versuch, über Brecht hinauszukommen. Solche Versuche sind nötig, nicht weil Brecht schlecht ist — das Gegenteil ist der Fall —, sondern weil auf Brecht aufbauend eine Theaterform gefunden werden muß, eine adäquate Ausdrucksweise. Sie ist um so mehr nötig, als hier wieder Kräfte am Werk sind, die Brecht unerbittlich bekämpft hat.
Ob Handke glaube, daß sein Theater zukunftsweisend für das Theater sei, wurde am Schluß gefragt. „Ja." Je nun.

3. Brock, positiv

Vorträge, sagte Bazon Brock, pflege er oft mit einem Kopfstand einzuleiten, unter Hinweis auf die Sentenz: „Wenn Jesus mehr Sport getrieben hätte, wäre ihm am Kreuz nicht so schnell die Luft ausgegangen." Diese positive Einstellung zum Sport darf als ein Teil seiner „affirmativen" Haltung gegenüber den bestehenden Verhältnissen angesehen werden. Er bezieht eine Position der Zustimmung, um dadurch das Bestehende zu unterlaufen. Denn, so sagt er, der Satz „Diese Welt ist die beste aller möglichen Welten" sei eine viel größere Zumutung als die radikalste Kritik unserer Gesellschaftsordnung. Die Gedanken einer Gesellschaft konsequent zu Ende zu denken und so ihre Falschheit aufzuzeigen, halte er für wirkungsvoller, als ihr eine entgegengesetzte Auffassung entgegenzustellen. Er geht davon aus, daß die Kritik am kapitalistischen System von den Herrschenden nicht nur geduldet, sondern in gewissem Maße sogar gewünscht wird.
Daher ist sein „Theater der Position" folgerichtig ein „Theater der Affirmation". Eine identische Übertragung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse auf das Theater scheint Brock nicht möglich. Denn: „Die richtige Konstatierung gesellschaftlicher Antagonismen wird durch die herrschende Technik verfälscht und damit wirkungslos." Nichtidentische Übertragung, für die er eintritt, verzichtet daher konsequent auf Hinweise gesellschaftlicher Zusammenhänge, auf Kritik. Konsum, als ein Grundgesetz des kapitalistischen Systems, wird verherrlicht. Der sorglos-fröhliche Konsument, das glückliche Leben des Verbrauchers erhalten überschwenglichen Beifall. Brock, der seine Zuschauer lieber im Warenhaus als im Theater sehen möchte, macht die Bühne zum Verkaufsstand. Das, was dem Zuschauer täglich als wünschenswert offeriert wird, setzt er ihm auch auf dem Theater vor. Er bejaht das Leben, bejaht den Konsum. Die Zuschauer sollen sehen, wie sehr sie Objekte der Werbeindustrie und des Marktes geworden sind, wie sehr sie von ihren eigenen Produkten beherrscht, wie sie Waren unter Waren sind. Der Umschlag von Quantität in Qualität soll eintreten. Das Moment der Kritik ist diesem Vorgehen immanent.

Auf „Kunst" im herkömmlichen Sinne verzichtet Brock, muß er verzichten. In einer Zeit, da „Kunstübungen schon lange nichts mehr mit der Vermittlung von Freude und Erheiterung zu tun haben" gilt es, „das Machwerk gegenüber dem Kunstwerk wieder zu Ehren zu bringen". Dem „Machwerk", der oberflächlich und leicht dahinplätschernden Unterhaltung, die den „Kulturkonsumenten" täglich serviert wird, teilt er die Aufgabe zu, sich selbst und ihre Herrschaft über den Verbraucher zu entlarven. „Weil es gilt, die Kultur in den materiellen Lebensprozeß zurückzunehmen, sollte diese Zurücknahme nicht länger als Sünde wider den Geist betrachtet werden. Denn die Reproduktion des Lebens und die der Kultur müssen zusammenfallen, wenn nicht immer nur uns die Sehnsüchte wachhalten, sondern deren Erfüllung erzwungen werden soll." Die Funktion, die das Kunstwerk außerhalb des Produktionsprozesses nicht erfüllen konnte — es war wohl nie ganz außerhalb —, soll nun das „Machwerk" als Teil des Produktionsablaufs einnehmen.

Trotz dieses „negativen" Erfolges der Brockschen Arbeit ist die Frage zu stellen, ob er jemals die Quantität auf das Theater bringen kann, die zu einem Umschlag in Qualität erforderlich ist. Es besteht die Gefahr, daß er mit seinem Vorhaben bloß Formalen verhaftet bleibt, da ein Theater eben kein Warenhaus ist. Aber die Produktion auf dem Theater wird wohl noch eine Theaterproduktion bleiben, die der Gefahr unterliegt, durch ihre „Technik verfälscht und damit wirkungslos" zu werden.

Josef Wiest

Galerien & Galerien

Wenn behauptet worden ist, die Kunst habe in Frankfurt kein Zuhause, dann mußten sich alle die getroffen fühlen, die Kunst genug zuhause haben oder Gegenstände ihr eigen nennen, vielleicht sogar produzieren, die mit Zivilcourage auch Kunst zu nennen wären; die wenigen Galerien sind zu sehr, zum besseren Teil mindestens, mit Kunst beschäftigt, um protestieren zu können. Die Künstler, die Bürgersinn wenig genug haben, also noch arbeiten und ausstellen wollen, legen Geld und Courage dazu. Ganz unverbesserliche Kreise wie um die ehemalige galerie d, nunmehr e. V., sind sogar nicht mehr nur mit Ästhetik, sondern schon mit exakter Ästhetik befaßt, publizieren gar eine Zeitschrift dazu.
Vor kurzem gab ein ebenso unverbesserlicher Kreis über ein Wochenende hin bekannt, daß unter Umständen die Verbesserung auch andere gesellschaftliche Kreise betreffe. Adam Seide verzichtete zugunsten der Kunst auf sein angebliches Privatleben und überließ Peter Roehr Raum für eine öffentliche Veranstaltung, in der die Öffentlichkeit vor schwarzen Vierecken sich selbst betrachten konnte. Peter Roehr hatte zur Tarnung einige Vierecke geschickt an den weißen Wänden angebracht; es stellte sich heraus, daß Kunst keine unterhaltende Funktion hat oder daß ein angebliches Privatleben auch in Angaben über Kunst und Öffentlichkeit bestehen kann. A. Seide veröffentlicht über sich selbst eine Zeitschrift.

Ganz anders hob in anderen Räumen man das Privatleben zugunsten einer Kunstausstellung auf. Erst ließ man sogar das Berufsleben zurücktreten, um Julio le Parc Platz zu machen, einen Tag lang. Dann genügte ein weiterer Tag, um den Preisgewinner in der Privatgalerie Lichter sehen zu lassen. Eine sich drängende Öffentlichkeit nahm Kunst von Haus zu Haus. Dann ging das private Kunstleben weiter. Privatgaleriebesitzer haben genug Kunst zuhaus. um wieder auf Öffentlichkeit verzichten zu können. Auch hier genügte ein Wochenende.

Die meisten Ausstellungen und die meiste Öffentlichkeit sahen allerdings Privatleute, die nicht so sehr das Neueste oder das Unverbesserlichste zu zeigen trachteten. In der Nordweststadt wohnen Fischer-Steinhardts jetzt in einer Galerie; früher sah sie wahrscheinlich wie eine Wohnung aus, jetzt ist das nicht so zu unterscheiden. Wenn in Frankfurt solche Galerien möglich sind, steht es nicht ganz schlecht um Kunst und Künstler. Degenhardt, Frech und A. Ploog wurden bisher ausgestellt, was offenbar nicht programmatisch gemeint war. Zur Ploog-Ausstellung „Notstand unser" drängten sich unheilig viel Leute, die die neuesten Kunst-Maßnahmen kennenlernen wollten. Gleichzeitig konnte man ganz privat ein Buch (zur Ausstellung) kaufen. Demnächst werden „modernere" (was aber ist „moderner" als Notstand?) Arbeiten zu sehen sein. Dem Beispiel dieser „Privaten" nah, wird in Frankfurt vermutlich die Öffentlichkeit rapide abnehmen, die Kunstinteressierten zu. Wer sich demnächst in die Öffentlichkeit wagt ohne deutliche Insignien künstlerischer Absichten, wird in den Verdacht geraten, auch privat keine Kunstinteressen zu haben.

Das zuständige Amt in der Stadt hat die Zeichen der Zeit erkannt. Vom Rath trat zurück (nicht ganz allerdings) und machte im Amt Platz für die Zimmergalerie Franke. Ein Franke hatte einst einen bedeutenden Anteil daran, die Künstler aus dem Privaten ins Öffentliche gebracht zu haben, jetzt wird im Amt ganz öffentlich ausgestellt, öffentlicher geht es kaum (aber künstlerischer).

D. H. Wittenberg

Bekanntmachungen

„Das Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure und Herausgeber der Frankfurter Studentenzeitung DISKUS wegen Verdachts der Religionsbeschimpfung (§ 166 StGB) wird gemäß § 170 Abs. II StPO eingestellt." Mit diesem Beschluß legte die Frankfurter Staatsanwaltschaft die Anzeige zweier Kommilitonen, die sich durch die Titelmontage von DISKUS 1/1967 in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlten, zu den Akten.

Das Titelbild hatte eine Reihe von Leserbriefen und Telefonaten ausgelöst, in denen dem DISKUS in toto die Absicht unterstellt wurde, die religiösen Gefühle katholischer Gläubiger bewußt und planvoll beleidigen zu wollen. Und von dieser blindlings für wahr gesetzten Absicht (die kein Redakteur haben konnte, weil keiner die Verkennung der Titelmontage als „Beleidigung vermutete), wurde das Recht zu absichtlichen Verbalinjurien hergeleitet, die oft einen nicht gerade schmeichelhaften Einblick in den übrigen Gefühlshaushalt hieß etwa: Ferkel — gemeine Schweine — dreckige Säue. Mindestens zwei Kommilitonen machten eine rühmliche Ausnahme: sie erstatteten Anzeige und suchten (und fanden nach einigen Mißverständnissen auch) die Gelegenheit zu klärenden Gesprächen, die zu zwei Erkenntnissen führten, nämlich daß Katholiken das Titelbild als die beleidigende Darstellung einer zentralen Kulthandlung interpretieren konnten, und daß der DISKUS eine solche Auffassung nicht beabsichtigt, aber auch nicht vorausgesehen hatte.

Um unseren Lesern einen Einblick in Argumentation und Motive der beiden Kommilitonen, die die Anzeige unterschrieben, zu geben, drucken wir an dieser Stelle — außerhalb der Leserbriefe — eine Stellungnahme von Gero B. Friedel. Da die Strafsache durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft erledigt ist, steht die Fragwürdigkeit des § 166 StGB („Gotteslästerungsparagraph") hier nicht zur Debatte; das andere Problem freilich, ob für Studentenzeitungen eine spezielle Pressefreiheit gelte, und welche besonderen Freiheiten und Beschränkungen aus der „innerstudentischen" Toleranzpflicht einer subventionierten Studentenzeitschrift folgen — dieses Problem ist von dem Autor wieder einmal nicht gelöst worden.

●

Der Stein des Anstoßes war das Titelblatt der Januar-Nummer des DISKUS. Den größten Teil der Fläche nahm eine Fotomontage ein. Hände eines Geistlichen halten einen Kelch, in dem — an einer Stelle wo sich sonst das Brot befindet — zwei nackte Mädchen hineinmontiert sind. Umrahmt wird das Titelbild durch kleinere Originalanzeigen pornographischen Inhalts aus amerikanischen Zeitschriften.

Eine große Anzahl katholischer und evangelischer Studenten fühlte sich durch diese Darstellung verletzt, nicht ein möglicherweise vorhandener **Inhalt** wurde dabei moniert, sondern die **Form** der Darstellung. Als mögliche Aussage wurde eine Anprangerung des amerikanischen Sexkultes, der schon zu einer Art Ersatzreligion geworden sei, vermutet. Dagegen war nichts einzuwenden. Anders verhielt es sich aber mit der Form: Eine eindeutig kultische Handlung — aus der Kelch- und Handhaltung des Geistlichen ist für einen gläubigen Christen ein bestimmter Höhepunkt während des Gottesdienstes erkennbar — wurde mit der profanen Darstellung zweier nackter Mädchen verbunden. Diese Kombination wirkte für jeden religiösen Beschauer abstoßend, widerlich und verletzend.

Angreifbar scheint mir die Ansicht, daß eine Studentenzeitung wie der DISKUS, solange sie sich innerhalb des straf- und presserechtlich Erlaubten bewegt, uneingeschränkte Freiheit genießen solle. Diese Skepsis erscheint mir Ansatzpunkt für einige kritische Überlegungen, die für die Lösung der konkreten Frage von Bedeutung sind. An diesem Punkt werden nämlich für den Fall einer Studentenzeitung immer wieder zwei grundverschiedene Meinungen ins Feld geführt. Die eine besagt, daß aufgrund des höheren Bildungsniveaus der Studentenschaft gegenüber Lesergruppen anderer Zeitungen, von den studentischen Lesern eine gewisse großzügigere Betrachtungsweise gegenüber ausgefallenen, avantgardistischen oder gewagten Berichten, Darstellungen oder ähnlichem verlangt werden kann.
Die Gegenmeinung vertritt die Auffassung, daß eine Studentenzeitung — da sie über die Universitätskasse von jedem Studenten Pflichtbeiträge einkassiert — ein Spiegelbild der Studentenschaft im ganzen und ihrer einzelnen Gruppen sein sollte. Ich glaube, daß eine „Repräsentationstheorie" am wenigsten stichhaltig ist. Aus der Praxis weiß ich, daß dies zu einer Einengung und Schablonisierung des Redaktionsprogramms führen müßte, was dann in keiner Weise dem Niveau einer Studentenzeitung gerecht würde. Jedes fortschrittliche Redaktionsprogramm müßte in den Papierkorb geworfen werden, nur weil es noch kein „Spiegelbild" der Studentenschaft wäre. Eine absurde wie gleichsam „reaktionäre" Idee.

Damit komme ich zur ersten Ansicht zurück, die besagt, daß hinsichtlich des besonderen Niveaus der studentischen Leserschaft eine Avantgarde weitergehende Möglichkeiten haben müsse, als bei Lesern mit einem begrenzteren Blickkreis. Dies ist zweifellos richtig, doch zwingt diese Feststellung zu einer Folgerung: Wenn die Studentenzeitung einen weiteren Blick für ihr sehr spezielles Redaktionsprogramm verlangt, dann muß auch der Student von der Studentenzeitung einen weitreichenderen Blick für seine persönliche Sphäre verlangen können. Gehen wir davon aus, daß der DISKUS so manchem fähigen, jungen Literaten das erste Sprungbrett war. Die Eigenwilligkeit und Sensibilität der jungen Künstler haben wir mit viel Toleranz respektiert und durch unseren Pflichtbeitrag finanziell gefördert. Das kann von dem Durschnittsleser einer anderen Zeitung nicht verlangt werden. Von uns Studenten kann das aber mit Recht aufgrund der konkreten innerstudentischen Lage gefordert werden, nämlich durch die Einsichtsfähigkeit, daß nur auf diese Weise eine künstlerisch anspruchsvolle Studentenzeitung entstehen kann.

Dieser gesteigerte Respekt, den wir Studenten dem künstlerischen Schaffen sensibler Literaten — die durch ihr Schaffen notwendigerweise in eine gewisse Isolation gegenüber dem Durchschnitt der Studentenschaft geraten — entgegenbringen, fordert auf der anderen Seite vom Redaktionsstab ebenso eine gesteigerte Rücksichtnahme gegenüber dem studentischen Leser. Er hat es da vielfach nicht mit dem abgeflachten Durchschnittsleser zu tun, der aufgrund seiner Lauheit gegenüber den Massenmedien so abgestumpft ist, daß ihm weitherzige Maßstäbe bei der Beurteilung von Fehltritten und Geschmacklosigkeiten einer Zeitung untergeschoben werden können. Damit ist folgendes gesagt: Wie der Leser im innerstudentischen Raum eine innerstudentische Toleranz praktizieren muß, so muß es auch die Redaktion einer Studentenzeitung tun. Anders wie vermutet, kann sie nicht aufgrund ihrer niveaumäßig gehobeneren Leserschaft an ihre Weitherzigkeit appellieren, sondern sie muß vielmehr aufgrund der niveaubedingten Sensibilität ihrer Leserschaft sich eine Einschränkung der Freiheiten gefallen lassen. Dies entspricht innerstudentischer Toleranz. Gesteigerte Rücksicht gegen gesteigerte Rücksicht!
Die bei einer Abgrenzung der Studentensphäre und der Sphäre der Studentenzeitung zu berücksichtigenden Punkte sind hier nicht erschöpfend dargestellt. Sie lassen jedoch folgendes erkennen:

1. Innerstudentische Toleranz verlangt von einer Studentenschaft unter Umständen Förderung und Respektierung einer avantgardistischen Studentenzeitung. Dies wird von einem Durchschnittsleser einer Durchschnittszeitung nicht verlangt.
2. Innerstudentische Toleranz kann unter Umständen von einer Studentenzeitung eine höhere (als die normale) Rücksichtnahme gegenüber der Sphäre des Lesers verlangen. Dies wird von einem Durchschnittsleser gegenüber seiner Durchschnittszeitung verlangt.

Wie ich ausführte kann man nun nicht folgern: . . . Aber in einer Studentenzeitung ist das etwas anderes, sondern es muß heißen: . . . **Erst recht** wenn das in einer Studentenzeitung steht, muß das als verletzende Darstellung angesehen werden.
Deswegen mißbillige ich das Titelblatt.

Gero B. Friedel

buchkritik

Schwarze Freiheit

Leroi Jones: Dantes System der Hölle. Melzer Verlag, Darmstadt 1966. 184 Seiten. DM 16,80.

Die Emanzipationsbewegung der Neger formiert sich allmählich mit wachsender Solidarität: In Martin Luther King fand sie ihren friedlichen, in Frantz Fanon ihren aggressiv-kämpferischen Wortführer. In Dichtern wie James Baldwin oder Leroi Jones findet sie ihre künstlerische Artikulation.

In „Dantes System der Hölle" übernimmt Leroi Jones die Daten von Dantes Inferno, überträgt den Mythos auf die moderne Hölle der Negerslums von Newark im Staate New Jersey, wo Jones aufwuchs. Es ist eine „recherche du temps" – aber nicht „perdu"; vielmehr die Suche nach einer Höllenzeit, die nicht nur „unter die Haut" ging, sondern diese schwarze, von so vielen gehaßte Haut zu schmerzhaft verletzte, als daß sie vergessen werden könnte. Die Erinnerung an diese Zeit verläuft nicht geradlinig und Jones unternimmt nicht den künstlichen Versuch – Kunstgriff aller klassischen Erzählkunst – die Erinnerung für die Leser kausallogisch-konsumgerecht zuzubereiten; dem Leser bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder er legt das Buch verärgert fort, weil den Impressionen der rote Handlungsfaden fehlt, oder er läßt sich aktivieren, läßt es sich gefallen, daß ihn diese häßlichen, schmutzigen, undelikaten, schönen, grellen zarten Erinnerungsmomente überfallen, wie sie Jones überfallen, ohne Kausallogik. Jones ist gegen sich nicht weniger aggressiv als gegen den Leser: „Kehr zurück. Dreh dich um. Die Tür wird sich zur Sonne hin öffnen . . . Ich bringe alles um . . . Bringe es fertig. Dies ist dies. Ich habe nichts als meine kleinen Worte . . . gegen den Tag. Gegen dich. Gegen. Mich selbst." Er stellt sich und die Exaktheit seiner Erinnerung ständig in Frage:

Mein Großvater war in einem Lagerschuppen voller Wahlmaschinen gestorben. Heißt das, daß es Herbst gewesen sei? Oder, daß ich Wahlplaketten trug oder es mit Aubry in Belmar trieb. Welche Aubry? Sie bringen es alle zu etwas. Ich wenigstens. Wie das so geht. Wer?

Syntaktische Verweisungen wie „aber", „und", „weil", „so daß" etc. stellen nur scheinbar inhaltliche Bezüge her, in Wirklichkeit machen sie den Verlust aller Beziehungen nur bewußter, isolieren die ohnehin isolierten Assoziationen, die willkürlicher aneinander gereiht sind als z. B. im „nouveau roman", in dem immerhin noch eine Assoziationslogik entwickelt wird. Auch darauf verzichtet Jones. Der einzige Bezugspunkt ist sein Bewußtsein. Dieses Bewußtsein ordnet nicht disparate Eindrücke, sondern notiert sie, zufällig, wie sie das Bewußtsein anspringen, – eine Technik der Beat-Bewegung, der Jones durchaus nahesteht.

Klassischer Erzählstil wird stellenweise parodiert, wenn z. B. das erzählende Ich scheinbar seiner Pflicht zum genauen Nacherzählen nachkommen will: „Noch nicht erwähnt ist Becky, die stets mit dem Bus fuhr." Aber Becky steht beziehungslos zwischen den sie umgebenden Assoziationen (50 Seiten später taucht sie dann auf). Manchmal wird der Leser vertraulich angesprochen, als sei er in die unausgesprochenen Geschichten eingeweiht. In einem dramatischen Einschub klingen programmatisch die Worte des Erzählers, die sich gegen das Erzählen richten:

Der Geist ist seltsam. Alles muß sinnvoll sein, muß irgendwie etwas bedeuten. Egal welche Lüge wir auch zurechtmachen. Welchen Sinn wir schließlich errichten . . . egal wie weit entfernt von allen Tatsachen. Eine Verbindung ist geschaffen. Eine leere Geste im Gegenlicht.

Selten sind inzwischen den disparaten Impressionen zusammenhängende Episoden eingestreut, die von jenen sprechen, die das Inferno bevölkern: den Ketzern, den Verrätern, den Verschwendern, den Lüsternen – der grausame Bericht einer Vergewaltigung, Verführungsversuche von Homosexuellen, Szenen auf und nach einer Party, Beschreibung eines Zimmers in den Armenvierteln – Schaben, braunes Spülwasser, Schweißgeruch –; und der Impotenzangst angesichts dieser Kulisse, Szenen, wie ein Neger verprügelt wird, Szenen der Armut der schwarzen Minderheiten, Szenen des Hasses auf sie; getragen aber sind die Szenen vom erwachenden Selbstbewußtsein dieser Minderheiten: Wie Fanon weiß Leroi Jones, daß ihre Emanzipationsbewegung wohl zu verzögern, jedoch nicht aufzuhalten ist. Jones demonstriert dieses Selbstbewußtsein: Er hat in New York ein Haus eröffnet, zu dem nur Schwarze Zugang haben. **Gisela Dischner**

Freude an Jakov

Jakov Lind: Eine bessere Welt. In fünfzehn Kapiteln. Roman. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966. 168 Seiten. DM 9,80.

Leid an Lind

Jakov Lind: Eine bessere Welt. In fünfzehn Kapiteln. Roman. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966. 168 Seiten. DM 9,80.

„Es waren einmal zwei Freunde aus demselben ‚österreichischen, auch deutschen Geist', nun miteinander verfeindet: Der braune Roman Wacholder und der rote Ossias Würz." Wacholder wie Würz wollen an einer besseren Welt bauen. Von dieser Absicht aber lenkt sie ihr Haß und ihre Angst, die sie voreinander haben, ab. Ihre Existenzen bleiben korrelativ, sie leben nicht für sich, sondern gegeneinander. Wacholder haust im Papierberg des zerfallenen Zollamts acht. Seine beiden Adoptivsöhne, der Dichter Aslan und der Philosoph Leo helfen ihm seine Existenz zu verteidigen, bzw. was gleich gilt, Würz zu vernichten. Im Gegensatz zu Wacholder lebt Würz in Familie. Hinter einer sechs Meter hohen Mauer wohnt er in der Melchiorstraße 9 (Fenster aus lärm- und kugelsicherem Glas), zusammen mit seiner Frau Rita, einem „Pelzweibchen das man lieben muß . . ., große Brüste, breite Schenkel . . ., Augen einer schwangeren Katze . . .". Ernährt werden die beiden von Ritas minderjährigen Söhnen, die auf den Strich gehen. Der sich steigernden Paranoia von Würz aber wird auch die eigene Familie verdächtig. Der Hausegen hängt schief, schon lange wird nicht mehr zusammen onaniert. Würz jagt Bazillen in Planquadraten und reinigt potentiell verseuchte Luft mit Kampfer und Terpentin. Seine Befürchtungen sind nur allzu berechtigt, denn mit Hilfe von Aslans „Nervenbrause" und Leos „plazentaler Existenztheorie" wird Wacholder der Würzschen Existenz immer gefährlicher.

In 15 Kapiteln seines Romans demonstriert Jakov Lind, wie seine Figuren versuchen, eine bessere Welt zu errichten. Was er an diesen Figuren personalisiert, wird politisch deutbar. Dennoch ist es nicht nur vordergründig aktuell zu fixieren. Grundsätzliche psychologische Strukturen werden sichtbar, etwa in der Wechselwirkung von Angst und Aggressivität. Durch die Personalisierung des „kalten Krieges" zwischen BRD und DDR ist die Spiegelung zweier Ebenen möglich: die des triebbezogenen Ichs und der daraus im Ganzen sich manifestierenden gesellschaftlichen Perversität, die sich hinter Konvention birgt. Schockierend bleibt Lind immer deshalb, weil er ans Politische, Philosophische und Religiöse Sexuell-Orgiastisches assoziiert, so etwa in der Beschreibung der Konferenz des Kuratoriums „Wacholderwürz", die sich, zunächst Orgie des Sinnlich-Exaltierten, in die der phraeologischen Selbstbestätigung eigener Weltanschauung wandelt und zur vernichtungswilligen Kollektiv-Aggressivität wird, um eben jene hedonistischen Vorteile zu rechtfertigen und zu erhalten, die Lind im Grob-Sinnlichen paraphrasiert. So verstanden werden muß auch Obszönes der Sprache, das Pochen aufs Libidinöse. Die geradezu monomane Abwertung ins Vulgär-Erotische zeigt die Anstrengung eines Pathos, das aus der Enttäuschung am Sinn der Welt letztlich nur Protest in radikalster Form akzeptieren kann. Kompromißlos schärft sich Linds Intellekt an jenen Dingen, die man gemeinhin als kulturelle Werte bezeichnet („Die ganze abendländische Philosophie schien ihm eine Hautkrankheit"). Er ist einer jener Autoren, denen gewisse Leute vorwerfen, daß sie in der Mülltonne wühlen. Lind macht Ernst mit rückhaltloser Gesellschaftskritik. Seine Sprache scheut keine Tabus. Er deutet nicht an, er spricht aus und geht ins Detail. Dennoch wird sein Erzählen Poesie dort, wo es sich auf den schmalen Grat des noch Erzählbaren vor dem Abgrund der Sinnlosigkeit wagt („. . . daß es sich nur lohnt Irrsinn zu schreiben, da, wie man weiß, Sinn keinen Sinn haben kann. Sinn also keinen hat"). Lind leistet das Äußerste, um „Unsinn" mitteilbar zu machen. Seine ganze Verzweiflung an einer sinnentleerten Welt spricht aus den letzten Zeilen seines Romans, in welchem die Helden aneinander zugrunde gehen, als Wacholder sich, von Leo angestachelt, selbst begräbt: „und (Wacholder) starb nur, damit die anderen was zu lachen hatten. Aber die anderen lachten nicht."

Man sollte diesen Roman ernst nehmen und dem mutigen Verleger für diese Edition dankbar sein. **Werner Bruno Koch**

In 15 Kapiteln seines Romans demonstriert Jakov Lind, warum eine bessere Welt nicht zustande kommt. Den Vorwurf, nicht zu wissen, was in der Welt der Literatur en vogue ist, kann man Lind nicht machen. Da wird alles moderner Ausdruck, was uns Progressive thematisch affiziert. Linds „Erfolgs"-Rezept setzt sich etwa folgendermaßen zusammen: Zunächst wird eine absurde Existenzgrundlage konstruiert (die unsrige Welt spiegelnd). Bereichert wird diese durchs Sexuelle, als da wären: Phallusterie, Sodomie, Analerotik, Masturbation, Homoerotik . . . Das dritte wichtige Moment des kritischen Bewußtseins liegt im Bereich des Politischen, also rot und braun, unbewältigte Vergangenheit und BRD contra DDR. Spannung wird erzeugt, weil man bis zum Ende nicht weiß, ob auch wirklich das gemeint ist, was man herausliest. Sprachlich gibt sich Lind unbestimmt, aber männlich-vital. Wortspiele, über die er stolpert, nimmt er dankbar auf. Es verbrüdert sich der Zufall mit dem Effekt. – Was Lind vorgibt, ist, gegen Tabus und Konvention zu marschieren. Aber gerade hier liegt das Dilemma: sein Protest ist unreflektiert, in der Undifferenziertheit liegt wieder die Gefahr des Klischees. Thematik, die der Reflektion dringend bedürfte – Faschismus, Vergesellschaftung und Unfreiheit – erledigt Lind in Genital-Hysterie: Zeugnis eines schlecht verdauten Freud. In der Mülltonne wühlend, trennt ihn vom reinen Ästhetizismus des Vulgären schließlich nur die Pose des Engagements und schlechter Stil. Gerade jene von Lind angedeuteten Probleme scheinen nicht geeignet, in literarischer Koketterie zu posieren, um sich dann mit Augenzwinkern und dem Hinweis auf den unsinnigen Zustand der Welt vor der Aussage zu drücken. Man täusche sich nicht: auch Absurdität kann zu einer üblen Art von Realismus werden, der über anheimelnde Resignation zur Affirmation wird. Dieser Tatsache fällt auch Lind zum Opfer. In seiner Absicht, verkehrte Welt bewußt zu machen, landet er bei der absurden Attitüde, schließlich insgesamt im Unkontrollierbaren und Nebulösen – genau dort, wogegen sich seine Entrüstung mobilisierte. Verbindliches könnte hier Abhilfe schaffen. Eigentümlich, auf wen beziehen sich diese Worte Aslans: „. . . mein buch macht man nicht indem man den dreck der bei uns liegt, . . . mit schönen Worten abstrahiert. das ist regressiv herr doktor wenn man sich modern und progressiv gebärdet wie leo."

Das Interessanteste an Linds Roman ist, warum ein Verleger wie Klaus Wagenbach ihn herausgebracht hat. **Werner Bruno Koch**

Gehöht und gefestigt

Werner Reinert: halte den tag an das ohr. Gedichte. Piper-Verlag, München 1966. 87 Seiten, DM 12,80.

Nach *Knaut* legt Werner Reinert jetzt seinen ersten Gedichtband vor. Der Titel, das gegenständliche Handhaben eines ungegenständlichen Objekts im Imperativ, verweist auf die Fünfziger-Jahre mit ihren landschaftlich individuell erfahrbaren Bezügen und gibt den Verdacht einer nachzügelnden Publikation. Inwieweit Reinert dem verfällt, bevor er ins Bewußtsein der Leser gedrungen ist, bleibt an seinen Versen nachzuprüfen.

Zunächst fällt die straffe Organisation der Gedichte unter dem summierenden Bild der Wolke auf: *die wolke ist ein Kinderspiel – die wolke ist ein mädchen – die wolke ist ein totenkopf – die wolke ist ein schiff nach niemehr und immer.* So wie hier in den einzelnen Titeln die Wolke als gemeinsames Bild die Texte verbindet, so beherrscht die Anapher auch weite Teile der Texte selbst. Hinzutreten Katachrese, Oxymoron und ein beinahe barocker Komplex von Verschiebungen. Die Versaufgänge sind überwiegend hart trochäisch. Wo sie jambisch auftreten, greifen sie dem daktylischen Pochen vor: Durchgehend metrisch gegliederte Strophen finden sich kaum. Die Verknüpfung von Bild und rhytmischem Feld liefert die Struktur. Das Wortmaterial wird der traditionellen Landschaftslyrik entnommen und gehört den „gehöhten" Worten an, deren Semantik auf rein sinnliche und zunächst wertfreie Bereiche verweist, dann aber durch den Kontext und durch nicht-ausgeführte Motivierung einem individuell verschiedenen Wortfeld zugeordnet und zur Chiffre ausgebaut wird: Sand, Mohn, Birke, Taube, Flügel, Horn, Lippe, Zunge, Auge. In der letzten Gruppe des Gedichtbandes werden mehr und mehr Fakten aus der technisierten Alltagswelt übernommen, ganze Sätze als Zitat montiert.

Wo sich Reinert auf den rhetorischen Index verläßt, auf sein Funktionieren, ohne durchgebaute gedichtsinterne Bezüge, geraten die Verse ins Willkürliche:

sand blitz
meine lippe
sandverweht
meine hand
gekentert

Das ist ein verstümmelter Prosasatz. Mit der Klärung der Bezüge erschöpft sich das Gebilde. Was bleibt, ist allenfalls eine nicht sehr geglückte Übung. Dem ließen sich weitere 15 bis 20 der 66 Gedichte zureihen. Gegenüber steht dann eine Anzahl von Gedichten, die mehr bieten; so:

traum
ich habe geträumt
mein traum war ein schneeweißes pferd
es sprang durch die felder
mit hufen aus glas
da sangen die steine
die erde sang
auf einmal hatte es flügel
es flog in den mittag
da sangen die wolken
ein schneeweißes lied
sein echo liegt noch
auf dem stoppelfeld.

Ein Gedicht, das zum „Wie ist es gemacht?" geradezu einlädt. Der gehöhte Wortschatz verliert seine Preziosität und geht ein in die Funktion der Bilder, eine strenge Ökonomie, die sich widerspiegelt in den Vokalreihen. Das ist kein Einzelfall, auch in den historisch-gesellschaftlichen orientierten Versen lassen sich ähnliche Strukturen nachweisen: *jugend: als ich achtzehn war / sah ich / einen leutnant / die hand mit der null acht / gegen den nacken / eines alten mannes / der alte mann / griff in die luft / . . .* Das an exponierter Stelle stehende u löst abrupt die a-Reihe ab und wird neun Verse später durch „blut" wieder aufgenommen.

Der von der „Lyrik" noch nicht verschlissene Wortschatz, der Technik, Jargon und Kinderspiel miteinbezieht, verbindet sich bei Reinert mit dem gehöhten Wortschatz der fünfziger Jahre. So kann die *kinderschaukel* ganz konsequent zur *bogerschaukel* werden. Zielte noch z. B. das Gedicht der Bachmann nostalgisch auf den Hintergrund Hölderlin, so zielt Reinert in seinen guten Gedichten auf den dämonisch-verfremdeten Expressionismus eines Georg Heym (z. B. *der blutrichter, angriff derkäfer*). Reinert zeigt, wie die lyrische Anonymität im Schlepptau der fünfziger Jahre dort aufgehoben wird, wo sie mit der notwendigen Brutalität und Ökonomie gehandhabt wird.

Klaus Vorpahl

MYTHISCH MENSCHLICH MÖRDERISCH

Wert der Kritik

Tolja hat viele Bekannte; vornehmlich Künstler. Der klügste unter ihnen ist Dichter. Der schreibt seine Gedichte gern auf die abgefallenen Blätter des herbstlichen Waldes. In dem trockenen Rascheln, das der Wind unter den aufgewirbelten Blättern erzeugt, glaubt er die Stimmen seiner Kritiker zu erkennen und freut sich über den Erfolg seiner Werke.

Harald K. Hülsmann

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes